



Clausewitz-Gesellschaft e.V.  
Jahrbuch 2005

Eine Zusammenfassung von Beiträgen  
aus der Arbeit der Gesellschaft 2005





# Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

## Band 1 Jahrbuch 2005

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2005 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg  
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg  
Internet: [www.clausewitz-gesellschaft.de](http://www.clausewitz-gesellschaft.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktionelle Bearbeitung und Lektorat: Werner Baach, Verantwortlicher für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Tobias Meyer, Zentrum Operative Information

Umschlaggestaltung: Tobias Meyer, Zentrum Operative Information

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Bilder: BMVg, Bundeswehr, Clausewitz-Gesellschaft e.V., Einsel, Jung, NATO

Druck: Zentrum Operative Information

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 3-9810794-0-X  
978-3-9810794-0-1





Inhalt	Seite
<b>Editorial</b>	
Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.	5
<b>Berliner Colloquium 2005 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 15. bis 17. März 2005</b>	
Was war neu in der Bundeswehr? Betrachtungen eines Zeitzeugen zum 50-jährigen Jubiläum der Bundeswehr Ulrich de Maizière	7
Berliner Colloquium 2005 – Zusammenfassung Werner Baach	14
Die Nuklearstrategie der Nordatlantischen Allianz: Vom Gegeneinander zum Miteinander im Ost-West-Verhältnis Wolfgang Altenburg	18
Mit Gewehr, aber ohne Kompass. Deutschlands Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert: Bestandsaufnahme und Kritik Dr. Constanze Stelzenmüller	30
<b>225. Geburtstag von Carl von Clausewitz. Festveranstaltung der Stadt BURG am 30. Juni und 01. Juli 2005.</b>	
Grußwort des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Dr. Klaus Reinhardt	41
Festvortrag: Carl von Clausewitz und sein Einfluss auf Politiker und Soldaten von heute Christian E. O. Millotat	46
Carl von Clausewitz und seine Heimatstadt Burg Klaus Möbius	57





### **39. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am 12. und 13. August 2005 in Hamburg**

Zusammenfassender Bericht über die Tagung Werner Baach	65
Aktuelle Entwicklungen in der Bundeswehr Dr. Peter Struck	73
Sun Zi: Die Kunst des Krieges Dr. phil. Friedrich Lederer	79

### **Forum 2005 der Clausewitz-Gesellschaft am 11. und 12. November 2005 in Magdeburg**

Zusammenfassender Bericht über das Forum Werner Baach	103
Aktuelle Aspekte zur Transformation des Deutschen Heeres Hans-Otto Budde	105
Die Deutschen und die Einheit – vom Wert der Freiheit (2005) Werner E. Ablaß	124
Das Internationale Clausewitz-Zentrum an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und Politik Dr. Lennart Souchon	135
Auf der Suche nach dem gültigen Erbe Dr. phil. Georg Meyer	146

### **Sonstige Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft**

60 Jahre Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen Manfred Eisele	174
Eine Betrachtung zum 50. Geburtstag der Bundeswehr: „Bewegliche Antwort“ Karl Feldmeyer	192



## EDITORIAL

Ich freue mich, dass ich Ihnen zum Jahresende 2005 erstmalig das neu geschaffene „Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft“ zuschicken kann, ein Buch, in dem die wichtigsten Veranstaltungen und Ereignisse des abgelaufenen Jahres noch einmal zusammengefasst werden. Das Buch enthält neben ausgewählten Vorträgen der zentralen Veranstaltungen des Jahres 2005 interessante Beiträge aus der Arbeit des Internationalen Clausewitz Zentrums (ICZ) sowie Vorträge, die für die Arbeit des abgelaufenen Jahres maßgeblich waren. Das Jahrbuch löst die frühere Schriftenreihe „Berliner Colloquium“ ab.



Das neue Jahrbuch dokumentiert das gewandelte Verständnis zur Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft. Seit ihrer Gründung im Jahr 1961 hat sich die Clausewitz-Gesellschaft als unabhängige Vereinigung die Aufgabe gestellt, aus der Begegnung mit den Gedanken des militärischen Denkers und großen Philosophen Nutzen für die Gegenwart zu ziehen und das geistige Erbe des deutschen Generalstabes zu bewahren sowie die Clausewitz-Forschung zu unterstützen. Dabei ging es schon damals nicht nur um historische Rückschau auf Clausewitz und seine Zeit oder gar um die detaillierte Exegese seines Werkes, sondern auch um den Versuch, die gegenwärtigen Aufgaben der Politik und der Strategie im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz zu sehen und dabei zu prüfen, welche der von Clausewitz formulierten Grundsätze und Einsichten heute noch von Bedeutung sind und damit überzeitliche Geltung besitzen.

Diesem zweiten Teil des Ansatzes fühlt sich die Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft heute noch stärker verpflichtet. Der Schwerpunkt des Interesses orientiert sich daher intensiv an der kritischen Auseinandersetzung mit den strategischen und sicherheitspolitischen Fragen unserer Zeit, ohne dabei den intellektuellen Bezug zu Carl von Clausewitz außer Acht zu lassen. So sind die Aussagen von Clausewitz, die sich mit dem Guerillakrieg als dem „kleinen Krieg“ beschäftigen, heute in der Zeit des Terrorismus, der gewaltsamen Auseinandersetzungen um schwinde Rohstoffe, um Religionen und um zerfallende Staaten von ganz aktueller Bedeutung.

Dieser weiter gefasste und vermehrt auf die Probleme der aktuellen Sicherheitspolitik ausgerichtete Ansatz findet in der Bandbreite der Beiträge, die im ersten



„Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft“ abgedruckt sind, seinen Niederschlag. Das Jahrbuch geht an alle Mitglieder und soll auch denjenigen, die an den zentralen Veranstaltungen nicht oder nur gelegentlich teilnehmen konnten, besser als bisher einen Einblick in unsere breit gefächerte und anspruchsvolle Arbeit gewähren.

Mein sehr persönlicher Dank gilt Herrn Oberst a.D. Werner Baach, dem Verantwortlichen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Clausewitz-Gesellschaft, der den geistigen Anstoß zu diesem Jahrbuch gegeben und mit sehr hohem persönlichen Aufwand dieses Vorhaben auch verwirklicht hat. Der Dank der Clausewitz-Gesellschaft gilt ganz besonders auch allen Autoren, die ihre Beiträge zu diesem Buche kostenlos zur Verfügung gestellt haben und, nicht zuletzt, dem Zentrum Operative Information, das die Entstehung des Werks maßgeblich unterstützt hat.

Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen und friedlichen Jahreswechsel und freue mich auf ein Wiedersehen im kommenden Jahr.

*Heinz Heiherow*

Starnberg, im Dezember 2005





## **Berliner Colloquium 2005 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 15. bis 17. März 2005**

### **Fünfundzwanzig Jahre Bundeswehr – sechzig Jahre Vereinte Nationen. Erfahrungen und neue Herausforderungen**

Das Berliner Colloquium 2005 wurde mit dem in der Öffentlichkeit weit beachteten Vortrag des Ehrenpräsidenten der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Ulrich de Maizière, unter der Überschrift „Was war neu an der Bundeswehr – Betrachtungen eines Zeitzeugen“ eröffnet. Der Vortrag, der auch in der Ausgabe 6/2005 der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ und in dem vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr herausgegebenen Buch „Entscheiden für Frieden und Freiheit. 50 Jahre Bundeswehr 1955 – 2005“<sup>1</sup> in leicht veränderter Fassung veröffentlicht wurde, ist zu einem der „Hauptbeiträge“ zum 50. Geburtstag der Bundeswehr geworden. Der Vortrag wird nachfolgend in der in der Europäischen Sicherheit 6/2005 veröffentlichten Version wiedergegeben.

### **Was war neu in der Bundeswehr? Betrachtungen eines Zeitzeugen zum 50-jährigen Jubiläum**

Ulrich de Maizière

Unter dem Schock des kommunistischen Überfalls auf Südkorea hatte die Bundesregierung im Herbst 1950 einen Ausschuss aus 15 ehemaligen Wehrmachtsoffizieren zu einer streng geheimen Klausur in das Kloster Himmerod berufen, um die Aufstellung eines deutschen Kontingents zur gemeinsamen Verteidigung Westeuropas zu beraten. Unter dem 9. Oktober 1950 verabschiedete der Ausschuss eine Denkschrift, in der der oft zitierte Satz zu finden ist: „Damit sind die Voraussetzungen für den Neuaufbau von denen der Vergangenheit so verschieden, dass ohne Anlehnung an die Formen der Wehrmacht heute grundlegend Neues zu schaffen ist“. Dieser Satz steht zwar in dem Kapitel „Das innere Gefüge“, er entspricht aber dem Grundtenor der ganzen Denkschrift, die als ein wichtiger Anstoß für die späteren Planungsarbeiten zur Aufstellung der Bundeswehr angesehen werden kann.

Zum 50. Geburtstag der Bundeswehr darf die Frage gestellt werden: Was war denn nun wirklich neu in der Bundeswehr? Worin unterscheidet sie sich von den früheren Armeen? Hat „das Neue“ Bestand gehabt?





Die Antwort möchte ich an vier Grundentscheidungen darstellen:



Erstens: Die Bundeswehr ist von Anfang an als ein Beitrag zur gemeinsamen Abschreckung und Verteidigung Mitteleuropas konzipiert worden. Sie sollte und konnte keine autarke nationale Armee werden, die den nationalen Interessen allein gerecht werden konnte. Sie wurde vielmehr als eine Verstärkung und Ergänzung der konventionellen Kräfte des Nordatlantischen Bündnisses geplant. Konsequenterweise wurden daher auch alle Kampfverbände der Bundeswehr für die operative Planung und Führung der integrierten militärischen Kommandoführung der NATO zur Verfügung gestellt.

Die Bundeswehr ist eine Armee in einem Bündnis. Diese multinationale Einbindung deutscher militärischer Verbände hat sich im Laufe der Jahrzehnte weiter entwickelt. Deutsche Soldaten erfüllen heute Aufgaben im Ausland und in multinationaler Zusammenarbeit, auch mit Soldaten von Nationen, die nicht der NATO angehören. Sie werden nicht nur im Rahmen der NATO, sondern auch unter der politischen Verantwortung der Europäischen Union oder der Vereinten Nationen eingesetzt. Niemand aber hat je an einen nationalen militärischen Alleingang gedacht. Das gilt auch für heute. Dieser Grundsatz war und ist die Voraussetzung für eine vom Vertrauen getragene politische und militärische Zusammenarbeit mit Staaten, die mit Deutschland in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts zwei Mal in langjährige Kriege verwickelt gewesen waren.

Zweitens: Die Bundeswehr ist eine Armee zur Verteidigung. So bestimmt es das Grundgesetz in Artikel 87a. Während des so genannten Kalten Krieges waren deutsche militärische Verbände nur im Raum zwischen Ostsee und Alpen eingesetzt. Dort wurden sie gebraucht und niemand wollte sie woanders sehen. Sie dienten der Abschreckung und der Verteidigung gegenüber der militärisch abgestützten aggressiven Politik der Sowjetunion und ihre Verbündeten.

Der rasche Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums hat die Bedrohungslage in Mitteleuropa drastisch verändert. Es gibt zurzeit keine kurzfristige militärische Bedrohung der Bundesrepublik über Land. Terrorismus und die Proliferation militärischer Massenvernichtungswaffen sind die neuen Bedrohungen. Der Bundeswehr sind daraus Aufgaben erwachsen, die nicht nur auf dem europäischen Balkan, sondern auch in Territorien Asiens oder Afrikas zu erfüllen sind. Auch hierfür ist gemäß Art. 24(2) des Grundgesetzes die Voraussetzung die Einbettung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit mit dem Ziel, „eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der





Welt herbeizuführen und zu sichern“. Immer also geht es um die Erhaltung einer friedlichen Ordnung und allenfalls um die Wiederherstellung eines gebrochenen Friedens. Das Prinzip der Verteidigung hat sich damit auch auf Bedrohungen ausgedehnt, die von Territorien ausgehen, die außerhalb der NATO-Territorien liegen. Das Ziel ist es, ein Übergreifen solcher Krisen auf Europa zu verhindern und damit die Stabilität Europas zu erhalten.

Dies ist in meinen Augen eine sehr weitgehende Auslegung der Aussagen unseres Grundgesetzes. Der Deutsche Bundestag des Jahres 1956 jedenfalls, der die die Streitkräfte betreffenden Verfassungsänderungen beschlossen hat, hat sich derartige Einsätze nicht vorgestellt und konnte es auch nicht. Eines aber scheint mir zwingend: Auch die heutigen Einsätze der Bundeswehr müssen nach wie vor dem Verbot des Angriffskrieges und dem Gebot der Multinationalität – der Einbettung in ein System kollektiver Sicherheit – entsprechen, wenn man den Forderungen des Grundgesetzes gerecht werden will.

Drittens: Frei von vorgegebenen Strukturen konnte in den 50er Jahren der Versuch gewagt werden, die neue Bundeswehr nicht als eine Summe aus drei nebeneinander stehenden selbstständigen Streitkräften Heer, Luftwaffe und Marine zu verstehen. Man sah in ihr vielmehr ein geschlossenes Ganzes, eine einheitliche Gesamtstreitmacht.

Natürlich müssen die Einflüsse, die die Elemente Land, Luft und Wasser auf Führung, Organisation und Technik, ja auch auf das Lebensgefühl der Soldaten ausüben, berücksichtigt werden. Aber es sollte auch all das, was gemeinsam geplant und durchgeführt werden kann, gemeinsam wahrgenommen werden. Wir nennen das die „Bundeswehrlösung“. Damit wurde damals ein viel beachteter großer Schritt nach vorne getan, in manchen Bereichen sogar früher und weiter als in anderen Nationen. Hierzu einige Beispiele: Von Anfang an gab es in der Spitze, das heißt im Verteidigungsministerium, jeweils nur eine Abteilung für Personal, für Haushalt und für Rüstung, zuständig für die gesamte Bundeswehr. Die militärischen territorialen Aufgaben und die zivile Bundeswehrverwaltung wurden bis in die Standortebene hinein streitkräftegemeinsam organisiert. Das Gleiche gilt für die Bereiche der Sicherheitspolitik, der militärischen Aufklärung, vor allem aber für das Wehrrecht und für alle Fragen der Inneren Führung.

Trotz mancher Zweifel, ja auch Widerstand in den eigenen Reihen sind die politische und militärische Führung diesem Prinzip treu geblieben und haben es konsequent weiterentwickelt. Der Zwang zum Sparen hat dabei geholfen. Die





Neuordnung der Spitzengliederung mit der Stärkung der Aufgaben und Verantwortung des Generalinspektors im Berliner Erlass vom Januar 2005 sowie die Zusammenfassung aller bundeswehrgemeinsamen Aufgaben in einer Streitkräftebasis unter einem eigenen Inspekteur bilden einen vorläufigen Höhepunkt mit weitgehenden Auswirkungen vor allem auf die Führung der Streitkräfte im Einsatz.

Viertens: Es gibt in der Geschichte kaum ein Beispiel dafür, dass die Aufstellung einer bewaffneten Macht zur Wahrung der äußeren Sicherheit in einem konsequent demilitarisierten Staat geplant wurde, dessen freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Verfassung keinerlei Bestimmungen über eine Verteidigungsorganisation, welcher Art auch immer, enthielt – mit Ausnahme des Grundrechts der Verweigerung eines Kriegsdienstes mit der Waffe aus Gewissensnot. Nicht einmal die Zuständigkeit für die Verteidigung – ob Bund oder Länder – war geregelt. Eine junge, noch kaum gefestigte parlamentarische Demokratie schuf sich aus eigenem Entschluss – wenn auch mit Billigung durch die damaligen Besatzungsmächte – eigene Streitkräfte, denen dann ein angemessener Platz in einer schon bestehenden Rechtsordnung zuzuweisen war. Die Bundeswehr ist ein Kind der demokratischen parlamentarischen Bundesrepublik Deutschland. Das unterscheidet sie von der Reichswehr, die 1918/19 aus einem bestehenden großen Feldheer durch drastische Reduzierung auf 100.000 Mann zu entwickeln war. Das gleiche galt für die Marine.

Der Einordnung der Streitkräfte in die Verfassungsordnung unter dem Grundsatz des Primats der Politik war also die erste zu lösende Aufgabe. Die Streitkräfte sollten keine vierte Säule im Bereich der Gewaltenteilung des Staates bilden. Sie sollten vielmehr ein normaler, wenn auch wichtiger Teil der Bundes-Exekutive werden, der, wie alle Teile der Exekutive, der uneingeschränkten parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen war. Auch die Befehls- und Kommandogewalt, mit anderen Worten der militärische Oberbefehl über die Streitkräfte, wurde in die Hand eines zivilen Politikers gelegt. Beides war neu in der Deutschen Militärgeschichte.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee im Sinne einer parlamentarisch konsequent kontrollierten Armee. Allerdings sollte vor der Versuchung gewarnt werden, dass sich das Parlament auch in die operative Führung der Streitkräfte einschaltet. Diese kann nur in der personellen Verantwortung des Ministers oder in Teilbereichen in der Hand eines hohen Offiziers liegen, der dann im Auftrag des Ministers führt. Operative Führung darf und kann nicht von kollektiven Entscheidungen abhängig gemacht werden.





Der zweite zu regelnde Bereich war die Definition der Rechte und Pflichten der Soldaten einschließlich des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. Es ist offensichtlich, dass es zwischen den Grundsätzen einer demokratischen politischen Ordnung und einer militärischen Organisation einen nicht zu leugnenden Spannungsbogen gibt. Um es sehr vereinfacht zu sagen: Demokratie baut sich von unten nach oben auf: Ihr Element ist die Wahl. Demokratie ist ihrem Wesen nach Aufteilung von Macht und Gleichgewicht durch gegenseitige Kontrolle. Das Militär baut sich von oben nach unten auf und ist Zusammenballung von Macht. Sie beruht auf dem Grundsatz von Befehl und Gehorsam und bedarf dazu einer hierarchischen Ordnung. Es ging also darum, anscheinend Unvereinbares zusammenzuführen und miteinander zu versöhnen.

### **Priorität der Freiheit zugewiesen**

Das Grundgesetz erklärt im Artikel 1 die Achtung und den Schutz der Menschenwürde als Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Beim Aufbau der Bundeswehr hat man daher in dem dargestellten Spannungsbogen von Freiheit und Ordnung die Priorität der Freiheit zugewiesen, die zu verteidigen der Soldat ja auch aufgerufen war. Der Soldat hat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger. Natürlich sind Einschränkungen unvermeidlich, aber nur zugelassen, soweit sie durch die Erfordernisse des militärischen Dienstes begründet und legitimiert werden können.

Die Bundeswehr war eine Neuschöpfung. Hieraus ergaben sich grundlegende Determinanten, die trotz aller Brüche und Wandlungen des letzten Jahrhunderts nach wie vor gelten. Diese Richtungsentscheidungen der Anfangszeit prägten und prägen das Gesicht der Bundeswehr. Wohl keine lebende Person verkörpert die Geschichte der Bundeswehr seit ihren frühen Anfängen 1950/51 so sehr wie Ulrich de Maizière. Mit dem persönlichen Erfahrungsschatz, der nunmehr fast ein ganzes Jahrhundert umspannt, umreißt er das „Wesentliche“ der „Bundeswehr“: ihr spezifisch Neues genauso wie ihre Anknüpfungspunkte an frühere deutsche Armeen.<sup>2</sup>

Die grundsätzlichen Entscheidungen über derartige Einschränkungen hat sich der Gesetzgeber vorbehalten. Im Artikel 17 a Grundgesetz sind die Grundrechte aufgeführt, die für die Verteidigung als einschränkungsfähig angesehen werden. Die konkrete Umsetzung in die Praxis schlägt sich in den verschiedenen Wehrgesetzen nieder, insbesondere im Soldatengesetz, das die Pflichten und Rechte des Soldaten im Einzelnen definiert. Als Ausgleich für ihre zusätzlichen Pflichten ist dem Soldaten ein zusätzlicher Rechtsschutz gewährt worden. Er wird verwirklicht durch ein gesetzlich geregeltes Beschwerderecht, durch die Wahl von Vertrauensleuten, den Verzicht auf eine Militärgerichtsbarkeit und nicht zuletzt durch das Verfas-





sungsorgan des Wehrbeauftragten als Hilfsorgan des Bundestags bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle.

Diese Ausgewogenheit von Pflichten und Rechten der Soldaten ist die Grundlage für das Konzept der Inneren Führung. Das damals erarbeitete Konzept hat fast ohne Abstriche in den Wehrgesetzen seinen Niederschlag gefunden. Die Innere Führung ist die „Führungsphilosophie“ der Bundeswehr geworden und hat sich bisher im Frieden wie bei den Einsätzen im Ausland bewährt. Sie ist in meinen Augen die tief greifendste Reform bei der Aufstellung der Bundeswehr gewesen und war weitgehend auch die Voraussetzung für die Zustimmung zur Bundeswehr in Politik und Öffentlichkeit.

Natürlich können Einzelheiten der Regelungen auf der Grundlage des dargestellten unverzichtbaren Grundsatzes dynamisch weiterentwickelt werden. Gesellschaftliche Entwicklungen, geänderte Aufträge, technische Neuerungen und anderes mehr fordern oft eine Anpassung im Einzelnen. Ich nenne als Beispiele Zulassung von Frauen als Soldaten in allen Funktionen, Einsatz außerhalb der Grenzen Deutschlands, oft in Territorien sehr unterschiedlicher kultureller Prägung, lange Abwesenheit von der Familie, multinationale Zusammenarbeit auf niedriger Ebene, das Leben in Lagern mit eingeschränkter Freiheit in der Freizeit. Die Innere Führung hat sich als beweglich genug erwiesen, derartigen Herausforderungen gerecht zu werden.

### **Eine Armee ist nie „fertig“**

Armee in einem Bündnis, Armee für die Verteidigung, Armee in einer Demokratie und die Organisation als Gesamtstreitmacht sind die herausragenden Prinzipien, die die Bundeswehr von ihren Vorgängern unterscheidet. Aber es gibt auch Kontinuitäten. Jede Armee braucht auch Wurzeln in die Vergangenheit, Anknüpfung und Abstützung an überlieferte Werte, die sich bewährt haben und die heute helfen können, die Aufgaben der Gegenwart zu erfüllen. Wir nennen das Tradition. Die Traditionen der Bundeswehr reichen durch die Wehrmacht hindurch weit in die Vergangenheit hinein. Sie stützt sich auf die preußischen Reformen im Anfang des 19. Jahrhunderts. Damals forderte der General Scharnhorst, »die innige Verknüpfung von Volk und Armee«. Das war das Gegenteil der Söldnerheere des 18. Jahrhunderts. Die Einführung der Wehrpflicht, die Abschaffung der Prügelstrafe, die Öffnung der Offizierstellen für bürgerliche Bewerber leiteten sich aus diesem Ziel ab.





Auch die überlieferten unverzichtbaren Tugenden des Soldaten sind in das Soldatengesetz unserer Republik übernommen worden. Hierzu gehören vor allem der treue Dienst, Tapferkeit, Gehorsam, Kameradschaft, beispielhaftes Verhalten der Vorgesetzten und Fürsorge für die Untergebenen. Sie sind heute gesetzliche Pflichten.

Der spätestens seit Moltke gepflegte Führungsstil der Auftragstaktik verbindet die Forderung einer gewissenhaften Auftrags Erfüllung mit der Freiheit in der Durchführung und entspricht damit auch demokratischen Vorstellungen.

Nicht zuletzt ist die handelnde Rolle von Soldaten der Wehrmacht im Widerstand gegen Adolf Hitler ein grundlegendes Element der Tradition der Bundeswehr. Das Gewissen steht über dem Gehorsam, wenn Befehle Recht und Menschenwürde brechen oder verachten sollten.

Und lassen Sie mich zum Schluss hinzufügen: Die Bundeswehr besteht nun bereits ein halbes Jahrhundert. Sie hat mit Recht eine eigene Tradition entwickelt, die sich auf ihren Beitrag an der seit Jahrhunderten längsten Friedensperiode in Mitteleuropa ebenso stützt wie auf die Bewährung in Katastrophen und militärischen Auslandseinsätzen. Die Erinnerung an die Verbände, die im Zuge der Transformation der Bundeswehr trotz Bewährung aufgelöst werden müssen, könnte ein weiteres Element der Tradition der Bundeswehr sein. Diese haben oft länger bestanden als die Verbände der Wehrmacht.

Wenn ich ein Fazit ziehen soll, so lautet es: Eine Armee ist immer in Bewegung, sie ist niemals „fertig“. Aber in ihrer stetigen Weiterentwicklung sollte sich immer Neues mit Bewährtem verbinden.

#### **Zum Autor:**

General a.D. Ulrich de Maizière, Jahrgang 1912, Angehöriger der Reichswehr und Wehrmacht 1930 – 1945, Mitarbeiter der Dienststelle Blank seit 1951, danach Übernahme in die Bundeswehr, 1964 – 1966 Inspekteur des Heeres, anschließend bis 1972 Generalinspekteur der Bundeswehr. General a.D. de Maizière ist Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Entschieden für Frieden und Freiheit. 50 Jahre Bundeswehr 1955-2005. Eine Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes im ROMBACH VERLAG, Freiburg i.Br./Berlin, 2005. ISBN 3-7930-9438-3, Seiten 11 – 16.
- 2 a.a.O., S. 11



## Zusammenfassender Bericht über das Berliner Colloquium 2005

Werner Baach



Das auch 2005 gemeinsam von der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vom 15. bis 17. März durchgeführte Colloquium leitete die Reihe der Veranstaltungen zum 50. Geburtstag der Bundeswehr und zum 60. Gründungstag der Vereinten Nationen ein. Zu

der international hochrangig besetzten Konferenz begrüßten General a.D. Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, und Dr. Rudolf Adam, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, rund dreihundert Persönlichkeiten aus Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Presse, unter ihnen mit den Generalen a.D. Ulrich de Maizière, Harald Wust, Wolfgang Altenburg und Dr. Klaus Naumann sowie dem Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General Harald Kujat, allein fünf ehemalige Generalinspekture der Bundeswehr.

Neben dem Vortrag von General a.D. de Maizière fanden auch die weiteren Beiträge zum Colloquium das große Interesse der Teilnehmer. Sie werden nachfolgend in einem zusammenfassenden Bericht dargestellt.

### **Die Nuklearstrategie der NATO – von der „besseren Artillerie“ zur kontrollierten beiderseitigen Abrüstung**

General a.D. Wolfgang Altenburg rief mit seinem Vortrag über die Entwicklung der deutschen Positionen zur Nuklearstrategie der NATO eine Zeit in Erinnerung, welche die Bundesrepublik aufs Tiefste politisch bewegt hatte: die Zeit von der Strategie der „Massiven Vergeltung“ der 50er und 60er Jahre bis hin zum Abbau der nuklearen und konventionellen Potentiale in Ost und West in den 80er und 90er Jahren. Als wichtigstes Ereignis nannte der General den NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, „weil dessen Ergebnis allein letztlich zwar nicht die Welt verändert, [...] aber maßgeblich dazu beigetragen hat“. Der Weg dorthin sei weit und schwierig gewesen.



Für General Altenburg ist es kein Zufall, dass sich vom Zeitpunkt des NATO-Doppelbesschlusses an das Verhalten der Sowjetunion geändert habe, schließlich bis hin zur Überzeugung, dass Sicherheit am ehesten durch umfassende konventionelle Abrüstung und ausbalancierte Verringerung der nuklearen Kapazitäten erreicht werden könne. Heute sei die nukleare Konfrontation zwischen den großen Nuklearmächten „weitgehend entspannt“. Besorgnis müsse dagegen die Tatsache erwecken, dass die Bemühungen um die Nichtverbreitung von Atomwaffen bislang ohne den gewünschten Erfolg blieben.

Der Vortrag von General a.D. Altenburg ist im Anschluss an diese Zusammenfassung im Jahrbuch veröffentlicht. Eine detaillierte Zusammenfassung voranzustellen, erübrigt sich deshalb.

Dr. Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, berichtete über die Erfahrungen, die er als Mitglied der drei in der 50jährigen Geschichte der Bundeswehr eingesetzten Bundeswehrkommissionen gemacht hat: der „Mommsen-Kommission“ 1971/ 1972, die vor allem die Frage der Wehrgerechtigkeit untersuchte; der zweiten Kommission unter Leitung des Politikwissenschaftlers Jacobsen von 1991, welche die notwendigen Veränderungen nach 1990 untersuchte; und schließlich der „Weizsäcker-Kommission“, die 2000 ihren Bericht zur Reform der Wehrstruktur vorlegte.

Die Grundfragen seien stets dieselben gewesen, nämlich: „Haben wir eigentlich noch die richtige Wehrform? Können wir noch genügend präzente Verbände aufstellen? Reicht das Geld für Investitionen angesichts steigender Betriebskosten?“ Dr. Bertram zog eine insgesamt kritische Bilanz zum Umgang mit den drei Kommissionsberichten: Sie seien „zunächst einmal versickert“, am Widerstand von Politik und Militär gescheitert, vor allem um die Wehrpflicht „auf Teufel komm raus“ zu erhalten. Das zeige, wie schwer es der „Kombination von Soldaten und Politikern“ falle, „mutige Veränderungen vorzunehmen, solange der Druck noch nicht groß genug ist“. Es zeige aber auch eine erstaunliche Leidensfähigkeit der Streitkräfte, gepaart mit einer erstaunlichen Improvisationsgabe.

Mit Blick auf den fünfzigsten Geburtstag der Bundeswehr schloss Dr. Bertram seinen Vortrag mit einem zuversichtlichen Ausblick: „Die Bundeswehr [...] ist fest verankert im Bewusstsein dieses Landes, fest verankert in der Demokratie.“





## Deutsche Sicherheitspolitik – eine Politik mit Gewehr, aber ohne Kompass

Dr. Constanze Stelzenmüller, Politikredakteurin der Wochenzeitung DIE ZEIT, ging in ihrem Vortrag „Deutsche Sicherheitspolitik am Anfang des 21. Jahrhunderts – Bestandsaufnahme und Kritik“ mit der deutschen Sicherheitspolitik hart ins Gericht. Weltweit sei die Sicherheitspolitik im Umbruch, doch kaum ein moderner westlicher Staat tue sich so schwer damit, sich darauf einzustellen, wie die Bundesrepublik. Einerseits sei die Hemmschwelle gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel deutlich gesunken. In Deutschlands Sicherheitspolitik dagegen, – „einer vielleicht gerade wegen dieses militärischen Aktivismus kaum als solcher wahrgenommenen Reformbaustelle“ – sei planvolles, gar strategisches Denken selten wahrzunehmen. Im Gegenteil: „Unsere Sicherheitspolitik changiert seit einigen Jahren zwischen (durchaus hochtrabendem) Zivilmachtsanspruch und (durchaus ruppiger) Machtprojektion, zwischen Moral- und Realpolitik, zwischen Orientierungslosigkeit und Opportunismus. Das ist das neue Paradoxon der deutschen Sicherheitspolitik: Es ist eine Politik mit Gewehr, aber ohne Kompass.“

Dr. Stelzenmüller fasste, nach ausführlicher Erläuterung und Begründung ihrer Auffassungen ihren Vortrag am Schluss wie folgt zusammen: Deutschlands Sicherheitspolitik müsse sich, fünfzehn Jahre nach der Wiedererlangung voller Souveränität, endlich „ehrlich machen“. Zwischen moralischem Sachzwang und Handelsinteressen gebe es ein breites Spektrum von Chancen, Risiken und Optionen, das es auszuleuchten und zu nutzen gelte. Deutsche Diplomatie und die nationale wie internationale Koordinierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik seien immer noch verbesserungsfähig; die „Zivilmacht Deutschland“ sei bei weitem nicht so stark oder effektiv, wie sie sein könnte. Deutschlands Militärpolitik aber laufe Gefahr, „sich im Kurieren an Symptomen zu erschöpfen – und dabei ihr Instrument, die Bundeswehr, zu verschleiß“. Die Herausforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik seien so groß wie nie, und zugleich sei der Kreis der zivilen und militärischen Experten, die davon etwas verstünden, so klein wie nie.



Soweit die knappe Zusammenfassung des Vortrags von Dr. Stelzenmüller, der im vollen Wortlaut auf den Seiten 30 bis 40 dieses Jahrbuchs abgedruckt ist.





## **Die NATO muss endlich ihre Nabelschau beenden**

General Harald Kujat, bis Ende Juni Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, ging zunächst auf die Irritationen im transatlantischen Verhältnis ein: „Nach den transatlantischen Verwerfungen des letzten Jahres, die zwar ihren Ursprung außerhalb der Allianz hatten, aber doch in sie hinein wirkten, müssen wir aufhören mit der Nabelschau. Wir müssen den Blick nach außen richten und uns auf die Herausforderungen konzentrieren, mit denen wir es in Zukunft zu tun haben.“ Ausgangspunkt dafür sei die übereinstimmende Auffassung in der NATO, dass „die Allianz wieder der Ort der transatlantischen Zusammenarbeit ist und sein muss.“

Ermutigend sei das entschlossene und erfolgreiche Handeln der NATO in Afghanistan. Mit Blick auf die Vereinten Nationen vertrat Kujat die Überzeugung, dass die Allianz als eine Art „Subunternehmer“ die VN durch Beratung in die Lage versetzen könne, „besser und schneller zu handeln“, zusammen mit Partnern auch außerhalb des Bündnisses. Eine Rahmenvereinbarung zu diesem Zweck sei in Arbeit. Denn die Sicherheit der Zukunft werde über „ein Netz von Partnern und Partnerschaften“ auf breiter politischer Basis garantiert. In diesem Netz sei und bleibe die NATO ein Schwergewicht.

Weitere interessante Beiträge zur Thematik rundeten das Colloquium ab. Oberst Ralf Thiele, trug über den eingeleiteten Transformationsprozess vor. Zur Thematik „60 Jahre Vereinte Nationen“ trug Ministerialdirektor Hans-Joachim Daerr vom Auswärtigen Amt über Beitrag und Interessen Deutschlands vor. Richter Hans-Peter Kaul vom Internationalen Strafgerichtshof in den Haag berichtete über Aufgaben, Arbeit und Aufstellungsstand des im Aufbau befindlichen Gerichtshofes. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Winfried Nachtwei (Bündnis 90/ Die Grünen) und Christian Schmidt (CSU) schlossen mit einer Podiumsdiskussion über „künftige Herausforderungen und Aufgaben der Bundeswehr“ das Colloquium 2005 ab.

General a.D. Dr. Reinhardt, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, beendete mit dem Dank an alle Vortragenden, Teilnehmer und Organisatoren das Berliner Colloquium 2005.

### **Zum Autor:**

Oberst a.D. Werner Baach, Journalist, ist Verantwortlicher im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.





## **Die Nuklearstrategie der Nordatlantischen Allianz: Vom Gegeneinander zum Miteinander im Ost-West-Verhältnis**

Wolfgang Altenburg

Vorbemerkung der Redaktion: Der Vortrag von General a.D. Altenburg ist in einer fortgeschriebenen, ausführlicheren Version in dem Buch „Entschieden für Frieden und Freiheit. 50 Jahre Bundeswehr 1955 – 2005“ veröffentlicht.<sup>1</sup>

Seit Aufstellung der Bundeswehr bis letztlich in die späten 1960er Jahre stützte sich die Verteidigungsplanung der Nordatlantischen Allianz für Europa auf die nukleare Komponente entsprechend dem Dokument MC 14/2 der „Strategie der massiven Vergeltung“ (massive retaliation). Der Gedanke dieser Verteidigungsdoktrin lag darin, dass auf Grund der ökonomischen Gegebenheiten nur eingeschränkt zur Verfügung stehende konventionelle Streitkräfte eine durchgehende Verteidigungslinie von Norwegen bis zur Türkei bildeten. Diese Kräfte hatten die Aufgabe, die politischen und wirtschaftlichen Zentren Europas sowie das zu deren Verteidigung nötige Nuklearpotential zu schützen. Vor allem aber sollten sie dem Angreifer verdeutlichen, dass sein Angriff ihn unmittelbar in die Gefahr eines nuklearen Krieges bringen würde. Die Eskalation würde bis in den Bereich der strategischen Nuklearstreitkräfte der USA und Großbritanniens reichen und mit Bomben und Raketen zu einem vernichtenden Gegenschlag führen. Die Doktrin sah vor, dass nach einer Aggression die Verteidigung wahrscheinlich vorwiegend auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen geführt worden wäre.

Angesichts des Aufholens der sowjetischen Nuklearrüstung im Bereich der strategischen Atomwaffen, wodurch das amerikanische Territorium unmittelbar bedroht wurde, trat ein Wandel in der Verteidigungsdoktrin der NATO ein. Seit Anfang der 1960er Jahre, forciert dann durch die Kuba-Krise im Oktober 1962, wurden auf westlicher Seite intensiv Studien formuliert, in denen fixiert war, dass die Schäden auf dem Gefechtsfeld, sprich dem Territorium von NATO-Staaten – in erster Linie der Bundesrepublik Deutschland –, von außerordentlichem, d.h. nicht mehr erträglichem Ausmaß wären. Der großflächige Einsatz von angeblich „taktischen“ Nuklearwaffen hätte zu unermesslichen Verlusten unter der Zivilbevölkerung geführt und die Gefahr mit sich gebracht, die Kontrolle über die eigenen Streitkräfte zu verlieren.





Mit den Athener Richtlinien von 1962 setzte die Allianz erstmalig politische Maßstäbe für den Einsatz von Nuklearwaffen. Es waren fast anderthalb Jahrzehnte erforderlich und ein Wandel in der Verteidigungsindustrie der NATO hin zur „Strategie der angemessenen Reaktion“ (flexible response), festgelegt im NATO-Dokument MC 14/3 vom 16. Januar 1968, bis aus diesen ersten Papieren politische Richtlinien entwickelt wurden, in denen die politische Interessenlage eindeutig zur Basis nuklearer Entscheidungen gemacht wurde. Es ging darum, den Frieden in Freiheit für die Nationen des Bündnisses zu wahren, gleichzeitig aber die Gefahren eines konventionellen Krieges auf dem dicht besiedelten Territorium Europas zu bannen.

Besonders zu nennen sind hier die „Provisional political guidelines for the initial tactical use of nuclear weapons“, als Folgedokumente dazu die „Consultation guidelines“ für eine Beteiligung an den Freigabeverfahren durch die Staaten der Allianz, die nicht im Besitz von Nuklearwaffen waren. In diesen Guidelines war festgelegt, „special weight should be given to the view of nations mostly concerned“. Welche Kriterien dafür maßgebend sind, ist eindeutig definiert. Es war kaum vorstellbar, dass der Regierungschef einer Nuklearmacht, bei dem die endgültige Entscheidung blieb, sich über die Meinung der meistbetroffenen Nationen hinwegsetzen würde.



Deren besonderem Interesse am Einsatz von Nuklearwaffen wurde auch dadurch Rechnung getragen, dass man (die Nuklearmächte, in erster Linie aber die USA) sie im Rahmen der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) an den nuklearen Grundsatzfragen beteiligte, nachdem das Projekt einer multilateralen Schiffseinheit (MFL) als unbefriedigend für eine nukleare Teilhabe verworfen worden war. Die nicht-nuklearen Staaten der Allianz wuchsen also Schritt für Schritt in die NPG hinein. Sie bildete das wichtigste Gremium der Allianz, in dem die Grundsatzfragen der nuklearen Philosophie besprochen und festgelegt wurden. Aus der Formulierung „provisional guidelines“ geht hervor, dass bereits bei deren Erlass an der endgültigen Fassung der Richtlinien gearbeitet wurde. Die Herausgabe der endgültigen Fassung dauerte jedoch über ein Jahrzehnt.

In West und Ost wurde die NATO gescholten, weil sie eine Strategie des nuklearen Erstsatzes („Erstschlag“) zur Basis ihrer Verteidigungsplanung machte. Richtig ist jedoch, dass der nukleare Erstsatz immer erst die Reaktion auf eine Aggression





des Warschauer Paktes gewesen wäre. Die Richtlinien sahen ausdrücklich vor, „initial use should induce the enemy to make the political decision to seize the attack and withdraw.“ Mit anderen Worten: Es ging bei dem nuklearen Ersteinsatz um das Ziel der Kriegsverhinderung bzw. sofortigen Kriegsbeendigung. Denn auch ein konventioneller Krieg hätte im dicht besiedelten Europa die nachhaltige Zerstörung unseres Kontinents bedeutet.

Schon die Athener Richtlinien von 1962, besonders aber die „provisional guidelines“ ließen erkennen, dass Nuklearwaffen mehr und mehr als politisches Mittel der Kriegsverhinderung oder Kriegsbeendigung begriffen wurden. Nuklearwaffen sollten damit nicht mehr die Fortentwicklung der Artillerie auf dem Gefechtsfeld – im amerikanischen Militärjargon: „the better artillery on the battlefield with a bigger bang“<sup>2</sup> – sein, sondern ein politisches Mittel, um den Krieg zu beenden. Auf alle Fälle wäre der nukleare Ersteinsatz vermutlich in erster Linie auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland oder der damaligen DDR erfolgt. Alle Planübungen auf hoher Ebene mit nuklearem Einsatz ließen erkennen, dass von amerikanischer und britischer Seite die Zielauswahl des Ersteinsatzes fast immer auf dem Territorium der Bundesrepublik lag, und nur der Folgeinsatz auch das Territorium der DDR oder Polens zum Ziel hatte.

Es musste also das Interesse der Bundesrepublik Deutschland sein, die Gefahr dieses nuklearen Ersteinsatzes dadurch zu reduzieren, dass sich der Warschauer Pakt auf jeden Fall immer von der Einsicht leiten lasse, dass es besser sei, das Territorium eines NATO-Staates bzw. der NATO insgesamt nicht anzugreifen, da die Folgeeinsätze die Gefahr der Eskalation in sich bargen, letztlich auch die Sowjetunion selbst zu treffen. Die Fähigkeit der Eskalation bis in diese Dimension verkörperte zugleich für die Allianz die Grundidee der Philosophie, diesen Einsatz selbst überflüssig und damit aber auch die konventionelle Aggression unwahrscheinlich zu machen.

Gleichzeitig war sicher zu stellen, dass dieses Eskalationsspektrum keine Unterbrechung aufzeigte. In der Perzeption eines möglichen Aggressors würde diese Unterbrechung bedeuten, dass es möglich sei, die Gefahr der Ausdehnung des nuklearen Waffeneinsatzes für das eigene Land zu vermeiden.

Diese Gedankenführung, die Grundphilosophie der nuklearen Abschreckung, war später Kern des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979. Sie führte hin zur „doppelten Nulllösung“, beschlossen auf dem Gipfeltreffen von Reykjavik zwischen Reagan und Gorbatschow (Oktober 1976). Sie wurde schließlich fixiert im INF-Abkommen vom 8. Dezember 1987. Die Grundphilosophie der nuklearen





Abschreckung bildete damit einen wichtigen Faktor in der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses.

Man kann heute davon ausgehen, dass die entscheidende Einflussnahme der Bundesrepublik auf die nukleare Diskussion innerhalb der Allianz durch den damaligen Verteidigungsminister Helmut Schmidt bei einer Tagung der exklusiven nuklearen Planungsgruppe in Mittenwald (September 1969) begonnen wurde. Die Einstufung von Nuklearwaffen als politisches Mittel und nicht als „bessere Gefechtsfeldwaffen“ (taktische Nuklearwaffen) war das Ziel von Helmut Schmidt auf der Herbsttagung des NATO-Rates im Dezember 1969.

Er setzte diese Kritik an der Planung der Allianz schließlich massiv bei der Tagung der Nuklearen Planungsgruppe in Kopenhagen (Mai 1971) fort, indem er den damaligen SACEUR, General Andrew Goodpaster, aufforderte, das politische Element des Einsatzes einer Nuklearwaffe immer in den Vordergrund zu stellen. In der Allianz löste das besonders in den Arbeitsgremien der NPG und im SHAPE starke Aktivitäten zur Weiterentwicklung von Richtlinien für den „follow-on-use“ einschließlich des „follow-on-use in an extended geographical area“ aus. Der Kernsatz lautete: „Initial use should go hand in hand with a use in an extended geographical area to show the aggressor that his territory is no sanctuary“.

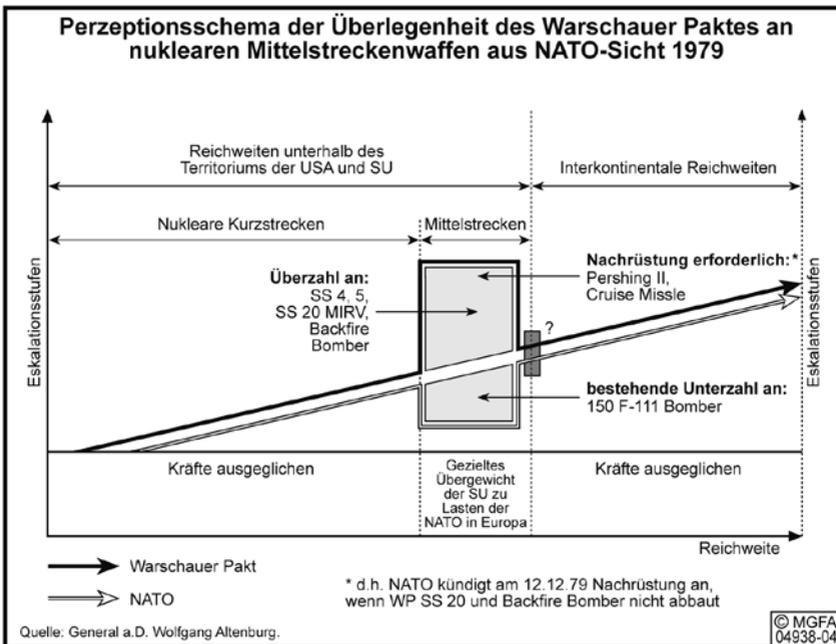
Die intensive Studien- und Verhandlungsarbeit setzte sich bis in die 1980er Jahre hinein in den Gremien der Nordatlantischen Allianz fort. Ein starkes Interesse der NATO bildete in dieser Zeit eine deutliche Verbesserung der eigenen konventionellen Fähigkeiten, um zu erreichen, dass bereits davon ein hoher Abschreckungswert ausging.

Diese Gedankenführung wurde in der Allianz äußerst kontrovers diskutiert. Sie wurde besonders forciert von den Nuklearmächten USA und Großbritannien. Bei den Nuklearmächten dürfte eine besondere Rolle gespielt haben die Notwendigkeit, die Eskalation in den nuklearen Bereich nach Möglichkeit zu vermeiden. Die kontinentaleuropäischen Staaten dagegen sahen in einer zu starken konventionellen Rüstung die Gefahr einer Perzeptionsstörung auf Seiten der Sowjetunion dahingehend, dass diese glauben könnte, bei einer Aggression würde die Reaktion der NATO auf den konventionellen Bereich beschränkt bleiben. Zusätzlich scheuten im Grunde alle europäischen Staaten die Überforderung ihrer finanziellen Ressourcen, vor allem aber die Bereitschaft, hohe Anteile des Bruttosozialproduktes in die Verteidigung zu investieren.





Grundsätzlich positiv, aber nicht ohne Sorge, beobachteten die nicht-nuklearen Staaten der Allianz die Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Bereich sogenannter strategischer Nuklearwaffen (SALT: strategic arms limitation talks) seit 1969. Offensichtliches Interesse der beiden Supermächte war, den großen Nuklearkrieg dadurch zu vermeiden, dass man sich durch die Fähigkeit zur „mutual assured destruction“ gegenseitig hinsichtlich dieser Waffenwirkungen neutralisiert. Für die nicht-nuklearen Staaten der Allianz führte das zu der Frage, ob nach der konventionellen Aggression des Warschauer Paktes die Gefahr besteht, die Eskalation auf den Bereich der sogenannten „theatre nuclear forces“ zu beschränken.



Bei den SALT I-Verhandlungen ging es im wesentlichen darum, Nuklearwaffen mit strategischer Reichweite, besonders aber mit der Fähigkeit des „MIRV-Einsatzes“ (multiple independent reentry vehicles) zu reduzieren und unter Kontrolle zu bekommen. Henry Kissinger bewertet das Ergebnis auf der Herbsttagung des NATO-Rates 1972 mit dem Satz „we have managed to put a cap on“. Die SALT II-Verhandlungen erregten bei den nicht-nuklearen Staaten der Allianz besondere Aufmerksamkeit, weil sie den Bereich der „theatre nuclear forces“, also der Waffen für den europäischen Kriegsschauplatz, ausschlossen. Die Absicht der beiden Ver-





handlungspartner, zu einem schnellen Ergebnis dadurch zu kommen, dass zum Beispiel der Backfire-Bomber und die SS-20 Rakete nicht verhandelt wurden, erweckte bei einigen Europäern den Verdacht, dass zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ein stillschweigendes Übereinkommen herrschte, die Gefährdung der eigenen Territorien bei einer nuklearen Eskalation auszuschließen.

Bei Delegationsgesprächen im Bundesministerium der Verteidigung im Frühjahr 1977 über die Verhandlungen zum SALT II-Vertrag machten deutsche Spitzenmilitärs den US-amerikanischen Delegationsleiter Leslie Gelb darauf aufmerksam, dass die Sowjetunion dieses Verhandlungsergebnis so interpretieren könnte, dass amerikanischerseits die Absicht bestünde, das Eskalationsrisiko in den strategischen Nuklearwaffenbereich zu reduzieren. Das Hauptargument der Amerikaner war, das eigene Territorium sei ohnehin durch sowjetische Waffen in diesem Reichweitenbereich ausschließlich gefährdet. Es war besonders die deutsche Überlegung, dass durch die Gedankenführung, die zu SALT I geführt hatte, diese Gefahren eher reduziert waren. Schließlich sei es wohl in der Vorstellung beider großen Nuklearmächte gelegen, sich gegenseitig durch die Fähigkeiten in diesem Bereich zu neutralisieren.

Die Korrektur dieses Misstandes lag also im europäischen und in erster Linie im deutschen Interesse aufgrund der geostrategischen Lage der Bundesrepublik Deutschland. Die Gespräche wurden in der Allianz mit hoher Intensität geführt.

Der entscheidende Impuls entstand durch die Alastair Buchan Memorial Lecture des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies in London am 28. Oktober 1977.<sup>3</sup> Es ging Helmut Schmidt darum, die Vereinigten Staaten zu Maßnahmen zur Korrektur eines Missstandes zu veranlassen, der nach deutscher Auffassung bereits zu Missverständnissen und Perzeptionsstörungen hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der westlichen Abschreckungsphilosophie geführte habe.

Kernsatz seiner Rede war: „One would be for the Western Alliance to go in for a massive build-up of forces and weapons systems; the other for both NATO and the Warsaw Pact to reduce their strength and achieve an overall balance at a lower level. I prefer the latter.”

Das primäre Interesse des Bundeskanzlers war also nicht, eine Lücke im Eskalationsspektrum der Allianz durch bloße Nachrüstung zu schließen, sondern eher die hohe Rüstung der Sowjetunion in diesem Bereich durch die SS-20 und den Backfire-Bomber zu reduzieren. Der Bundeskanzler wusste, dass eine Nachrüstung der NATO





von der öffentlichen Meinung eher als Steigerung des nuklearen Potentials und damit als eine Gefährdung der Entspannungspolitik verstanden werden konnte.

Dem wollte er dadurch begegnen, dass er in erster Linie die Sowjetunion zu einem Abbau der Kapazitäten veranlassen wollte, die ausschließlich Europa bedrohten. Erst bei einer Weigerung der Sowjetunion, diesem Anliegen zu entsprechen, sollte eine Nachrüstung der westlichen Seite ins Auge gefasst werden. Die Impulse des Bundeskanzlers aus seiner Rede in London am 12. Dezember 1979 zum sogenannten NATO-Doppelbeschluss der Allianz, der die Elemente der Schmidt'schen Rede sinngemäß zum Inhalt hatte.<sup>4</sup>

Doch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland vollzog dies weithin nicht nach. Besonders der Krefelder Appell vom 16. November 1980 verschiedener vorgeblich oder tatsächlich pazifistisch orientierter Gruppen aktivierte Massendemonstrationen von Angehörigen nahezu aller Bevölkerungsschichten und führte zu einer starken Polarisierung des Meinungsbildes in der Bundesrepublik Deutschland. Der Krefelder Appell überraschte politische Beobachter und Militärs vornehmlich dadurch, dass er in seinen Einlassungen Argumente benutzte, wie sie zahlenmäßig und faktisch präzise den Angaben der Sowjetunion in den Rüstungskontrollverhandlungen entsprachen. Marschall Sergeji Akromejew sollte in Sondierungsgesprächen in Moskau 1989 wörtlich erwähnen, dass man in sowjetischen Führungskreisen damit gerechnet habe, der Krefelder Appell würde dafür sorgen, den NATO-Doppelbeschluss an der deutschen Bevölkerung scheitern zu lassen.<sup>5</sup>

Im Herbst 1982 endete die Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt. Helmut Kohl wurde sein Nachfolger. CDU/CSU setzten die Regierung zusammen mit der F.D.P. fort. Bundeskanzler Kohl ließ keinen Zweifel daran, dass er bereit war, gegebenenfalls zur Erfüllung des Nachrüstungsteiles des NATO-Doppelbeschlusses zu stehen. Vor den Wahlen zum 10. Deutschen Bundestag am 6. März 1983 äußerte Helmut Kohl zum damaligen Kommandierenden General des III. Korps (Generalleutnant Altenburg) auf der Schmittenhöhe in Koblenz wörtlich: „Ich werde dislozieren und ich werde die Wahl gewinnen“ – Beides trat ein.

Die Problematik des Doppelbeschlusses und der darin gesehenen Risiken für die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika veranlassten diese, in stärkerem Maße als je zuvor eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Allianz zu erreichen. Nach ihrer Einschätzung sollte damit das Kriegeisiko mit der Eskalationsgefahr bis zu den Territorien der Supermächte weiter reduziert werden. Sie argumentierten auch den europäischen Partner gegenüber, dass damit nicht be-





absichtigt sei, die nukleare Option in Zweifel zu stellen, sondern eher auch im Sinne der europäischen Staaten insgesamt die Schwelle vor einer Aggression für den Warschauer Pakt zu erhöhen.

Es entstanden Programme wie der Follow-on-forces-attack (Rogers-Plan), der den Zweck hatte, die Fähigkeit des Warschauer Paktes zu weitreichenden Operationen nachhaltig zu behindern.<sup>6</sup> Burden-sharing, die Programme zur Lastenteilung zwischen den Bündnispartnern, erhielten starkes Gewicht und forderten die europäischen Staaten zu Aufwendungen, die diese für außerhalb ihrer Möglichkeiten einschätzten.

Obwohl die europäischen Staaten angesichts ihrer wirtschaftlichen Situation die außerordentlichen Belastungen scheuten, unterstützten sie letztlich die besonders von amerikanischer Seite geforderten Programme, weil sie damit für die Vereinigten Staaten die mit dem Doppelbeschluss verbundenen Risiken tragbarer machen wollten. Für diese war die Implementierung des Dislozierungsteiles des Doppelbeschlusses inzwischen Programm geworden. Für viele europäische Betrachter entstand nunmehr auf Grund der Art, wie die Vereinigten Staaten die Dislozierung durchsetzen wollten, der Eindruck, dass die Notwendigkeit dazu nicht von den Europäern, sondern von den Vereinigten Staaten initiiert war. Die Sowjetunion hielt sich weiter hinsichtlich der Möglichkeit der Reduzierung ihrer nuklearen Überpotentiale zurück. Sie glaubte, dass die Dislozierungsstaaten (Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, Belgien und die Niederlande), letztlich doch vor der Implementierung dieses Teiles des Doppelbeschlusses zurückschrecken würden.

Bundeskanzler Schmidt wusste, dass eine Nachrüstung der NATO von der öffentlichen Meinung eher als Steigerung des nuklearen Potentials und damit als eine Gefährdung der Entspannungspolitik verstanden werden konnte.

Heilbronn und Mutlangen waren die Testfälle, an denen sich für beide Seiten entschied: würde die Allianz die Glaubwürdigkeit ihrer Handlung beweisen oder würde sie in Zweifel geraten hinsichtlich ihrer Fähigkeiten, das Notwendige für ihre Sicherheit zu tun. Im letzten Falle würde die Strategie der Abschreckung der Allianz insgesamt ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Dies hätte die Existenz der NATO in Frage gestellt.

Beginnend im November 1983 wurde disloziert; und es ist kein Zufall, dass sich seitdem das Verhalten der Sowjetunion und damit des Warschauer Paktes in den Rüstungskontrollverhandlungen zu verändern begann. Allerdings spielte nicht minder die Grundeinstellung des neuen sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow eine Rolle. Die Frage muss bislang unbeantwortet bleiben, ob sich Gor-





batschows Haltung auch ohne die Dislozierung im Sinne des zweiten Teils des Doppelbeschlusses entwickelt hätte.

Die Sowjetunion hatte anfangs der 1980er Jahre ein Führungsproblem. Innerhalb kurzer Zeit nach Breschnews Tod (10. November 1982) wechselten zweimal Staats- und Parteichefs: Jurij Andropow verstarb im Februar 1984, Kontantin U. Tschernenko verstarb im März 1985. Michail S. Gorbatschow übernahm am 11. März 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU. Erste Anzeichen für die modifizierte Einstellung der Sowjetunion im Bereich der Rüstungskontrollvereinbarungen waren nach der deutschen Dislozierungsentscheidung schon während der kurzen Amtszeit Andropows erkennbar. Ein Indiz für die Veränderung im Verhältnis der Großmächte zueinander war der Walk in the Woods (Waldspaziergang) vom Juni 1982 der beiden

Die Kombination von umfassender Abrüstung im konventionellen Bereich und ausbalancierter Reduzierung der nuklearen Kapazitäten beider Seiten gab dem Vorhaben, das zu einer „Doppelten Null-Lösung“ wurde, einen logischen Sinn. Für die NATO war die „Doppelte Null-Lösung“ eine logische Konsequenz ihrer eigenen Einlassung im Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979

Führer in den seit 30. November 1981 in Genf stattfindenden INF-Verhandlungen, Paul Nitze (USA) und Julij Kwiszinski (Sowjetunion). Die Gespräche müssen Perspektiven für eine künftige Annäherung ergeben haben. Eine nennenswerte Neuauskunfierung wurde jedoch erst nach der Amtsübernahme Gorbatschows deutlich.

In diesem Zeitraum addierten sich verschiedene Faktoren. Die Sowjetunion sah sich nicht in der Lage, die Ansprüche der Staaten des COMECON im Bereich von Ressourcen ausreichend zu befriedigen. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zeigte der Sowjetunion Grenzen und Gefahren der Nukleartechnologie. Gleichzeitig aber bewies ihr die Reaktion der NATO, dass man sich bei Katastrophen dieser Art „in einem Boot“ befand. Der hierbei hervorgerufene Fallout macht an den Grenzen nicht halt.

Die Entwicklung in einzelnen Staaten des Warschauer Paktes, z.B. Polen, ließ erkennen, dass der Kommunismus als die bessere Gesellschaftsordnung in Frage stand und einen Wendepunkt erreicht hatte. Zum gleichen Zeitpunkt eröffnete die Analyse des militärischen Kräftevergleichs der Sowjetunion, dass sie mit der Dislozierung auf Grund des NATO-Doppelbeschlusses ihr Übergewicht an der „Sollbruchstelle“ der Strategie der NATO verloren hatte. Es bedurfte allerdings eines Mannes wie Gorbatschow und eines Mannes wie Reagan, um den Weg nach Reykjavik zu finden. Die Lösung an den Nahtstellen der konventionellen und nuklearen Konfrontation konnte nur in Veränderung im Rahmen der Rüstungskontrolle liegen, die die bisher vorhandenen Dimensionen verließen. Gorbatschows Rede vor den Vereinten Natio-





nen in New York am 7. Dezember 1988 machten ein Rüstungskontrollangebot an den Westen im konventionellen Bereich, der von besonderem Interesse war. Er offerierte Abbau von Kapazitäten des Warschauer Paktes in Bereichen, die lange Zeit schwierigste Verhandlungspunkte verkörperten.

Der Westen war von dem Ausmaß und der Art des Angebots überrascht. Der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO (General Wolfgang Altenburg) stellte in seiner ersten Bewertung in den Morgenstunden des 8. Dezember 1988 in Brüssel das Ausmaß des Angebotes dar und hob besonders die Tatsache hervor, dass das Rüstungskontrollangebot geeignet war, die bisherigen Schwierigkeiten der Verhandlungen auszuräumen. Da zur Kenntnis gelangt war, dass Marschall Sergeji Akromejew, der höchste Soldat der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, vorzeitig und allein New York verlassen hatte, entstand der Verdacht, dass die militärische Seite der Sowjetunion das Angebot von Gorbatschow nicht mitträgt.

Eine Äußerung des Vorsitzenden des Militärausschusses der Allianz, die die Sorge hinsichtlich des Wertes des Angebots auf Grund der Abreise Akromejews artikuliert, wurde durch diesen im Laufe des Tages durch ein Telefongespräch mit dem JCS Admiral William Corge korrigiert. Akromejew stand voll hinter dem Angebot von Präsident Gorbatschow. Von nun an veränderten die Rüstungskontrollverhandlungen die Kategorien zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in einem wichtigen Bereich, der die Strategie der westlichen Allianz mitbegründete.

Die Balance der atomaren Gefechtsfeldwaffe (TNF) begann zur Disposition zu stehen. Beide Seiten waren sich inzwischen darüber im klaren, dass zur Korrektur ein Schritt zurück in den Status quo ante, also vor der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses, keine brauchbare Lösung bedeutete. Die Entscheidung beider Seiten, die TNF einschließlich der Kurzstreckensysteme und in Verbindung damit auch konventionelle Waffen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen, war klug und mutig. In militärischen Zirkeln in Ost und West griff jetzt endlich die Überzeugung, dass man Sicherheit miteinander durch den weitgehenden Abbau atomarer Kurz- und Mittelstreckensysteme erlange. Die Kombination von umfassender Abrüstung im konventionellen Bereich und ausbalancierter Reduzierung der nuklearen Kapazitäten beider Seiten gab dem Vorhaben, das zu einer „Doppelten Null-Lösung“ wurde, einen logischen Sinn. Für die NATO war die „Doppelte Null-Lösung“ eine logische Konsequenz ihrer eigenen Einlassung im Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979; man würde auf eine Dislozierung dann verzichten können, wenn die Sowjetunion bereit sei, ihre Vorrüstung in diesem Bereich abzubauen.





Seitdem ist weit mehr als ein Jahrzehnt vergangen. Die nukleare Konfrontation der westlichen Nuklearmächte im Verhältnis zu Russland und der Volksrepublik China ist entspannt. Es wird darauf ankommen, dass die GUS und China auf den Wegen fortschreiten, die Konkurrenz mit dem Westen im Bereich der Wirtschaft zu suchen. Es hat sich erwiesen, dass alle drei Mächte ihre nukleare Kapazität durch die Ratio zu kontrollieren wissen. Die Bemühungen um die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (non-proliferation) haben jedoch nicht den gewünschten Erfolg erbracht. Es gibt mindestens drei weitere Staaten, die im Besitz von einsetzbaren Nuklearwaffen sind. Mindestens vier weitere Staaten sind Schwellenmächte. Zur ersten Kategorie muss man Israel, Indien, Pakistan rechnen. Als Schwellenmächte kann man Syrien, Nord-Korea, Südafrika und den Iran sehen. Die Frage der Zukunft ist, welche Staaten noch dazu kommen. Werden diese Staaten künftig in der Lage sein, die Handhabung ihrer nuklearen Potentiale von der Ratio her zu bestimmen, wie es der Westen und die Sowjetunion über Jahrzehnte hinweg miteinander vermocht haben?

#### **Zum Autor:**

General a.D. Wolfgang Altenburg, Jahrgang 1928, war Generalinspekteur der Bundeswehr von 1983 – 1986, anschließend bis 1989 Vorsitzender des Militärausschusses der NATO. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

#### **Anmerkungen:**

- 1 Entschieden für Frieden und Freiheit. 50 Jahre Bundeswehr 1955-2005. Eine Publikation des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes im ROMBACH VERLAG, Freiburg i.Br./Berlin, 2005. ISBN 3-7930-9438-3, Seiten 63-72.
- 2 Vgl. die umstrittene Äußerung von Bundeskanzler Konrad Adenauer in der Pressekonferenz im Bundeshaus am 5. April 1957: „Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen. Die taktischen Waffen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen“, zitiert in: Konrad ADENAUER: Erinnerungen, 1955-1959, Stuttgart 1967, S. 296.
- 3 Helmut SCHMIDT: The 1977 Alistair Buchan Memorial Lecture, in: Survival 20 (1978), S. 2 – 10; ders.: Menschen und Mächte, Berlin (W) 1987, S. 230 f.
- 4 Communiqué der Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Mitgliedstaaten in Brüssel am 12.12.1979, in: Europa-Archiv 35 (1980, Folge 2, D 35 – D 37; vgl. zuvor Communiqué über die Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag am 13./14.11.1979, in: Europa-Archiv 35 (1980), Dokumente, Folge 2, D 28 – D 30.
- 5 Wörtlich am 8.11.1989 gegenüber General Altenburg: „We thought that the Krefelder Appell would take care of that in Germany“.





- 6 Das lag durchaus im deutschen Interesse. S. hierzu das Interview mit General Wolfgang Altenburg, wiedergegeben im SPIEGEL-Artikel „Bedingt abwehrbereit“ (in: DER SPIEGEL, Nr. 33 v. 13. August 1984, S. 36 – 38, Zitate im folgenden S. 37: „Altenburg ist zwar überzeugt, dass die Bundeswehr im Kriegsfall zusammen mit den Verbündeten den Ansturm der ersten sowjetischen Staffel etwa eine Woche aufhalten könnte. Wenn die Sowjets jedoch ihre zweite Staffel als Reserve in den Kampf führe, werde die Lage gefährlich werden. Altenburg: vom 7. Tag an wird's kritisch“. (...) „Die Bekämpfung der ersten sowjetischen Staffel hat absoluten Vorrang“. Erst wenn die konventionellen Kräfte ausreichen, um der ersten Staffel erfolgreich widerstehen zu können, kann über die Bekämpfung der zweiten Staffel durch zusätzliche Kräfte entschieden werden. Durch Verstärkung der konventionellen Kampfkraft soll die politische Führung im Kriegsfall „Zeit- und Handlungsspielraum gewinnen“, um unabhängiger vom Atomwaffeneinsatz zu werden“.





## Mit Gewehr, aber ohne Kompass. Deutschlands Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert: Bestandsaufnahme und Kritik

Constanze Stelzenmüller

Vortrag, gehalten beim Berliner Colloquium 2005 der Clausewitz-Gesellschaft und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 16. März 2005

In Deutschlands Sicherheitspolitik [...] ist planhaftes, gar strategisches Denken selten wahrzunehmen

Heute ist die Sicherheitspolitik weltweit im Umbruch. Doch kaum ein moderner, westlicher Staat tut sich so schwer damit, sich darauf einzustellen, wie die nun schon seit fast fünfzehn Jahren vereinigte und souveräne Bundesrepublik.

Dabei ist ihre Hemmschwelle gegenüber dem Einsatz militärischer Mittel offenkundig deutlich gesunken: Die Bundeswehr steht heute mit mehr als 7000 Soldaten an einem halben Dutzend Krisenherden weltweit; sogar Kampftruppen hat Berlin schon auf den Balkan und nach Afghanistan entsandt.

In Deutschlands Sicherheitspolitik dagegen, – einer vielleicht gerade wegen dieses militärischen Aktivismus kaum als solcher wahrgenommenen Reformbaustelle –, ist planhaftes, gar strategisches Denken selten wahrzunehmen. Im Gegenteil. Unsere Sicherheitspolitik changiert seit einigen Jahren zwischen (durchaus hochtrabendem) Zivilmachtsanspruch und (durchaus ruppiger) Machtprojektion, zwischen Moral- und Realpolitik, zwischen Orientierungslosigkeit und Opportunismus. Das ist das neue Paradoxon der deutschen Sicherheitspolitik: Es ist eine Politik mit Gewehr, aber ohne Kompass.

Regierungsschelte? Ja, aber nicht nur: Es ist nicht zu erkennen, dass diese Opposition wüsste, wie eine moderne deutsche Sicherheitspolitik anders und besser zu machen wäre.

Überhaupt – Strategie: Haben wir eine, brauchen wir eine? Man wird über den Wert nationaler oder internationaler Strategiedokumente gewiss streiten dürfen. Zu oft – man denke nur an das Neue Strategische Konzept der Nato von 1999 – sind sie ein Schamtüchlein für einen weiterhin bestehenden strategischen Dissens. Manchmal sind sie auch nur die banale Zusammenfassung eines Konsenses auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, dessen Brüchigkeit schon am Publikationstag offensichtlich wird, oder der durch sich verändernde Umstände obsolet





wird – mal langsam und schleichend, mal plötzlich und gewalttätig, wie am 11. September 2001.

Dennoch ist es eine nützliche Übung für einen Staat oder ein Bündnis, sich in regelmäßigen Abständen der intellektuellen und politischen Herausforderung auszusetzen, ein solches Dokument zu verfassen. Während des Kalten Krieges ließen sich solche Übungen mathematisch-spieltheoretisch unterfüttern (die These von der „sauberen Ableitung“ dürfte dagegen schon damals eine Fiktion gewesen sein). In den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer dagegen bewegten sich alle westlichen Regierungen in einer Art strategischem Nebel. Und die alsbald auftretenden epochalen humanitären Katastrophen – Kambodscha, Somalia, Bosnien, Ruanda, Kongo, Kosovo – stellten die Krisenbewältigung fast ein Jahrzehnt lang ins Zentrum der amerikanischen und europäischen Außenpolitik.

Seitdem aber hat sich einiges getan. Amerikas „National Security Strategy“ vom September 2002 ist ein in vielen Farben schillerndes Dokument, das nicht weniger beansprucht, als die Welt nach den Maßstäben der Regierung Bush neu zu ordnen. Die Briten haben ihre „Strategic Defense Review“ vom Herbst 2001 (samt einem neuen Kapitel von Ende 2002), die Franzosen seit 2003 ihren „Plan de Défense“.

Und Deutschland? Helmut Schmidt, dem strategischen Denken bekanntlich nicht abgeneigt, hat 1970 das sicherheitspolitische „Weißbuch“ nach britischem Vorbild eingeführt. Nach dem Amtsantritt der rot-grünen Koalition im Herbst 1998 wurde ein Weißbuch in Auftrag gegeben und verfasst. Aber es wurde zweimal vom Druck zurückgezogen. Nicht wegen Auseinandersetzungen über den Inhalt – sondern weil immer wieder wichtige Termine auf anderen Reformbaustellen die Veröffentlichung inopportun erscheinen ließen.

Stattdessen erließ Verteidigungsminister Peter Struck im Mai 2003 die sogenannten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“. Es ist ein sprachlich unbeholfener, wenig stringenter Text, der vor allem Ratlosigkeit dokumentiert. Wie sollte es auch anders sein? Die Richtlinien der Sicherheitspolitik zu definieren, ist ureigene Aufgabe und Verantwortung des Bundeskanzlers.

Kurz: Amerika hat eine formelle Sicherheitsstrategie; Großbritannien hat eine, Frankreich auch. Deutschland, das sich neuerdings gerne als Dritter im Bund der europäischen Großmächte präsentiert, hat keine. Nicht aus Prinzip – man ist bloß nie recht dazu gekommen. Es gibt zwar seit rund einem Jahr eine EU-Sicher-





heitsstrategie, die eine sehr umfassende und ernsthafte Antwort auf das US-Strategiepapier gibt; aber solange wir nicht unsere gesamte außen- und sicherheitspolitische Gestaltungsfreiheit an Brüssel abtreten (was so schnell nicht geschehen wird), bleibt auf der nationalen Ebene eine programmatische Lücke.

Sicher, es geht auch ohne. Aber Berlin begibt sich damit eines möglichen Planungsinstruments, das Klarheit und Orientierung schafft, nach außen wie nach innen. Der Verzicht darauf ist indes symptomatisch – für einen Mangel an, womöglich gar die Unfähigkeit zu ordnungspolitischem Denken.

Wie aber steht es um die Substanz unserer Sicherheitspolitik? Zwei Errungenschaften hält sich die rot-grüne Regierung auf diesem Feld besonders zugute: erstens, der eindeutige Vorrang der zivilen vor den militärischen Mitteln der Außen- und Sicherheitspolitik; und zweitens, die Wiedereingliederung des militärischen Instruments in den Werkzeugkasten deutscher Außenpolitik.

Noch unter Hans-Dietrich Genscher war das Scheckbuch das bevorzugte Instrument der „Zivilmacht Deutschland“; wir sind seitdem weit gekommen.

Eine der historischen Leistungen des Tandems Schröder-Fischer ist die Tatsache, dass es eine Reihe von außenpolitischen Krisen, wie sie noch keine deutsche Regierung in dieser schnellen Abfolge und Intensität erlebt hat, gemeistert hat – teils gegen beträchtlichen Widerstand aus den eigenen Reihen. Die Entscheidung über die Drohung mit einem Nato-Luftkrieg über Kosovo mussten sie noch vor dem Amtseid treffen. Später halfen sie, den Krieg zu beenden, indem sie die Russen zum Mitmachen bewogen – und damit den serbischen Diktator Milosevic zur Aufgabe. Um einen Bürgerkrieg in Makedonien zu verhindern, nahm die Regierung den Kampf mit den eigenen Parlamentsfraktionen auf; nur mit Hilfe von Stimmen aus der Opposition wurde Deutschlands Beteiligung an der kleinen – und letztlich erfolgreichen – Stabilisierungstruppe genehmigt. Und um nach dem 11. September am US-geführten Antiterrorereinsatz in Afghanistan und am Horn von Afrika teilnehmen zu können, stellte Gerhard Schröder sogar die Vertrauensfrage. Alles das erforderte Mut, und einen langen Atem.

Deutschland hat zudem mehrfach die diplomatische Verantwortung übernommen, wenn es darum ging, nach Krise und Intervention die Lage zu stabilisieren – und dann beträchtliches Durchhaltevermögen bewiesen. Berlin schob den Stabilitätspakt für den Balkan mit an; und es hat seitdem viel Personal und Mittel darein investiert. Nach der Vertreibung der Taliban war es wiederum Berlin, das





die afghanischen Stammesführer zu Verhandlungen auf den Petersberg lud. Auf dem Balkan wie am Hindukusch ist Deutschland noch immer in führender Rolle als Ordnungsmacht präsent.

Doch im Krisenmanagement und der seufzenden Übernahme der Protektoratsverantwortung erschöpft sich auch schon das ganze Konzept der sicherheitspolitischen Zivilmacht. Bei den konservativen wie bei den klassisch „linken“ ordnungspolitischen Themen der Sicherheitspolitik agiert diese Regierung mal aggressiv auftrumpfend, mal sprunghaft, mal orientierungslos – und mal einfach nur mutlos.

Bei der deutsch-amerikanischen Freundschaft – einer vormals eisernen Konstante der Bonner Außenpolitik –, schlug die Kompassnadel am wildesten aus. Hier wurden alle Haltungen durchprobiert: von der beflissenen Bündnistreue (bei den Bombenschlägen auf die irakische Luftabwehr vom Dezember 2000) bis hin zu Widerstand, der alsbald in Opportunismus umschlug (als der Protest gegen Washingtons Raketenabwehrpläne aussichtslos erschien, forderte Schröder prompt Chancen für deutsche Rüstungsfirmen).

Angesichts der amerikanischen Kriegspläne gegen Saddam Hussein (sowie der heranrückenden Bundestagswahl) aber war jede diplomatische Besonnenheit verschwunden. Es gab gute Gründe, diese Invasion des Iraks abzulehnen. Sie hätten überzeugender geklungen, wenn der Bundeskanzler etwas weniger oft vom „Deutschen Weg“ gesprochen hätte und sich etwas ernsterhafter mit jenen Argumenten aus Übersee auseinander gesetzt hätte, die eine Amtsenthebung Saddams zumindest plausibel machten: die gewaltigen Mengen von Massenvernichtungswaffen, die Inspektoren einst im Irak gefunden hatten, und die entsetzlichen Leiden der Zivilbevölkerung. Aber mit ihrem kategorischen „Nein“ zum Krieg hat die deutsche Regierung letztlich die UN geschwächt und sich jedes Einflusses gegenüber dem Bündnispartner begeben.

Eine der historischen Leistungen des Tandems Schröder-Fischer ist die Tatsache, dass es eine Reihe von außenpolitischen Krisen, wie sie noch keine deutsche Regierung in dieser schnellen Abfolge und Intensität erlebt hat, gemeistert hat – teils gegen beträchtlichen Widerstand aus den eigenen Reihen.

Europas Wohl ist (fast) jeden Preis wert: Auch das war einst ein lagerübergreifender Konsens in der deutschen Außenpolitik. Für Joschka Fischer, der sich zum Atlantizismus erst bekehren lassen musste, war Europa von jeher eine Glaubensangelegenheit. Deutsche Europapolitik wird indes nicht vom Außenminister gemacht, sondern – zunehmend – vom Bundeskanzler.





Gerhard Schröder hat mit der Vision eines Europas jenseits der Nationalstaaten nie viel anfangen können. Die Integration Europas ist für ihn nicht mehr Selbstzweck, sondern allenfalls Mittel zum Zweck. Kein deutscher Regierungschef hat so rücksichtslos nationale Interessen vertreten wie er. Oft waren es deutsche; recht häufig (wie bei den EU-Landwirtschaftssubventionen) waren es französische. Der Traum eines französisch-deutschen Motors für die europäische Integration ist allerdings gescheitert: am Widerstand der anderen, oft atlantischer gestimmten EU-Länder und –Kandidaten, aber auch an der Arroganz der beiden selbsternannten Führungsmächte selbst. In Berlin zumindest scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass französische Vorstellungen von einer europäischen „Gegenmacht“ ein wenig verfrüht sind; und dass gerade eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne London nicht zu haben ist.

Die traditionelle deutsche Vermittlerrolle zwischen diesseits und jenseits des Atlantiks sowie zwischen Großen und Kleinen im wachsenden Europa ist Schröders Sache ohnehin nicht: Deutschland, die „erwachsene Nation“, sprach der Kanzler, solle „auf gleicher Augenhöhe“ mit den Großen sprechen. Mit Paris, London – und Moskau. Um der Freundschaft mit Wladimir Putin willen war Gerhard Schröder sogar bereit, für die Übergriffe russischer Truppen in Tschetschenien Verständnis zu zeigen.

Multilateralismus und Bündnistreue: So heißen die Leitsterne deutscher Diplomatie, früher wie heute; aus Prinzip und Interesse gleichermaßen, denn so mehrten Mittelmächte am besten ihren Einfluss. Doch in den Vereinten Nationen und der Nato haben wir an Einfluss und Respekt verloren. Mal liegt es an den Forderungen selbst (etwa dem Drängeln nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat); mal ist es der – bei berechtigter Position – penetrant missionarische Ton, wie in Sachen Irak; mal ist es einfach nur das chaotische Hin und Her der von verlegenen deutschen Verhandlern am East River oder im Nato-Rat vorgetragenen Weisungen aus Berlin.

Ernsthafter noch ist dieses Versäumnis: Die UN wie die Nato ächzen unter der doppelten Last veralteter Strukturen und neuer Herausforderungen; doch die deutsche Diplomatie hat es bisher nicht vermocht, dies als historische Gestaltungschance zu begreifen. (Symptomatisch auch hier: Der gut gemeinte und doch so misslungene Vorschlag Schröders auf der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik, ein externes Expertengremium über mögliche Reformen in den Strukturen des transatlantischen Bündnisses beraten zu lassen.)





Auch auf anderen großen internationalen Reformbaustellen – etwa der Rüstungskontrolle oder dem Recht der bewaffneten Konflikte –, scheint Berlin exakt zwei diplomatische Optionen zu kennen: Das Beharren auf dem Status Quo, oder den Panthersprung in letzter Minute auf einen Zug, den andere in Bewegung gesetzt haben. Es gab eine Ausnahme: Bei den Verhandlungen über das Statut eines neuen Weltstrafergerichts setzten deutsche Diplomaten sich an die Spitze der Bewegung. Es fiel auch deshalb so auf, weil es so selten ist.

Menschenrechte, Armutsbekämpfung, gerechte Globalisierung: Bei den klassisch „linken“ Themen internationaler Politik haben Schröder und Consorten, trotz ihres hochmoralischen Tons, wenig Neues vorzuweisen, und noch weniger Enthusiasmus. Im Gegenteil, wo Gewinne winken, ist das Thema Menschenrechte schnell vom Tisch – etwa, wenn sich Berlin für die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber China stark macht. (An einer strategischen Einbettung des Themas – unter Berücksichtigung der Rüstungsspirale in Süd-asien, mehrdeutiger Signale aus Peking, und einer sich am Horizont abzeichnenden strategischen Rivalität zwischen den USA und China scheint es in Berlin dagegen ganz zu fehlen.)



Die Presse hört aufmerksam mit

Womöglich liegt darin auch der tiefere Grund für die Ratlosigkeit unserer Sicherheitspolitik, wenn es um sogenannte „rechte“ Themen geht: die Eindämmung oder gar Bekämpfung von Gegnern, die weder gutem Zureden noch einer „Sicherheitspartnerschaft“ noch einem „Dialog der Kulturen“ zugänglich sind. Ein beliebter Topos deutscher Amerikakritik ist die moralische Fragwürdigkeit Washingtoner Zweckallianzen mit strategisch nützlichen Despoten oder Autokraten. Was dabei häufig unter den Tisch fällt, ist die Tatsache, dass wir mit denselben Regimes lukrative Geschäfte machen – siehe Gerhard Schröders jüngste Reise durch die arabische Welt.

Die Alternative ist natürlich nicht, den Despoten mit Hilfe von Luftbombardements zu stürzen –, sondern uns zu fragen, ob wir mit unserer Diplomatie und Entwicklungshilfe genug tun, um dem Land, das der Despot regiert, zu einer friedlichen Transformation zu verhelfen. Auch wenn das hieße, auf das eine oder andere Geschäft zu verzichten. Einer rot-grünen Regierung, die einst im Zeichen der Menschenrechte angetreten ist, wäre das durchaus würdig.





Gewiss, es gibt auch Ansätze für strategisch-ordnungspolitisches Denken in Berlin. Aber sie bleiben entweder isoliert – wie die neue harte Linie gegenüber der atomaren Aufrüstung des Iran; oder seltsam folgenlos, wie Joschka Fischers Reden zur Notwendigkeit eines strategisch denkenden Europas und demokratisch-rechtsstaatlicher Reformen in der arabischen Welt.

Die neue völkerrechtliche Regel [...] könnte so lauten: Westliche Demokratien dürfen ausnahmsweise ein Regime mit militärischer Gewalt stürzen, wenn es droht, schlimmste Verbrechen an seiner eigenen Bevölkerung zu begehen, oder wenn von ihm eine existenzielle Gefahr für andere ausgeht.

Das Gewicht der deutschen Diplomatie – die „Macht“ im Wort „Zivilmacht“ – ist also bei genauem Hinsehen weniger erheblich, als es die Fürsprecher einer nichtmilitärischen Außen- und Sicherheitspolitik gerne hätten.

Kommen wir also zur zweiten Errungenschaft der rot-grünen Koalition: der Wiedereingliederung des militärischen Instruments in den Werkzeugkasten deutscher Außenpolitik. Die „Enttabuisierung des Militärischen“ – in Gerhard Schröders gewohnt robuster Diktion – ist natürlich keine Erfindung dieser Regierung; sie begann mit der Entsendung deutscher Soldaten nach Kambodscha und Somalia, und wurde im out of area-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 legitimiert. Doch es war die Regierung Schröder, die die Bundeswehr 1999 in den Luftkrieg über dem Kosovo und damit in den ersten Kampfeinsatz der deutschen Nachkriegsgeschichte schickte. Das war fürwahr ein Tabubruch; um ihn zu rechtfertigen, zog die Regierung mit dem Ruf „Nie wieder Auschwitz“ ins Feld. Gründe für eine humanitäre Intervention gab es genug, aber der Vergleich war abwegig. Die Regierung konstruierte sich so einen moralischen Handlungszwang, um der ungewohnten realpolitischen Begründung auszuweichen: Destabilisierung des Balkans, noch mehr Flüchtlinge in Deutschland.

Die Tatsache, dass die nach Kriegsende im Sommer 1999 zur Stabilisierung entsandten Bodentruppen später albanische Dächer deckten, tat einiges, um die Erinnerung an den Tabubruch zu überlagern; dabei waren diese Soldaten viel größeren Gefahren ausgesetzt und mussten weit traumatischere Erfahrungen machen als seinerzeit die Piloten der Luftwaffe. Die Entsendung von Sanitätern nach Osttimor, im Oktober 1999, obwohl weit weg und teuer, passte wieder in das gesellschaftlich akzeptierte Bild der bewaffneten Sozialhelfer. Spätestens bei den heftig umstrittenen Bundestagsabstimmungen über die präventive Intervention in Makedonien und dem Antiterrorereinsatz in Afghanistan musste die Regierung jedoch erkennen, dass sie sich mit ihrer Rhetorik des moralischen Sachzwangs selbst eine Falle gestellt hatte.





Nur vor diesem Hintergrund ist Verteidigungsminister Peter Strucks verzweifelter Versuch zu verstehen, die fortdauernde Präsenz von mehr als 2000 deutschen Soldaten in Kabul und Kundus als „Landesverteidigung am Hindukusch“ zu begründen. Ein Völkermord, der eine humanitäre Intervention völkerrechtlich ausnahmsweise erlauben würde, steht nicht zu befürchten. Also muss eine existenzielle Bedrohung her (das war die Begründung für die Wiederbewaffnung Deutschlands), denn sonst wäre der Einsatz ja grundgesetzwidrig, nicht wahr? Tatsache ist aber, dass von Afghanistan derzeit keine existenzielle Gefahr für Deutschland ausgeht.

Wahrheitsnäher wäre dieses Argument: Deutschland hat als Mitglied der Nato nach den Angriffen der Al-Qaida auf Amerika vom 11. September den Verteidigungsfall mit ausgerufen. Nach der Vertreibung der Taliban – der afghanischen Wirte der Al-Qaida-Führung – aus Kabul haben auch wir, als Teilnehmer am US-geführten Antiterrorkrieg, Kommandosoldaten zur Suche nach Osama bin Laden im afghanischen Grenzgebiet geschickt. Wir waren also – ähnlich wie im Kosovo – an einer militärischen Operation beteiligt, die zu einem Regimewechsel führte; und wir haben das Treffen afghanischer Stammesführer am Rhein organisiert und Stabilisierungstruppen geschickt, weil die neue Regierung Karsai in Kabul sonst implodiert wäre und weil bin Laden und seine Genossen noch immer nicht gefangen sind.

Die neue völkerrechtliche Regel, die sich aus diesem Verhalten ableiten ließe, könnte so lauten: Westliche Demokratien dürfen ausnahmsweise ein Regime mit militärischer Gewalt stürzen, wenn es droht, schlimmste Verbrechen an seiner eigenen Bevölkerung zu begehen, oder wenn von ihm eine existenzielle Gefahr für andere ausgeht. Sie müssen dann aber auch dafür sorgen, dass die Gefahr tatsächlich beendet ist – will sagen, dass die Bürger dieser Gesellschaft oder andere nicht etwa weniger sicher sind als zuvor. Und sei es, indem sie ein Protektorat dort installieren, bis das neue Staatswesen ohne fremde Hilfe überleben kann. Amerikas Ex-Außenminister Colin Powell hat dies seinem Präsidenten gegenüber als die Porzellanladen-Regel bezeichnet: You break it, you own it. Zu deutsch und auf die internationale Situation übertragen: Eine westliche Demokratie, die militärische Gewalt gegen einen anderen Staat anwendet, übernimmt Verantwortung für die Folgen.

Rechtlich weniger innovativ, aber immer noch realitätsnaher als Strucks Formel wäre die Feststellung, dass ein zerfallendes Afghanistan nicht im deutschen Interesse ist. Das hieße aber, der Öffentlichkeit zu erklären, dass es heute eine Staats-





raison gibt, die zwischen der Verhinderung von Völkermord und der Förderung unserer Handelsbeziehungen auch noch andere Beweggründe und Optionen deutscher Sicherheitspolitik kennt.

Das setzte aber auch voraus, sich der unangenehmen Frage zu stellen, ob wir und unsere Verbündeten in unseren Protektoraten am Hindukusch und auf dem Balkan eigentlich das Notwendige tun, um sie in absehbarer Zeit wieder an ihre Bevölkerungen zu übergeben. Die Antwort lautet, trotz enormer Investitionen und echter Erfolge: Nein. Weil wir – sei es, weil uns die Phantasie fehlt, wir uns mit Bündnispartnern nicht einigen können, oder schlicht uns von neuen Krisen ablenken lassen – nicht genug investieren. Militärisch – in Afghanistan werden dringend mehr Stabilisierungstruppen gebraucht; aber vor allem politisch, in eine langfristige Lösung der dem Urkonflikt zugrundeliegenden Probleme. Belege finden sich in den jüngsten Unruhen im Kosovo und den Rekordopiumernten Afghanistans. Solange es eine politische exit strategy für diese Situationen nicht gibt, bleiben unsere Protektorate aber fragil und gefährdet. Die Truppen, die dort dienen, werden zwangsläufig überfordert, denn die Ursachen der Instabilität, die sie eindämmen sollen, sind eben nicht militärischer Natur.

Anders formuliert: Das Militär ist nur ein Instrument der Politik, kein Ersatz dafür. Wo es an einem politischen Konzept fehlt, sind Soldaten nur Lückenbüßer, und letztlich zum Scheitern verdammt. Das hat Folgen für die innere Kultur westlicher Streitkräfte – auch der Bundeswehr – die uns nicht gleichgültig sein können.

Keine westliche Armee befindet sich derzeit in einer so außergewöhnlichen Situation wie die deutsche. Bis 1990 war die – auf alliiertes Drängen gegründete – Bundeswehr spezialisiert wie keine andere Nato-Armee. Ihre einzige und aller Wahrscheinlichkeit nach vergebliche Aufgabe sollte es sein, einen russischen Angriff längs der innerdeutschen Grenze mit schweren Panzern und Soldaten so lange wie möglich aufzuhalten; ihre gesamte Verfassung und Struktur war darauf angelegt, jede Veränderung unmöglich zu machen. In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten aber ist der Etat der Bundeswehr massiv gekürzt worden; ihr Personal ist zusammengestrichen worden; ihr sind mehrere halbherzige und unterfinanzierte Reformen in Folge verordnet worden; und sie ist, von Somalia über Kambodscha, Ruanda, Bosnien, Kosovo, Makedonien, Osttimor, Dschibuti und Afghanistan, in stets weiter entfernte, längere und gefährlichere Einsätze geschickt worden.

Viel ist dabei gut gegangen; mehr, als man hoffen durfte. Die von Verteidigungsminister Struck und seinem Generalinspekteur Schneiderhan verordnete Reform





ist auf dem richtigen Weg (auch wenn es mittelfristig ohne Finanzspritze nicht gehen wird): Die Bundeswehr wird dadurch kleiner, besser, und kampfkraftiger – und ohne Geldknappheit hätte sich der schwerfällige Apparat vermutlich nie bewegt. So wie das Krisenmanagement den Horizont der deutschen Außenpolitik erweitert hat, ist die Einsatzzerfahrung, die inzwischen fast alle Offiziere und Soldaten der Bundeswehr haben, vermutlich ein stärkerer Reformmotor als alle Stabspapiere. Nicht zuletzt hat sich die Bundeswehr weltweit durch ihr besonnenes und offenes Auftreten einen ziemlich guten Ruf erworben.

**Das Militär ist nur ein Instrument der Politik, kein Ersatz dafür. Wo es an einem politischen Konzept fehlt, sind Soldaten nur Lückenbüßer, und letztlich zum Scheitern verdammt**

Doch die Dauerbelastung macht sich bemerkbar. Viele Soldaten sind inzwischen öfter und länger im Einsatz als zuhause; Ehen und Familien zerbrechen zuhauf darüber, und die Truppenführer machen sich Sorgen über eine entstehende Troupier-, ja Söldnermentalität. Und wie soll ein Offizier die Grundsätze der Inneren Führung hochhalten, wenn er seiner eigenen Mannschaft nicht mehr erklären kann, warum die Bundeswehr auf dem Balkan oder in Afghanistan steht, wie lange noch, und mit welchem Ziel?

Hinzu kommt, dass die deutsche Öffentlichkeit die Lebenslüge der „Landesverteidigung am Hindukusch“ – die unter anderem ja die Wehrpflicht aufrechterhalten soll – längst durchschaut hat. Die Bundeswehr im Einsatz ist in Wirklichkeit längst eine Freiwilligenarmee, weil kein Wehrpflichtiger mitziehen muss, der nicht mit will; denn im Einsatz werden eben nicht jene existenziellen Gefahren bekämpft, die allein den Zwangsdienst verfassungsrechtlich begründen. Die Reaktion der Gesellschaft darauf ist zumindest verständlich: Wenn die Soldaten es freiwillig tun und dafür auch noch Gehaltszulagen bekommen, – so denken viele –, ist es auch ihr eigenes Risiko. So erklärt sich auch, dass jede Einsatzverlängerung, von immer schwächerem öffentlichen Echo begleitet wird.

Die Bundeswehrführung trägt aber eine gewisse Mitschuld an diesem Zustand, weil sie sich so verzweifelt an die Wehrpflicht klammert. Dabei ist ihre Angst doppelbegründet: die Furcht vor der wachsenden Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber der Bundeswehr; und die Furcht vor den Rekrutierungsproblemen, die sie bei anderen Staaten beobachtet, die die Wehrpflicht abgeschafft haben. Nur schlechte Berufsarmeen sind billiger als eine Wehrpflichtarmee. Eine gute Berufsarmee dagegen erfordert viel Aufwand, und dabei ist Geld noch das geringste Problem. Moderne Soldaten müssen technische und soziale Intelligenz gleichzeitig haben: Sie müssen kämpfen können, aber auch wissen, wie man panische Flüchtlinge beruhigt. Ihre





Nicht zuletzt hat sich die Bundeswehr weltweit durch ihr besonnenes und offenes Auftreten einen ziemlich guten Ruf erworben

Ausbildung, wie die spätere Tätigkeit, muss den Vergleich mit der zivilen Konkurrenz bestehen können.

Das alleine reicht noch immer nicht aus, um Soldaten zu bewegen, ihr Leben und ihre Gesundheit für ihr – unser – Land aufs Spiel zu setzen. Dafür muss man sie davon überzeugen, dass das, was sie tun, legitim, legal und in Deutschlands Interesse ist; und dass sie von Politik und Gesellschaft dafür angemessen gewürdigt werden.

Es ist schon ironisch, dass heute ausgerechnet die Generalität am meisten Angst vor einer Abkoppelung von Bundeswehr und Gesellschaft hat, und zwar zu Recht. Bloß ist die Aufrechterhaltung einer schon jetzt politisch scheinotenen, weil durch keine existenzielle Bedrohung mehr gerechtfertigten Wehrpflicht der falsche Weg dafür.

Deutschlands Sicherheitspolitik muss sich, fünfzehn Jahre nach der Wiedererlangung voller Souveränität, endlich ehrlich machen. Die Ziele: Zwischen moralischem Sachzwang und Handelsinteressen gibt es ein breites Spektrum von Chancen, Risiken und Optionen, das es auszuleuchten und zu nutzen gilt. Die Mittel: Unsere Diplomatie, und die nationale wie internationale Koordinierung unserer Außen- und Sicherheitspolitik, sind immer noch verbesserungsfähig; die „Zivilmacht Deutschland“ ist bei weitem nicht so stark oder effektiv, wie sie sein könnte. Unsere Militärpolitik aber läuft große Gefahr, sich im Kurieren an Symptomen zu erschöpfen – und dabei ihr Instrument, die Bundeswehr, zu verschleifen. Das Personal: Nicht das geringste Paradox deutscher Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert ist, dass die Herausforderungen so groß sind wie nie, und der Kreis der zivilen und militärischen Experten, die davon etwas verstehen, so klein wie nie. Wir brauchen mehr davon.

Aber Sicherheitspolitik – deutsche Sicherheitspolitik zumal – darf nicht zu einer Sache für Spezialisten werden. Sie geht alle Bürger etwas an.

#### **Zur Autorin:**

Dr. Constanze Stelzenmüller war bis April 2005 Journalistin bei der Wochenzeitung „Die Zeit“. Seit Juli 2005 ist sie Direktorin des „German Marshall Fund of the United States“, Berlin Office.





## Festveranstaltung der Stadt BURG am 30.06. und 01.07.2005 zum 225. Geburtstag von Carl von Clausewitz

Grußwort des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft e.V.,  
General a.D. Dr. Klaus Reinhardt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sterz, sehr verehrte Ehrengäste, meine sehr  
geehrten Damen und Herren,

ich darf Ihnen im Namen aller hier anwesenden Mitglieder der Clausewitz-Gesell-  
schaft für Ihre freundliche Einladung zum 225. Geburtstags unseres Namenspat-  
rons Carl von Clausewitz nach Burg danken. Wir sind sehr gern gekommen, um  
zusammen mit Ihnen Rückschau auf einen der ganz großen Preußen zu halten,  
dem es eigentlich nicht in die Wiege gelegt war, später zu solch weltumspan-  
nenden Ruhm aufzusteigen.

Carl von Clausewitz wurde nach den Kirchenbüchern von Burg vor 225 Jahren  
am 01. Juli 1780 geboren. Er selbst glaubte, dass sein Geburtstag schon einen  
Monat früher gewesen sei, und schreibt dazu am 02. Juni 1807 an seine Braut:

„Es war gestern, am 01. Juni, an meinem Geburts-  
tag, als ich Deinen lieben Brief erhielt, und das al-  
lein konnte mich daran erinnern. Denn bei meinem  
schlechten Gedächtnis bin ich mehr als einmal  
nahe dran gewesen, ihn ganz zu vergessen. Aber seit  
meinem Eintritt in die Welt bin ich es gewohnt, die-  
sen Tag oft durch etwas Glückliches bezeichnet zu  
sehen. Im 12. Jahr vertauschte ich an diesem Tag  
das wollenen Feldzeichen mit dem silbernen, am 13.  
wurde ich vor Mainz Offizier, im 14. befand ich mich  
in einem heftigen Gefechte in einer bösen Lage, aus der ich glücklich entkam.  
Die übrigen sind fast immer von einer kleinen Überraschung begleitet, die mir  
das Schicksal bereitete, in Ermanglung eines Familienkreises, der mich umgeben  
hätte.“



Präsident Dr. Reinhardt verleiht dem Kustos  
der Burger Clausewitz-Erinnerungsstätte,  
Klaus Möbius, die Ehrennadel der Clause-  
witz-Gesellschaft in Gold.

Wichtiger als die Frage des Geburtsdatums ist die nach den äußeren Umständen der  
Jugend des heranwachsenden Jungen. Wenn wir uns heute über Kinder-Soldaten in  
Afrika aufregen: Damals waren sie üblich, und auch die beiden Brüder des Carl von  
Clausewitz wurden durch den Vater noch als Kinder in die Armee gesteckt.





Auch der Vater hatte zunächst einen militärischen Beruf, den er aber nur kurz ausübte. Friedrich Gabriel Clausewitz, der sich beim preußischen König Friedrich II. um eine Anstellung beim Militär bewarb und sich dabei als Edelmann bezeichnete, brachte es bis zum Secondelieutenant und wurde nach dem 7-jährigen Krieg wieder entlassen. Er bekam die sehr bescheidene Stelle als Akzise - Einnahmer hier in Burg, wurde also ein Mann des Steuerwesens.

Es gibt heute keinen anderen militärischen Denker, der mehr zitiert und gelesen wird als Carl von Clausewitz, dessen Hauptverdienst es ist, den politischen Charakter des Krieges und den Ausdruck des politischen Willens als das grundlegende Charakteristikum des Krieges analysiert zu haben

In Burg heiratet er auch im Jahr 1768 Friederike Dorothea Charlotte Schmidt, eine Beamtentochter, die nicht viel in die Ehe mitbrachte. Die Familie lebte am Rand der Armut: 8 Kinder und 300 Taler pro Jahr, was Wunder, dass der Vater drei der Söhne in ein Regiment eintreten ließ. Carl von Clausewitz schrieb später, sein Vater sei voll all der beschränkten Vorurteile seine Offiziersstandes gewesen. In seinem elterlichen Haus habe es nur Offiziere gegeben, und zwar – so sein ätzendes Urteil – „nicht gerade die gebildetsten und vielseitigsten“.

Welch eine aus unserer heutigen Sicht schauerliche Jugend. Mit zwölf Jahren trat er als Fahnenjunker in das Regiment „Prinz Ferdinand“ in Berlin ein, in dem bereits sein älterer Bruder diente.

Der Weggang vom Elternhaus und die dienstlichen Pflichten in der ungewohnten und harten Umgebung hatten ihn, wie aus vielen seinen späteren Briefen hervorgeht, schmerzlich getroffen. „Die schwermütigen Empfindungen, die vorzüglich damals mein Herz umlagerten“, so schrieb er später, „haben mich eigentlich nie ganz verlassen ... Ich werde gewiss nie von jener Empfindung loskommen“.

Als das Regiment 1793 ins Feld zog, um am Krieg gegen die französische Revolution teilzunehmen, träumte der 13-Jährige davon, sich auszuzeichnen. Später schrieb er ironisierend darüber: „Mein Eintritt in die Welt geschah auf dem Schauplatz großer Begebenheiten, wo das Schicksal der Nationen entschieden wurde. Mein Blick fiel also nicht auf den Tempel, in welchem die Häuslichkeit ihr stilles Glück feiert, sondern auf den Triumphbogen, in welchen der Sieger einzieht.“

Dieser Siegeslorbeer sollte ihm Zeit seines Lebens jedoch verwehrt bleiben. In den jungen Jahren ging es erst einmal ums nackte Überleben. Zu seinen Aufgaben als Fahnenjunker gehörte es, die Fahne auf dem Marsch und in der Schlacht zu tra-





gen. Diesen physischen Strapazen war der jugendliche Körper des schwächlichen Jungen nicht gewachsen. Nur, wenn das Regiment durch einen Ort zog, trug er die Fahne. Wir wissen heute aus einer Notiz, dass zwei seiner Vorgänger starben und man im Regiment glaubte, dass auch der dritte den beiden anderen bald folgen würde. Keine glorreiche Aussicht für einen 13-Jährigen.

Damals in seinem ersten Feldzug im Jahr 1793 waren seine Bildung und Lebenserfahrungen noch so gering, dass er von den politischen Hintergründen und strategischen Zusammenhängen des Rheinfeldzugs wohl kaum Notiz nahm. Wie Tausende anderer Offiziere überall in Europa erlebte er in der Armee Niederlage und Gefangenschaft wie auch den Sieg. Er wechselte die Seiten und kämpfte gegen seinen früheren Landesherrn, überstand physische und psychische Gefahren, erhielt die üblichen militärischen Auszeichnungen und stieg zu respektablem Rang auf.

Zwischen 1808 und 1815, also während der Ära der Reformen in Preußen und in den Befreiungskriegen, wurde er unter seinem Mentor Scharnhorst einer der wichtigsten Köpfe der preußischen Reformer, was ihn zu hohen Erwartungen an seine Laufbahn bewegte, und dann wieder in seinem letzten Lebensjahr, als die Stabilität Europas durch die französische Julirevolution und den polnischen Aufstand des Jahres 1830 auf die Probe gestellt wurde, war er an Entscheidungen von erheblicher politischer und militärischer Tragweite beteiligt. Er stand jedoch nicht im Vordergrund, sondern beeinflusste als Berater im Hintergrund den Lauf der Ereignisse, dies aber entscheidend.

Es ist geradezu tragisch, dass die Lebensumstände seiner Laufbahn ihm nicht erlaubten, den seit jungen Jahren angestrebten Siegeslorbeer zu erringen, sondern er sich in der zweiten Hälfte seines Lebens aus Frust und Resignation über die aus seiner Sicht völlig unzureichende Karriere dem Schreiben seines gewaltigen Werkes widmete. Ihm war es nicht vergönnt, sich selbst als Feldherr zu beweisen. Daran trug er unglaublich schwer – er selbst meinte von sich, dass er schon als Kind außergewöhnlich ehrgeizig gewesen sei.

Es gibt heute keinen anderen militärischen Denker, der mehr zitiert und gelesen wird als Carl von Clausewitz, dessen Hauptverdienst es ist, den politischen Charakter des Krieges und den Ausdruck des politischen Willens als das grundlegende Charakteristikum des Krieges analysiert zu haben. Nur sehr wenige Theoretiker und Soldaten nach ihm haben so konsequent die Auffassung vertreten, dass – da der Zweck des Krieges politischer Natur sei – der Maßstab, an dem alle militä-





rischen Institutionen und kriegerische Handlungen letztlich zu messen sind, der des politischen Nutzen ist.

Um dies zu verstehen, entwickelte Clausewitz eine analytische Methode, die die zahlreichen Elemente der Militärorganisation, militärischer Entscheidungsfindung und militärischen Handelns herauskristallisierte und sie auf das jeweils Wesentliche zu reduzieren versuchte, um sie dann wieder zu einer ganzheitlichen und dynamischen Struktur zusammenzufassen.

Diese Sicht politischer und gesellschaftlicher Aspekte des Krieges mit einer Strukturanalyse der Kriegführung zu verbinden, macht die Überzeugungskraft von Clausewitz Theorien aus und wirkt trotz mancher überholter Aspekte bis heute nach.

Als Clausewitz in den Jahren 1816 bis 1830 sein großes Werk „Vom Kriege“ schrieb, hatte er sich über die Jahre mit unglaublicher Energie einen reichen militärischen Erfahrungsschatz und eine breite geistig-philosophische Wissensbasis erarbeitet. In unterschiedlichsten Verwendungen hatte er an mehreren Feldzügen teilgenommen. In der Zeit der preußischen Heeresreform hatte er sich gemeinsam mit den anderen großen preußischen Reformern mit einer Vielzahl militärpolitischer, militärtechnischer, organisatorischer und taktischer Fragen auseinandergesetzt und nach Lösungen gesucht. Gleichzeitig hatte er intensive militärhistorische Studien betrieben – so hatte er in Vorbereitung seines großen Werkes mehr als 130 Feldzüge studiert, hauptsächlich der letzten 200 Jahre - und umfangreiche militärtheoretische Ausarbeitungen angefertigt, die Bausteine für sein späteres Hauptwerk wurden.

Vom Herbst 1810 bis zum Frühjahr 1812 hatte er dem Kronprinzen militärischen Unterricht erteilt und ihn in die Grundzüge der Kriegskunst eingeführt.

Das Denken in strategischen Systemen, wie es Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhundert Mode geworden war, lehnte Clausewitz als wirklichkeitsfremd ab. Die Theorie des Krieges war für ihn keine wissenschaftliche Betrachtung, sondern eine Anleitung zum praktischen Handeln, aber nicht im Sinne eines Regelwerkes, sondern eines Wegweisers, der helfen soll, den Krieg als Gesamterscheinung unter den jeweils konkreten Bedingungen zu betrachten. Für Clausewitz war immer die erlebte Praxis Ausgangspunkt und Prüfstein aller seiner Überlegungen. Die Frage war, wie eine Theorie beschaffen sein müsste, um mit der Wirklichkeit überein zu stimmen. Dabei betrachtete er die Kriegsgeschichte als einen unerschöpflichen Erfahrungs-





schatz. „Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft“, betonte er in Anlehnung an Scharnhorst.

Die Clausewitz-Gesellschaft e.V. hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1961 als unabhängige Vereinigung die Aufgabe gestellt, aus der Begegnung mit den Gedanken des militärischen Denkers und großen Philosophen Nutzen für die Gegenwart zu ziehen. Dabei geht es nicht um eine historische Rückschau auf Clausewitz und seine Zeit oder gar um die detaillierte Exegese seines Werkes, sondern vielmehr um den Versuch, die gegenwärtigen Aufgaben der Politik und der Strategie im Spiegel der Einsichten des Carl von Clausewitz zu sehen und dabei zu prüfen, welche der von Clausewitz formulierten Grundsätze und Einsichten heute noch von Bedeutung sind und damit überzeitliche Geltung besitzen. So sind die Aussagen von Clausewitz, die sich auch mit dem Guerillakrieg als den „kleinen Krieg“ nachhaltig auseinandersetzen, heute in der Zeit des Terrorismus, der gewaltsamen Auseinandersetzungen um schwindende Rohstoffe, um Religionen und um zerfallende Staaten ganz besonders aktuell.



Carl von Clausewitz in russischer Uniform – mit Mitteln der Gesellschaft restauriertes Ölgemälde in der Erinnerungsstätte in Burg

Stand im Mittelpunkt der Überlegungen der Clausewitz-Gesellschaft zunächst das Bestreben, das geistige Erbe des deutschen Generalstabes zu bewahren und die Clausewitz-Forschung zu unterstützen, so ist zwischenzeitlich vor allem die kritische und intensive Auseinandersetzung mit den strategischen und sicherheitspolitischen Fragen unserer Zeit in den Vordergrund getreten.

Der Clausewitz-Gesellschaft gehören derzeit rund 1000 Mitglieder an, dabei viele ehemalige und aktive Generale und Admirale sowie Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere der Bundeswehr, aber auch zahlreiche Truppenoffiziere sowie Vertreter des öffentlichen Lebens, der Publizistik, der Wissenschaft und der Wirtschaft. Die Mitglieder kommen aus der ganzen Welt - von der Schweiz über Österreich, den USA bis hin nach Japan. Das derzeit ranghöchste aktive Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft ist der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, dessen Vorgänger - so auch General Ulrich de Maizière - fast alle der Clausewitz-Gesellschaft angehören.

Wir freuen uns, heute und morgen an den Feiern zum 225. Jahrestages unseres Namensgebers teilnehmen zu dürfen und wünschen den Festlichkeiten einen guten Verlauf.





## Carl von Clausewitz und sein Einfluss auf Politiker und Soldaten von heute

Christian E. O. Millotat

Als 1961 die wiedererweckte Vereinigung ehemaliger und aktiver Generalstabsoffiziere erstand, nannte sie sich „Clausewitz-Gesellschaft“, nicht mehr „Schlieffen-Gesellschaft“ wie früher.

Am 1. Juli 1780, also vor 225 Jahren, wurde Generalmajor Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz in Burg als fünftes Kind des in den Kriegen Friedrichs des Großen marode gewordenen Secondelieutenants Friedrich Gabriel von Clausewitz, der nach seiner Verabschiedung als Akzise-, d.h. Steuereinnahmer, untergekommen war, geboren.

Der Nachkomme von Theologen und Pfarrerstöchtern war ehrgeizig, bildungshungrig, fleißig und sittenstreng, ein Vertreter des damals beginnenden bürgerlichen Zeitalters, dessen Keimzelle im von Martin Luther geschaffenen protestantischen Pfarrhaus liegt. Er entstammte damit dem Bildungsbürgertum, das in den beiden Weltkriegen ebenso untergegangen ist wie der Adel als prägende Gruppe in der deutschen Gesellschaft. Sein Vater war der erste Offizier seiner Familie.

**Streitkräfte können nur das Mittel sein, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und der Sieg ist nur das Mittel, den endgültigen Zweck der Strategie, den Frieden, zu erreichen.**

Clausewitzens Sittenstrenge wurde deutlich, als er als Adjutant des Prinzen August 1807 auf Schloss Coppet in der Schweiz in komfortabler französischer Kriegsgefangenschaft als Gast der Schriftstellerin Germaine Baronin de Staël weilte und den Reizen der verführerischen Madame Julie Adélaïde Récamier, die dem Prinzen die Gefangenschaft versüßte, nichts abgewinnen konnte. Er bezeichnete sie als „eine sehr gewöhnliche Kokette“ und blieb seiner Verlobten, der Reichsgräfin Marie Brühl, treu. Mit ihr ging er später eine einzigartige Ehe ein, die man in ihrer Beständigkeit und Vollendung als klassisch bezeichnen kann. Sie war ihm geistig ebenbürtig, förderte sein Werk und gab nach seinem Tode seine bedeutendste Arbeit, das unvollendet gebliebene Werk „Vom Kriege“, heraus. Die oft unernte, freie und auch frivole Lebensführung der damaligen Adelsgesellschaft im untergehenden galanten Zeitalter war Clausewitz wesensfremd, und es verwundert nicht, dass ihm vor allem Menschen nahe kamen, die von Herkunft und Lebenseinstellung wie er geprägt waren, wie die Militärreformer Scharnhorst und Gneisenau. Clausewitz bezeichnete Scharnhorst als „Vater und Freund meines Geistes“.





Erst 1827 bestätigte der König von Preußen den Adel von Clausewitz und seiner Brüder, den sich sein Vater eigenmächtig zugelegt hatte. Aus den „Clauswitz“ wurden die „von Clausewitz“. Auch wenn sich andere damals auch selbst adelten, Gneisenau, Yorck, Roon, um einige Beispiele zu nennen, hat Clausewitz unter der Adelsurpation seines Vaters lange gelitten. Dieser Unrechtsakt widersprach seinem auf Redlichkeit und Klarheit ausgerichteten Charakter. Er bereitete ihm vor allem Verlegenheit, als er um seine spätere Frau warb, die aus dem sächsischen Hochadel stammte. Dieser von ihm als Makel empfundene Sachverhalt hat Clausewitz während seines ganzen Lebens zu immensem Fleiß angespornt.

Ich bekenne freimütig, dass meine Annäherung an Persönlichkeit und Werk von Clausewitz noch immer andauert. Ich erfuhr während der Ausbildung zum Offizier, dass er einer der engsten Gefährten von Scharnhorst und später Gneisenau war und von seiner Rolle beim Zustandekommen der Konvention von Tauroggen von 1812 gegen Napoléon Bonaparte. Als junger Offizier versuchte ich, in sein Hauptwerk „Vom Kriege“ einzudringen. Sein für heutige Leser schwer verständliches Deutsch und die dialektische Darstellung seiner Gedanken erschwerten mir das Begreifen seiner Aussagen, die Apostrophierung seines Werks als „philosophische Abhandlung über den Krieg“ versperrte mir den Blick für die Aktualität und Bedeutung seiner Gedanken für die heutige Zeit.

So blieben bei mir zunächst nur zusammenhanglose Fragmente seines Werks haften, Schlagworte, mit denen Politiker, Soldaten und Meinungsträger von heute immer noch gerne ihre Reden garnieren, um clausewitzisch gebildet zu erscheinen, wenn sie etwa vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, von Friktionen und Ziel-, Mittel- und Zweckrelationen sprechen.

Meine militärischen Vorgesetzten in der Truppe und während der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg waren Praktiker, die sich vorzüglich auf der taktischen Führungsebene, weniger schon auf der Ebene der operativen Führung und selten auf der militärstrategischen und der politischstrategischen Ebene auskannten. Kriegsgeschichtliche Diskussionen kreisten darum, ob die Erste Marneschlacht von 1914 hätte gewonnen und der Sieg errungen werden können, wenn der rechte deutsche Flügel nach Schlieffens Vorstellung siebenmal so stark wie der linke Flügel gewesen wäre. Oder es wurde darüber reflektiert, ob der Generalfeldmarschall Erich von Manstein im Krieg gegen Russland ein Remis erreicht hätte, wenn Hitler ihm freie Hand beim Operieren eingeräumt hätte. Man diskutierte ausschließlich militärische Lösungen, von denen man glaubte, sie hätten beide Weltkriege zum Vorteil Deutschlands wenden können.





Die vertiefte Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg am United States Army War College unter Leitung meiner verehrten Clausewitzlehrer Sir Michael Howard, Peter Paret und Colonel Arthur Lyckee führten mich an Clausewitzens zeitlos gültige Auffassung heran, dass Streitkräfte nur das Mittel sein können, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und dass der Sieg nur das Mittel ist, den endgültigen Zweck der Strategie, den Frieden, zu erreichen. Dieser politische Instrumentalcharakter des Krieges und die notwendige Unterordnung des Militärs unter die Politik sowie die von ihr zu verfolgende Zielsetzung, die Interessen der gesamten Gesellschaft zu verkörpern und den Frieden zu schaffen, hat Clausewitz im VIII. Buch seines großen Werkes analysiert und den Politikern und Soldaten von gestern und heute ins Stammbuch geschrieben. Ich erkannte, dass Kaiser Wilhelm II. und sein Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg es versäumt hatten, vor und während des Ersten Weltkriegs für das Deutsche Reich ein politisch-strategisches Dach der Sicherheitsvorsorge zu schaffen, das politische Alternativen, wir sagen heute Krisenmanagementlösungen, angeboten hätte, um den Ausbruch kriegerischer Handlungen zu vermeiden.

Es setzten nur auf militärische Lösungen und wollten mit einer einzigen großen Schlacht nach dem modifizierten Schlieffenplan den Krieg gewinnen. Im September 1914 verloren die Deutschen die Erste Marneschlacht, und sie versuchten weiterhin, den Sieg allein mit militärischen Mitteln zu gewinnen, bei der Schlacht um Verdun von 1916, mittels des uneingeschränkten Unterseebootkriegs im Jahre 1917 und im Frühjahr 1918 durch eine letzte Angriffsschlachtenfolge im Westen. Es wurde mir deutlich, dass Militärstrategien ohne das sie überwölbende Dach der Strategie nur militärische Lösungen anbieten können und keine Antwort darauf geben, was geschehen soll, wenn sie scheitern. Auf der anderen Seite muss die nationale Strategie eines Landes immer alle Facetten des politischen Umfelds und die Wirkungskräfte aller sie berührenden Staaten einbeziehen, wenn sie nicht auf Sand und Illusionen gebaut sein soll. Im Ersten Weltkrieg legte die politische Führung das Schicksal Deutschlands in die Hand der Obersten Heeresleitung, des Generals Erich von Falkenhayn, des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg und seines ersten Gehilfen, des Generals Erich Ludendorff. Soldaten können aber nur Militärstrategien entwickeln, mit denen der Frieden im Sinne von Clausewitz nicht gewonnen werden kann.<sup>1</sup>

Die Entwicklung einer nationalen Strategie ist nicht, so lehrt uns Clausewitz, die Aufgabe des höchsten Soldaten eines Landes, sondern seiner politischen Leitung, deren Berater er in allen Fragen des Einsatzes der Streitkräfte ist.





Auch Adolf Hitler, in dessen Hand alle politische und militärische Gewalt vereint war, setzte stets auf die militärische Karte. Sein Handeln war auf Angriff und Vernichtung ausgerichtet, nie entwickelte er eine nationale Strategie, den Krieg durch politische Kompromisse zum Wohle Deutschlands zu beenden. Das hat die Kräfte der Soldaten überspannt und Deutschland zugrunde gerichtet.

Meine Lehrer in den Vereinigten Staaten zeigten aber auch auf, dass sich auch die verantwortlichen Politiker der Koalition gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg nicht an Clausewitzens Gedanken zum Verhältnis von Politik und Militär gehalten haben. Sie entwickelten für den Krieg gegen Deutschland keine Strategie, die den Frieden mit dem Kriegsgegner im Sinne von Clausewitz zum Ziel hatte. Vielmehr war das Ziel der politisch-strategischen Ebene der Verbündeten die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches, das der Militärstrategie die Vernichtung der Wehrmacht als Voraussetzung zum Erreichen dieses Ziels.

Die Entwicklung einer nationalen Strategie ist nicht, so lehrt uns Clausewitz, die Aufgabe des höchsten Soldaten eines Landes, sondern seiner politischen Leitung

Mit welchen Worten hat Carl von Clausewitz das Verhältnis von Politik und Militär dargestellt?

*„... Krieg“, sagt er, „ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg nicht selbst aufhört, ... dass er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch seine Mittel gestaltet sein mögen, derer er sich bedient. Hiernach kann ein Krieg niemals vom politischen Verkehr getrennt werden, und wenn das in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding. ...“<sup>2</sup>*

Was sind die Gründe, dass diese Erkenntnisse von Clausewitz in Deutschland so lange nicht verstanden und nicht beachtet worden sind? In der Brockhaus-Enzyklopädie von 1988 wird Carl von Clausewitz als Militärschriftsteller bezeichnet, der mit seinem Hauptwerk „Vom Kriege“ eine philosophische Abhandlung über das Wesen des Krieges verfasst habe. Für die Generation nach dem in vier Kriegen erfolgreichen Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke wurde Clausewitz immer mehr zum Militärschriftsteller einer vergangenen Epoche, den man ehren soll, aus dessen Gedanken jedoch kaum mehr Nutzen zu ziehen war. Moltkes in seinem Aufsatz von 1871 „Über Strategie“ formulierte, Clausewitz entgegenstehende Auffassung, die Politik bediene sich für das Erreichen ihrer Zwecke der Strategie, aber im Kriege müsse das Militär völlig unabhängig von ihr sein und dem höchsten Sol-





daten sei uneingeschränkte Handlungsfreiheit einzuräumen, führte in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg zu der Auffassung, Moltke habe Clausewitzens Credo vom Verhältnis von Politik und Militär überwunden und weiter entwickelt. Diese Auffassung wurde später von Ludendorff ins Extreme gesteigert und fand zahlreiche Anhänger.<sup>3</sup> Hierin sehe ich einen gewichtigen Grund dafür, dass damals in Deutschland die vielleicht wichtigste Erkenntnis von Clausewitz, nämlich die Unterordnung des Militärs unter die Politik ohne Ausnahme, aus dem Blickfeld der für Deutschlands Geschichte verantwortlichen Politiker und Soldaten geraten ist.

Ein weiterer Grund dafür, dass Clausewitz in Deutschland immer mehr zu einem Zitatesteinbruch degeneriert, sehe ich darin, dass sein großes Werk „Vom Kriege“ mit einem Nebel umhüllt wurde, der durch seine Apostrophierung als „Philosophie vom Kriege“ aufwallte.

Hätten die Clausewitzinterpreten „Vom Kriege“ als Analyse von Krieg und Politik gekennzeichnet, wären seine Aussagen ins Moderne übersetzt worden und – wie es die Amerikaner getan haben – im Bereich von Politik und Militär genutzt worden, wäre Clausewitz, davon bin ich überzeugt, in Deutschland aktueller als geschehen, geblieben. Auch der bedeutendste deutsche Clausewitzforscher, Professor Werner Hahlweg, hat sich der Aufgabe entzogen, Clausewitz für deutsche Politiker, Soldaten und Meinungsträger ins Moderne zu übertragen und schmackhaft zu machen. Stattdessen interpretieren er und viele andere das „Philosophische“ an Clausewitz durch die Gedankenwelt von Philosophen wie Hegel und Kiewewetter, von Geistern des frühen 19. Jahrhunderts, die nur ganz wenigen Deutschen unserer Zeit noch etwas sagen. Dies hat, ich wiederhole es, Clausewitzens Werk mit einem Nebel umgeben, den nur wenige Deutsche zu durchdringen suchten und offenbar zu durchdringen vermochten. Und es wurden weitere Mauern um Clausewitz in Deutschland errichtet. Noch 1990, unmittelbar vor dem ersten Irakkrieg, während der Warschauer Pakt sich aufzulösen begann, wurde von Rolf Friedemann Pauls im „Strategie-Handbuch“, einer Publikation der Kieler Universität, folgender Strategiebegriff vertreten:

*„Die revolutionierendste Folge der technischen Sturmflut dieses Jahrhunderts ist“ führt Pauls aus, „dass sie Kriege im möglichen Wirkungsbereich nuklearer und höchstentwickelter konventioneller Waffensysteme unführbar gemacht hat. Es kann keinen Sieger mehr geben, weil auch der in der letzten Kriegszuckung Überlegene in seiner Überlebenssubstanz zerstört wäre. Wenn es keinen Sieger mehr geben kann, ist Krieg sinnlos. Daraus ergibt sich zwingend, dass Strategie, die Lehre vom Kriege, in unserer Zeit nur noch die Lehre von der Kriegsverhütung sein kann.“<sup>4</sup>*





Diese damals verbreitete eingeschränkte deutsche Sicht von Strategie, die vielleicht in der Zeit der Bedrohung des Westens durch den Warschauer Pakt eine gewisse Berechtigung hatte, verengte vielen Deutschen den Blick für das Verhältnis von Politik und Militär im Sinne von Clausewitz und führte bei der Analyse deutscher Politiker, Soldaten und Meinungsträger des damaligen Geschehens am Golf zu krassen Fehlurteilen. So erklärte beispielsweise Rudolf Augstein 1990 im „Spiegel“:

*„Mit Clausewitz kommen wir (im Golfkrieg) nicht weiter. Er hatte es, außer mit Deutschen mit Russen, Engländern und Franzosen zu tun, nicht mit Fundamentalisten. Wie aber will man am Golf noch Politik mit 'Einmischung anderer Mittel' machen?“<sup>5</sup>*

Vielen Deutschen war damals verborgen geblieben, dass die Amerikaner nach ihrer Niederlage in Vietnam, ausgelöst durch den „Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act“ in vielfältiger Anknüpfung an Carl von Clausewitzens Auffassungen vom Verhältnis von Politik und Militär ihre politisch-strategischen, militärstrategischen und operativen Entscheidungs- und Führungsebenen anders verknüpft sowie ihre Kompetenzen und ihr Zusammenwirken neu geordnet hatten. Sie haben damit Clausewitz in moderne Verhältnisse übertragen und die Grundlage für eine effiziente, miteinander verzahnte politische und militärische Führung, an amerikanische Verhältnisse angepasst, gelegt, die sich 1990 und 1991 am Golf glänzend bewährte, als das dortige Geschehen in Deutschland in den Medien überwiegend in grobschlächtigen und apokalyptischen Stimmungsbildern dargestellt wurde, die archaische Angstgefühle aufwühlten und den Blick für die Wirklichkeit verstellten.

Sie stärkten bei dieser Reform auch den höchsten amerikanischen Soldaten, den „Chairman of the Joint Chiefs of Staff“ so, dass er die Kompetenzen des von Clausewitz im VIII. Buch geforderten Feldherrn erhielt.



Grabstätte Carl und Marie von Clausewitz  
auf dem Ostfriedhof von Burg  
– Kranzniederlegung am 1. Juli 2005





*„Soll der Krieg“, fordert Clausewitz in diesem Zusammenhang, „ganz den Absichten der Politik entsprechen und soll die Politik den Mitteln des Staates ganz angemessen sein, so bleibt, wo der Staatsmann und der Soldat nicht in einer Person vereinigt sind, nur ein Mittel übrig, nämlich den obersten Feldherrn zum Mitglied des Kabinetts zu machen, damit dasselbe teil an den Hauptmomenten seines Handelns nehme. ...“<sup>6</sup>*

Der höchste amerikanische Soldat wurde Vorgesetzter der Chefs der Teilstreitkräfte und der erste militärische Berater des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte, des Präsidenten mit großen Gestaltungskompetenzen.<sup>7</sup>

Die Operationsführung von General Schwarzkopf war ebenfalls an Clausewitzens Gedanken angelehnt. Es würde hier zu weit führen, diesen Sachverhalt nachzuvollziehen. Es soll aber festgehalten werden, dass die Amerikaner Clausewitz ins Moderne übertragen und von seinen Auffassungen vielfältigen Nutzen gezogen haben. Das ist damals vielen Deutschen verborgen geblieben, und wie viele Kommentare zum Geschehen am Golf 2003 wieder gezeigt haben, noch immer unbekannt.

Die NATO hat 1991 eine neue Militärstrategie verabschiedet, die an die Stelle der „Flexible Response“, der Flexiblen Antwort, zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes getreten ist. Ihr Kernstück ist das militärstrategische Prinzip der Gegenkonzentration, das der deutsche General Naumann maßgeblich initiiert hat. Es orientiert sich an der Forderung von Carl von Clausewitz, dass eine militärische Operation „kein bloßes Morden“ sein darf, sondern dass „ihre Wirkung mehr ein Totschlagen des feindlichen Mutes als der feindlichen Krieger“<sup>8</sup> sein soll. Das heißt, ins Moderne übersetzt, dass jede militärstrategische Gegenkonzentration von Bündnisstreitkräften, wo immer sie bei einer Krise aufmarschieren, zunächst eine Krisenmanagementaufgabe hat: Ein Gegner soll erkennen, dass gegen ihn Streitkräfte eingesetzt werden, wenn er seine Bedrohung nicht einstellt. Tut er dies nicht, wird er durch defensive oder offensive Operationen geschlagen. Der Formulierung des Endzustands, des politischen Zieles, was durch den militärischen Einsatz erreicht werden soll, auch wie ein besetztes und besiegt Land wieder aufgebaut werden soll, ist dabei unverzichtbar. Wird versäumt, einen solchen Endzustand vor den militärischen Operationen von der verantwortlichen politisch-strategischen Führung zu formulieren, verstößt man gegen Clausewitzens Forderung, durch militärische Operationen Frieden schaffen zu sollen.





Beim Friedensmissionseinsatz im Kosovo ist von den Vereinten Nationen der politische Endzustand, der durch die Intervention der Völkergemeinschaft erreicht werden soll, nicht formuliert worden, Maßnahmen für einen gezielten Aufbau sind nicht geplant worden. Auch die Amerikaner hatten 2003 für die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung des Irak nach Abschluss seiner Besetzung kein Aufbauplan für dieses Land entwickelt. Im Kosovo ist der politische und wirtschaftliche Aufbau noch immer nicht zustande gekommen, im Irak kostet dieses Versäumnis noch immer Blut. Diese Sachverhalte zeigen auf, dass sich immer wieder Felder auftun, in denen clausewitzische Gedanken Wege in die Zukunft weisen, wenn man sie nutzt.

Carl von Clausewitz als Denker für unsere Zeit ist über die Amerikaner nach Deutschland zurückgekehrt. Die Deutschen tun sich aber immer noch schwer, ihn wie die Amerikaner und die NATO für ihre praktische Sicherheitspolitik zu nutzen.

Rasch und zuverlässig funktionierende, ressortübergreifende und allgemein anerkannte politisch-strategische Entscheidungsstrukturen, wie sie – an Clausewitz angelehnt – die Amerikaner geschaffen haben, gibt es auch nach den terroristischen Verbrechen von 2001 in New York und 2003 in Madrid in Deutschland ebenso wenig wie eine nationale deutsche Strategie. Erst im Januar 2005 hat Verteidigungsminister Peter Struck den Generalinspekteur der Bundeswehr, ihren höchsten Soldaten, im aufgezeigten clausewitzisch-amerikanischen Sinne gestärkt, viele Jahre nach den Amerikanern. Als militärischer Berater der Bundesregierung, Vorgesetzter der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche und als militärstrategischer Führer aller deutschen Truppen in Einsätzen mittels des neu geschaffenen, der operativen Ebene zugehörigen Einsatzführungskommandos in Potsdam hat er jetzt endlich eine Position und Wirkungsmöglichkeiten, wie sie von Clausewitz für den höchsten Soldaten gefordert werden. Das darf aber nicht verschleiern, dass in Deutschland viele Politikern, die für den Einsatz deutscher Soldaten stimmen, noch immer die Stringenz eines an Clausewitz orientierten Begriffsapparats zum Erläutern und Verstehen des Verhältnisses politischer und militärischer Handlungsoptionen zur Entscheidungsfindung unbekannt zu sein scheint. Kein deutscher Soldat darf in einen Einsatz geschickt werden, dessen politischer und militärischer Endzustand vor Einsatzbeginn nicht von der politisch-strategischen – mit dem Rat der militärstrategischen Ebene – formuliert ist. Dass das Erarbeiten und Formulieren des poli-

Carl von Clausewitz als Denker für unsere Zeit ist über die Amerikaner nach Deutschland zurückgekehrt. Die Deutschen tun sich aber immer noch schwer, ihn wie die Amerikaner und die NATO für ihre praktische Sicherheitspolitik zu nutzen





tischen und militärischen Endzustands für einen Einsatz eine die Gedanken der Verantwortlichen ordnende und deshalb unverzichtbare Funktion wahrnimmt, kann allerdings nur verstehen, wer in solchen Gedankengängen geschult ist. Das führt zu der Erkenntnis, dass es wichtig wäre, wenn sich mehr Politiker und Soldaten sowie Meinungsträger im Deutschland von heute mit Carl von Clausewitzens Gedanken beschäftigen würden.

Von 1994 bis 1998 war ich für die Erarbeitung der Dienstvorschriftenreihe HDv 100 verantwortlich. Die bisher geltenden Einsatzgrundsätze für die Landes- und Bündnisverteidigung waren an neue Entwicklungen anzupassen und für Friedensmissionseinsätze neue Einsatzgrundsätze zu entwickeln. Dies geschah im Dialog mit unseren Kräften im Einsatz und in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten, vor allem mit den Amerikanern und in Anlehnung an Carl von Clausewitz und andere bedeutende deutsche Soldaten der Vergangenheit.



Clausewitz-Büste in der Bürger  
Erinnerungsstätte

Meine damaligen Mitarbeiter und ich sind stolz darauf, dass 2003 der emeritierte Professor Dietmar Schößler, von 1992 bis 2002 Inhaber des Lehrstuhls für Sicherheitspolitik an der Bundeswehruniversität in München, im Buch des Generalmajors a.D. Dr. Johannes Gerber „Landkriegsführung“ festgestellt hat, dass unser Vorschriftenwerk „von der sich der militärischen Ideengeschichte bewussten Erkenntnis geprägt“ ist, „dass noch immer bei Clausewitz das intellektuelle Rüstzeug zur Schaffung gedanklicher Klarheit für das Verstehen des Einsatzes von Streitkräften als Mittel der Politik in unserer Zeit zu finden ist“, und dass er „die intellektuellen Werkzeuge zur sachgemäßen Analyse und Bewertung vom Gebrauch von Streitkräften“ bereithält. Schößler weist darauf hin, dass in die Dienstvorschriftenreihe HDv 100 die auf Clausewitz gründende Theoriedebatte und Praxis des Einsatzes von Streitkräften in den Vereinigten Staaten von Amerika vielfältigen Eingang gefunden habe und dass deutlich werde, dass Clausewitz von den Bearbeitern zu Rate gezogen worden sei. Richtig sei es gewesen, dass die Verfasser der Vorschriftenreihe bei der Darstellung des Zusammenwirkens der politisch-strategischen Ebene mit der militärstrategischen Ebene auf Clausewitz aufgebaut und erst unterhalb der militärstrategischen Ebene Moltke einbezogen hätten. Schößler beendet seine Analyse mit folgendem Hinweis: „Den Autoren ... stand die militärische Ideengeschichte, ... namentlich die berechtigte Kritik Werner Hahlwegs vor Augen, der bei Moltke im prekären Bereich der politisch-strategischen Beziehungen eine Bruchstelle gegenüber Clausewitz erkannt hat.“ Schößler hat, ohne





an unseren Überlegungen beteiligt gewesen zu sein, eines unserer Hauptanliegen bei der Neufassung der Vorschriften treffend entschlüsselt: Wir haben das Miteinander von Politik und Militär im Sinne von Clausewitz wie folgt dargestellt: „Die politisch-strategische Führung erteilt den Auftrag zum Einsatz der Streitkräfte. ... Sie legt das politische Ziel des militärischen Einsatzes fest. ... Die militärstrategische Führung koordiniert den Einsatz der Kräfte, so dass die von der politisch-strategischen Führung festgelegten Ziele erreicht werden. Die operative Führung entwickelt auf der Grundlage militärstrategischer Vorgaben ein operatives Konzept und setzt dieses in Weisungen und Befehlen für die taktische Führung um“<sup>9</sup>.

Es sollte deutlich werden, wie aktuell Clausewitzens Gedanken für Politiker und Soldaten von heute sind, wenn sie vom Nebel des Philosophischen befreit, ins Moderne übertragen und an heutige politische und militärische Verhältnisse angepasst werden.

Carl von Clausewitz erreichte mit 38 Jahren den damals ersten Generalsdienstgrad des Generalmajors und kam nie über ihn hinaus. Er war weder Truppenführer noch Feldherr wie weit weniger begabte Soldaten seiner Zeit. Er hat aber ein Werk hinterlassen, das in vielen Teilen zeitlose Gültigkeit beanspruchen kann. Daran hat seine ihm intellektuell gleichrangige Frau hohen Anteil gehabt. Carl von Clausewitz war nicht nur das Medium der preußischen Militärreformer, auf die unsere Bundeswehr neben dem 20. Juli 1944, dem Aufstand des Gewissens gegen Hitler, ihre Tradition gründet. Für Politiker und Soldaten ist der General aktuell geblieben, wenn es gilt, politische und militärische Phänomene zu durchdringen, sie zu interpretieren oder neu zu strukturieren. Im Zeitalter des internationalen Terrorismus, der einen solchen Prozess gebietet, ist er aktueller denn je.

Für Politiker und Soldaten ist Clausewitz aktuell geblieben, wenn es gilt, politische und militärische Phänomene zu durchdringen, sie zu interpretieren oder neu zu strukturieren. Im Zeitalter des internationalen Terrorismus, der einen solchen Prozess gebietet, ist er aktueller denn je.

Die Erneuerer der früheren Schlieffen-Gesellschaft haben 1961 richtig gehandelt, als sie seinen Namen wählten.

#### **Zum Autor:**

Generalmajor a.D. Christian E.O. Millotat, Jahrgang 1943, war von 1963 – 2002 Angehöriger der Bundeswehr. Nach zahlreichen Verwendungen im nationalen wie im internationalen Bereich war er zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich II, Mainz. Er ist Verfasser zahlreiche Aufsätze zu militärhistorischen und sicherheits-





politischen Fragen sowie zur operativen und taktischen Führung in deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Fachzeitschriften. Generalmajor a.D. Millotat leitet den Regionalkreis Südwest der Clausewitz-Gesellschaft.

### **Anmerkungen:**

- 1 Das Verhältnis von politischer und militärischer Führung im Ersten Weltkrieg habe ich in folgenden Arbeiten dargestellt:  
Christian O. E. Millotat, *Das preußisch-deutsche Generalstabssystem*, Zürich 2000, S. 107 ff.  
Christian O. E. Millotat, *Die Schlacht um Verdun 1916*. In: *Militärgeschichte*, Heft 2/1996, S. 26 bis 34.
- 2 Carl von Clausewitz, *Hinterlassenes Werk vom Kriege*. Achtzehnte Auflage mit erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Professor Dr. Werner Hahlweg, VIII. Buch, 6. Kapitel, Bonn 1972, S. 990.
- 3 Vgl. Moltkes *Militärische Werke*, *Über Strategie*. Band 1, Berlin 1902, S. 291 ff.
- 4 *Strategie-Handbuch*, Band I, hrsg. für das Deutsche Strategie-Forum von Gerhard Fels u.v.a., Schriften des Institutes für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel, Herford und Bonn 1990, S. 67 ff.
- 5 Rudolf Augstein, *Saddams Gesicht*. In: *Der Spiegel* Nr. 1 vom 21.12.1990, S. 112.
- 6 Carl von Clausewitz, a.a.O., S. 995 f.
- 7 Zur Reform der amerikanischen Streitkräfte und der Neuordnung der politischen und militärischen Kräfte in den USA vor dem Golfkrieg von 1990/91 vgl. Christian Millotat, *Clausewitz am Golf*. Die Erkenntnisse des preußischen Generals über den Krieg und die Strategie der USA zur Befreiung Kuwaits. In: *Truppenpraxis* 3/91, S. 139 ff.
- 8 Vgl. Carl von Clausewitz, a.a.O., S. 469.





## Carl von Clausewitz und seine Heimatstadt Burg

Klaus Möbius

Ursprünglich wollte ich auf das althergebrachte Wort „Vaterstadt“ zurückgreifen, habe mich jedoch aus mehreren Gründen auf die umfassendere Bezeichnung „Heimatstadt“ festgelegt, denn zur wohlgeratenen Erziehung, und die stehen wir dem Carl von Clausewitz uneingeschränkt zu, gehören sowohl Vater als auch die Mutter. Und beide, den geachteten Vater und die sorgende Mutter, besaß der junge Clausewitz hier in seinem Geburtsort Burg.

Geboren wurde er inmitten der malerischen Altstadt in einem Hausstand, der preußischer nicht sein konnte. Preußisch im positiven Sinne des 18. und 19. Jahrhunderts. Im Einklang mit der preußischen Grundüberzeugung der Eltern stand damals auch die kommunale Konzeption der Stadt Burg. Der heimische Chronist und Ratsherr Fritz hatte anhand des Königlich-Preußischen-Steuerverzeichnisses die Wirtschaftskraft Burgs innerhalb Gesamtpreußens ermittelt. Nach seinen Darlegungen stand damals die Stadt in der Rangliste der wirtschaftskräftigsten Kommunen an siebter Stelle. Eine durchaus respektable Position. Eine wirtschaftlich prosperierende Stadt und ein rechtschaffenes Elternhaus boten somit eine ansprechende Ausgangsposition für die clausewitzsche Familie.

Der Vater des Carl von Clausewitz war kein Ur-Burger. Er kam erst am Ende des Siebenjährigen Krieges um 1763 nach Burg, der Garnisonsstadt seines Regiments „Nassau-Usingen“. Im Zuge der preußischen Heeresumstellung auf Friedenszeiten erfolgte seine ehrenvolle Entlassung. Er erhielt hier in der Stadt die Stelle eines stellvertretenden königlich-preußischen Akziseeinnehmers. Damit war er hier im Ort der zweithöchste Steuerbeamte und direkt der königlich-preußischen Kammer in Potsdam unterstellt.

Über die Entlassung des Vaters Friedrich von Clausewitz aus dem preußischen Heer gibt es noch heute unterschiedliche Erwägungen. Richtig ist wohl die Vermutung, die ungeklärte Adelszugehörigkeit habe den Ausschlag gegeben.

Zu betonen sei hier der Begriff „ungeklärte Adelszugehörigkeit“. Der fragliche Adelsstand hat in der Familie Clausewitz zeitlebens tiefe Spuren hinterlassen. Deutlich zeigt das ein Brief von Carl von Clausewitz vom 13. Dezember 1806 an seine spätere Frau Gräfin Marie von Brühl:





„... Mein Vater stammt aus einer adligen oberschlesischen Familie ab, von welcher der letzte bekannte Edelmann am Ende des 17. Jahrhunderts in Jägerndorf lebte, vermutlich in durch den Dreißigjährigen Krieg zerrütteten Umständen. Seine Kinder scheinen zum bürgerlichen Stande übertreten zu sein, denn mein Großvater war Professor in Halle und machte von seinem Adel, wie in Deutschland unter solchen Umständen immer geschieht, gar keinen Gebrauch, sowie seine ziemlich zahlreichen Söhne, die mit einer guten Bildung versehen, in der Folge sämtlich ehrenvolle Zivilbedingungen bekleideten, an den Adel aber nicht dachten. Bloss mein Vater, der jüngste von allen, war anders gesinnt. Er wollte die alten Rechte nicht ganz verjähren lassen, schrieb an Friedrich den Großen, stellte sich ihm als Edelmann dar und bat um eine Anstellung im Militär. ...Er wurde vom König im Regiment Prinz Nassau angestellt“.

Zur Indienstellung seiner Brüder Friedrich und Wilhelm sowie zu seiner eigenen Position im preußischen Heer führte er im gleichen Brief weiter aus.

„...Er (unser Vater) schrieb an den König, der uns einen nach dem anderen in der Armee anstellte. ... Wir drei jüngsten Brüder sahen uns also als Edelleute in der Armee angestellt und zwar mein dritter Bruder nebst mir in einem Regiment – Prinz Ferdinand –, in welchem nur Edelleute dienen konnten. Mein mit mir im Regiment Prinz Ferdinand dienender Bruder faßte ...den Vorsatz, (um) eine Erneuerung des Adels nachzusuchen, aber seine Freunde rieten ihm, dies nicht zu tun, weil sich niemand finden würde, der an unserem Adel zweifle. ... Da wir nun Verwandte hatten, die nicht Edelleute zu sein schienen, so muß das natürlich die Besorgnis erwecken, daß ...man uns für Usurpatoren halten könnte. Diese Idee war unaussprechlich unangenehm für uns, denn wir fühlten wohl, daß kein betrügerischer Blutstropfen in uns war ...“

Der Vater trat als ehemaliger preußischer Leutnant seine Dienststellung als Königlich-Preussischer Steuerbeamter in Burg an. Seinem einstigen Regiment blieb er weiterhin eng verbunden. Im Sprachgebrauch des städtischen Lebens war er der Herr von Clausewitz. Zweifellos gehörte er zur „gehobenen“ Bürgerschaft des Gemeinwesens.

Liest man unter dem Datum 1. Juli 1780, dem Geburtstag des Carl von Clausewitz, im Taufregister der Marienkirche nach, dann wird allerdings der Vater nur mit der Namensfolge Friedrich, Gabriel, Gottlieb Clausewitz aufgeführt. Das





Adelsmerkmal „von“ erscheint nicht in der Niederschrift. Diese Unterlassung des Titels erleben wir in Schriftstücken, die den Vater Clausewitz betreffen, wiederholt.

Mehrfach wandte sich Friedrich Clausewitz wegen seines Hausneubaues und ob seiner vermaledeiten Seidenraupenzucht an Friedrich II. und später an Friedrich Wilhelm II. Seine Gesuche unterzeichnete er stets mit „untertänigst Ihr ehemaliger Leutnant Clausewitz“. In den königlichen Antwortschreiben wurde er dagegen stets „von Clausewitz“ betitelt. Vater Clausewitz wusste um seine Adelsproblematik. Innerhalb der Familienerziehung der Clausewitzens muss der Zweifel an der Adelszugehörigkeit keine Rolle gespielt haben. Die sechs Kinder wuchsen im festen Glauben an ihren Adelsstand in einem zutiefst preußisch geprägten Haus auf.

Preußische Überzeugung und Königsverehrung waren nicht verwunderlich. Vater Friedrich Clausewitz wuchs zunächst im Hause seines Vaters, eines Professors der Theologie, in Halle auf. Professor Clausewitz gehörte in Halle gemeinsam mit dem Professor Franke zu den Begründern der „Frankischen Stiftungen“. Diese Stiftungen wirkten wegen ihrer philanthropisch geprägten und vom Pietismus durchdrungenen Konzeption weit über die damaligen Landesgrenzen hinweg. Als sich nach dem Tod des Professors Clausewitz dessen Frau mit dem preußischen Major von Hundt vermählte, erfuhr der junge Friedrich eine für sein weiteres Leben entscheidende Verknüpfung zweier erzieherischer Grundausrichtungen. Die philosophischen Prägungen seines leiblichen Vaters überlagerten sich mit den Lebensvorstellungen eines adligen Offiziers.

Im Familienverbund derer von Hundt wurde sowohl der Offizierswunsch als auch der Adelsanspruch des Friedrich Clausewitz erweckt. In seinem Bürger Hausstand wirkte Friedrich Clausewitz als Vater ungebrochen in dieser von ihm durchlebten Erziehungstradition weiter.

Zu der prägenden Vatergestalt fügte sich nun auch noch eine außerordentliche Persönlichkeit als Ehefrau und Mutter. Wenig wird bis heute in der Literatur über diese besondere Frau ausgesagt. Zumeist wird sie, wie auch bei Peter Paret in seinem Werk „Clausewitz und der Staat“, schlechthin als die Tochter eines Amtmannes Johann Christian Schmidt aus Schricke, abgetan. Zunächst zu diesem Ort Schricke einige notwendige Bemerkungen. Dieses Dorf liegt ca. 15 km von Burg entfernt, westlich der Elbe am Rande der Colbitz-Letzlinger Heide. Jahrhunderte war es eine preußische Domäne.





In diesen, der preußischen Krone unmittelbar unterstellten Ortschaften, wurde durch die Königlich-Preußische-Kammer an Stelle eines Bürgermeisters ein „Amtmann“ auf Lebzeiten bestellt. In seinem Amtsbereich war dieser Bestellte eine absolute Autorität mit königlichem Rückhalt.

Zum Amtsbereich des Johann Schmidt gehörte auch ein preußisches Jagdchloss, denn das weite Waldgebiet der Colbitz-Letzinger Heide war seit brandenburgisch-kurfürstlicher Zeit hochherrschaftliches Jagdgebiet. Hier traf sich der Hofstaat zu seinen Jagdveranstaltungen. Alle Familienmitglieder des Amtmannes, auch die Tochter Friederike, lernten unmittelbar eine Reihe von Persönlichkeiten des preußischen Hofes kennen.

Diese innere Bindung zum Königshaus brachte die junge Frau Clausewitz mit nach Burg. Dazu noch ein gerüttelt Maß an Talern in der standesgemäßen Aussteuertruhe. Der Grundstückskauf in der Großen Brahm Straße und die Einrichtung des Hausstandes gingen zweifellos auf das Schmidtsche Erbe zurück. Trotz relativ knapper Einkünfte als Akziseeinnehmer führte die Familie Clausewitz in Burg ein wohl situiertes Leben. Der Vater wurde im öffentlichen Leben der Stadt respektiert und geachtet.

Innerhalb des Hauses war die Frau Friederike die gute Seele der Familie. Mit Herzlichkeit und sittlicher Strenge stand sie im Mittelpunkt der wachsenden Familie. Sie verstand es, die Traditionen der vorhergehenden Familien zu bewahren und weiterzuführen. Die tiefe Gottesverbundenheit, die Konsequenz und Korrektheit im Handeln sowie die Aufgeschlossenheit zum Königshaus waren das Ergebnis dieser Erziehung.

Liest man den später von Carl von Clausewitz niedergeschriebenen Satz: *„...mir erscheint es immer als Egoismus, wenn der Mann auf seinen Menschenwert so stolz ist, dass er darüber den Wert als Staatsbürger mit Gleichgültigkeit betrachten kann“*, dann wird zweifellos an das Burger Elternhaus erinnert.

Die Familie Clausewitz wuchs an Zahl. Im Laufe der einträchtig geführten Ehe wurden acht Kinder geboren. Sechs, vier Jungen und zwei Mädchen, erreichten das Erwachsenenalter. Die Versorgung der großen Familie im Akziseeinnehmerhaus war nicht immer einfach. Zu einer besonderen Belastung kam es in den späten Jahren des 18. Jahrhunderts. Das Ehepaar Clausewitz hatte für die Jungen äußerst ehrgeizige Ausbildungsabsichten. Zu der Zeit, als Sohn Carl als einziger Sohn noch im Elternhaus lebte, studierte der älteste Gustav Marquard Theologie, der





nachfolgende Friedrich Volmar war gerade junger Leutnant geworden, und Wilhelm Benedikt hatte den Rang eines Fähnrichs erreicht. Besonders das Studium des Ältesten bedurfte der materiellen Unterstützung durch die Eltern. Aber auch die beiden aufstrebenden jungen Offiziere benötigten für ihre Ausstattung Beihilfen. Hinzu kamen auch bauliche Veränderungen für die an Zahl stetig gewachsene Familie. An das bedrückend eng gewordene Heim in der Großen Brahm Straße wurde um 1783 ein größeres Haus in der Schulstraße angefügt. Zwar konnte Vater Clausewitz durch beherzte Bittstellungen vom König Friedrich II. einen beachtlichen Bauzuschuss erwirken, aber trotzdem musste jeder Pfennig bei den Clausewitzens wirklich dreimal umgedreht werden.

Vater Clausewitz versuchte mehrfach, seine Dienststellung und damit seine Einkünfte durch Versetzung oder Übernahme anderer Amtsbereiche zu verändern. Für diese Absichten erhielt er sogar königliche Unterstützung. Trotzdem war ihm kein Erfolg beschieden. Am erfolglosesten verlief das Betreiben einer Seidenraupenzucht am Rande von Burg. Auf Drängen seines Vorgesetzten hatte der Vater für eine erhebliche Summe eine ungünstig gelegene Maulbeerbaumplantage auf sandigem Boden übernommen. Trotz harter Arbeit aller Familienmitglieder auf kargem Standort blieben lohnende Zugewinne für die Haushaltskasse aus. Mit hohen Verlusten gelang es dem geplagten Akziseeinnehmer, vom Plantagenbesitz wieder entbunden zu werden.

Wenn sich trotz der harten Forderungen, denen sich die Familie in Burg stellen musste, aus dem Hause in der Schulstraße ein Obersteuerrat und drei preußische Generäle hervorgingen, dann hat das Ehepaar Clausewitz außerordentliches geleistet.

Ungeachtet aller Belastungen und Sorgen gehörten die Burger Jahre in den Rück Erinnerungen des Carl von Clausewitz zu einer ihn bewegenden Zeit. Er blieb dieser Stadt ein Leben lang verbunden! Liest man zum Beispiel seine Niederschriften aus dem Jahr 1807, die er am Ende seiner französischen Gefangenschaft am Genfer See formulierte, dann verdeutlicht sich diese Heimatliebe. Zugegeben, in dieser Zeit war er mehr als missmutig gesonnen, er wollte endlich zurück nach Preußen, vor allem aber zurück zu seiner Marie von Brühl. Aber wenn er die mathematisch gezielten Häuser der Stadt Genf bekrittelt, die sich auf viel zu kurz-türmige Kirchen baulich beziehen, dann erkennt man hier seine Erinnerungen an die verwinkelte Burger Altstadt mit ihren buntgewürfelten Fachwerkhäusern und die alles überragenden hohen Türme der beiden großen Kirchen.





Noch deutlicher wird sein Bezug auf die Heimat, als er den hadernnden Formulierungen wörtlich hinzufügt:

*„... was ich ausdrücke, ist viel weniger ein Gefühl des Tadels als eine huldigende Reminiszenz aus den Eindrücken, welche mir die schöne Natur in frühen Jahren machte und die mir immer noch als Urbild vorschweben.“*

Burg, die Burg umgebenden Landschaften des Flämings und der Elbauen als „Urbild seiner Jugend“! Welch ein unmissverständliches Bekenntnis.

Wenn seine Heimatstadt auf den damals 27-jährigen und inzwischen überaus gebildeten Hauptmann solch einen nachhaltigen Eindruck machte, dann muss diese Stadt mehr, als das von Herrn Paret in seinem bereits zitierten Werk benannte „Provinznest“ gewesen sein. Auch der von Paret zur Zeugenschaft berufene Theodor Fontane rettet dieses Fehlurteil nicht. Immerhin hat sich Fontane in seinen „Lebenserinnerungen“ bei den Burgern ob seines Sarkasmus in seinen „Burger Elegien“ respektabel entschuldigt.

Burg war zu preußischer Zeit alles andere als unbedeutend. Zunächst war es eine Garnisonsstadt. Standort des Infanterieregiments „Nassau-Usingen“. Eines Regiments von hohem Ansehen beim König von Preußen. Die Soldaten und Offiziere der Garnison lebten damals in Bürgerquartieren inmitten der Stadt. Sie prägten mit ihren mehr als 2.000 Garnisonsangehörigen nachhaltig das urbane Leben. Außerdem war die Stadt Burg mit den in der preußischen Geschichte oft an herausragender Stelle beschriebenen Revuen bei Magdeburg, eng verbunden.

Diese Revuen fanden genau genommen bei Burg statt. Nur sieben Kilometer von unserer Stadt entfernt, zwischen Körbelitz und Pietzpuhl, marschierten alljährlich um den 1. Juni herum, die preußischen Regimenter zur Heerschau auf. Seit der Regierungszeit Friedrich II. waren diese Aufmärsche hier bei Burg die bedeutendsten in Preußen. Die Revuen waren mehr als ein Manöver. Sie waren herausragende gesellschaftliche Ereignisse für das gesamte Umland. In den Vorbereitungen und Durchführungen dieser großen Ereignisse wurde das nahe gelegene Burg unmittelbar einbezogen.

Die außerordentliche Bedeutung der Stadt Burg zu königlich-preußischer Zeit ergab sich zusätzlich noch aus seiner strategischen bedeutsamen Lage. Magdeburg war eine der mächtigsten Festungen in Preußen. Die Wege von Berlin/Potsdam nach Magdeburg führten immer durch Burg. Oft weilten in den Burger Mauern





wichtige Persönlichkeiten des preußischen Staates. Diese hochrangigen Kontakte hinterließen im heimischen Bürgertum Stolz und Selbstbewusstsein. Wirtschaftlich besaß zu dieser Zeit die Tuchindustrie eine herausragende Bedeutung. Weit über die Landesgrenzen hinaus wurden die Bürger Wollstoffe exportiert. Das Tuch der meisten preußischen Uniformstücke hatte seinen Ursprung hier in dieser Stadt.



Ehrenhof der Clausewitz-Erinnerungsstätte mit Angehörigen Bürger Traditionsvereine in historischen Uniformen

In einem speziellen Bereich muss allerdings die löbliche Aufzählung eingeschränkt werden. Das Schulwesen in Burg war mehr als anspruchslos. Wie nach dem Siebenjährigen Krieg in Preußen überall, war die Wissensvermittlung an den einfachen Schulen dürftig. Der hoch gebildete Professorensohn Friedrich Clausewitz erkannte diesen Missstand mit bedrückender Deutlichkeit. Den Besuch einer höheren Schule in Magdeburg konnte er aus finanziellen Gründen keinem seiner Kinder ermöglichen. So mussten alle die Bürger Stadtschule besuchen. Eine durch mangelnde Altersdifferenzierung verursachte große Schülerzahl der Unterrichtsgruppen und ein sehr einfaches Wissensangebot charakterisieren diese Bildungsstätte.

Mit erstaunlicher Hartnäckigkeit versuchten die Eltern diesem dürftigen Bildungsangebot entgegenzuwirken. In den Archiven finden sich eine Reihe von Belegen, die nachweisen, dass die Clausewitzkinder an zusätzlichen Bildungsformen, wie zum Beispiel an privaten französischen Schulkursen, teilnahmen. Im Hause Clausewitz wurde mit Eifer und wie Sohn Carl von sich selbst behauptet, mit Ehrgeiz gelernt. Alte Schulunterlagen beweisen diese Aussage.

Die in einigen biographischen Werken erörterte „Lernschwäche“ des jungen Carl von Clausewitz ist damit eindeutig eine Legende. Selbst in den finanziell knappen Jahren um 1790 opferten die Eltern von ihren kargen Mitteln noch Aufwendungen für einen zusätzlichen Unterricht für ihren jüngsten Sohn.

Im Kirchenarchiv fand der Bürger Historiker Mittendorf eine erstaunliche Notiz des damals den Carl privat unterrichtenden Pastors Besecke. Herr Besecke berichtet von einem sensiblen jungen Clausewitz, der bei Bemerkungen zum und über das Militär sogleich erschreckt und traurig erregt reagierte. Diese Zeilen erstaunen!





Carl von Clausewitz, ein dem Militär ängstlich gegenüber stehender Zehnjähriger? Bezeichnete er sich in seinen „Minerva-Briefen“ nicht selbstbewusst als ein im Hause eines ehemaligen preußischen Offiziers, umgeben von vielen Offizieren, aufgewachsener zu sein.

Eine Reihe von Fragen scheinen sich zu stellen.

Mit Sicherheit enthüllen diese pastoralen Zeilen einen ganz speziellen familiären Sachverhalt. Der junge Carl von Clausewitz wusste sehr frühzeitig um seinen vorgesehenen Eintritt in das preußische Heer. Zwar waren bereits zwei seiner Brüder in soldatischen Diensten, aber keiner der beiden hatte mit nur zwölf Lebensjahren das Elternhaus verlassen. Dieser bevorstehende frühzeitige Abschied von den Eltern bedrückte damals den Jungen. In tiefer kindlicher Zuneigung war er der Mutter und dem Vater zugetan. Der Abschied von Burg war für ihn ein tiefer schmerzlicher Lebenschnitt.

Angesichts dieses schweren opferreichen Beginns der soldatischen Laufbahn des Carl von Clausewitz ist seine Lebensleistung doppelt hoch zu werten.

Für uns Bürger bleibt bis heute die nachdenkenswerteste Frage: Haben die frühen Jahre des Carl von Clausewitz im preußischen Burg auch einen Einfluss auf seine späteren mutigen, kämpferischen und oft selbstlosen Lebensentscheidungen gehabt? Wir meinen ja!

Zugegeben, ein Bekenntnis voller Verpflichtungen zum Erbe und zum Vermächtnis des großen Sohnes unserer Stadt.

**Zum Autor:**

Klaus Möbius, Studienrat a.D., war bis 1997 Lehrer am Gymnasium in Burg, von 1990 – 2004 Präsident der Bürger Stadtverordnetenversammlung und Stadtrat. M., der seit vielen Jahren ehrenamtlich als Denkmalpfleger tätig ist, ist seit 2000 Kustos der Bürger Clausewitz-Erinnerungsstätte.





## **Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft am 12. und 13. August 2005 in Hamburg**

Zusammenfassender Bericht: „Zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands und zu aktuellen Fragen der Bundeswehr“

Werner Baach

Zur 39. Sicherheitspolitischen Informationstagung begrüßte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, General a.D. Dr. Klaus Reinhardt, nahezu dreihundert Persönlichkeiten des In- und Auslandes aus Politik, Militär, Wirtschaft, Gesellschaft und Publizistik. In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer des jüngst verstorbenen langjährigen Mitglieds der Gesellschaft, Admiral a.D. Dieter Wellershoff.

Die hochrangig besetzte Tagung an der Führungsakademie der Bundeswehr besaßte sich mit aktuellen Fragen der deutschen Sicherheitspolitik und der Bundeswehr, den strategischen Entwicklungen in NATO, Europäischer Union und den USA sowie mit den Erfahrungen des Eurokorps im ISAF-Einsatz in Afghanistan – Themen, die angesichts der Veränderungen des sicherheitspolitischen Umfelds von großer Aktualität sind.

### **Zur Entwicklung der Bundeswehr: Transformation bedeutet nicht permanenten Ausnahmezustand für die Streitkräfte**

Verteidigungsminister Dr. Peter Struck stellte den Transformationsprozess der Bundeswehr, vor allem der Streitkräfte, in den Mittelpunkt seines Vortrags. Dass die Bundeswehr dabei völlig neue Wege gehen müsse, verdeutlichte er an den Kernelementen des Transformationsansatzes. Bisweilen falle es den Soldaten allerdings schwer, die Chancen und Perspektiven, die in der Transformation lägen, zu erkennen, weil „alles in Veränderung scheint und die Transformation per se keinen zeitlichen Endpunkt bietet“. Durchaus verständlich, meinte der Minister, handele es sich doch um einen tiefgreifenden Wandel, der über das Jahr 2010 hinausreiche.

Zu den Auslandseinsätzen führte Dr. Struck aus, die deutschen Soldaten seien gut ausgebildet und ausgerüstet, und die Bundeswehr müsse sich „hinter keiner Armee der Welt verstecken“. Sie sei „eine Stütze der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit von NATO und Europäischer Union“. Mit rund 6.500 Soldatinnen und





Soldaten in Auslandseinsätzen sei Deutschland größter Truppensteller bei allen NATO-Operationen; damit leiste es „einen substanziellen Beitrag zu Frieden und Sicherheit“, und die Bundeswehr genieße durch ihre Arbeit hohe Anerkennung.

Minister Struck stellte fest, er habe immer wieder bemängelt, dass es in Deutschland keine richtige Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr gebe. Dabei müsse die Öffentlichkeit gerade bei Einsätzen wie in Afghanistan ein hinreichend klares Verständnis davon haben, warum die Bundeswehr dort sei. Sonst bestehe das Risiko, dass in kritischen Situationen gleich der ganze Einsatz in Frage gestellt werde. Die Politik müsse andererseits begründen können, warum es im Interesse Deutschlands liege, sich an einem konkreten Einsatz zu beteiligen. Das sei nicht einfach, denn Deutschland tue sich „aus guten historischen Gründen und schlechten historischen Erfahrungen schwerer als andere Nationen, seine Interessen zu definieren“.



Minister Struck hob in seinem Vortrag vor allem aber auch die Bedeutung der Inneren Führung hervor und stellte fest, dass die geistige Grundhaltung des Soldaten stimmen müsse. Unverändert bleibe das Eintreten der Soldatinnen und Soldaten für Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der „innere Kompass“. Diese Werte seien nicht nur in der Verfassung verankert, sie seien inzwischen auch „gelebte

Tradition in der Bundeswehr“. Sie gäben Orientierung für die Soldaten im Auslandseinsatz und trügen dazu bei, „dass die Bundeswehr im Jahr 50. Jahr ihres Bestehens auf dem Weg zu einer modernen Armee des 21. Jahrhunderts ist“.

Der Vortrag von Dr. Struck ist direkt im Anschluss an diese Zusammenfassung im Wortlaut veröffentlicht, so dass sich eine ausführlichere Zusammenfassung an dieser Stelle verbietet.

### **Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert: Der Westen muss nicht immer gemeinsam handeln, darf in Fragen der Sicherheit aber nie gegeneinander handeln**

Der anschließende Vortrag von Generalleutnant Dr. phil. Klaus Olshausen, Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der Europäischen Union und WEU, unter dem Generalthema „Strategisches Dreieck für





die Sicherheitspolitik des Westens im 21. Jahrhundert“ war weitgehend vertraulich eingestuft. Deshalb werden nachfolgend nur einige wesentliche Aussagen in knapper Zusammenfassung vorgestellt.

General Dr. Olshausen analysierte in seinem Vortrag die sicherheitspolitische Lage und die Entwicklung im „strategischen Dreieck“ von NATO, Europäischer Union und den USA im globalen Zusammenhang. In einem knappen Rückblick beschrieb und bewertete er einleitend wichtige sicherheitspolitische Entwicklungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: den Beginn des Kalten Krieges; den NATO-Beitritt der Bundesrepublik 1955 nach Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Nein der französischen Nationalversammlung; den Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur Strategie der flexiblen Reaktion in den 1960er Jahren; den 1975 in Helsinki eingeleiteten KSZE-Prozess; die Wende von 1989/1990 und den folgenden Zusammenbruch des Warschauer Pakts; schließlich die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre. In der Zeit des Kalten Krieges seien „manche Partikularinteressen der westlichen Bündnispartner in den Hintergrund gedrängt“ worden. Nach Wegfall dieses Druckes habe eine „erste schleichende Erosion“ gemeinsamer Positionen des Westens eingesetzt, und nationale Interessen seien stärker hervorgetreten. Andererseits hätten die neuen Herausforderungen nach 1989 aber auch neue Strategieentwicklungen, den Beitritt ehemaliger Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts und das „Zusammenrücken der Europäer“ in der Europäischen Union zur Folge gehabt.

Die Öffnung der Grenzen habe ein erweitertes sicherheitspolitisches Umfeld entstehen lassen, wobei insbesondere die Globalisierung neue Risiken in sich berge, aber auch neue Chancen biete. Das habe sich auch auf die Sicherheitsstrategien des Westens ausgewirkt: Sowohl die NATO wie auch die USA und die Europäische Union hätten ihre Strategien auf die neuen Herausforderungen umgestellt. General Olshausen erwähnte in diesem Zusammenhang besonders das EU-Strategiepapier „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ vom Dezember 2003, das die enge gegenseitige Abhängigkeit von Sicherheit und Entwicklung in der Welt hervorhebe. Dazu Dr. Olshausen: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit“. Das EU-Strategiepapier sehe zur Lösung von Konfliktlagen multilaterale Kooperationsstrukturen vor, die insbesondere die USA einschließen müssten. Die weiterentwickelte NATO-Strategie sei besonders durch das Begriffspaar „Krisenbewältigung und Partnerschaft“ gekennzeichnet. Die USA schließlich hätten in ihrer nationalen Sicherheitsstrategie ihre Ziele klar definiert und stellen die für ihre Implementierung notwendigen militärischen





Mittel auch bereit. Er plädierte dafür, dass sich Europäer und Amerikaner – anstatt über die Unterschiede in den strategischen Ansätze zu streiten – in den dafür vorhandenen Organisationen (NATO und EU) und in den Hauptstädten zusammensetzen sollten mit dem Ziel, ein „gemeinsames Verständnis von Gefahren und dann ein gemeinsames Handeln und gemeinsame Positionen der Drei“ zu erreichen. Ein solcher strategischer Dialog, wie ihn Bundeskanzler Schröder Anfang 2005 in seinem Beitrag zur Münchner Konferenz für Sicherheit gefordert habe, sei richtig und notwendig, damit das „strategische Dreieck“ nicht im luftleeren Raum operiere.

Auf die Streitkräfte der Mitgliedsländer eingehend stellte Dr. Olshausen fest, dass alle nationalen Truppensteller ihre Kräfte NATO und Europäischer Union nur einmal bereitstellen könnten und dass diese Kräfte in aller Regel „Mehrfachaufgaben“ zu erfüllen hätten. So stelle die NATO für ihre Streitkräfteplanung fast identische Forderungen wie die EU für ihr „Headline Goal 2010“. Daraus ergebe sich zwingend, dass unnötige Duplizierungen in den Forderungen beider Organisationen vermieden sowie die Verwendungsfähigkeit der Truppen optimiert werden müssten, zum Beispiel durch weitere Standardisierungsmaßnahmen und stärkere Integration.

Zum Schluss formulierte Generalleutnant Dr. Olshausen sechs Grundsätze für das sicherheitspolitische Zusammenwirken des „strategischen Dreiecks“ NATO – EU – USA untereinander und für ihr Handeln gegenüber Dritten:

1. Die Sicherheit des Westens muss als Verbund gestaltet werden.
2. Der Westen muss nicht immer gemeinsam handeln, er darf aber in Fragen der Sicherheit nie gegeneinander handeln.
3. Konsultation ist ein „Muss“ innerhalb der Organisationen und zwischen ihnen.
4. Im Handeln des „strategischen Dreiecks“ darf es keine Exklusivität geben, also: „Nicht nur NATO und Europäische Union, nicht nur Europäische Union und USA, nicht nur USA und NATO“.
5. Die Nordatlantische Allianz ist für Krisenreaktion und kollektive Verteidigung unverzichtbar, denn ohne das Einbringen der (starken) Kapazitäten der USA im Rahmen des Bündnisses ist Krisenreaktion nicht möglich.



6. Die Zusammenarbeit mit Dritten muss stets aus dem „strategischen Dreieck“ heraus erfolgen. Das gelte, so Dr. Olshausen abschließend, für die Kooperation mit Mächten wie China, Japan und Indien ebenso wie für viele andere Länder und Regionen, denn: „Wir beeinflussen alle Welt um uns herum, aber auch alle anderen beeinflussen uns“.

### Neuordnung der Führerausbildung der Streitkräfte – erste Bestandsaufnahme ist „uneingeschränkt positiv“

Im schon traditionellen Vortrag zur Lage der Führungsakademie der Bundeswehr trug deren Stellvertretender Kommandeur, Flottenadmiral Viktor Toyka, über die eingeleitete Neuordnung der Stabsoffizierausbildung vor, deren Notwendigkeit sich aus dem erweiterten Aufgabenspektrum der Streitkräfte und ihrer neuen Einsatzorientierung ergeben habe. Das vom Militärischen Führungsrat (MFR) am 27. April 2004 gebilligte neue Konzept ist im Vergleich mit dem vorherigen Konzept durch einen wesentlich umfangreicheren streitkräftegemeinsamen Ansatz bestimmt. Das folge dem aus dem Grundgedanken, so Admiral Toyka, dass Einsätze heute und in Zukunft „streitkräftegemeinsam im Verbund der militärischen Organisationsbereiche im multinationalen sowie im streitkräfteübergreifenden Rahmen durchgeführt werden“.



Der nationale Lehrgang Generalstabs-/Admiralstabsdienst (LGAN) von zwei Jahren Dauer, der seit Oktober 2004 nach dem neuen Konzept durchgeführt wird, zeige in die richtige Richtung. Die nach Teilstreitkräften getrennten Generalstabslehrgänge von Heer, Luftwaffe und Marine gehören, so Admiral Toyka weiter, der Vergangenheit an. Das verzahnte, die Streitkräftegemeinsamkeit betonende Lehrangebot verlegt in Zukunft den Großteil der Ausbildung in streitkräftegemeinsame gemischte Hörsäle. Der Schwerpunkt hat sich von der teilstreitkraftorientierten Lehre auf die „joint“ Lehre verlagert. Weitere Neuerungen im LGAN sind



u.a.: Eine zweite Fremdsprache wird gelehrt, und an Stelle der vollen Ausplanung aller Tage der Woche ist den Lehrgangsteilnehmern ein Ausbildungstag zur freien Gestaltung überlassen worden. Grundsätzlich laufen auch die anderen bisher noch nach Teilstreitkräften getrennten Staboffizierlehrgänge aus und werden in ihrer Ausgestaltung in Zukunft im wesentlichen dem Muster des LGAN folgen. Lediglich der international besetzte Generalstabslehrgang LGAI soll vorerst in seiner bisherigen Organisationsform fortgeführt werden.

Die Arbeitsgliederung der Führungsakademie wird den neuen Erfordernissen angepasst; sie soll so der gewachsenen Bedeutung streitkräftegemeinsamer Lerninhalte besser gerecht werden. Vor allem die Gliederung des Arbeitsbereichs „Lehre“ wird verändert. Die Einzelheiten zeigt die beigefügte Übersicht „Gliederung Lehre“.

### **Deutschlands Verteidigung am Hindukusch – die Soldaten der ISAF sind bei den Menschen Afghanistans respektiert und angesehen**

Der Vortrag von Generalmajor Wolf-Dieter Löser, designierter Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr und seit dem 13. August 2005 neuer Vizepräsident der Clausewitz-Gesellschaft, zum Thema „Das Eurokorps im Afghanistan – Erfahrungen aus dem Einsatz am Hindukusch“ kann wegen seiner inhaltlichen Fülle an dieser Stelle nur in seinen großen Zügen wiedergegeben werden. General Löser, vor kurzem erst aus Afghanistan zurückgekehrt, gab in einer weit gefassten Tour d'Horizon nicht nur seine Einschätzung der Lage, der Herausforderungen und Entwicklungen in Afghanistan, er vermittelte den Zuhörern zugleich auch beeindruckende Impressionen über das Leben der Menschen und ließ, trotz aller aufgezeigten Probleme, auch den Optimismus der Menschen Afghanistans über die Entwicklung in dem durch Kriege und Taliban-Herrschaft geschundenen Land durchscheinen.

Vom Auftrag der ISAF ausgehend – „Unterstützung der afghanischen Regierung durch die Schaffung und Aufrechterhaltung eines sicheren Umfeldes, um den Wiederaufbau Afghanistans sicherzustellen“ – beleuchtete der Vortrag zunächst die im Rahmen des ISAF- Kontingents (ISAF VI) eingesetzten Truppen und deren Kommandostruktur. Die aus 38 Ländern kommenden Truppen des Kontingents hätten, so Löser, „viele gute Professionalität gezeigt, auch bei kleinen Truppenstellern“. Er stellte danach ausführlich das Einsatzgebiet Afghanistan vor – u.a. geografische Lage und Struktur, ethnische Verteilung und Geschichte, staatliche Verwaltungsgliederung, Bildung und Wirtschaft – sowie die Bedrohungen





und Instabilitäten im Lande, die unter anderem durch Drogenanbau, Zersplitterung der Ethnien, Korruption und Terrorismus verursacht seien. Löser würdigte die Arbeit der regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams – PRT), die für die weitere Entwicklung Afghanistans von großer Bedeutung sei. Das deutsche PRT-Konzept mit seinem engen Zusammenwirken von Bundeswehr, BMZ und Auswärtigem Amt vor Ort werde von vielen Beobachtern als „beispielhaft“ angesehen. Der deutsche Ansatz werde inzwischen auch von andern Ländern aufgenommen, unter anderem von den USA.

Afghanistan befinde sich insgesamt in einem vielschichtigen Wiederaufbau- und Reformprozess. Dieser soll u.a. durch eine „Sicherheitsstrukturreform“ (Security Sector Reform – SSR) vorangebracht werden, die sich auf fünf, jeweils von einer „Lead Nation“ begleitete Schlüsselbereiche konzentriert: Justizreform (Italien); Anti-Drogen-Kampagne (Großbritannien); Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm (Japan); Aufbau der Polizei (Deutschland); sowie Aufbau regulärer afghanischer Streitkräfte (USA). Der Schlüssel für das Gelingen des Reformprozesses sei und bleibe die Bekämpfung des Drogenanbaus. General Löser machte das an den Fakten der derzeitigen Lage deutlich: Siebzig bis achtzig Prozent des weltweiten illegalen Opiumanbaus stamme aus Afghanistan, rund sechzig Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) stamme aus den Einnahmen und rund 365.000 Familien in Afghanistan seien vom Opiumanbau abhängig.



Deutsche ISAF-Patrouille – ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit Afghanistans

Abschließend stellte General Löser fest, dass die internationale Schutztruppe ISAF „bei den Menschen vor Ort sehr respektiert und angesehen“ sei, und auch die beteiligten deutschen Soldaten sähen ihren Auftrag am Hindukusch als wichtige Leistung im Bündnis und als Beitrag deutscher Solidarität.

### **„Über die Kriegskunst – Sun Zi Bing Fa: Meister Sun's Regeln über die Wehrhaftigkeit“**

Der Vortrag von Dr. phil. Friedrich Lederer schloss die 39. Sicherheitspolitische Informationstagung ab. Dr. Lederer stellte das Werk im vergleichenden Zusammenhang mit anderer kriegstheoretischer Literatur dar, insbesondere aber zu





Clausewitz' „Vom Kriege“, zeigte Übereinstimmungen und Unterschiede auf. Er ging auf die internationale Wirkungsgeschichte des Sun Zi ein und wies darauf hin, dass ,im Unterschied zum deutschen Sprachraum, das Traktat im asiatischen Kulturraum und im angelsächsischen Sprachraum hohe Beachtung finde. Sun Zi's Gedanken seien auch an anderer Stelle zu finden. Man sollte diese, wie auch die von Clausewitz, eingebettet sehen in das weite Feld militärpolitischer Betrachtungen. Obwohl Sun Zi's Traktat dem Umfange nach noch nicht einmal ein Zehntel des Werkes von Clausewitz ausmache, sei der Ansatz umfassender, da Clausewitz sich auf den bereits in die Phase der kämpferischen Auseinandersetzung eingetretenen Krieg beschränke, während Sun Zi auch das Davor und das Danach in seine Überlegungen mit einbeziehe.

Der Vortrag von Dr. Lederer ist im Jahrbuch 2005 in einer für die Veröffentlichung fortgeschriebenen Version abgedruckt. Auf eine ausführlichere Zusammenfassung an dieser Stelle kann deshalb verzichtet werden.

In seinem Schlusswort zur 39. sicherheitspolitischen Informationstagung dankte General a.D. Dr. Reinhardt allen Vortragenden, Organisatoren und Teilnehmern, die mit ihren fundierten Beiträgen zum Gelingen der Tagung beigetragen hatten. In der Veranstaltungsplanung 2006 der Gesellschaft ist vorgesehen, in Fortführung der Themen der zentralen Veranstaltungen 2005 mit Schwerpunkt die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Asien, die Problematik der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen sowie die Lage und Entwicklung in Afrika zu behandeln.



## Aktuelle Entwicklungen in der Bundeswehr

Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, bei der 39. Sicherheitspolitischen Informationstagung am 12. August 2005

Meine Damen und Herren!

Der Einladung zu einem Vortrag auf der Jahrestagung der Clausewitz-Gesellschaft bin ich gerne gefolgt. Ich weiß, dass hier alle den Weg der Bundeswehr mit größerer Anteilnahme und Engagement verfolgen. Von einer nostalgischen Rückschau möchte ich - auch im Jubiläumsjahr der Bundeswehr - in meinen Ausführungen Abstand nehmen. Stattdessen will ich einige Aspekte aufgreifen, die mir am Herzen liegen, weil sie für die Zukunft der Bundeswehr besonders wichtig sind.

Ich beginne mit der Transformation.

Allein der Begriff Transformation ist schon ein Signal nach innen und außen für einen vor zwei Jahren eingeschlagenen neuen Kurs für die Bundeswehr, er erfasst auch inhaltlich am besten den konzeptionellen und strukturellen Neuansatz für Streitkräfte und Verwaltung.

Dass wir völlig neue Wege gehen, verdeutlichen die Kernelemente des Transformationsansatzes:

- ein bundeswehrgemeinsamer Ansatz, der die Fähigkeiten der Bundeswehr als Ganzes, nicht die einzelner Organisationsbereiche in den Mittelpunkt stellt;
- Streitkräftestrukturen mit neuen Krätekategorien, die erstmalig konsequent für multinationale Einsätze im globalen Rahmen ausgerichtet sind;
- Umfänge, die den veränderten Aufgaben und der Größe unseres Landes angemessen sind;
- eine Stationierung, die sich erstmalig strikt an den militärischen Erfordernissen und betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten orientiert, die durch Konzentration von Standorten deren Leistungsfähigkeit für Vorbereitung und Durchführung von Einsätzen vergrößert und die seit langem zum ersten Mal wieder zukunftssicher ist;



- eine Ausrüstung, die aufgabengerecht ist und erstmalig mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang steht; die Zeit der bisweilen auf Sand gebauten Ausrüstungsplanungen früherer Jahre hat damit ein Ende gefunden;
- eine umfassende Orientierung der Bundeswehr an Wirtschaftlichkeit und Effizienz als integraler Teil der Modernisierung von Streitkräften und Verwaltung;
- die Nutzung und kontinuierliche Integration technologischer Entwicklungen, z. Bsp. im Bereich der Vernetzten Operationsführung;
- schließlich eine zukunftsgerechte Wehrform, zu der es in Form der Allgemeinen Wehrpflicht aus meiner Sicht weder sicherheitspolitisch noch gesellschaftspolitisch noch ökonomisch eine seriöse Alternative gibt.

Bis zum Jahr 2010 wird diese neue Bundeswehr Gestalt annehmen. Das Delta zwischen Anforderungen und Fähigkeiten, das sich in den 90er Jahren aufgetan hat, wird im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts Schritt für Schritt geschlossen. Das ist ein großer Erfolg. Nicht nur für die Bundeswehr selbst, sondern für die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik insgesamt.

Bisweilen fällt es den Soldaten schwer, die neuen Chancen und Perspektiven zu erkennen, da alles in Veränderung scheint und die Transformation per se keinen zeitlichen Endpunkt bietet. In der Tat geht es ja um einen kontinuierlichen Wandel, der über das Jahr 2010 hinausreicht. Ich nehme aber die Sorgen der Soldatinnen und Soldaten ernst. Das ist für mich auch Thema in den vielen Gesprächen während meiner Sommerreise.

Die politisch und militärisch Verantwortlichen in der Bundeswehr müssen verdeutlichen: Transformation heißt nicht: permanenter Ausnahmezustand für die Streitkräfte. Sondern schrittweise Umsetzung notwendiger Entscheidungen. Die Botschaft lautet: Wir haben erstmalig einen für alle berechenbaren Rahmen für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Bundeswehr. Meine Gespräche bestätigen im Übrigen immer wieder das Vertrauen in die Fähigkeit der Angehörigen der Bundeswehr, den eingeleiteten Wandel zu bewältigen.

Der Kurs der Bundeswehr stimmt. Wir haben konzeptionell wie strukturell die Voraussetzungen für leistungsfähige Streitkräfte geschaffen. Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft ein Garant der Sicherheit und ein wichtiges Instrument





der Außenpolitik unseres Landes. Unsere Soldaten sind gut ausgebildet und gut ausgerüstet. Wir müssen uns hinter keiner Armee der Welt verstecken.

Im Jahr 2005 ist die Bundeswehr eine Stütze der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit von NATO und EU. Der Beitrag der Bundeswehr zur NATO Response Force kann sich sehen lassen. Zu den Battle Groups der EU trägt die Bundeswehr einen herausragenden Anteil bei. Mit rund 6.500 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen ist die Bundeswehr größter Truppensteller bei allen NATO Operationen. Damit leistet die Bundeswehr einen substantiellen Beitrag zu Frieden und Sicherheit. Sie genießt durch ihre Arbeit hohe Anerkennung in den Einsatzgebieten. Dort bleiben die Aufgaben schwierig und risikobehaftet.



Wichtig ist, dass in allen Einsatzgebieten der politische Prozess Fortschritte macht. In Afghanistan bedeuten die Parlamentswahlen vom 18. September 2005 eine wichtige Weichenstellung. Afghanistan wird souverän. Der Petersberg-Prozess ist abgeschlossen. Es wird danach darauf ankommen, schrittweise die Übernahme von mehr Verantwortung durch die afghanische Regierung zu fördern.

Ab Oktober wird Deutschland im Norden von Afghanistan die militärische Führungsrolle übernehmen. Das erfordert die regionale und funktionale Anpassung des nationalen ISAF-Mandats. Das Ziel für die für den 13. Oktober 2005 vorgesehene Sondersitzung des Bundestages ist also:

Die geografische Ausweitung des bisherigen Einsatzgebietes der Bundeswehr, die Aufhebung der Begrenzung im Nordosten auf 450 und die Anhebung der Gesamtstärke des deutschen Kontingent auf bis zu 3.000 Soldaten.

Die Drogenbekämpfung ist zwingend, aber keine Aufgabe für die Bundeswehr. Es bleibt dabei: Die Bundeswehr leistet afghanischen Kräften Unterstützung. Wir beschreiten da keinen Sonderweg. Das gilt für alle ISAF-Nationen.

Ein Wort zum Irak. Seine Stabilisierung ist auch für Deutschland von überragendem Interesse. Es wird aber auch in Zukunft keinen Einsatz von Soldaten der Bundeswehr im Irak geben. Allerdings leistet gerade die Bundeswehr wichtige Beiträge zur Stabilisierung des Landes. Die Ausbildung von irakischen Soldaten





im Dezember 2004 in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) war erfolgreich (Militärkraftfahrer, Mechaniker). 2005 erfolgt weitere vielfältige Ausbildungsunterstützung.

Im Sudan bleibt Unterstützung dringend geboten. Es geht um Hilfe für Menschen, die seit Jahrzehnten Gewalt und Vertreibung ausgesetzt sind. Die Chance zum Frieden darf nicht vertan werden. Indem wir die Stabilität in der Krisenregion stärken, wird die Sicherheit über den regionalen Rahmen hinaus gestärkt.

Das Jahr 2005 hat auch für den Kosovo besondere Bedeutung. Die Statusfrage rückt in den Mittelpunkt. Nach einem positivem Ergebnis der umfassenden Beurteilung der demokratischen und rechtsstaatlichen Standards in diesem Jahr könnte (muss) die Aufnahme von Verhandlungen über den künftigen Status folgen

Eine grundsätzliche Bemerkung an dieser Stelle zu den Einsätzen.

Ich habe immer wieder bemängelt, dass es in Deutschland keine richtige Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr gibt. Ich hoffe immer noch, dass sich das ändern wird. Die Öffentlichkeit muss ein hinreichend klares Verständnis davon haben, warum die Bundeswehr in Afghanistan oder im Sudan ist. Hat sie dies nicht, besteht das Risiko, dass in kritischen Situationen gleich der ganze Einsatz in Frage gestellt wird.

Die Politik muss ihrerseits begründen können, warum es im Interesse unseres Landes liegt, sich an einem konkreten Einsatz zu beteiligen. Das ist, wie wir alle wissen, kein einfaches Unterfangen. Deutschland tut sich aus guten historischen Gründen und schlechten historischen Erfahrungen schwerer als andere Nationen, seine Interessen zu definieren. Es ist darüber hinaus für jede deutsche Regierung immer noch eine relativ ungewohnte Situation, über Einsätze in anderen Regionen der Welt, wo die Existenz Deutschlands nicht unmittelbar bedroht ist, zu entscheiden.



Dass unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt wird, wird mittlerweile kaum noch bezweifelt. Aber nicht bei jedem Einsatz ist für alle nachvollziehbar, warum die Bundeswehr in bestimmte Einsätze geht und wo Deutschlands Sicherheitsinteressen berührt sind.





Richtig ist, dass wir nicht versuchen sollten, uns hinter der Definition europäischer Interessen zu verstecken. Allerdings sollten wir natürlich anstreben, so oft es geht, gemeinsame europäische Positionen zu entwickeln, was die Erörterung der Interessenlage einschließt. Unstreitig ist aus meiner Sicht auch, dass es für eine deutsche Regierung angesichts der hohen Risiken für Leib und Leben unserer Soldatinnen und Soldaten keinen Automatismus geben kann: Weder auf Basis eines verbindlichen Kriterienkatalogs noch in Anwendung falsch verstandener Bündnisloyalitäten. Jede Entscheidung über den Einsatz von Streitkräften muss individuell und sorgsam abgewogen wird. Militärisches Eingreifen bleibt das äußerste Mittel der Politik, es darf nicht zum beliebigen Mittel werden, auch und gerade dann nicht, wenn andere politische Maßnahmen als zu schwierig oder als zu wenig aussichtsreich erscheinen.

Bisweilen fällt es den Soldaten schwer, die neuen Chancen und Perspektiven zu erkennen, da alles in Veränderung scheint und die Transformation per se keinen zeitlichen Endpunkt bietet.

Immer wieder, aber zu Recht, wird im Zusammenhang mit der Transformation der Bundeswehr und dem internationalen Engagement der Bundeswehr die Frage aufgeworfen: Welches Selbstverständnis leitet eigentlich den Soldaten? Gilt das Konzept der Inneren Führung auch unter den neuen Einsatzbedingungen? Brauchen wir gleichsam ein neues Bild des Soldaten? Das sind Fragen, die gerade in den Veranstaltungen im Jubiläumsjahr der Bundeswehr eine wichtige Rolle spielen. Nur einige Überlegungen und Feststellungen hierzu. Ich bin zunächst - nach vielen Truppenbesuchen im In- und Ausland - der Überzeugung: Die Kernelemente der Konzeption der Inneren Führung bleiben unverändert gültig, wenn sich auch die Bedingungen für den Einsatz grundlegend geändert haben.

Der Soldat bleibt Verteidiger von Freiheit, Recht und Frieden. Doch sein Auftrag und seine Aufgaben haben sich erweitert. Die Erweiterung des Aufgabenspektrums bringt es mit sich, dass der Soldat der Bundeswehr auch dann in den Einsatz geht, wenn in Deutschland tiefster Friede herrscht. Der Staatsbürger in Zivil und der Staatsbürger in Uniform sitzen im Einsatzfall eben nicht mehr in einem Boot - dies stellt zweifellos eine gravierende Veränderung in der Geschichte Deutschlands und der Bundeswehr dar.

Umso mehr bedarf der Soldat im Einsatz, auch in fernen Regionen, des Rückhalts der Gesellschaft zu Hause - im Parlament, in der Öffentlichkeit, in der Familie. Darauf gründet ganz wesentlich die Einsatzmotivation und die Überzeugung des Soldaten, das Richtige zu tun. Deswegen ist es richtig, jeden Einsatz der Bundeswehr an die Zustimmung des Bundestages zu binden.





Deswegen ist es auch richtig, dass in Deutschland Einsätze der Bundeswehr nach einer breiten öffentlichen Debatte stattfinden sollten, an deren Ende unsere Soldaten auf eine breite gesellschaftliche und eine möglichst breite parlamentarische Unterstützung bauen können. Ich halte nichts davon, Soldaten mit einer Drei-Stimmen-Mehrheit im Bundestag in den Einsatz zu schicken. Das ist nicht zuletzt ein Ergebnis und ein Erfolg ihrer in der deutschen Geschichte beispiellos tiefen Verankerung in der Gesellschaft und der starken Bindung an das Parlament. Es ist im Übrigen auch ein Erfolg der Wehrpflicht!

Der Staatsbürger in Zivil und der Staatsbürger in Uniform sitzen im Einsatzfall eben nicht mehr in einem Boot - dies stellt zweifellos eine gravierende Veränderung in der Geschichte Deutschlands und der Bundeswehr dar.

Auch der „innere Kompass“, die geistige Grundhaltung des Soldaten muss stimmen, sonst liefe die Transformation der Bundeswehr an entscheidender Stelle ins Leere. Unverändert bleibt das Eintreten der Soldatinnen und Soldaten für Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das sind nicht nur in der Verfassung verankerte Werte - sie sind gelebte Tradition in der Bundeswehr. Diese Werte geben auch Orientierung und sind Richtschnur für den Soldaten im militärischen Auslandseinsatz.

Die Bundeswehr ist im Jahr ihres 50-jährigen Bestehens auf dem Weg zu einer modernen Armee des 21. Jahrhunderts. Sie ist mit Blick auf die neuen Herausforderungen schon heute moderner und leistungsfähiger als noch vor wenigen Jahren. Der begonnene Transformationsprozess verlangt den Angehörigen der Bundeswehr viel ab. Der eingeschlagene Kurs ist aber ohne Alternative. Daher setzen wir den Weg konsequent fort.

Die Bundeswehr trägt dazu bei, dass Deutschland außenpolitisch handlungsfähig bleibt.

Vielen Dank.

**Zum Autor:**

Dr. jur. Peter Struck, Jahrgang 1943, MdB, ist Vorsitzender der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag. Er war von Juli 2002 bis November 2005 Bundesminister der Verteidigung.

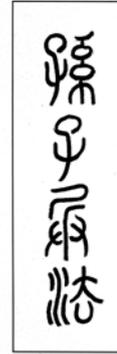




## Sun Zi: Die Kunst des Krieges

Dr. phil. Friedrich Lederer

Der Titel des Traktats – lies: Sun Zi Bing Fa – links in Siegelschrift der Entstehungszeit, rechts in der neuen chinesischen Schrift



孫子兵法

### 1. Einleitung – Der geschichtliche Hintergrund

»Meister Sun's Regeln über die Wehrhaftigkeit« – das besagt der Titel „Sun Zi Bing Fa“ (Lautumschrift nach Pinyin, nach dem älteren System Wade-Giles: Sun Tzu Ping Fa. Weitere Transkriptionsvarianten sind leider häufig) ist das älteste im Wortlaut erhaltene Traktat zur Kriegskunst: In der deutschen Lexikographie findet Sun Zi so gut wie nicht statt. Es gab zwar seit 1910 einige deutsche Ausgaben, aber sonst fand er, ganz im Gegensatz zum angelsächsischen Sprachraum, kaum Beachtung. Werner Hahlweg, den Mitgliedern der Clausewitz-Gesellschaft ja ein Begriff, hatte in seinem ansonsten verdienstvollen Buch »Klassiker der Kriegskunst« keinen Platz für Sun Zi. Lediglich Friedrich Ruge hat in seinem Buch: »Politik und Strategie« zwischen Clausewitz, Jomini, Moltke, Lenin und MaoZedong auch ein Plätzchen – gut drei Seiten! – für Sun Zi. Er hat ihn übrigens treffend in seiner Bedeutung eingeordnet!

Auf dem Titelbild steht links der Titel in der sogenannten „kleinen Siegelschrift“, das war die Schrift des alten China in der „Zeit der streitenden Reiche“ (zhan guo, 475–256 v. Chr.), der Zeit, in der das Traktat entstanden ist. Es war eine Zeit des Umbruchs auf vielen Gebieten, des allmählichen Verschwindens des Feudal-systems, der technischen Innovationen, der Ausformulierungen philosophischer Strömungen in Ost und West: „Die Achsenzeit der Weltgeschichte“, wie Karl Jaspers es formuliert hat. Die Grenzen zwischen den einzelnen Staatsgebilden im damaligen Kernland Chinas, von den ersten Grenzbefestigungen im Norden, aus denen sich später die Chinesische Mauer herausbildete, bis zum Yangzi Jiang im Süden, von dem Gebiet um die Nord-Süd-Erstreckung des Huang He (Gelber Fluß) im Westen bis zum Gelben Meer im Osten, waren unscharf, „man muß sich vom europäischen Begriff der Landesgrenze weitgehend freimachen“ [Wolfram Eberhard, Geschichte Chinas, Stuttgart 1971]. Damit tut sich schon im Vorfeld unserer Betrachtung ein Unterschied zum Szenario auf, mit dem es Clausewitz zu





tun hatte. Sun Wu, d.h. Familienname Sun, persönlicher Name: Wu, hat um das Jahr 400 v.Chr. gelebt. Er wurde geboren im Staate Qi., d.i. das Gebiet der heutigen Provinz Shandong. Über ihn ist kaum etwas überliefert außer einer Anekdote bei Sima Qian in dessen „Historischen Aufzeichnungen“ (Shiji) aus dem 1. Jhd. v. Chr. In dieser Anekdote wird geschildert, wie Sun Wu den Hofdamen des Königs Helu des halbbarbarischen Staates Wu (nördlich des Yangzi-jiang) militärischen Drill beibringt. Er muß aber auch sonst als militärischer Führer recht erfolgreich gewesen sein. Er selbst hat wohl nichts niedergeschrieben, seine Maximen sind von Schülern nach mündlicher Überlieferung aufgezeichnet worden. Dafür spricht auch die häufig eingestreute Passage: „Meister Sun sagt:...“

Bis in die 70-er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein gab es außer einigen Erwähnungen in früheren Bibliotheksverzeichnissen und Zitaten in älteren Schriften keine Textüberlieferung, die älter als die Texte aus der Song-Zeit waren (960–1279). Dies änderte sich mit einem Schlage, als 1972 ein Grab der frühen westlichen Han-Dynastie (206 v.Chr. – 24 n. Chr.) gefunden wurde, und zwar am Silber-Sperlings-Berg (Yinque-shan) nahe der Stadt Linyi in der Provinz Shandong. Mit einem Male war der Textnachweis ein Jahrtausend weiter zurück zu verfolgen! Die Texte waren auf Bambusstreifen geschrieben, und ein Großteil der Texte konnte rekonstruiert werden. Sie zeigten eine staunenswerte Übereinstimmung mit den überlieferten Texten auf.

Der Text beginnt mit Satz: „Bing zhe guo zhi da shi ye“, „Bing, das ist des Landes große Angelegenheit ...“ ... und das Zeichen „Bing“ (das erste Wort, auf dem Titelbild ist es das dritte Zeichen von oben), kann viele Bedeutungen haben, ursprünglich: „Waffe, Kampfgerät“, dann „Soldat“ und in weiterer Bedeutungsübertragung „Truppe, Armee“, „Kriegs- und Militärwesen“ bis hin zu der Übersetzung mit „Krieg“. Das Wort für „Krieg“ ist im Chinesischen aber ein anderes: Zhan, das ist das „zhan“ in „Zhanguo“ = „Streitende Reiche“. Übersetzt man also „bing“ mit „Krieg“, wird der Satz zu dem Trivialsatz, wie man ihn in Übersetzungen zumeist antrifft:

*„Krieg ist für den Staat eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit, eine Sache auf Leben und Tod und der Weg zu Sein oder Nichtsein. Man kann nicht umhin, ihn gewissenhaft zu studieren.“*

Schaut man aber auf das ganze, 13 Kapitel umfassende, Traktat, mit dem Titel „Bing Fa“, d.h. „Regeln für das Bing“, merkt man, daß darin nicht nur „Der Krieg als Fortsetzung der Politik“ gemeint ist, sondern die Handhabung des militärischen Instrumentariums, wir sollten „Wehrhaftigkeit“ für „bing“ sagen. Und dann verlöre dieser erste Satz auch seine Trivialität.





Die erste Übersetzung in eine europäische Sprache war die Übersetzung des Jesuitenpaters Jean-Joseph Marie Amiot aus dem Jahre 1772. Sie ist gar nicht so schlecht: „les troupes sont la grande affaire d'un Etat...“. Die erste Übersetzung ins Englische von Calthrop (1905) sagt: „Strategy is of vital importance to the regime“. Die erste textkritische Übersetzung, von der heute noch die meisten abschreiben, die von Lionel Giles (1910) sagt: „The art of war is of vital importance to the state.“ Und daher rührt auch der heute meistverwendete Titel für das Traktat. Lutz Geldsetzer [Grundlagen der chin. Philosophie, Reclam UB 9689] übersetzt zwar sehr frei, aber den Sinn gut wiedergebend: „Die Lehre vom Kriegswesen ist eine wichtige Sache für den Staat.“ Die neueste eigenständige Übersetzung, die von der Denma-Group formuliert – die Flexibilität des Englischen nutzend – : „The military is a great matter of the state.“ Nicht umsonst hat José Ortega y Gasset in seinem Essay über die Übersetzungsproblematik das Elend an die erste Stelle gesetzt [»Miseria y Esplendor de la Traducción«]. Es ist nötig, darauf aufmerksam zu machen. Bei Übersetzungen ist immer Vorsicht angebracht, etwa, wenn wir das Wort „Friktion“ bei Clausewitz nehmen, das übrigens David S. Alberts in seinem Buch »Information Age Transformation« zu „Fog and Friction“ vernebelt.

## 2. Vergleichende Inhaltsangabe zum Traktat

Das Traktat umfaßt dreizehn Artikel, der Gesamtumfang ist gering, im Original sind das lediglich etwa 6000 Zeichen, und der Internet-Ausdruck der Übersetzung von Lionel Giles [[www.chinapage.com/sunzi-e.html](http://www.chinapage.com/sunzi-e.html)] bringt es auf 27 Seiten. Je nach Ausgabe, Format und anteiligem Kommentar bewegt sich der Umfang der Übersetzungen zwischen 70 und 200 Seiten. Das ist etwa ein Zehntel von Clausewitz' »Vom Kriege«. Daß es aber, was den Gehalt anlangt, nicht auf den reinen Textumfang ankommt, können wir im Folgenden ermesen:

2.1 – Der erste der dreizehn Artikel trägt die Überschrift: chu ji „Primär-Konzept“. Es ist gewissermaßen der Erstentwurf für das ganze Traktat.

In einer Art Vorabgliederung werden fünf Punkte aufgezählt:

- Das Dao (der „Weg“, hier in recht umfassenden Sinne zu interpretieren, als Methode, LOGOS ),
- der Himmel (d.h. u.a. Zeit und Klima),
- die Erde (Fragen des Terrains),
- die Generäle (d.h. Führer und ihre Qualitäten),
- und die Gesetze (bzw. Regeln, Doktrin, d.s. Fragen des Managements, der Organisation und Steuerung).





Die Gliederung fächert nun auf: Ich möchte hier nur die Behandlung der Führungsqualitäten herausgreifen, die Sun Zi wieder in fünf Aspekte unterteilt: Diese lesen sich fast wie ein Kurzkatalog für die Personal-Abteilung:

- Klugheit, Weisheit (zhi)
- Glaubhaftigkeit, Zuverlässigkeit (xin)
- Humanität (rén),  
diese drei sind auch konfuzianische Begriffe,
- Mut, Beherztheit (yong)
- Festigkeit, Konsequenz, Autorität (engl. strictness) (yán)

Bei Clausewitz kann man sich das auch zusammensuchen, z.B. im 1. Buch, 3. Kapitel „Der kriegerische Genius“ und im 3. Buch, von Kapitel 3, „Moralische Größen“ bis zum Kapitel 7, „Beharrlichkeit“. Clausewitz relativiert das aber laufend, bei Sun Zi wird positiv, d.h. Forderungen setzend, formuliert. Man denke auch an den Begriff der „virtù“ bei Machiavelli im Zusammenhang mit *necessità*, *occasione* und *fortuna*! [vgl. Radu Zagrean »Der Begriff der virtù bei Machiavelli«, Diss. LMU München 2002, S. 57]

Kriegführung heißt Täuschung, nicht sosehr im Sinne von Betrug, als vielmehr im Sinne — erlaubter — Kriegslisten: den Gegner immer über die eigenen Ansichten im Unklaren lassen, ihn zu Fehlhandlungen verleiten. Auch die Methode des „divide et impera“ wird hier angesprochen. Den Gedanken findet man auch bei Clausewitz, so bereits im 1. Buch, 2. Kapitel:

*„Gibt es Unternehmungen, die vorzugsweise geeignet sind, Bündnisse unseres Gegners zu trennen oder unwirksam zu machen, uns neue Bundesgenossen zu erwerben, politische Funktionen zu unserem Besten aufzuregen usw., so ist leicht begreiflich, wie dies die Wahrscheinlichkeit des Erfolges sehr steigern und ein viel kürzerer Weg zum Ziel werden kann, als das Niederwerfen der feindlichen Streitkräfte.“*

Bei aller Parallelität ist aber Vorsicht in der Interpretation geboten, denn bei Clausewitz befinden wir uns in den Kriegen, bei Sun Zi oft noch davor. Vorher sollte man darüber aber nicht zu viel diskutieren – man sollte also eigene Planungen nicht vorher ausplaudern. Was nun aber Überraschung und List anlangt, findet man einen deutlichen Gegensatz zu Clausewitz, der im 3. Buch, Kapitel 9 – „Die Überraschung“ und Kapitel 10 „Die List“ deutlich macht, daß er nicht allzuviel davon hält.





2.2 – Das zweite Kapitel ist mit: zuo zhan, „Gefechtsbereitschaft“ überschrieben, wörtlich „Durchführung des Kampfes“ (vom Inhalt her eher: Ökonomie des Einsatzes).

Sun Zi mahnt zum restriktiven Einsatz. Zu lange Kriege schaden nur dem eigenen Land! Wer die Gefahren nicht begreift, begreift es auch nicht, das Militär vorteilhaft einzusetzen. Es ist nicht gut, aus dem Zorn heraus auf den Feind einzuschlagen; es ist besser, z.B. des Feindes Kampfwagen unversehrt zu erobern, diese selbst zu verwenden und die (besiegten) Soldaten gut zu behandeln. So gewinnt man selbst an Stärke. Sun Zi geht in diesem Kapitel auf wirtschaftliche Zusammenhänge ein und auf Fragen, die wir heute i.a. mit dem Versorgungsaspekt der Logistik verbinden. Er weist auf die Destabilisierung im eigenen Lande hin, wenn die Ressourcen aufgebraucht werden. Erst wenn die nötigen Finanzmittel bereitstünden, könne eine Armee mobilisiert werden. Man fühlt sich an Raimondo Montecucoli erinnert, der das in seinen »Aforismi dell'arte bellica« (I, 5) so formuliert: „*È il danaro quello spirito universale ...*“ und dann Gian Giacomo Trivulzio zitiert, daß zum Kriegführen drei Dinge nötig seien: „*danaro, danaro, danaro*“ = Geld, Geld, Geld.

Sun Zi weist auf den überproportional ansteigenden Aufwand hin, wenn man Versorgungsgüter über weite Distanzen zu transportieren hat, und weist auf die Gefahr der mangelbedingten Preissteigerungen hin. Er empfiehlt, sich „aus dem Lande zu ernähren“. Lebensmittel und Futtermittel auf Kosten des Gegners seien zwanzigmal so viel wert, wie die auf eigene Kosten herangeschafften. Nun, diese Praxis wurde bis in den zweiten Weltkrieg hinein verfolgt, 1870/71 und 1914–1918 auch notgedrungenen Maßen, weil trotz Lobpreisung der Eisenbahnen durch Friedrich List über Helmuth von Moltke bis hin zu Oscar Ritter von Niedermayer, die „inneren Linien“ der Eisenbahnen oft versagten [vgl. Martin van Creveld, »Supplying War«, passim]. Bismarck weist z.B. in seinen »Gedanken und Erinnerungen«, [Bd. II, Kap. 23] darauf hin, daß der Transport der Belagerungsgeschütze für Paris und der nötige Munitionstransport behindert war, weil man 1500 Achsen für Lebensmittel verplant hatte. Wie recht doch Sun Zi hier hat! Er bringt es auf den Punkt: „Die Truppe schätzt den Sieg, nicht schätzt sie die Dauer.“ Bei Machiavelli, [Discorsi II, 6, über die Kriegsführung der Römer] findet man den Gedanken wieder: „*Fare le guerre ... corte e grosse*“ – kurz und rigoros. Das kann man in etwa auch bei Clausewitz finden [8. Buch, 9. Kapitel]: „... so konzentriert als möglich handeln. ... so schnell als möglich zu handeln, also keinen Aufenthalt und keinen Umweg ohne hinreichenden Grund.“





2.3 – Das dritte Kapitel ist überschrieben mit: mou gong „Angriffs-Planung“ (ergänze: sachgerechte Planung vom Fachmann).

Die Zerstörung des Gegners ist nicht so gut, wie der Erhalt desselben. Kampflose Eroberung ist die beste Form.

*„In 100 Schlachten siegreich zu sein, das ist nicht der Gipfel der Kunst, den Feind ohne Kampf zu unterwerfen, das ist der Gipfel der Kunst.“*

Sun Zi ist deshalb kein Pazifist. Dieses Zitat muß aber für reißerische Übersetzungen – oder, wofür diese ausgegeben werden – erhalten, z.B. „Wahrhaft kämpft, wer nicht kämpft.“ Wie oberflächlich auch bei ansonsten recht gründlich recherchierten Arbeiten über den Krieg damit umgegangen wird, sieht man bei John Keegan, »Die Kultur des Krieges«, [deutsch bei rororo, Hamburg, 2001], der Sun Zi nur einmal, auf S. 300 erwähnt und dann als Titel seines Werkes eben diese reißerische Formulierung angibt.

Bei Clausewitz spielt dieser Gedanke nur eine untergeordnete Rolle. Er redet zwar davon indirekt mit der Formulierung: „Mögliche Gefechte sind der Folgen wegen als wirkliche zu betrachten“ [3. Buch, 1. Kap.]. Daß dies bei ihm aber nicht das Hauptaugenmerk ist, wird deutlich in den Skizzen zum 8. Buch, Kapitel 1: „... daß das Mittel, dessen sich der kriegerische Akt bedient, allein das Gefecht sei.“ Noch drastischer wendet sich Clausewitz gegen eine Strategie der Kampfesvermeidung im 4. Buch, Kapitel 11:

*„... nur diejenigen Feldherren sollten Lorbeeren verdienen, die es verstehen, den Krieg ohne Blutvergießen zu führen, und die Theorie des Krieges, ein wahrhafter Brahminendienst, sollte ganz eigens dazu bestimmt sein, das zu lehren. Die Geschichte der Zeit hat diesen Wahn zerstört ...“* und weiter im 2. Absatz: *„... wir mögen nichts hören von Feldherren, die ohne Menschenblut siegen, ...“*

Zurück zu Sun Zi:

*„Den höchsten Wert hat der Angriff auf des Gegners Pläne, dann der Angriff auf seine Verbündeten, dann auf seine Armee und zu allerletzt der auf seine Festungen.“*

Michael I. Handel weist in seiner Vergleichsstudie: »Masters of War, Sun Tzu, Clausewitz and Jomini« zu Recht darauf hin, daß die Prioritätenfolge bei Clausewitz praktisch umgekehrt sei [London et.al. 1992/1993, dort Tabelle 1, S.48].





Ein Beispiel aus der neueren Geschichte: Im Falle der Belagerung der Festung von Paris ab 18. Sept. 1870 prallten die Meinungen von Bismarck und Moltke aufeinander. Moltke wurde auch von der öffentlichen Meinung bedrängt, Paris doch „endlich“ zu bombardieren. Er brachte dies in einem Brief an seinen Bruder Adolf vom 22. Dez. 1870 so zum Ausdruck:

... *„Von drei Seiten sind mir schon Verse zugeschickt:*

*Guter Moltke, gehst so stumm  
immer um das Ding herum,  
bester Moltke, sei nicht dumm,  
mach doch endlich bum, bum, bum!*

*Was es heißt, eine Festung anzugreifen, zu deren Verteidigung eine Armee bereitsteht, das hätte man doch aus Sewastopol lernen können.“*

Moltke hat hier ganz im Sinne von Sun Zi gehandelt, auch bzgl. der bemerkenswerten Passage bei Sun Zi gegen die militärfachliche Inkompetenz des Herrschers: Sie „...fügt der Armee nur Unbill zu, schafft Unordnung und bringt sie um den Sieg.“ Man sollte allerdings – *audiatur et altera pars* – das auch in Bismarcks »Gedanken und Erinnerungen« [II. Band, 23. Kapitel] nachlesen, wo er die Diskrepanz eher dem Generalstab zuschiebt, Moltke und Roon dabei aussparend:

*„Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zu Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen, so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regierung des kriegsführenden Staates auch nach anderen Richtungen zu sehen hat als nach dem Kriegsschauplatze.“*

Auf Moltkes Brief vom 22. Dez. an dessen Bruder Adolf nimmt Bismarck in einer Fußnote ein paar Seiten weiter sogar Bezug!

Weiter bei Sun Zi: Es sei unerlässlich, den Gegner und sich selbst zu kennen. Augenmaß sei geboten. Wer unsere Geschichte seit Beginn des 20. Jahrhunderts betrachtet, kann nur bedauern, daß bei den Regierenden diese Einsicht nicht geherrscht hat.

Es ist nicht gut, aus dem Zorn heraus auf den Feind einzuschlagen; es ist besser, z.B. des Feindes Kampfwagen unversehrt zu erobern, diese selbst zu verwenden und die (besiegten) Soldaten gut zu behandeln. So gewinnt man selbst an Stärke





2.4 – Das vierte Kapitel ist überschrieben mit: (jun) xing „Disposition der Truppe“, wörtlich: „(Truppen)-Gestalt“.

Es geht um die Abwägung der Defensiv gegenüber der Offensiv. Es sei nicht unbedingt ein Zeichen überlegener Kriegskunst, wenn man offensichtlich unterlegene Feinde besiegt. Man solle aber andererseits kein Risiko eingehen, sondern immer von (sieges-)sicherer Position aus agieren, nicht erst den Kampf aufnehmen und hinterher erst den Sieg zu erreichen suchen. Zu Beginn dieses Kapitels folgert Sun Zi :

*„... deshalb können die, die im Kriege geschickt sind, sich selbst unbesiegbar machen, sie können den Gegner aber nicht dazu bringen, sich besiegt zu machen.“*

Diese ambivalente Passage korrespondiert mit den Aussagen im 9. Kapitel, nämlich der genauen Beobachtung der Anzeichen über den Zustand des Gegners. Dies ist auch ein Aspekt, der – weniger bei Clausewitz, mehr bei Sun Zi – nur das Einkalkulieren von vorhandenen Schwächen des Gegners behandelt, nicht aber die Möglichkeit Destabilisierung zu induzieren. Was ich damit meine, sei an einem Zitat aus Publius Cornelius Tacitus (55/56–120) »De origine et situ Germanorum«, Abschnitt 23, im Hinblick auf die Trinkfreudigkeit der Germanen erläutert:

*„Wenn man ihrer Trinklust entgegenkommt und herbeischafft, soviel sie begehren, wird man sie durch ihre Untugenden ebenso leicht besiegen wie mit Waffen.“*

(Übers. Josef Lindauer)

Das mag zum Lachen verleiten, wer aber baut heutzutage den Mohn an, und wer verkonsumiert das Opium?

2.5 – Das fünfte Kapitel ist überschrieben mit: (bing) shi „(Militärische) Macht“, (eher: Kräftekonstellationen und –kombinationen und deren richtiger, zeitabgestimmter Einsatz).

Zunächst werden drei Aspekte angeführt:

1. Übersichtlichkeit durch organisatorische Aufteilung,
2. „Orthodoxe“ vs. „Unorthodoxe“ Methoden,
3. Substantielles gegen Hohlheiten und Schwächen setzen.





Insbesondere ist der Wechsel zwischen orthodoxer und unorthodoxer Methode nicht auszuschöpfen, beide bilden einen endlosen Zyklus. Liddell Hart hat sich insonderheit dieses Begriffspaares: „orthodox“ und „unorthodox“ angenommen, Stichwort: „indirect approach“. Es werden sodann die Begriffe „Stärke“ und „flexible Koordination“ in anschaulichen Bildern erläutert.

*„Dieserhalb, wer gut im Kampfe ist, (macht) seine Stärke zur (unüberwindlichen) Barriere, seine Koordination kurzzeitig und rasch. „Stärke“ ist wie das Spannen einer Armbrust, „Koordination“ wie das Auslösen des Abzugs.“*

Ja, die Übersetzung ist schon richtig: Die Armbrust war in China schon 13 Jahrhunderte vor der Einführung bei uns bekannt! Ich möchte aber mit diesem Zitat auch auf das Anliegen der „Network Centric Warfare“ aufmerksam machen. Dr. Michael Stehr weist in einem Artikel im MARINEFORUM [5, 2004] auf die Gedankenverbindung zu Sun Zi hin. Management des — scheinbaren — Chaos, Ordnung aus Unordnung, Mut aus Zagnis, Stärke aus der Schwäche heraus. In diesem Kapitel wird der daoistische Ansatz der Denkweise von Sun Zi deutlich. Der Feind ist zu Handlungen zu zwingen, denen er dann folgen muß, bzw. der Feind ist dazu zu verlocken. Auch Menschenführungsaspekte werden in diesem Kapitel angesprochen.

2.6 – Das sechste Kapitel ist überschrieben mit: xu shi „Das Leere und das Substantielle“.

Immer das Gesetz des Handels bei sich behalten, den Gegner zur passiven Rolle verleiten, bzw. ihn dazu zwingen. Für den Gegner unberechenbar da aufmarschieren, wo keiner ist, wo (für ihn) keine Verteidigungsmöglichkeit besteht. Selbst für die eigene Unangreifbarkeit sorgen. Sich so klein machen, daß man keine greifbare Gestalt hat, daß man unhörbar ist. Hitting 'em where they ain't. Immer eine Rückzugsmöglichkeit behalten, so daß der Feind nicht so rasch folgen kann. Wenn der Feind bewehrt ist (Wälle, Gräben), ihn da treffen, wo er zum Entsatz gezwungen ist, oder ihn ins Leere laufen lassen durch vorgetäushtes Kampfgebiet (also ein Szenario aufbauen zur Täuschung). Durch Unberechenbarkeit für den Feind über Ort und Zeit eines möglichen Angriffs den Feind veranlassen, seine Kräfte zu verzetteln. Als Verteidiger könne er zwar zahlenmäßig überlegen sein, aber da er seine Kräfte aufteilen müsse, könne man die Teile aus der dann partiellen Übermacht heraus einzeln erfolgreich bekämpfen. Analysieren, provozieren und probenhalber kontaktieren — um so die Verhaltensweisen, Stärken und Schwächen des Gegners zu erkunden.





*„Der Gipfel der Organisation ist es, so zu tun, als habe man keine solche — dann kann auch der beste (feindliche) Spion nichts herausbekommen.“*

Sun Zi gebraucht das Bild der Analogie zum Wasser, das ja auch keine definierte Gestalt habe. Dieses Kapitel beinhaltet vieles, was in der Guerilla-Taktik wiederzufinden ist, bzw. was man bei der Einschätzung des Terrorismus beherzigen sollte. Man denke an den Begriff des „Low Intensity Conflict“ [vgl. Martin van Creveld, »The transformation of War«, dt. Hamburg 32004 passim] und an den m.E. etwas unglücklichen Ausdruck „Asymmetrischer Krieg“.

2.7 – Das siebente Kapitel ist überschrieben mit: jun sheng „Manöver“, wörtlich: „Die kämpfende Truppe“.

Wenn man sich schon zur Auseinandersetzung entschlossen habe, gälte es dennoch, nichts sinnlos zu überhasten; oft führe ein Umweg zum Erfolg. Hier ein deutlicher Gegensatz zum Tenor bei Clausewitz! Wer die Verhaltensweise der Landesfürsten/-führer nicht kenne, könne die möglichen Allianzen nicht abschätzen, wer das Gelände nicht kenne, könne die Armee nicht vorrücken lassen, wer nicht ortskundige Führer habe, könne keinen Vorteil erringen. Zur Steuerung der Aktionen bespricht Sun Zi die Anwendung von Signalinstrumenten (Gong, Trommel, Flaggen etc.) und das je nach Tag und Nacht, um die eigenen Formationen in Griff zu behalten. Sicher sind die Führungsmittel heute andere, Sun Zi bringt diese aber im Zusammenhang mit dem „qi“ (wörtl. „Atem, Geist“) der Truppe, hier ist die Übersetzung mit „Kampfmoral“ wohl die treffendste. Den Einsatz je nach mentalem Zustand des Gegners durchführen, ihn angreifen, wenn er geschwächt ist, es sein lassen, wenn er gut organisiert ist. Den Gegner nicht bergauf angreifen; nicht auf vorgetäuschte Flucht des Gegners hereinfallen. Einen Gegner, der ohnehin schon auf dem Rückzug oder gar auf der Flucht sei, solle man nicht in die Situation zu einem verzweifelten Widerstand bringen – hier wiederum deutlicher Gegensatz zu Clausewitz!.

2.8 – Das achte Kapitel ist überschrieben mit: jiu bian „Die neun Varianten“.

Nicht auf scheinbare günstige Gelegenheiten hereinfallen, ggf. sogar sei Ungehorsam gegen (ungerechtfertigte) Weisungen geboten! Die Kenntnis des Geländes alleine genüge nicht, man müsse mit den dann von ihm aufgeführten „9 Variationen“ umgehen können. Diese werden ausführlich behandelt. Sich nicht auf das Ausbleiben eines gegnerischen Angriffs verlassen, sondern lieber auf die eigene Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft setzen. Man denkt unwillkürlich an den Wappenspruch der NATO: „Vigilia est pretium libertatis.“





Sun Zi zählt fünf Schwächen der militärischen Führung auf:

- Zu todesmutig sein,
- zu sehr am Leben hängen,
- zu hitzig,
- zu ruhmstüchtig,
- zu gutmütig sein.

2.9 – Das neunte Kapitel ist überschrieben mit: xing jun „Truppenbewegung“.

In diesem Kapitel werden Fragen der Taktik und wiederum der Menschenführung behandelt, dazu kommen Fragen der guten Feindbeobachtung. Zunächst wird aber die richtige Positionierung einer Armee im Gebirge und an Gewässern behandelt, wir würden das als „Geländekunde“ bezeichnen. Hier treffen sich wenigstens punktuell Sun Zi und Clausewitz. Die Fragen der richtigen Lagerung (Feldlager) werden bei beiden knapp abgehandelt, bei Clausewitz im 5. Buch, 9. Kapitel, wobei Clausewitz sich mit den – auch wegen Kälte und Nässe gesundheitlichen – Nachteilen von Zeltlagern befaßt, Sun Zi aber allgemeiner auf die Vermeidung von Krankheiten und die Bedeutung für die Einsatzkraft hinweist. Was mir dabei aufgefallen ist: Aspekte der Hygiene, nicht nur im Zusammenhang mit allgemein medizinischer Vorsorge, sondern im täglichen Geschäft, habe ich bei all' den Kriegstheoretikern kaum ausfindig machen können. Nehmen wir das Beispiel des Umgangs mit der Entsorgung am Ende des Nahrungsvorgangs: Ich habe das richtig angesprochen nur an z w e i Stellen gefunden: Einmal im Deuteronomium (d.i. das 5. Buch Mose), Kap. 23, Vers 10–15: Zitiert in der Fassung von Martin Luther:

*„Und du solt aussen fur dem Lager einen Ort haben / da hin du zur not hinausgehst. Und solt ein Scheufflin haben / und wenn du dich draussen setzen wilt / soltu da mit graben / und wenn du gesessen bist / soltu zuscharren was von dir gangen ist.“*

Im Wortlaut fast gleich meint das auch Hayashi Shihei (1738–1793), ein Samurai, der in seinem »Diskurs über die Wehrhaftigkeit einer Seenation« (Ende 18. Jhrh.) darauf hinweist. [Kaikoku Heidan, vgl. Friedrich Lederer (Übers./Kommentar), München 2003]. Dessen Traktat deckt vom Schiffbau bis zur Akupunktur für Pferde aber ohnehin alles ab.

Zurück zu Sun Zi : Er weist auf die genaue Beobachtung der Umgebung hin und wie daraus Rückschlüsse auf das Feindverhalten zu ziehen seien. Wie notwendig





die richtige Deutung von Anzeichen in der Verhaltensweise des Feindes, Deutung von Zeichen in der Natur (Baumbewegung, Vogelflug), und Staub-/ Wolken-Formen seien. Er geht dann auf verschiedene gegnerische Täuschungsmanöver ein, bzw. Manöver, die das Gegenteil von dem bewirken sollen, als was sie erscheinen (Provokationsgefahr). Man achte auf Anzeichen, aus denen man schließen kann, ob die gegnerischen Truppen hungrig, müde, verwirrt oder ängstlich, erschöpft sind. Psychologischer Aspekt! Auch Rückschlüsse auf ein Führungs-Fehlverhalten des Feindes seien so möglich. Es werden Aspekte bzgl. der eigenen Führung aufgezählt: Lob und Tadel, Motivation. Man ist versucht an den Begriff „Innere Führung“ zu denken: das rechte Maß zwischen Vertrauen und Kontrolle; „Erzieherische Maßnahmen“ heißt das in der ZDv 14/3. Auch der Begriff „wen-wu“, „Feder und Schwert“ – im Japanischen „bun bu“ eine grundlegende Maxime des Samurai-Ethos – wird hier eingebracht! D.h. der gebildete, wissende Soldat wird gefordert.

*„Gibst du daher den Soldaten Befehle, so überzeuge sie erst; wenn du erreicht hast, daß sie dir gehorchen wie ein Mann, (dann) wende militärische Grundsätze an (dann hast du sie im Griff).“*

2.10 – Das zehnte Kapitel ist überschrieben mit: di xing „Topographie“.

Sun Zi unterscheidet sechs Geländearten – mit etwas verklausulierter Beschreibung; danach folgt durch die Schilderung, wie man sich in diesen Geländearten zu verhalten habe, zugleich auch die Erklärung, was Sun Zi damit eigentlich meint. Er zählt die Geländearten auf:

- offen (engl. accessible)
- geneigt (engl. suspended)
- zerklüftet /verzweigt (engl. indecisive)
- muldig-eng (engl. constricted)
- bergig-steil (engl. precipitous)
- weitläufig (engl. expensive).

Das kommt in anderer Zusammensetzung auch in der »Terrainlehre« des Majors Dr. F.A. O’Ettel, eines Zeitgenossen von Clausewitz, vor, dort 4. Kapitel, §§ 1 bis 8. Und auch in der ZDv 3/11 kann man sich’s zusammensuchen, wenn ich mich nicht irre. Das Lehrbuch des Majors Dr. F.A. O’Ettel kam bereits 1829 (nicht erst, wie Hahlweg angibt 1850) heraus; dennoch nimmt Clausewitz davon keine Notiz. D e r Ettel, bei dem sich C’s Witwe später sogar ausdrücklich bedankt für





seine Mithilfe bei der Herausgabe des Werkes von Clausewitz! Das vierte Kapitel von Etzel's „Terrainkunde“ liest sich fast wie ein Kommentar zu Sun Zi ! Bei aller Kürze erscheint mir Sun Zi hier differenzierter zu sein als Clausewitz, vgl. dort 5. Buch Kap. 17 „Gegend und Boden“ und passim, z.B. im 4., 5., 6. und 8. Buch. Der bereits oben erwähnte Hayashi Shihei, bringt ganz im Gefolge von Sun Zi das auf den Punkt: „*Das Gelände ist Hilfe für das Gefecht.*“

Clausewitz' Verhältnis zur Terrainkunde wird deutlich in dem Satz:

*„Das Talent des Feldherrn hat den meisten Spielraum in einer durchschnittenen, hügelreichen Gegend. Im Gebirge ist er zu wenig Herr der einzelnen Teile, und die Leistung aller geht über seine Kräfte; in der freien Ebene ist sie zu einfach und erschöpft seine Kräfte nicht.“* [3. Buch, Kap. 4].

Die Kartographie hat in China eine weitaus ältere Tradition als in Europa, der vorbereitende, planerische Aspekt der Generalstabskarte setzt bei uns ja eigentlich erst in der nach-napoleonischen Zeit ein, wenn auch die Kartierung auch zu militärischen Zwecken schon im 18. Jahrhundert anfang, z.B. bei General Friedrich von Schmettau (1743–1806), dessen einheitliche Karten von Preußen „vom preußischen Generalstab käuflich erworben und damit seine dauernde Geheimhaltung garantiert“ wurde [Ivan Kupcik, Alte Landkarten, Prag 1992, S. 183], sie wurden zur „Kabinett-Karte“. Die Allgemeine Kriegsschule war ganz in der Tradition des Geographen Carl Ritter, der von 1820 bis 1853 dort lehrte. Albrecht von Roon, Moltke, Borbstaedt, Emil von Sydow und obenerwähnter O'Etzel waren allesamt seine Schüler, selbst Erdkundler und Kartographen – „Landesaufnahme“ hieß das damals. Auch Clausewitz' Mentor Gerhard von Scharnhorst hatte eine umfangreiche Kartensammlung, die von seinem Sohn Wilhelm fortgeführt wurde. Umso erstaunlicher ist also das distanzierte Verhältnis Clausewitz' zu diesem Thema! [vgl. „Carl Ritter und seine Zeit“, Katalog, Herausg. Lothar Zögner, Berlin, 1979].

2.11 – Das elfte Kapitel ist überschrieben mit: jiu di „Die neun Geländeformationen“.

Es wird das vorhergehende Kapitel aufgegriffen, allerdings mit vielen ambivalenten Passagen, wie wenn es ein eingefügter Kommentar wäre. Es sieht fast so, wie eine unsortierte Wiederholung aus den vorherigen Kapiteln aus, deshalb soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden.





2.12 – Das zwölfte Kapitel ist überschrieben mit: huo gong „Feuerattacke“.

Sun Zi führt fünf Typen des Angriffs mit Feuer auf:

- gegen Menschen,
- gegen Vorräte,
- gegen einen Troß,
- gegen Waffenarsenale und
- gegen Formationen.

Es werden dann Regeln aufgestellt, wie man mit dem jeweiligen Feuerangriff umzugehen habe, sowohl im Angriff, als auch in der Abwehr derselben.

Sun Zi wechselt unvermittelt wieder zu emotionell-moralischen Aspekten der Kriegsführung über: Man solle nicht aus einer Emotion heraus den Kampf anzetteln, denn Emotionen klängen wieder ab, aber der Staat, der (dadurch) zerstört würde, sei nicht wieder herzustellen. Tote könne man nicht wieder lebendig machen. Der Krieg, d.h. hier die Aufnahme von Kämpfen, solle nur das letzte Mittel sein. Hier findet man wieder daoistisches Gedankengut, wie man bei Sun Zi ohnehin mehr an daoistischem Denken antrifft als an konfuzianischem, obwohl die Konfuzianer ihn später zu vereinnahmen suchten:

Eine Stelle aus dem Dao de jing (Tao te king) des Lao Zi könnte fast als Motto über dem ganzen Traktat stehen:

*„Wer gut zu führen weiß, ist nicht kriegerisch.  
Wer gut zu kämpfen weiß, ist nicht zornig.  
Wer gut die Feinde zu besiegen weiß, kämpft nicht mit ihnen.  
Wer gut die Menschen einzusetzen weiß, der schaut nach unten.“*

Lao Tse, Dao de jing # 68 (Ich habe hier für die ersten drei Verse die Übertragung von Richard Wilhelm genommen, da sie nicht nur sprachlich gelungen ist, sondern auch stimmig.)

Zuguterletzt kommt aber nochmals ein recht „handfestes“ Kapitel:

2.13 – Das dreizehnte Kapitel ist überschrieben mit: yong jian „Intelligence“, wörtlich: „Einsatz von Spionen“, dem Sinne nach aber durchaus mit dem modernen Begriff der „Intelligence“ zu bezeichnen. Wenn einleitend vom ältesten im





Wortlaut erhaltenen Traktat über die Kriegskunst die Rede war, so ist dies hier zu relativieren: Bei diesem Aspekt gibt es ältere Texte als Sun Zi's Traktat. Bei den Ausgrabungen des Ortes Mari, am Oberlauf des Euphrat nahe dem heutigen Abu Kamahl gelegen, fand man Texte auf Tontafeln, die sich u.a. – wie Yigal Yadin in seinem Buch »The Art of Warfare in Biblical Lands« [Jerusalem 1963, engl. London o.J.; dort S. 73ff] ausführt, mit „Intelligence“ befassen. Auch in der Bibel, Numeri (d.i. 4. Buch Mose), Kap.13, 17–20, kann man dergl. nachlesen, oder ganz ausführlich im Buch Josua, 2, 1–24, hier sogar unter Beimischung weiblicher List in Gestalt der Dirne Rahab, die es ob ihrer Mitwirkung sogar zu einer zweimaligen lobenden Erwähnung im Neuen Testament gebracht hat (Hebr. 11,3 und Jak. 2,25).

Dabei fällt noch etwas auf: F r a u e n kommen weder bei Clausewitz noch bei Sun Zi vor, wenn man, wie eingangs erwähnt, davon absieht, daß er den Konkubinen des He Lu militärischen Drill beigebracht hat – weder als Agierende noch als Leidtragende, weder als Jeanne d'Arc noch als Florence Nightingale. Und sie stellen doch 50 % der Bevölkerung! Um nochmals aus Tacitus' „Germania“ (Abschnitt 7) zu zitieren:

*„... zu ihren Müttern, zu ihren Frauen bringen sie ihre Wunden, und diese zählen und untersuchen ohne Scheu die Verletzungen, ja sie bringen den Kämpfenden Stärkung und Ermutigung.“* (Übers. Josef Lindauer).

Nach diesem – vielleicht emotionellen – Exkurs zurück zum Text bei Sun Zi: Eine kostenträchtige Aufrechterhaltung von Heeren für ggf. nur einen Tag Kampf bringe außer der Belastung für's Volk nicht viel: „Das macht nur die Generäle reich“. Die vorherige Kenntnis der Lage sei wichtig, diese gewönne man aber nicht durch Wahrsagerei oder Schätzungen sondern durch den Einsatz von Menschen. Zur Erkundung der Feindeslage werden fünf Arten von Spionen erklärt, nach modernen Begriffen sind das:

- Ortskundige,
- Maulwürfe,
- Doppelagenten („Umgedrehte“),
- Kundschafter und
- Desinformanten.

Spionage sei ein delikates Geschäft, das viel Gespür erfordere. Clausewitz hält ja nicht so viel von der Nachrichtengewinnung:





*„Mit kurzen Worten: die meisten Nachrichten sind falsch, und die Furchtsamkeit der Menschen wird zur neuen Kraft der Lüge und Unwahrheit.“ [Buch 1, Kap. 6].*

Daß man nicht so genau Bescheid weiß, sieht Clausewitz sogar als gegeben an:

*„Eine Eigentümlichkeit der Angriffsschlacht ist in den meisten Fällen die Ungewißheit über die Lage des Gegners, sie ist ein wirkliches Hineintappen in unbekannte Verhältnisse.“ [7. Buch, Kap. 7].*

Damit ist es natürlich auch nur konsequent, daß, wie wir eingangs bereits gesehen haben, Überraschung und List nicht zu dem Instrumentarium gehören, das Clausewitz bevorzugt. Sein Zeitgenosse Antoine Henri Jomini dachte da pragmatischer, wie man im 6. Kapitel, Artikel 42 seines Werkes »Précis de l'art de guerre« (Abriß über die Kriegskunst) nachlesen kann, er nimmt, worauf Michael I. Handel wiederholt hinweist, eine Zwischenposition ein. Handel: „Sun Tzu's solution is rational, while Clausewitz's is heroic and romantic.“ [Handel, S. 122].

Wenn man Sun Zi unter Beimischung Clausewitzianischer Mittel in wenigen Sätzen charakterisieren sollte, würde dies vielleicht so aussehen:

*„Verbergt also dem Feinde stets Eure Absichten und suchet die seinen zu erforschen; überlegt lange, aber handelt energisch und rasch; laßt nie Mangel an Lebensmitteln eintreten: dann werdet Ihr mit der Zeit den Feind bezwingen. Schlafet aber nie ein, besonders bleibet nach Euren Erfolgen wach: das Glück ist gefährlich; denn es flößt Sicherheit und Geringschätzung des Feindes ein.“*

Diese m.E. brillante Kurzfassung stammt von Friedrich dem Großen aus dem Jahre 1755, zu finden in seinen „Gedanken und allgemeine Regeln für den Krieg“, im 4. Abschnitt „Kriegslisten“. (Pensées et règles générales pour la guerre, Übersetzung nach Gustaf Berthold Volz).

### **3. Wirkungsgeschichte**

Nun könnte man meinen, daß der deutsche Generalstab im Gefolge von Moltkes Hochschätzung von Clausewitz auch nichts von Spionage gehalten hätte, dem ist aber doch nicht ganz so: Damit kommen wir zur Wirkungsgeschichte: Im Handbuch »Der Dienst des Generalstabes« von Bronsart von Schellendorff liest sich dies im Kapitel über Nachrichten- und Meldewesen schon anders. Da ist u.a. von „einem lebhaften Spiondienst“ die Rede. Das war im 2. Teil des Handbuchs, der





1876 erschienen ist. In der dritten Auflage (1893) ist diesem Kapitel ein kleiner Absatz vorgeschaltet worden, in dem der Satz steht:

*„Derjenige, welcher besser über seinen Gegner unterrichtet ist, hat einen unermesslichen Vortheil, da seine Entschliessungen auf sichereren Grundlagen ruhen. Er weiß, wo der Andere errathen muß.“* (Hervorhebung wie im Original).

Das könnte so direkt von Sun Zi stammen. Diese dritte Auflage hat kein anderer als Jacob Meckel redigiert, der drei Jahre lang (1885–1888) in Japan als Taktik-Lehrer tätig war. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn Meckel da nicht über Sun Zi erfahren hätte. Daß Sun Zi Bing Fa in China und im chinesisch-sprechenden Raum seit bald zweieinhalb Jahrtausenden seinen Einfluß nicht verloren hat, ist naheliegend. Die wehrtheoretische Literatur in China ist reichhaltig. Die Tradition reicht sogar weiter zurück als Sun Zi, wenn da auch nichts mehr erhalten ist. Zum klassischen Lehrstoff gehörten sechs weitere Werke über die Kriegskunst, dazu noch die Sammlung von 36 Strategemen.

Nach Japan kam der Text bereits durch die Mission des Kibi no Makibi etwa um 750 n. Chr. Die Exegeten in Japan sind Legion. Dabei bereitet dem gebildeten Japaner das Verständnis des chinesischen Originals keine allzugroßen Schwierigkeiten. Vergleichsweise spät ist demnach auch erst eine auf Japanisch abgefaßte Erläuterung des Sun Zi (japanisch: Son Shi) durch Ogyû Sorai (1666–1728) erfolgt. Daß Sun Zi von den Militärtheoretikern in der Stabsausbildung der Japaner an erster Stelle steht, ist also nicht verwunderlich. Im Russisch-Japanischen Krieg kommt man nicht umhin festzustellen, daß auf Seiten der Russen (wenn überhaupt) mehr Clausewitz, auf Seiten der Japaner mehr Sun Zi gebraucht wurde. Insbesondere Sun Zi's Maxime, sich u n d den Gegner zu kennen, und das von ihm empfohlene Instrumentarium der Spione wurde von den Japanern meisterlich gehandhabt.

Wie beiläufig zu Beginn schon erwähnt, gab es eine erste Übersetzung in eine europäische Sprache im Jahre 1772 mit Neuauflage 1782, die des Jesuiten Pater Jean-Joseph Marie Amiot (er starb 1793 in Peking). Sie muß wohl auch Napoléon bekannt gewesen sein. Samuel B. Griffith vermutet dies, der chinesische General Tao Hanzhang, Lehrer an der Militärakademie der VR China, behauptet dies, leider beide ohne Quellenangabe. Als Amiot's Übersetzung erstmalig erschien, war Napoléon gerade drei Jahre alt, zur Zeit der 2. Auflage (1782) war er an der Militärschule in Brienne, 1784 Vorzugsschüler an der Pariser Militärschule, der sehr viel las. Da könnte er durchaus Kenntnis von Amiot's Übersetzung erlangt





haben. Die Schlacht bei Austerlitz am 2. Dez. 1805 verlief ganz nach der Rezeptur von Sun Zi. Napoléon schrieb am 5. Dez. 1805 an seine Josephine: „Die Schlacht von Austerlitz ist die schönste von allen meinen Schlachten.“ Abgesehen davon, daß man bei ca. 30.000 Toten fragen muß, was daran „schön“ sei, fällt auf, daß weder Clausewitz noch Delbrück allzuviel mit diesem Schlachtverlauf anzufangen wissen. Bei Clausewitz ist es sogar ein Beispiel für das „Hineintappen“ in eine Schlacht, was es ja nun gerade nicht war. Lediglich Montgomery würdigt diese Schlacht angemessen. Amiots Text wird in Frankreich immer wieder aufgelegt. Er findet auch Eingang in Textausgaben aus dem Spanisch-/Ibero-Amerikanischen Raum.

In Deutschland sieht es mit der Kenntnis über Sun Zi nicht gut aus: Die erste „Übersetzung“ – man muß das in Anführungszeichen setzen! – stammt von Bruno Navarra. Er hat das schön aufgemachte Büchlein, erschienen 1910, dem „General der Infanterie v. Moltke in ehrerbietiger Hochachtung gewidmet“. Der Gedanke liegt nahe, daß Moltke, der Neffe, das rasch als untauglich beiseite gelegt hat. Außer einem Essay über Sun Zi in „Wissen und Wehr“ aus dem Jahre 1937 von Ashiya Mizuyo, einem Japaner, drang dann bis 1957 keine Kunde mehr über Sun Zi nach Deutschland. Da erschien eine Nachübersetzung aus dem Russischen im Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, DDR, Berlin 1957, die in Anbetracht dessen, daß es sich um eine Übersetzung aus zweiter Hand handelt, gar nicht so schlecht ist. Friedrich Ruge hat darauf Bezug genommen. Nach meiner Kenntnis gibt es nur noch eine Übersetzung erster Hand, die von Zhong Yingjie, die im Verlag Volkschina, Beijing, 1994 erschienen ist. Diese bringt den Kommentar aber leider nur auf Chinesisch und krankt an der wohl doch mangelnden Fach- und Deutschkenntnis des Übersetzers. Es gibt eine i.J. 2000 im Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebene Übersetzung durch Li Guangqi, die aber nicht veröffentlicht worden ist. Alles andere sind Übersetzungen aus zweiter Hand, zumeist nach der von Lionel Giles, ... und damit komme ich zum angelsächsischen Sprachraum:

Eine erste Übersetzung ins Englische wurde von Everard Ferguson Calthrop, Captain R.F.A. 1905 mit Zweitaufgabe 1908 angefertigt. Er hat japanische Texte und wohl auch japanische Informanten gehabt. Die Übersetzung ist ungenügend.

Lionel Giles, M.A. hat die erste textkritische und nach dem damaligen Stand der Wissenschaft auch sorgfältige Übersetzung mit ausführlichen Kommentaren und eingefügtem chinesischem Text 1910 zustande gebracht. Doch auch im angelsächsischen Raum fand dieser Text zunächst wenig Beachtung. Erst im zweiten





Weltkrieg gab es einige Übersetzungen, die aber nicht recht zufriedenstellend gewesen sein müssen, sie sind auch nicht mehr zu finden. Ausführliches findet man bei Samuel B. Griffith, »Sun Tzu The Art of War« [Oxford University Press 1963, Neuauflagen] im Anhang. Der Brigadier (US Marines) Samuel B. Griffith, der zugleich Sinologe war, stellte in dieser Form eine Idealkombination dar: Fachmann im militärischen und linguistischen Bereich. Seine Übersetzung mit ausführlichem Kommentar und Hinweisen zur Wirkungsgeschichte ist trotz der einen oder anderen sprachlichen Ungenauigkeit meiner Ansicht nach die kongenialste. Mittlerweile sind weitere Übersetzungen, die textkritisch vielleicht besser sind, als die von Griffith, u.a. auch die neuesten Textfunde berücksichtigen, weit verbreitet. Auch im Internet sind einige Varianten abrufbar. Auf alle Fälle hat Sun Zi im Denken der Angelsachsen Wirkung gezeigt. Er wird sogar in Handbüchern des US-Militärs ausführlich zitiert, wie Michael I. Handel anmerkt [Handel, FN6, S. 163].

In 100 Schlachten  
siegreich zu sein, das  
ist nicht der Gipfel der  
Kunst; den Feind ohne  
Kampf zu unterwerfen,  
das ist der Gipfel der  
Kunst.

In Rußland gab es Übersetzungen im Jahre 1860, 1889 (laut Tao Hanzhang 1888, und während des 2. Weltkrieges auf Anregung des Voroschilov-Instituts), und 1950. Die Übersetzung von J.I. Sidorenko ist – wir haben davon gehört – auch in deutscher Nachübersetzung 1957 erschienen. Sun Zi wird an der Frunze-Akademie gelehrt und gehörte auch zum Lehrstoff der Volksarmee der DDR.

Diese kleine Aufzählung mag zeigen, daß wir in Deutschland, was Sun Zi anlangt, gehörigen Nachholbedarf haben.

#### 4. Schluß – Vergleichende Betrachtung

Man kann sich fragen: „Hat Clausewitz Sun-Zi's Traktat gekannt?“ Eigentlich könnte er, denn die Übersetzung von Padre Josephe Amiot (1772 und dann 1782) lag noch nicht so weit vor seiner Zeit. Erwähnt hat er ihn nicht, das besagt aber nicht viel, denn Machiavelli's „Arte de la Guerra“ erwähnt er in seinem Buche auch nicht, trotz seiner Korrespondenz mit Fichte über Machiavelli, und der Erwähnung in seiner „Strategie“. Vegetius und Frontinus erwähnt er auch nicht, und diese Traktate gehörten bis ins 18. Jahrhundert hinein gleichsam zum Handwerkszeug militärischer Führer. Die Zeit in der deutschen Philosophie, in der Fernöstliches gebührende Würdigung fand – Gottfried Wilhelm Leibnitz, Christian Wolff – lag schon ein Jahrhundert zurück; die Zeit, in der dies wieder Beachtung finden sollte, so z.B. bei Arthur Schopenhauer, war noch nicht gekommen.





Liddell Hart's Vergleich von Sun Zi mit Clausewitz im Vorwort zu Samuel B. Griffith's Übersetzung ist nur beiläufig und überspitzt. Er versucht ja Clausewitz in seinem Buch »Strategy« durchaus gerecht zu werden, dafür erwähnt er darin dann aber Sun Zi überhaupt nicht. Systematische Vergleiche zwischen Clausewitz und Sun Zi habe ich nur wenige ausfindig machen können. In Japan hatte Mutô Akira (1892–1948) in seinen jüngeren Jahren eine vergleichende Studie angefertigt, die laut Griffith in damaligen höheren japanischen Militärkreisen weit verbreitet war. Ich konnte sie in dem sonst sehr umfangreichen japanischen Bibliotheksnachweis NACSIS nicht mehr finden. Das liegt aber vielleicht daran, daß General Mutô 1948 als Kriegsverbrecher hingerichtet worden ist.

*„Ein General, der auf  
meine Entwürfe hört,  
wird sicher siegen,  
behalte ihn! Der nicht  
darauf hört, wird un-  
weigerlich unterliegen,  
entlasse ihn!“ – Sun Zi*

Im deutschsprachigen Raum hat Prof. Dr. Albert Stahel (er ist Mitglied der Clausewitzgesellschaft) das Verdienst, in seiner Antrittsrede an der Uni Zürich 1980 eine vergleichende Darstellung zu wagen. Auch Christoph Abegglen (ebenfalls Mitglied der Clausewitzgesellschaft) hat im Internet eine kleine Tabelle mit Vergleichen zusammengestellt. Von Prof. Dr. Souchon wurde ich auf einen kleinen Workshop-Beitrag des Dänen Dr. Mikkel Vedby

Rasmussen aufmerksam gemacht, der dies thematisch eingeeignet im Zusammenhang mit »Revolutions in Military Affairs« behandelt. Man merkt allen diesen Versuchen an, daß die Quellenlage nicht recht gut ist. Im angelsächsischen Raum gibt es die bereits erwähnte Monographie von Michael I. Handel, in der Sun Zi, Clausewitz und Jomini vergleichend behandelt werden. Handel hat wenigstens mehrere Übersetzungen von Sun Zi herangezogen. Handel ist Professor für Strategie am US Naval War College. Er ordnet die drei Texte thematisch um und greift einige Hauptaspekte heraus. Er weist – m.E. zu Recht! – darauf hin, daß Clausewitz' Betrachtungsfeld enger ist als das von Sun Zi: »Clausewitz confines his discussion to the conduct of war on the battlefield itself.« Deswegen werden auch Aspekte der Logistik und Wirtschaftsfragen von Clausewitz nur knapp behandelt, bzw. sie fehlen ganz; er folgt wohl auch der engen Definition des Begriffes »Krieg«, wie man sie bei Raimondo Montecuccoli in seinen »Aforismi dell'arte bellica« findet [1. Buch, I, 1]:

*„La guerra è un'azione d'esperati offenditisi in ogni guisa, il cui fine si è la vittoria.“  
– „Der Krieg ist eine Handlung von Armeen, die sich in jeglicher Weise angreifen und  
der (erst) beendet wird durch den Sieg.“*

Erinnern wir uns im Gegensatz dazu an den eingangs erläuterten Begriff »bing«, der ja viel weiter gefaßt ist! Heraklit hat gemeint: »Der Krieg ist aller Dinge Vater





(pólemos pántôn mèn pat'êr esti)“ ... nun Vater schier unzähliger Traktate ist der Krieg allemal. Man sollte schon etwas mehr von Sun Zi wissen, aber m.E. sollte man, gleich ob Sun Zi, gleich ob Clausewitz, diese eingebettet sehen in die weite Literatur, die sich mit dem Thema der Wehrhaftigkeit befaßt. Und da Sun Zi zeitlich mit einem doch recht umfassenden Traktat nun einmal an erster Stelle steht, ein breites Spektrum abdeckt, und darüberhinaus ziemlich zeitlos ist, muß es nicht verwundern, daß man seine Gedanken immer wieder an anderem Orte findet, auch wenn die betreffenden Verfasser ihn gar nicht gekannt haben konnten oder wollten. Es sei auch der mephistophelische Hinweis gestattet: „Wer kann was Dummes, wer was Kluges denken,/ Das nicht die Vorwelt schon gedacht!“ [Goethe, Faust II, 2, 1]. Prof. Dr. Herfried Münkler (auch Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft) stellt in seinem Buch »Die neuen Kriege« zu Beginn des 2. Kapitels die Frage: „Was lässt sich mit Clausewitz noch erklären?“ Man könnte angesichts der heutigen Szenarien auch die Frage stellen: „Was läßt sich mit Sun Zi vielleicht besser oder ergänzend erklären?“ Sun Zi hat schon im ersten Satz seines Traktats und passim an mehreren Stellen eine Floskel eingefügt: „bu ke bu cha“ : „...man kann nicht umhin, dies aufmerksam zu untersuchen.“ Das möchte ich dem werten Leser ans Herz legen!

#### **Zum Autor:**

Dr. phil. Friedrich Lederer, Jahrgang 1936, Kapitän zur See a.D., Diplomphysiker, war von 1958 bis 1992 Angehöriger der Bundeswehr, u.a. mit Verwendungen an Bord im schiffstechnischen Dienst, als Gruppenleiter im Kommando Truppenversuche, Eckernförde, und als Studienbegleiter im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr; 1988 Attaché-Ausbildung und Teilnahme am 36. Lehrgang für Stabsoffiziere am National Institute for Defense Studies (NIDS) der japanischen Selbstverteidigungskräfte in Tōkyō, Japan; 1989–1992 Verteidigungsattaché an der Deutschen Botschaft in Tōkyō mit Nebennotifizierung Manila; 1994–2000 Promotionsstudiengang Japanologie, Nebenfächer Sinologie und Politische Wissenschaften, an der Ludwig-Maximilians-Universität, München, Promotion zum Dr. phil. ;Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

#### **Anmerkung:**

Diese Fassung ist gegenüber der am 12. August 2005 vorgetragenen Fassung zum Zwecke des besseren Verständnisses für den Leser, der weder das Bildmaterial noch die Tischvorlage zur Hand hat, überarbeitet worden.

© 2005, Dr. phil. Friedrich Lederer, Rosenstr. 20A, 83254 Breitbrunn  
Wiedergabe, auch auszugsweise, bitte nicht ohne Erlaubnis des Autors!





## Einige Vergleichspunkte zwischen Sun Zi und Clausewitz

Tabellarische Vergleiche sind bei dem ja völlig verschiedenen Ansatz der beiden Autoren allenfalls als Anregung zu sehen, sich an den entsprechenden Stellen selbst einzulesen und ein Bild zu machen. Auch die Auswahl der Vergleichsaspekte kann sicher nicht umfassend sein.

Aspekt	Sun Zi	Clausewitz
	Kapitel in röm. Ziffern, Absätze nach der weitverbreiteten Ausgabe von Griffith	Erste Ziffer: Buch, zweite Ziffer: Kapitel, ggf. Unterteilung. Seitenzahl hinter / nach der 17. Auflage (Hahlweg, Hrsg.)
<b>Methode, Selbsteinschätzung</b>	Thesenartig, knapp und schnörkellos; daoistische Denkweise. „Ein General, der auf meine Entwürfe hört, wird sicher siegen, behalte ihn! Der nicht darauf hört, wird unweigerlich unterliegen, entlasse ihn!“ (I,15) lautet der nicht gerade bescheidene Rat an den Adressaten des Traktats. Sun Zi hegt keinerlei Zweifel an sich selbst.	Unvollendet (außer 1,1), Probleme mit dem hermeneutischen Zirkel, Versuch, durch Ambivalenz die Aussagen gegen Fälschungen zu immunisieren. „Sollte mich ein früher Tod in dieser Arbeit unterbrechen, so wird das was sich vorfindet, freilich nur eine unförmliche Gedankenmasse genannt werden können, ... Das erste Kapitel des ersten Buches ist das einzige, was ich als vollendet betrachte; ...“ (Nachricht/78f). C's Selbstzweifel sind unverkennbar.
<b>Mittel, Zweck und Ziel</b>	Erreichung des Ziels mögl. ohne Kampf, im politischen Vorfeld. Erhalt des gegnerischen Landes besser als dessen Zerstörung. Täuschung als Mittel erlaubt.	Gewalt ist Mittel, „dem Feinde unseren Willen aufzudringen, der Zweck ...“ (1,1/90), oft Vermengung von „Zweck“ und „Ziel“, was ethymologisch erklärbar ist, denn der „Zweck“ war ein Holznagel in der Zielscheibe. „Man fängt keinen Krieg an, ..., ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will, das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel.“ (8,2/850).
<b>Einfluss der Politik auf Kriegsführung</b>	„Es siegt der, dessen Generäle fähig sind und dem der Herrscher nicht dazwischenfährt.“ (III,29)	„Die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht.“ (8,6 B/896)
<b>Si vis pacem ...</b>	„Verlasse dich nicht darauf, daß der Feind nicht komme, sondern darauf, daß du ihn erwarten kannst ...“ (VIII,16)	Krieg wird als gegeben vorausgesetzt, bzw. C's Überlegungen setzen erst mit dem bewaffneten Konflikt ein.
<b>Regierung, Volk und Militär</b>	Herrscher wägt ab, gibt Weisung (Auftrag) an die kompetenten Führer. Schonung des Volkes und Berücksichtigung der Lasten, die es zu tragen hat. (XII,18 und XIII,1)	„Trinitarischer Krieg“ (Crevelde). Das Volk scheint – außer als Zulieferant bei der Logistik – kaum involviert, lediglich im Kurzkapitel (3,17/311) ist von „... der ganzen Schwere der gegenseitigen Nationalkraft“ die Rede.





<b>Aufwand und Nutzen des militärischen Engagements</b>	Ausführliche Behandlung in II, III, IV, XII u. XIII. Wer aus niedrigen Beweggründen und in Unkenntnis der Lage den Krieg hinzieht, handelt inhuman (XIII,2)	Im Kapitel: Ökonomie der Kräfte (3, 14) nur sehr vage. Klare Aussage nur unter der Überschrift „Kulminationspunkt des Sieges“ (7,nach 21/843): „Nur wer mit geringen Mitteln Großes tut, hat es glücklich getroffen.“
<b>Eigene und gegnerische Lage</b>	„Kenne den Feind und kenne dich selbst, dann bist du außer Gefahr.“ (III,31) Hohe Wertigkeit, auch der psychologischen Einschätzung.	„Nachrichten im Kriege“ (1,6/156f) sind viel zu ungewiß. Es kommt auf den „Genius“ des Feldherrn (passim) an.
<b>Volk und Frauen</b>	Einbeziehung des Volkes, das „in Harmonie mit seinen Führern“ sein müsse (I,4), bzw. Belastungen zu tragen habe (II,12; III,7; XIII,1+2). Frauen werden nicht explizit erwähnt	Instrumentale Rolle des Volkes, der „Volksgeist“ des Heeres gehört zu den „moralischen Hauptpotenzen“ (3,4/257). 6. Buch, Kap. 26: „Volksbewaffnung“. Frauen kommen, wie Creveld tadelnd anmerkt, nicht vor.
<b>Militärische Führer und die Untergebenen</b>	„Das, was den General ausmacht, das ist Klugheit, Vertrauenswürdigkeit, Humanität, Mut und Autorität.“ (I,7) Ausführliche Behandlung (I, II, V, VIII–X, XII) oft im Sinne dessen, was man bei uns „Innere Führung“ nennt, bzw. was Vegetius als Fürsorge „pro singulis contubernaliibus“ (Epitoma Rei Militaris: 3. Buch, 10. Kap.) fordert.	Vorwiegend im Sinne von „der Flügelschlag des Genies“ (3,6/268). Der individuelle Soldat ist eher Störfaktor, „...von denen, ..., der unbedeutendste imstande ist, einen Aufenthalt oder sonst eine Unregelmäßigkeit zu bewirken. ... diese entsetzliche Friktion, ...“ (1,7/160). „Der Soldat wird ausgehoben, gekleidet, bewaffnet, geübt, er schläft, isst, trinkt und marschiert alles nur, um an rechter Stelle und zu rechter Zeit zu fechten.“ (1,2/121, Hervorhebung im Original)
<b>Vorbereitung, Planung</b>	„Darum kämpft eine triumphierende Armee erst dann mit dem Feind, wenn sie des Sieges gewiß ist, während eine Armee, die zur Niederlage verurteilt ist, immer zuerst mit ihrem Gegner kämpft, und dann versucht, den Sieg zu erringen.“ (IV,14, Übers. Zhong Yinjie)	„Zuerst verstand man unter Kriegskunst nur die Zubereitung der Streitkräfte. ... dies alles verhielt sich zum Kampf selbst nicht viel anders wie die Kunst des Schwertfegens zur Fechtkunst.“ (2,2/177) Wegen der Vorbereitung ist Überraschung nicht möglich (3,9/278).
<b>Ebenen der Strategie und Taktik</b>	Keine klare begriffliche Trennung, flexible Anpassung, „orthodoxe“ versus „unorthodoxe“ Methoden.	Relativ enge Betrachtungsweise: „Von der Strategie überhaupt ... Sie ist der Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges“, C. tadelt „... die frühere Gewohnheit, die Strategie im Kabinett zu haben und nicht bei der Armee ...“ (3,1/244)
<b>Schnelligkeit, Flexibilität, Überraschung</b>	„Greife an, wo er (der Gegner) unvorbereitet ist; mache einen Ausfall dort, wo er dich nicht erwartet.“ (I,26). Der rechte Zeitpunkt ist wie das Lösen des Triggers bei der Armbrust (V,16).	„Die Überraschung“ ... „Sie liegt mehr oder weniger allen Unternehmungen zu Grunde, denn ohne sie ist die Überlegenheit auf dem entscheidenden Punkte eigentlich nicht denkbar.“ (3,9). Sie bleibt „...meistens in der Friktion der ganzen Maschine stecken ...“ (3,9/278)





<b>Angriff versus Verteidigung</b>	„Unbesiegbarkeit liegt in der Verteidigung, die Möglichkeit zum Sieg im Angriff“ (IV,5). „Deshalb bringen die, die im Krieg geschickt sind, den Feind zum Schlachtfeld und lassen sich nicht dorthin bringen.“ (VI,2)	Hervorhebung des „positiven“ (wohl i. Sinne „gesetz“) Aspekts des Angriffs gegenüber dem „negativen“ der Verteidigung (passim).
<b>Kriegslisten</b>	„Das Militärische ist der Weg der Täuschung.“ (I,17) Die List ist kein Tabu.	Zu aufwendig, ohne Erfolgsaussicht, allenfalls in verzweifelter Lage anzuwenden (3,10 „Die List“).
<b>Invasion, Vortragen des Angriffs auf feindliches Gebiet</b>	„Denn von einem weit hinausgetragenen Krieg hat noch kein Land profitiert.“ (II,7)	Invasion = Angriff (7,21/832) warnt vor zu weitem Eindringen in feindliches Land (8,7/897) und vor zu großer Auffächerung (Beispiel Rußland) (8,9/922)
<b>Vernichtung des Gegners</b>	Nicht die höchste der Künste	Meinung, daß „... der Krieg nichts ist als gegenseitige Vernichtung ...“ (4,5/334)
<b>Topographie, Terrain, Kriegstheater</b>	Immer wieder aufgegriffenes Thema. Wer das Gelände nicht kennt und ortskundige Führer nicht zu gebrauchen weiß, kann eine Armee nicht führen. (VII, 10+11)	Für C. allenfalls ein distanzierteres Thema: „Wer nun sehr betreten ist, hier nichts von Umgehung der Flüsse, von Bemeisterung der Gebirge durch ihre beherrschenden Punkte, von Vermeidung der festen Stellungen und Schlüssel des Landes zu finden, der hat uns nicht verstanden, und wir gestehen, daß wir glauben, ein solcher hat auch den Krieg in seinen großen Beziehungen noch nicht verstanden.“ (8,9/931) Passim polemisiert er gegen die, die sich mit Terrainkunde befassen.
<b>Behandlung von Gefangenen</b>	„Behandle die Gefangenen gut und Sorge für sie.“ (II,19)	Fehlanzeige
<b>Feuerkraft</b>	Sun Zi widmet der Anwendung, bzw. entspr. Abwehr ein eigenes Kapitel (XII) Die Pyrotechnik in China war schon damals hoch entwickelt.	In der Dreiheit: Infanterie – Artillerie – Kavallerie hat die Artillerie eher ergänzende Aufgaben. Der Durchbruch der Technik und die Auswirkung auf die Taktik (z.B. Zündnadelgewehr) war für C. noch nicht abzusehen.





## Forum 2005 der Clausewitz-Gesellschaft am 11. und 12. November 2005 in Magdeburg

Zusammenfassender Bericht über das Forum:  
eine breite Palette an Themen

Werner Baach

Das Forum 2005 der Clausewitz-Gesellschaft wurde aus Anlass des 1200-jährigen Bestehens der Stadt am 11. und 12. November in Magdeburg ausgerichtet. Der erste Teil des Veranstaltungsprogramms war auf dieses Jubiläum ausgerichtet: einem Gang durch die historische Altstadt und dem Besuch des gotischen Doms St. Mauritius und St. Katharina mit der Grablege Ottos des Großen schloss sich ein Empfang im Rathaus der Stadt mit Vorträgen zur Entwicklung Magdeburgs und ihrer Festungswerke an. Zum anschließenden Festabend der Clausewitz-Gesellschaft begrüßte der Präsident der Gesellschaft, General a.D. Dr. Klaus Reinhardt, den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, als Ehrengast.

Der Ministerpräsident dankte in seinem Grußwort der Clausewitz-Gesellschaft für die Ausrichtung des Forums in Magdeburg und die damit ausgedrückte Verbundenheit mit der Stadt und dem Land Sachsen-Anhalt. Prof. Dr. Böhmer erinnerte an das Elbehochwasser und die Hilfe der Bundeswehr, welche die Bevölkerung mit großem Dank in Erinnerung behalten werde. Er würdigte vor allem aber den Beitrag der Bundeswehr und ihrer Soldaten zum Einigungsprozess Deutschlands. Die „Armee der Einheit“ habe wesentlichen Anteil am Zusammenwachsen gehabt. Das Zusammenführen von zwei Armeen, die einander 40 Jahre in gegnerischen Blöcken gegenübergestanden hätten, sei nicht nur eine große menschliche und logistische Leistung gewesen, sondern es sei dadurch eine „Armee der inneren Assimilation“ entstanden „mit Wirkung weit in die Gesellschaft hinein“. Das Ansehen der Bundeswehr habe sich dadurch in nur wenigen Jahren in einer Weise zum Positiven entwickelt, wie das 1990 kaum jemand vorhergesehen hätte. „Der Integrationsprozess der Bundeswehr“, so der Ministerpräsident, „ist gelungen“.



Besuch des Doms St. Mauritius und St. Katharina  
in Magdeburg





Jeder Krieg sei, wenn man Carl von Clausewitz richtig interpretiere, das Ergebnis eines Versagens der Politik, Probleme auf anderem, friedlichem Wege zu lösen. Andererseits, das habe der Kosovo-Konflikt gezeigt, könne es für die Politik auch Situationen geben, in denen es notwendig werde, „gelegentlich Mittel und Elemente der militärischen Macht zu zeigen und auch einzusetzen“. Zum Verständnis der Soldaten der Bundeswehr zitierte Prof. Dr. Böhmer am Schluss seiner Ausführungen eine Formulierung des verstorbenen Admirals Wellershoff, der die Aufgabe und das Verständnis der Soldaten treffend wie folgt formuliert habe: „Wir Soldaten haben den Frieden zum Beruf“. Dem habe er, so Ministerpräsident Böhmer, nichts hinzuzufügen, und dieses Verständnis der Bundeswehr werde von der Bevölkerung allgemein akzeptiert.

„Der Integrationsprozess der Bundeswehr ist gelungen“  
(Prof. Dr. Wolfgang Böhmer,  
Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt)

Zum Forum 2005 selbst begrüßte General a.D. Dr. Reinhardt über hundert Teilnehmer – Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft und Gäste aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Publizistik. Die zweitägige Veranstaltung befasste sich mit einer breiten Palette von Themen. Sie reichte von aktuellen Aspekten der Transformation des deutschen Heeres (Generalleutnant Hans-Otto Budde) über eine Bilanz der Arbeit des Internationalen Clausewitz-Zentrums (Prof. Dr. Lennart Souchon), eine Untersuchung über die preußischen Reformer und ihre Wirkung in ihrer und unserer Zeit (Dr. phil. Georg Meyer) bis hin zum Vortrag „Die Deutschen und die Einheit – vom Wert der Freiheit“, gehalten von Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß.

Alle beim Forum 2005 gehaltenen Vorträge sind nachfolgend im Jahrbuch 2005 im Wortlaut oder in fortgeschriebenen Fassungen veröffentlicht. Hier eine ausführliche Zusammenfassung voranzustellen, wie sonst üblich, verbietet sich deshalb; dies auch angesichts der für sich selbst sprechenden hohen Qualität der Vorträge und der großen Fülle ihres Inhalts.





## Aktuelle Aspekte zur Transformation des Deutschen Heeres

Rede des Inspektors des Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde,  
anlässlich des Forums 2005 der Clausewitz-Gesellschaft  
am 10.11.2005

Sehr geehrter Herr Präsident,  
sehr geehrte Herren Generale und Admirale,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Gerne bin ich der Einladung zum diesjährigen Forum der Clausewitz-Gesellschaft hier nach Magdeburg gefolgt. Welcher Ort wäre wohl aus Anlass des 225. Geburtstags Carl von Clausewitz' besser geeignet für das diesjährige Forum als Magdeburg, das gerade einmal 25 km von seinem Geburtsort Burg entfernt liegt.

Wenn ich heute zu Ihnen über aktuelle Aspekte zur Transformation des Deutschen Heeres spreche, so werden viele von Ihnen sicherlich Anknüpfungspunkte zu Clausewitz, Gneisenau oder Scharnhorst, finden, dessen 250. Geburtstag wir morgen in Bordenau begehen. Und die Frage ist mehr als berechtigt, was sie uns in der heutigen Zeit zu sagen hätten. Mit Blick auf den Vortrag von Herrn Dr. Meyer will ich mich diesem Aspekt allerdings nur sehr begrenzt widmen.

„Eine neue Bundeswehr zeichnet sich ab, wenn auch bisher noch als System von Aushilfen, ja von Lücken: Lücken bei der Finanzierung, Lücken bei den operativen Fähigkeiten und Lücken bei der Wirksamkeit“. Mit diesem Gedanken, – und Sie haben das Zitat sicherlich erkannt – der ebenso gut in die Tage des Aufbaus der Bundeswehr vor 50 Jahren gepasst hätte, und überdies in beeindruckender Klarheit geeignet wäre, die damalige Ausgangslage vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes zu skizzieren – mit diesem Gedanken hat unser Bundespräsident Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr vor einem Monat die Herausforderungen beschrieben, vor denen die Bundeswehr zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht. Lassen Sie mich diese Gegenüberstellung einleitend aufgreifen, um anschließend die beiden Realitäten zu verdeutlichen, die jetzt und sicherlich auch in der Zukunft den Alltag von Streitkräften, aber insbesondere des Deutschen Heeres bestimmen werden: Einsatz auf der einen und Transformation auf der anderen Seite.





## Das Heer während des Kalten Krieges

Die Hauptaufgabe bundesdeutscher Streitkräfte von ihrer Gründung in den fünfziger Jahren an war die klassische Landesverteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses. Das Heer war für den Fall eines Angriffs aus Osten darauf ausgerichtet, innerhalb von 48 Stunden seine Verteidigungsräume entlang der innerdeutschen Grenze zu gewinnen, um dort im Schulterschluss mit den Alliierten die Panzerarmeen des Warschauer Paktes abzuwehren. Das Aufgaben- und Fähigkeitsspektrum war im Großen und Ganzen eindimensional, die Bedrohung symmetrisch, der Gegner in dieser Zeit klassisch militärisch organisiert und mehr oder weniger berechenbar. Seine Einsatzgrundsätze waren uns bekannt – und vice versa. Wir hielten dafür ein Heer vor, das ich einmal so kennzeichnen möchte: Es war im Vergleich zu heute ein großes Heer, es war schwer und gepanzert. Es war eine wesentliche und erfolgreiche Säule der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes.

Und es war ein erstklassiges Heer, das in Struktur, Fähigkeiten und Ausrüstung für diese zu lösende Aufgabe – für die Verteidigung unseres Vaterlandes auf unserem Boden – optimiert war. Auftrag, Kräfte, Fähigkeiten und Ausrüstung standen in Balance zueinander. Viele von Ihnen, die hier im Saal sitzen, haben daran mitgewirkt und durch ihren Einsatz an verantwortlicher Stelle dazu einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Ohne Sie wäre dieser Auftrag nicht erfüllbar gewesen.

## Das Heer im Übergang

Aber Geschichte steht niemals still: Das Ende des Ost-West-Konflikts, die deutsche Wiedervereinigung und die NATO- bzw. EU-Osterweiterung brachten einschneidende Veränderungen mit sich. Wir alle erinnern uns in diesem Zusammenhang an den Ruf nach der sogenannten Friedensdividende. Sie wurde auch mehrfach durch die Verringerung des Personals und der Materialumfänge, vor allem aber auch durch das damit verbundene Abschmelzen der finanziellen Mittel bei unseren Streitkräften kassiert. Und nicht wenige waren der Ansicht, dass man künftig auch ohne Soldaten auskommen könne. Zumindest ohne das, was Soldaten im Kern immer ausmachen wird: Die Fähigkeit zu kämpfen. Das war damals eine Hoffnung – guter Glaube. Zur Illusion wurde es, als die Realität uns einholte.

Mit den ersten Einsätzen der Bundeswehr im Iran, in Kambodscha und Somalia zeichneten sich erstmals mögliche neue Aufgaben im Rahmen des internationa-





len Krisenmanagements ab. Und spätestens mit den Einsätzen auf dem Balkan seit 1995 schälte sich immer deutlicher das neue, breitere Aufgabenspektrum der Streitkräfte und insbesondere des Heeres heraus. Nur, meine Damen und Herren, die Auslandseinsätze waren in dieser Zeit des Übergangs, waren in der „Armee des Übergangs“, immer noch mit den Strukturen und zum Teil auch mit der Ausrüstung von gestern zu führen, während wir bereits in der Realität der heutigen Einsätze angekommen waren.



Es war die Zeit der Suche nach neuer Orientierung. Es war aber auch die Zeit, in der die Finanzprobleme der Streitkräfte einfach durch Personalabbau gelöst werden sollten. Und dann geschah am 11. September 2001 mit den grausamen Terrorangriffen auf das World Trade Center und auf das Pentagon das völlig Unerwartete. Dieser Tag hat in einem erschreckenden Maße deutlich gemacht, dass wir nicht auf einer Insel der Sicherheit leben, sondern dass terroristische Bedrohung umfassend und global sein kann – und vor keinen Grenzen Halt macht. Das war Anlass zum Umdenken, zum Handeln.

#### **Vier Faktoren als Grund für Veränderungen**

Durch ein Brennglas betrachtet, meine Damen und Herren, waren es im Wesentlichen die folgenden 4 globalen Faktoren, die Veränderungen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes ausgelöst haben und damit Ausschlaggebend waren, für die notwendigen Veränderungen in den Streitkräften und insbesondere im Heer:

- Zum Einen der Zusammenbruch von Staatswesen und die damit einhergehende Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols in den Krisenregionen der Erde,
- dann die Globalisierung von Konflikten in der Hinsicht, dass ein vermeintlich weit entfernter Konflikt direkt auch Auswirkungen auf unser Land haben kann,
- Zum Anderen die Herausforderung der so genannten „Three-Block-Operations“, mit der Gleichzeitigkeit von Kriegshandlungen, Stabilisierungsoperationen und humanitären Hilfeleistungen auf regional eng begrenztem Raum, sozusagen der Entfernung von „3 Häuserblöcken“
- und schließlich die gestiegene Bedeutung des Schutzes unserer Soldaten in den Einsatzgebieten





Diese vier Faktoren bilden nach meiner festen Überzeugung den neuen Handlungsrahmen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes. Und Sie erfordern gleichsam die konsequente Ausrichtung der Streitkräfte an den veränderten Rahmenbedingungen und dem daraus abgeleiteten erweiterten Aufgabenspektrum.

### **Das Heer im Einsatz**

Denn wo stehen wir heute?

Heute reichen die Anforderungen an Streitkräfte von Maßnahmen zur Friedenserzwingung, über Einsätze im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, natürlich einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, bis hin zur humanitären Hilfeleistung und dem Katastrophenschutz.

Heute ist das Einsatzgebiet der Bundeswehr die Welt – heute und bereits seit Jahren ist das Heer ein „Heer im Einsatz“. Heute stehen zwischen 6.000 und 7.000 Soldaten der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen. Das Heer stellt davon weit über die Hälfte – mit Schwerpunkt auf dem Balkan und in Afghanistan – und ist damit unverändert größter Truppensteller. Und das, meine Damen und Herren, unterstreicht die Kernkompetenz des Heeres zur Führung und Durchführung von Landoperationen. Und, ich sage dies voller Stolz und in dem Bewusstsein, was das bedeutet, aber auch mit dem wichtigen Zusatz, dass unabhängig von den Zahlen die Beiträge der Luftwaffe und der Marine, die Unterstützung der Streitkräftebasis (SKB) und des Zentralen Sanitätsdienstes für die Einsätze unverzichtbar sind.

Mit den Einsätzen im Rahmen der schnellen Eingreiftruppe der NATO (NRF) und den Battle Groups der Europäischen Union folgt das Heer konsequent der multinationalen Sicherheitsvorsorge als bestimmendem Prinzip deutscher Verteidigungspolitik. Von Januar bis Juni dieses Jahres standen dazu ca. 2.600 Soldaten des Heeres unter Führung des I. Deutsch-Niederländischen Korps im Rahmen der schnellen Eingreiftruppe der NATO für 6 Monate in Bereitschaft, „ready to go in 96 Stunden“. Weitere Beteiligungen des Heeres sind für die Jahre 2006 und 2008 geplant. Eine ebenso hohe Bedeutung hat der Beitrag zu den Battle Groups der Europäischen Union. Bereits im nächsten Halbjahr werden wir mit der DSO dafür Kräfte in maßgeblichem Umfang bereitstellen, weitere Beteiligungen werden in den Jahren 2007 und 2008 folgen.





Darüber hinaus leisten wir zur Unterstützung des Nation-Building-Prozesses im Irak nunmehr bereits zum zweiten Mal Ausbildungsunterstützung für irakische Sicherheitskräfte in den VAE. Und unsere Männer und Frauen machen das wirklich sehr gut. Und wir helfen natürlich auch in Pakistan. Schon nach kürzester Zeit haben wir dort über 1.600 Verletzte und gut 2.200 Angehörige von Betroffenen, des THW, des Pakistanischen Militärs und Hilfsgüter mit unseren Hubschraubern transportiert. Derzeit haben wir 4 CH-53 und das dazugehörige logistische Personal vor Ort.

Ich habe mit Piloten, Ärzten und Pionieren gesprochen und ich kann nur sagen, wir können stolz sein auf das, was dort geleistet wird. Neben der lebenswichtigen humanitären Hilfe leisten unsere Soldaten damit auch einen großen Beitrag für das Ansehen Deutschlands. Wesentliche Merkmale dieser Einsätze sind heute und in Zukunft streitkräftegemeinsames Handeln im multinationalen Umfeld. Wenn es einen Bereich besonders tiefen Umbruchs von der Ebene der militärpolitischen Konzeptionen bis hin zur Erlebniswelt des Einzelnen im Einsatz gibt, dann ist dies der wachsende Grad an Multinationalität.

Heute ist das Einsatzgebiet der Bundeswehr die Welt – heute und bereits seit Jahren ist das Heer ein „Heer im Einsatz“.

Die Krisenreaktion der NATO und EU ist ausschließlich multinational geprägt, und auch die Einsatzrealität bis hin zu gemischten Einheiten ist multinational. Multinationalität ist ein Gebot militärpolitischer Solidarität, der Einsatzerfordernisse, aber natürlich auch eine Folge knappster Ressourcen bei gleichzeitiger erforderlicher Durchhaltefähigkeit über viele Jahre. Allerdings achte ich sehr darauf, dass wir Balance halten zwischen Multinationalität und militärischer Effektivität.

Insgesamt beteiligt sich das Heer im prominenten Umfang an den Verpflichtungen Deutschlands im Nordatlantischen Bündnis wie auch im Rahmen der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Und zwar mit allen Konsequenzen, bis hin zu Verwundung und Tod unserer Soldaten, die Einsätze im gesamten Spektrum für Streitkräfte vom hochintensiven Gefecht bis zum Katastrophenschutz nach sich ziehen können.

## Tod und Verwundung

Außerhalb der Kasernen wird dies nicht oder nur beiläufig zur Kenntnis genommen. Der Diskussion über die Risiken der Einsätze wird oft ausgewichen. Über die





möglichen physischen wie psychischen Folgen – Verletzung, Verwundung, Traumatisierung, aber auch die Betroffenheit der Familien – darüber wird kaum gesprochen. Ich bedauere dies außerordentlich und versuche, dies mit Nachdruck auch deutlich zu machen. Auch Minister Struck weist darauf immer wieder hin, wofür ich dankbar bin. Denn es ist gerade das Verständnis unserer Gesellschaft für den Einsatz, seine Risiken und die damit verbundenen möglichen Folgen, das unseren Soldaten und ihren Familien den Rückhalt gibt, um ihre Aufgaben tagtäglich und unter widrigsten Umständen zu meistern. Wenn ich sage, widrige Umstände, dann meine ich Patrouillenfahrten von Feyzabad nach Kunduz – 80 km in zwölf Stunden! Und dann wissen Sie, warum ich das bedauere.

Unser Bundespräsident spricht in diesem Zusammenhang von einer Abkopplung des Bedrohungsbewusstseins und fordert einen breiten gesellschaftlichen Diskurs, wenn er sagt: „Früher drohte den Bürgern in Zivil und den Bürgern in Uniform dieselbe Kriegsgefahr, heute scheinen die Heimat friedlich und die Einsatzorte der Bundeswehr weit“. Eine Entwicklung im Übrigen, zu der Scharnhorst sicher kritisch Stellung genommen hätte. So zutreffend diese Feststellung ist, unterstreicht sie zugleich die Einsatzrealität unserer Soldaten. Und deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir uns nach den Einsatzerfordernissen ausrichten. Was der erfolgreichen Auftragsbefüllung in den Einsätzen dient, muss Vorrang haben. Was dem entgegensteht, wird unterlassen. Was anderen Zielen dient, und seien sie auch noch so wünschenswert, ist nachrangig. Kurz gesagt: Vorfahrt hat der Einsatz, er bestimmt sozusagen den Bedarf, und das in jeder Hinsicht.

## Einsatz bestimmt Organisation und Struktur



Deutsche ISAF-Soldaten in Afghanistan

Die überragende Zielsetzung für das Deutsche Heer ist deshalb die weitere Verbesserung seiner Einsatzfähigkeit im gesamten Aufgabenspektrum, d.h. vom hochintensiven Gefecht, über Stabilisierungsoperationen bis hin zu humanitären Hilfeleistungen. Also Three-Block-Operations auf strategischer Ebene. Diesem grundsätzlich unterschiedlichen Anforderungsprofil haben Organisation und Struktur des Heeres konsequent zu folgen. Der Einsatz bestimmt Organisation und Struktur. Aber das haben wir eigentlich so seit 1956 umgesetzt. Mit der Unterteilung in nach Aufgaben und Fähigkeiten differenzierte Kräftekategorien folgt das Heer konsequent dieser Forderung. Der strukturelle Kern des neuen Heeres liegt eindeutig bei den Eingreif- und Stabilisierungskräften.





Die Eingreifkräfte des Heeres besitzen dabei vorrangig die Fähigkeit zur Gefechtsführung in „Jointness und „Combinedness“ sowie unter den Bedingungen weitgehend vernetzter Operationsführung. Damit werden wir friedens erzwingende Maßnahmen gegen einen vorwiegend militärisch organisierten Gegner bei möglichst geringen eigenen Verlusten durchsetzen können. Darüber hinaus sind sie zu Rettungs- und Evakuierungsoperationen befähigt. Dass sie auch Stabilisierungsoperationen beherrschen müssen, sei nur am Rande erwähnt.

Vorrangige Aufgabe der Stabilisierungskräfte ist die Durchführung multinationaler, streitkräftegemeinsamer Operationen längerer Dauer im niedrigen und mittleren Intensitätsspektrum friedens-stabilisierender Maßnahmen. Wobei der Einsatz in einem so genannten mittleren Intensitätsspektrum, wenn es zur Eskalation kommt, für die Truppe bereits sehr heftig sein kann! Erinnern wir uns nur an die Bilder aus Falludja: Was aus strategischer und politischer Sicht als Teil einer Stabilisierungsoperation gesehen wird, bedeutete für die taktischen Führer vor Ort Kampf in höchster Intensität, wenn Sie so wollen, das Gefecht der verbundenen Waffen. Und ich habe mit einem amerikanischen Regimentskommandeur darüber erst kürzlich in USA gesprochen. In der Auswertung der aktuellen Konflikte im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak lässt sich zudem grundsätzlich ein ähnliches Verlaufsschema erkennen.

Der relativ kurzen und mehr oder weniger intensiven Anfangsphase zur Friedens erzwingung, also der Niederwerfung des militärischen Gegners nach den Regeln des Gefechts / einer „Major Combat Operation“, folgt die vergleichsweise lange Phase der Friedensstabilisierung. Hierzu zählen auch „Nation-Building“, also der Wiederaufbau staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen ebenso wie die Hilfsmaßnahmen von NGOs und GOs.

Das Militär leistet am besten seinen Beitrag dazu, indem es der Politik Kräfte mit unterschiedlichen Fähigkeiten für beide Phasen bereitstellt. Dies bildet das Rational, das der Differenzierung nach Aufgaben und Fähigkeiten, also der Unterscheidung in Eingreif- und Stabilisierungskräfte zu Grunde liegt. Ein Ansatz, der – wie ich glaube – auch international Beachtung gefunden hat. So konnten wir in diesem Sommer, während der in den USA durchgeführten Übung „Unified Quest 05“ diesen Ansatz überzeugend vorstellen. Zielsetzung dieser unter multinationaler Beteiligung durchgeführten Übung war es, Lösungen für den raschen, verzugslosen Übergang vom hochintensiven Gefecht zu Stabilisierungsoperationen zu identifizieren.





Das durch Deutschland, durch das Heer, dazu bereitgestellte Kräfdedispositiv bestand neben Kräften der SKB und des ZSanBw u.a. aus der Eingreifdivision (EingrDiv), zusätzlich der Gebirgsjägerbrigade 23 als Stabilisierungsbrigade sowie Teilen der Luftbeweglichen Brigade. Und das Ganze in Gliederung und Ausstattung 2010 ff. Im Übungsszenar folgte die GebJgBrig 23 der angreifenden EingrDiv unmittelbar – wobei die Führung durch den gleichen Divisionskommandeur geleistet werden kann – sicherte Verbindungswege, leistete humanitäre und Aufbauhilfe und führte – zeitlich und räumlich begrenzt – den Kampf gegen irreguläre Kräfte. Wenn jetzt einer sagt, dafür muss man nicht kämpfen können, dann brauchen wir nicht weiter zu reden. Mit dieser Truppeneinteilung gelang der nahtlose und bruchfreie Übergang zu stabilisierenden Maßnahmen mit hierfür besonders geeigneten Kräften. Es konnte ein viel beachteter Lösungsweg aufgezeigt werden, wie das „Gap“ zwischen Major Combat Operations und Stabilization geschlossen werden kann.

Es ist gerade das Verständnis unserer Gesellschaft für den Einsatz, seine Risiken und die damit verbundenen möglichen Folgen, das unseren Soldaten und ihren Familien den Rückhalt gibt, um ihre Aufgaben tagtäglich und unter widrigsten Umständen zu meistern.

Bei aller Bescheidenheit und mit Blick auf die Überlegungen unserer Partner und Verbündeten zum Thema „Spezialisierung von Kräften für Stabilisierungsoperationen“ können wir feststellen, dass wir mit diesem Ansatz so ganz falsch nicht liegen. Die Differenzierung nach Aufgaben und Fähigkeiten bietet – konsequent zu Ende gedacht – darüber hinaus den Vorteil, benötigte Fähigkeiten ohne zeitliche Bindungen und für den jeweiligen Einsatz zugeschnitten, bereitstellen zu können. Also weg von dem früher erforderlichen und richtigen Schubladendenken und den Stellenbesetzungslisten hin zu einem Werkzeugkasten, aus dem flexibel Fähigkeiten bereit gestellt werden können. Fähigkeiten, die wir im Neuen Heer weitgehend organisch bereits in den Grundstrukturen zusammengefasst haben. Also nicht mehr nur „train and organize as you fight“, sondern „fight as you are trained and organized“.

Das gilt besonders für die Stabilisierungsbrigaden, wo wir neben der Kampftruppe vier weitere Bataillone haben, nämlich je ein Führungsunterstützungs-, Aufklärungs-, Pionier-, und Logistikbataillon. Intelligent umgesetzt ermöglicht dies die Weiterentwicklung des bisherigen Kontingentsystems in festen Strukturen hin zu größerer – auch zeitlicher – Flexibilität durch mögliches Aufgabensharing im multinationalen Kontext. Daran wird intensiv weiter zu arbeiten sein, um dies auch im politischen und multinationalen Planungsprozess, z.B. bei SHAPE, zur Bereitstellung von Kräften und Fähigkeiten zu implementieren.





Erlauben Sie mir – wenngleich nur mittelbar zum Thema gehörend – einen ganz kurzen Exkurs:

Natürlich können Streitkräfte immer nur einen Beitrag zur Stabilisierung, zum Nation-Building wie auch zu humanitären Einsätzen leisten. Der Sicherheitsbegriff muss ebenso umfassender begriffen werden wie Einsätze im Rahmen von Peace Keeping, d.h. durch den Verbund aller Ressorts. Die Aufgabenwahrnehmung in unseren PRT – und ich habe es in Kunduz und Feyzabad gesehen – macht Hoffnung: Insbesondere die gute Zusammenarbeit mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern sowie mit einigen NGO und GO zeigt – wenn auch im Kleinen – in die richtige Richtung. Wir als Soldaten können nur die Voraussetzungen schaffen, damit die Organisationen untereinander zusammenarbeiten können.

Insgesamt stellt das neue Heer 60 Prozent aller Eingreifkräfte und mehr als die Hälfte aller Stabilisierungskräfte der Bundeswehr. Im Zusammenhang mit der immer wieder aufgeworfenen Frage nach der Bedeutung von Teilstreitkräften in einer Joint-Welt nur so viel: Gerade die Unterteilung in Teilstreitkräfte folgt dem Anspruch der Differenzierung nach Aufgaben und Fähigkeiten. Teilstreitkräfte sind funktionierende und bewährte Systeme optimiert auf ihre jeweilige Hauptaufgabe. Und dort verfügen sie auch über Kernkompetenz. Dies aufzubrechen, hieße neben vielem Anderem auch, Wesen und Kern der Transformation ad absurdum zu führen. Insbesondere bei landgestützten Operationen, und das ist die überwiegende Zahl heutiger und wahrscheinlich auch zukünftiger Einsätze, wird das Heer immer den Kern eines deutschen Kräftebeitrages stellen und seine Expertise an verantwortlicher Stelle einbringen.

### **Einsatz bestimmt die Ausbildung**

Aus diesen Gründen hat die einsatzorientierte Ausbildung unserer Soldaten nach wie vor vitale Bedeutung für das Heer. Übergeordnetes Ziel ist: Erfolgreich im Einsatz zu bestehen, und das unter allen Bedingungen! Wir Soldaten sind eben keine bewaffneten Sozialhelfer und sind auch kein bewaffnetes THW! Das verlangt, die Ausbildung konsequent auf die heute und in Zukunft wahrscheinlichen Einsatzerfordernisse auszurichten, und das verlangt, hart und konsequent auszubilden. Es gilt, das militärische Handwerk zu beherrschen, unter allen Bedingungen. Das erfordert physische und psychische Robustheit, und das erfordert nach wie vor die Befähigung zum Kampf. Denn die Fähigkeit zum Kampf ist die





Klammer, die das Heer – wenn Sie so wollen – auch zusammenhält, ist die Voraussetzung zur Durchsetzung von Aufträgen in jedem Intensitätsspektrum – und darüber hinaus auch Teil der persönlichen „Risikovorsorge“ unserer Soldaten.

Mit Blick auf das heutige Aufgabenspektrum reicht die Fähigkeit zum Kämpfen alleine nicht mehr. Der Soldat im Heer muss heute noch mehr können. Wir brauchen den Soldaten, der helfen, vermitteln, schützen und – eben auch – kämpfen kann, und das Ganze in einem multinationalen Umfeld.

Nur der Mix dieser Fähigkeiten garantiert, dass die Aufträge in diesem mehrdimensionalen weit gefassten Einsatzspektrum erfüllt werden können und garantiert darüber hinaus die Durchlässigkeit des Personals zwischen den Krätekategorien. Dieses Einsatzspektrum erleben unsere Soldaten heute durch Schlagworte wie asymmetrische Kriegsführung, Sprengfallen an den Straßen, 360 Grad-Bedrohung, diffuses Lagebild, hoher Druck und Stress, ungewohnte klimatische Bedingungen und zum Teil uns fremde Verhaltensmuster in einem durch kulturelle und ethnische Einflüsse geprägten Einsatzumfeld, dazu die mediale Präsenz, der CNN-Faktor. Das stellt enorme Herausforderungen an alle Soldaten, noch mehr an die verantwortlichen Führer. Das macht deutlich, dass das Beherrschen des militärischen Handwerks alleine nicht ausreicht. Es verlangt vielmehr gerade von unseren Offizieren, neben der Fähigkeit zur taktischen Lagebeurteilung, auch politische, soziale, ethische und moralische Kompetenz und Urteilsfähigkeit.

Eine Erkenntnis, die so neu nun auch nicht ist, denn auch in Scharnhorsts Überlegungen reichte die technische Beherrschung des Handwerks als Grundlage militärischer Führungskunst alleine nicht mehr aus. Der moderne Offizier - so seine Forderung - muss die herrschenden geistigen Strömungen seiner Zeit in sich aufnehmen und verarbeiten. Graf Baudissin postuliert in gleichem Sinne 1957 vor der Schule für Innere Führung, wenn er sagt: „Rein militärisches Denken unter Missachtung des politischen Aspektes ist unwirklich“.

Dafür stehen unter anderem auch die Grundsätze der Inneren Führung. Sie haben sich – und auch davon bin ich überzeugt – in der fünfzigjährigen Geschichte der Bundeswehr bestens bewährt und behalten auch heute unverändert ihre große Bedeutung – gerade in den Einsätzen. Deshalb werden wir unseren Soldaten auch weiterhin eine klare Werteorientierung vermitteln. Denn militärisches Handwerk ohne feste Wertebindung führt in die Irre. Hervorragende Ausbildung und physische wie psychische Belastbarkeit ist im Einsatz ein Teil des Erfolges, gute Ausrüstung mit modernem Material der andere.





## Einsatz bestimmt die Ausrüstung

Aus diesem Grund muss sich auch unsere ganze Ausrüstungsplanung konsequent an den heutigen und zukünftig wahrscheinlichen Einsätzen orientieren.

Erfolgreiches Bestehen im Einsatz erfordert vom Material:

- präzise Aufklärung und Führungsfähigkeit,
- umfassender aktiver und reaktiver Schutz unserer Soldaten
- und schließlich – und das ist keine Priorisierung – Durchsetzungsfähigkeit, also Wirkung gegen einen Gegner.

Daran muss sich die Ausrüstungsplanung im Heer messen lassen. Hinsichtlich der angespannten Haushaltslage und der Diskussion über mögliche Kürzungen bei Rüstungsprojekten eine durchaus große Herausforderung. Und das Heer ist beileibe nicht der einzige Bedarfsträger.

Schlüssel für die Modernität und Interoperabilität des Heeres ist zunächst einmal die schrittweise Realisierung der Befähigung zur Vernetzten Operationsführung. Wesentliche Voraussetzung dafür ist ein leistungsfähiges, streitkräftegemeinsames Kommunikationssystem. Bei den Eingreifkräften auf der Divisionsebene werden wir diese Befähigung bis etwa 2010 aufbauen können.



Unterstützungshubschrauber Tiger des Heeres

Für die Verbesserung der Aufklärungsfähigkeit stehen im Heer der FENNEK und neue Drohnen wie LUNA, ALADIN und das KZO. Ich konnte mich mehrfach persönlich von den hervorragenden Eigenschaften des FENNEK überzeugen, ob als VB oder als Aufklärungsvariante. LUNA, ALADIN und FENNEK erfreuen sich im Einsatz hohem Interesse aus dem internationalen Bereich.

Mit Blick auf einen umfassenden reaktiven und aktiven Schutz unserer Soldaten haben wir mit den neuartigen, geschützten Fahrzeugen wie etwa dem MUNGO, dem WIESEL 2, dem BV 206 S sowie dem DINGO 2 einen Einstieg in die Beschaffung realisiert und eine begrenzte Erstbefähigung hergestellt. Zusammen mit den Systemen „Infanterist der Zukunft“ und „Soldat im Einsatz“ erzielen wir hier wirklich einen deutlichen Fähigkeitenzuwachs. Das konnten viele Besucher der AUSA-Messe übrigens hautnah erleben. Ausgestellt war dort der Dingo, der im





Sommer in Afghanistan auf eine Mine gefahren war. Obwohl schwer beschädigt, war die Sicherheitszelle intakt und hat den Soldaten dadurch das Leben gerettet. Insbesondere die Möglichkeit, Fahrzeuge für den Einsatz im Rahmen des Einsatzbedingten Sofortbedarfs zu beschaffen, erhöht den Schutz unserer Soldaten im Einsatz auch kurzfristig erheblich.

In den kommenden Jahren kommt es darauf an, die Beschaffung in Breite und Tiefe durchzusetzen – auch bei knappen Ressourcen, allerdings mit dem überzeugenden Argument, dass wir auch weiterhin im Einsatz sein werden. Wir brauchen

Der Transformationsprozess im Heer ist damit nicht nur in seiner zeitlichen Dimension mehr als die Einnahme einer neuen Struktur; vielmehr richtet er sich darüber hinaus an den Verstand und die Bereitschaft bzw. Offenheit zur erforderlichen Veränderung des Gewohnten, auf allen Ebenen und in allen Bereichen.

das Gerät in den Einsätzen und in der vorgeschalteten Ausbildung. Den Aufbau einer Flotte geschützter Fahrzeuge wollen wir dann mittelfristig mit der Einführung des GTK Boxer abrunden. Daran soll sich die Beschaffung geschützter Führungs- und Funktionsfahrzeuge anschließen.

Im Bereich Durchsetzungsfähigkeit und Wirkung wird uns mit der Einführung des Unterstützungshubschraubers Tiger und dem PUMA, dem Kernprojekt der Modernisierung des Heeres, ein zukunftsweisender Qualitätssprung gelingen. Dabei verfestigt sich bei mir der Eindruck so allmählich, dass zwar die ganz großen Rüstungsprojekte den Glanz öffentlicher Wahrnehmung erfahren, doch das Heer mit den weniger spektakulären, aber doch klar an den heutigen Einsatzrealitäten orientierten Rüstungsvorhaben, an Boden und Beachtung gewinnt. Es geht aber nicht nur um hohe Qualität. Eine verbesserte Einsatzfähigkeit des Heeres mit Blick auf seine Ausrüstung zu erreichen, bedeutet, neben dem qualitativen Zuwachs auch die dafür notwendige Anzahl an entsprechender Ausrüstung, also Quantität.

Mehr Einsatz – wie beispielsweise die Mandatserweiterung für Afghanistan – bedeutet mehr Soldaten, bedeutet auch ein Mehr an Ausrüstung und Gerät. Ich bin sehr dankbar, dass wir noch in diesem Jahr einiges von dem realisieren konnten, was wir im Einsatz auch wirklich benötigen.

Und das gilt auch für die Ausbildung in Deutschland; denn das sind wir den Soldaten schuldig, sie nicht erst im Einsatz(land) an neuem Gerät auszubilden. Das ist eine Schwächephase, die wir uns bei den Risiken unserer Einsätze nicht leisten können. Darauf weise ich immer wieder hin. Denn – Michael Schuhmacher trainiert schließlich in Maranello auch nicht mit einem Fiat Punto. Das gilt genauso für uns. Allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Wir können ein





Ausscheiden oder einen zweiten Platz nicht akzeptieren. In unserem Geschäft dar man nicht zweiter Sieger sein. Denn das bedeutet Verwundung oder gar den Tod unserer Soldaten.

## **Das Heer in der Transformation**

Diese konsequente Einsatzorientierung mit all ihren Facetten ist das bestimmende Wesensmerkmal des Transformationsprozesses im Heer. Übergeordnetes Ziel ist die dauerhafte und nachhaltige Stärkung der Einsatzfähigkeit im Zusammenwirken der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe, Marine, unterstützt von Streitkräftebasis und Sanität. Damit können wir die Lücke schließen „von dem was wir haben, zu dem was wir heute und in Zukunft brauchen“, oder anders ausgedrückt: Der Einsatz bestimmt den Bedarf, die Transformation des Heeres – der Prozess mit dem wir das lösen wollen – deckt ihn. Wir wollen dies in einem ersten Schritt bis 2010 schaffen, sozusagen als Voraussetzung für weitere.

Aber das braucht Zeit, das geht nicht mit einem Fingerschnippen – und es kostet Geld. Die Formulierung des Bedarfs ist das Eine, die Deckung das Andere. Wobei Transformation oder Veränderung im Grunde genommen ja weder etwas Abstraktes oder gar Neues oder gar Ungewöhnliches ist. Es bedeutet lediglich, das kontinuierliche Einstellen auf neue Bedingungen, die Bereitschaft zur Justierung und Anpassung. Im Übrigen auch keine Besonderheit der Streitkräfte, sondern Normalität in vielen Bereichen unserer Gesellschaft. Dennoch bin auch ich zunächst perplex, wenn auf die Frage nach dem Auftrag der Einheit oder des Verbandes die Antwort kommt: Wir haben den Auftrag zu transformieren. Transformierst Du noch oder führst Du schon, könnte man versucht sein, zu entgegnen. Andererseits bedingt die Transformation des Heeres mehr als nur die Veränderung von Organisation, Struktur, Ausrüstung und Stationierung. Sie betrifft ebenso Ausbildung und Einsatzgrundsätze, und nicht zuletzt auch wie aufgezeigt, das Selbstverständnis unserer Soldaten. Der Transformationsprozess im Heer ist damit nicht nur in seiner zeitlichen Dimension mehr als die Einnahme einer neuen Struktur; vielmehr richtet er sich darüber hinaus an den Verstand und die Bereitschaft, bzw. Offenheit zur erforderlichen Veränderung des Gewohnten, auf allen Ebenen und in allen Bereichen. So folgt daraus, dass heute und in Zukunft der Alltag des Heeres, neben den Einsätzen durch Maßnahmen und Auswirkungen der Transformation bestimmt ist. Und dieser Aufgabe haben wir uns zu stellen, allerdings auch mit einem nüchternen Gespür für das Machbare und mit Realitätssinn.





## **Einflussgrößen der Transformation**

Mit Blick auf das WAS und WIE dieses Veränderungsprozesses, lassen sich im Wesentlichen drei Einflussgrößen identifizieren, die maßgeblich die Richtung und Tempo dieses Prozesses bestimmen.

Da ist zum Einen die technologische Entwicklung. Das ist nicht neu, neu ist nur die unglaubliche Rasananz der Entwicklungszyklen. Und das bedeutet Chance und Risiko zugleich. Heute sind Vorstellungen realisierbar, die noch vor wenigen Jahren in den Bereich der Utopie gehörten; z.B. GPS, das ist schon eine bemerkenswerte Sache, dass uns eine Stimme sagt, wohin wir fahren sollen. Wir können uns die Technologie nutzbar machen, um die Fähigkeiten aufzubauen, die Erfolg im Einsatz sichern. Das Risiko liegt im Abkoppeln von dieser Entwicklung. Und damit würden wir weder den Einsatzerfordernissen gerecht, noch die notwendige Interoperabilität mit unseren Verbündeten erreichen.

Zweitens führt der Erkenntnisgewinn aus den Einsätzen, auch der unserer Alliierten und befreundeten Nationen dazu, dass die Strukturen und Einsatzgrundsätze ständig auf ihre Einsatztauglichkeit überprüft und analysiert werden müssen. Im Heer nutzen wir deshalb zukünftig verstärkt die Möglichkeiten der Konzeptentwicklung und experimentellen Überprüfung, um die Einsatzfähigkeit kontinuierlich weiter zu verbessern, neue Konzepte und Fähigkeiten zu testen sowie moderne Technologien zu nutzen. Dabei suchen wir nach pragmatischen Lösungen und setzen dort an, wo wir auf bereits Vorhandenem oder Bestehendem aufbauen können. Denn es hat überhaupt keinen Zweck, über Jahre nachzudenken und dann festzustellen, das war die zweitbeste Lösung. Natürlich nutzen wir auch die Expertise der Truppe. Wie z.B. bei der Übung COMMON UMBRELLA, wo die Streitkräfte auch mit Unterstützung der Industrie die Realisierung eines „Recognized Ground Pictures“ im Rahmen der Vernetzten Operationsführung untersucht haben.

Weitere Beispiele dafür sind die experimentelle Untersuchung zum Einsatz der neuen Luftbeweglichen Brigade und den gemischten Aufklärungsbataillonen während der diesjährigen Übung EUROPEAN CHALLENGE. Hier konnten wir erste positive Ergebnisse erzielen.

Ein weiteres Projekt im Bereich CD&E ist die Untersuchung zur Auswirkung von vernetzter Operationsführung auf die taktische Ebene. Und zwar im Hinblick auf die Führungsorganisation, auf Führungsverfahren und auf Einsatzgrundsätze.





ze. Wir prüfen dazu im GÜZ auf Kompanie- und Bataillonsebene, welche Auswirkungen die Vernetzung auf die Führung von Einheiten und Verbänden hat – gerade auch im Hinblick auf das Prinzip „Führen mit Aufträgen“. Ich komme darauf zurück.

Unter dem Aspekt „Jointness“ und „Combinedness“ konzentrieren wir uns auf die Projekte Joint-Fires und Führen von See. Zusätzlich beschäftigen wir uns intensiv mit dem Deutsch-Amerikanische Experiment Schwerpunkt. Dabei untersuchen wir Handlungsmöglichkeiten eines binationalen deutsch-amerikanischen Einsatzverbandes in Brigadestärke, dem unter anderem STRYKER- und PUMA-Kräfte angehören. Entwickelt man den Gedanken zur Nutzung neuer Instrumente konsequent weiter, könnte ebenso überprüft werden, ob unsere herkömmlichen Instrumente bspw. der STAN-Bearbeitung, des CPM 2001, die Jährlichkeit im Haushaltsrecht oder aber die bestehenden gültigen Infrastrukturverfahren noch den Anforderungen eines dynamischen Umfelds genügen.

Als dritte Einflussgröße der Transformation schließlich muss sich Streitkräfteplanung natürlich in den vorgegebenen Finanzrahmen einpassen. Das war schon immer so und ist keine neue Entwicklung. Das Geld war schon immer knapp. Und von diesem Kuchen will nicht nur einer essen.

Zusätzlich zum „WIE“ will ich ebenso das „WAS“ – also die Dimension dieser Veränderungen – verdeutlichen. In den nächsten Jahren werden wir die Anzahl der Divisionen von 8 auf 5, die der Brigaden von 22 auf 12 und die Anzahl der Verbände von 120 auf 78 reduzieren. Insgesamt werden 60 Kommandos, Stäbe und Verbände aufgelöst. Im Jahr 2010 wird das Heer dann 104.000 Soldaten stark sein. Das sind 30.000 Soldaten weniger als heute.

Aber wir werden auch neue und robustere Gliederungen in den Einheiten und Verbänden einzunehmen, insbesondere durch zusätzliches Personal, wie den zweiten S3-Stabsoffizier „Einsatz“, den Kompanieeinsatzoffizier oder auch durch mehr Personal in der Logistik. Aber auch dadurch, dass wir die robusteren Strukturen der Reaktionskräfte aus der Struktur „Heer der Zukunft“ für alle Einheiten im Neuen Heer verbindlich festgeschrieben haben. Daneben gilt es, neue Ausbildungsinhalte- und verfahren zu vermitteln sowie die neue Stationierung einzunehmen.

Ich bin sehr stolz darauf, mit welchem Mut und frei von Larmoyanz die Soldaten, unsere zivilen Mitarbeiter und unsere Familien diese Herausforderungen angehen – trotz aller Reformschritte, die wir auch in den letzten Jahren bereits abfordern mussten.





Dies macht deutlich, dass bei aller Normalität und Bereitschaft zur Veränderung das Ausmaß und der Umfang der zu treffenden Maßnahmen nach innen und außen immer wieder verdeutlicht werden müssen. Die Transformation im Heer betrifft jeden; kein Verband und keine Einheit bleibt von Umstrukturierung oder Auflösung ausgenommen. Und deswegen bestimmt Transformation neben den Einsätzen heute und in Zukunft den Alltag im Heer. Es macht aber auch deutlich, dass es unverändert darauf ankommt, unsere Frauen und Männer im Heer, unsere Soldaten und ihre Familien aktiv auf diesem Weg mitzunehmen. Sie stehen im Mittelpunkt der Transformation und im Mittelpunkt der Einsätze. Ihr Wohlergehen und das ihrer Familie sind für mich deshalb ganz wesentlich für Erfolg und Erhalt der Leistungsfähigkeit des Heeres.

Aber, lassen Sie mich das an dieser Stelle auch einmal deutlich sagen: Ich bin sehr stolz darauf, mit welchem Mut und frei von Larmoyanz die Soldaten, unsere zivilen Mitarbeiter und unsere Familien diese Herausforderungen angehen – trotz aller Reformschritte, die wir auch in den letzten Jahren bereits abfordern mussten. Und auch das erwähne ich bei jeder Gelegenheit, nicht zuletzt auch gegenüber dem Herrn Bundespräsidenten bei seinem Besuch im Heer.

### **Kriterien für den Erfolg**

Um mit den Worten von Norman Cousins, eines amerikanischen Publizisten, zu sprechen: „Fortschritt ist, wenn das Nötige auch möglich ist“. Deswegen möchte ich auch nicht verhehlen, dass uns auf dem Weg, auf den wir uns gemacht haben, Risiken und Unwägbarkeiten begegnen werden. Wir alle verfolgen die Überlegungen zur Finanzausstattung und vielleicht möglichen Kürzungen bei den Rüstungsvorhaben oder beim Personalumfang der Bundeswehr. Bei aller Euphorie des Aufbruchs – Richtung, Art und Ziel sind erstrebenswert – ist es geboten, die Transformation des Heeres nüchtern im Wege eines kontinuierlichen Soll-Ist-Vergleichs zu begleiten, auch um rechtzeitig nachsteuern zu können, wenn etwas schief läuft. Denn Transformation ist ja kein Selbstzweck und kein Placebo, und ist auch nicht die Weiße-Salben-Begründung für eine zu geringe Finanzausstattung.

Aber, das Heer ist personell, strukturell und im Bereich der Ausrüstungsplanung nicht mehr mit Reserven ausgeplant. Sozusagen das Notsoll! Änderungen an der diesen Planungen zu Grunde liegenden Finanzausstattung führen zum Nicht-Erreichen der notwendigen Fähigkeiten für das heutige und zukünftig wahr-





scheinliche Aufgabenspektrum, zumindest aber zur Verzögerung. Und in einigen Bereichen im Heer dreht es sich nicht mehr darum, Fähigkeiten zu reduzieren – nein, dann müssten Fähigkeiten in Gänze aufgegeben werden, denn wir haben das organisatorische Minimum zum Teil erreicht.

## Konstanten

Bei aller Dynamik und trotz allem Veränderungsdruck gibt es auch wichtige Konstanten in der Entwicklung vom alten Heer zum neuen. Nicht alles muss neu erfunden werden. Mehr noch, nicht alles darf neu erfunden werden. Das gilt zunächst für die Wehrpflicht, eine Konstante mit großer Geschichte und guter Tradition. Ich bin ein überzeugter Vertreter der Wehrpflicht. Und ich bin froh, dass die Wehrform mindestens für die nächsten Jahre erhalten bleibt. Die Vorteile, die unser bewährtes „deutsches Modell“ bietet, liegen auf der Hand. Die intelligente Weiterentwicklung der Wehrpflicht, wie wir sie im Heer geplant haben und zurzeit umsetzen, ermöglicht erst die Einsätze der länger dienenden Zeit- und Berufssoldaten außerhalb Deutschlands. Und außerdem stehen Wehrpflichtige natürlich neben den Aufgaben im Grundbetrieb, auch für Heimat- und Katastrophenschutz zur Verfügung. Die Hochwasser an Oder und Elbe haben dies gezeigt. Ohne die Wehrpflicht müssten wir eine Ersatzlösung finden, mit der wir die umfangreichen Einsatzaufträge bewältigen können. Es stellt sich dann aber die Frage, ob wir eine solche Lösung bezahlen können. Wenn ich das betrachte, und wenn ich das spiegele an den Erfahrungen unserer engsten Verbündeten, kommen mir ernste Zweifel. Vor diesem Kreis erspare ich mir, auf die gesellschaftspolitischen Gründe für die Wehrpflicht einzugehen.



Infanteristen des Deutschen Heeres

Die nächste Konstante ist die Befähigung zum Kampf eines jeden Heeressoldaten. Schon der Begriff „Streitkräfte“, schließt ja die Fähigkeit ein, einen Streit auch aktiv austragen zu können. Uns gibt niemand die Gewähr dafür, dass eine vermeintlich ruhige Lage in einem Einsatzgebiet nicht über Nacht in offene Konfrontation, in offene Kampfhandlungen umschlägt. Dann muss jeder Soldat seinen Auftrag unter den Bedingungen des Kampfes erfüllen können. Die Befähigung zum Kampf ist und bleibt damit die Klammer, die das Heer unverändert zusammenhält, sie ist sinnstiftend, sie ist Teil unserer Identität. Und es gibt auch niemand die Gewähr dafür, dass dies in 10 oder 20 Jahren immer noch so ist. Nur weil es 10 Jahre nicht





gebrannt hat, schafft man nicht die Feuerwehr wieder ab. Gleiches gilt für die fest im Heer verankerten Prinzipien der Inneren Führung und der Auftragstaktik, zwei Seiten der gleichen Medaille. Bei allen Veränderungen werden wir auch in Zukunft nicht auf militärische Grundtugenden und Werte verzichten, also auf das, was unserem Tun Sinn gibt und was auch unser gemeinsames Selbstverständnis ausmacht.

Mut, Tapferkeit, Entschlossenheit, Kameradschaft, Disziplin und unsere christlich-abendländische Wertebindung sind auch für ein modernes Heer von herausragender Bedeutung.

**Das Deutsche Heer und seine Expertise behalten auch im streitkräftegemeinsamen Ansatz eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg deutscher militärischer Beiträge zur Sicherheitspolitik unseres Landes.**

Loyalität, gegenseitiges Vertrauen und die Bereitschaft, auch in unklarer Lage – und das ist die Situation oftmals im Einsatz – und ohne konkrete Vorgaben in der Absicht der übergeordneten Führung zu handeln und dies auch zu verantworten, sind entscheidend für den Erfolg, im Einsatz und, um es deutlich zu sagen, auch hier zu Hause. Hohe fachliche Professionalität und aufrechter Charakter sind auch in Zukunft dafür die Voraussetzung. Führen mit Auftrag oder Auftragstaktik ist und bleibt die Führungsphilosophie des Deutschen Heeres. Und daran wird sich auch angesichts modernster Informationstechnologie nichts

ändern. Es wird auch in Zukunft in erster Linie auf die fachlichen, charakterlichen und handwerklichen Fähigkeiten, auf die Verantwortungsfreude und Entschlusskraft unserer militärischen Führer ankommen. Auch modernste Technologie wird den Führer immer nur unterstützen können, ersetzen kann sie ihn nicht. Deshalb lehne ich den Begriff „network centric warfare“ ab, ich bevorzuge stattdessen „network enabled warfare“, denn nicht das Netzwerk steht im Zentrum, sondern der Führer, der Soldat – das Netzwerk ist wichtig, weil es „enabler“ ist.

Im Spannungsfeld von Einsatz und Transformation geht es auch heute darum, festzustellen, ob Grundsätze oder Fragen wie sie von Sun Tzu, Clausewitz, Jomini, Loddell Hart und anderen aufgeworfen und fortentwickelt wurden unter den Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts, wie sie van Creveld oder Münkler beschrieben haben, unverändert Gültigkeit besitzen. Also, ob bspw. die im amerikanischen aufgelisteten „Principles of War“ auch heute noch Orientierung geben können, oder aber alles verworfen werden muss.

So bin ich überzeugt, dass die Schwerpunktbildung – um nur ein „principle“ herauszugreifen – unverändert zum Erfolg erforderlich ist – nur das WIE hat sich geändert. Waren früher vor allem Truppen erforderlich, so kann der Schwerpunkt





heute durch Feuer gebildet werden. Vieles spricht dafür, dass die Fragen die gleichen sind: Die gleichen wie zu Zeiten Clausewitz', Gneisenaus und Scharnhorsts, wir aber die Antworten mit neuen, zum Teil aus der damaligen Sicht revolutionären Inhalten zu versehen haben – aber eben das auch nicht überall.

Dies gilt, neben Fragen zu Aufgaben, Ausbildung und Einsatzgrundsätzen auch für die Diskussion über den Stellenwert von Teilstreitkräften in einer durch „Jointness“ und „Combinedness“ geprägten Einsatzrealität. General Peter Pace, Chairman of the Joint Chiefs of Staff, beantwortet diese Frage in der guidance an seinen Stab sehr klar und sehr eindeutig. Nach seiner Meinung liegt gerade in der Zusammenführung der TSK-spezifischen Kompetenzen, Erfahrungen und Sichtweisen der synergetische Erfolg. Er fordert deshalb in seiner Weisung, die gerade erst einige Wochen alt ist: „We must strenghten the capabilities of the force without sacrificing the expertise and uniqueness of Service culture from which joint competence flows“.

Das Deutsche Heer und seine Expertise behält auch im streitkräftegemeinsamen Ansatz eine entscheidende Bedeutung für den Erfolg deutscher militärischer Beiträge zur Sicherheitspolitik unseres Landes. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges ist Deutschland kein Inselstaat mit starker Flotte wie Großbritannien, keine Weltmacht mit strategischem Luftkriegsinstrument wie die USA, aber anerkannter und – mit leisen Abstrichen – gleichberechtigter Partner. Dazu haben unsere Marine und unsere Luftwaffe beigetragen – und nicht zuletzt unser Deutsches Heer.

Herzlichen Dank.

**Zum Autor:**

Generalleutnant Hans-Otto Budde, Jahrgang 1948, trat 1966 in die Bundeswehr bei der Fallschirmjägertruppe ein. In seiner bisherigen militärischen Laufbahn war er u.a. Kommandeur der Deutsch-Französischen Brigade (1995 – 1997), dabei 1997 Kommandeur der „Multinationale Brigade Centre“ (SFOR) in Sarajewo; Kommandeur der Division Spezielle Operationen (2001/2002); Chef des Stabes im Führungsstab des Heeres im Bundesministerium der Verteidigung (2002 – 2004). Seit März 2004 ist General Budde Inspekteur des Heeres.





## Die Deutschen und die Einheit – vom Wert der Freiheit (2005)

Werner E. Ablaß

Wenn es nach den im September und Oktober diesen Jahres veröffentlichten Zahlen zum inneren Zustand in unserem Lande geht, war der 9. November 1989 ein Versehen. Auch seriöse Meinungsforscher erklären uns, die „mentale Mauer“ sei so hoch wie nie seit 1990 und rund 20 Prozent der Deutschen wünschen sich die Mauer aus Stein zurück. 80 Prozent der Ostdeutschen fühlten sich als Bürger zweiter Klasse, nur jeder Zehnte hält die Gesellschaftsordnung für gerecht. Hier spätestens muss die Frage erlaubt sein, ob solche Umfragen zu einem vernünftigen Miteinander beitragen.

Oder sollte Friedrich Hölderlin doch Recht haben, der im letzten Brief Hyperion schrieb: „Ich kann kein Volk mir denken, das zerrissener wäre als die Deutschen.“ Ich persönlich glaube, dass Christian Graf von Krockow der Sache am Nächsten kommt, wenn er in seinem Buch „Über die Deutschen“ schreibt: „Aus unterschiedlicher Nachbarschaft wurde schwierige Nähe.“

In der Nacht des 9. November 1989 bekamen wir die Schwierigkeiten geschenkt, die sich viele Politiker jahrzehntelang in Sonntagsreden gewünscht hatten.

Wir erinnern uns heute an den 9. November `89, und diese Erinnerung ist für mich immer noch Grund zur Freude. Ohne diese Nacht gäbe es keinen 3. Oktober 1990, keine friedliche Vereinigung unseres Landes, nur ein Jahr nach der Öffnung der Grenze. Beschäftigen mit diesen beiden Daten heißt für mich, besonders intensiv miteinander zu reden und aufeinander zu hören, denn nur Verbindung schafft Verbundenheit. Vordenken kann nur, wer nachdenkt, lautet ein bekannter Satz. Lassen Sie uns also gemeinsam, mit dem Blick auf den 9. November `89 und den 3. Oktober `90, über die leidvoll geteilte Vergangenheit nachdenken für unsere gemeinsame Zukunft. Sie werden durchaus auch Kritisches hören, aber Botho Strauss schrieb: „Das Herz des Demokraten ist Kritik, nicht mehr, aber auch nicht weniger!“

Das schnelle Ende der DDR im Jahre 1989/90 war uns, die wir dieses erlebten, erklärlich. Der Staat brachte seinen Bürgern vierzig Jahre lang nur Misstrauen entgegen. Die Menschen waren im Herbst `89 nicht mehr bereit, der neuen Führung Vertrauen zu schenken. Ein großer Teil des Volkes ging auf die Straße und es gehörte wahrlich Mut dazu. Die chinesische Lösung war von einigen damaligen Verantwortlichen durchaus geplant. Hunderttausende waren aber nicht mehr be-





reit, sich von alten, starrsinnigen Männern, Vorschriften machen zu lassen. Das hieß: „Die Oben konnten nicht mehr, die Unten wollten nicht mehr.“ Es war kein Heldenvolk, aber unwahrscheinlich viele haben großen Mut gezeigt.

Und so kam es zur ersten, erfolgreichen und friedlichen Revolution in Deutschland, begleitet von brennenden Kerzen, Freudentränen und geprägt durch das Wort der Nacht des 09. November: „Wahnsinn.“

An diesem Abend des 9. November 1989 um 18.53 Uhr erfolgte die offizielle Bankrotterklärung der SED, die wohl glücklichste Stunde für die Deutschen seit Ende des II. Weltkrieges. Die unsägliche Mauer fiel, die die Menschen einsperrte und die Luft zum Atmen nahm, die aber auch den Westen vor unseren Problemen bewahrte. In der Nacht des 9. November 1989 bekamen wir die Schwierigkeiten geschenkt, die sich viele Politiker jahrzehntelang in Sonntagsreden gewünscht hatten.

In den nächsten 3 Tagen reisten ca. 4 Mio. DDR-Bürger und bis zum Jahresende rund 14 Mio. in das bisher verbotene, aber gelobte Land. Sekt über Trabbis, Bananen durch Autofenster, spontane Freundschaften und eine ungeheure Welle der Hilfsbereitschaft im Westteil unseres Landes sind Eindrücke, die sich fest in das Gedächtnis einprägten. Ministerpräsident de Maizière hat am 19. April 1990 in seiner Regierungserklärung den Bürgern der Bundesrepublik ausdrücklich dafür gedankt und gleichzeitig daran erinnert, dass Teilung nur durch Teilen überwunden wird. Im Herbst '89 waren jedenfalls Dankbarkeit, Freude und Stolz die vorherrschenden Gefühle.

Bundespräsident Herzog hat sich am 1. Juli 1994 darauf bezogen als er sagte: „Die Ostdeutschen haben Demokratie und Freiheit selbst erkämpft, das ist mehr als Hambacher Fest und Paulskirche zusammen, darauf kann man doch stolz sein.“

Kritisch merke ich an dieser Stelle an, dass Menschen, die noch am Tag vorher für Redefreiheit, Pressefreiheit, ein neues Bildungssystem und Veränderungen in allen Bereichen des Lebens auf der Straße waren, sich nun mit der Freiheit des Geldumtausches zufrieden gaben. Man konnte teilweise den Eindruck gewinnen, dass der Weg zur Freiheit plötzlich Weg zum Wohlstand bedeutete. Auch jahrzehntelanger, erzwungener Konsumverzicht brach sich Bahn. Ich will dieses weder beurteilen noch verurteilen.





Aber nicht alle Wünsche, die die Menschen hatten, gingen in Erfüllung. Aus blühenden Landschaften wurden plötzlich schwierige Transformationsprozesse. Vielleicht sollten wir uns ein Beispiel an unseren Freunden in Mittelosteuropa nehmen, das waren unsere „Leidensgeschwister“, die mit früher vergleichen und dankbar für das bisher Erreichte sind. Die Ostdeutschen vergleichen häufig mit dem Westteil des Landes und stellen Defizite fest, die abzustellen, in so kurzer Zeit – und 16 Jahre sind eine kurze Zeit –, schwierig ist.

Schon Gottfried Keller schrieb: „Der Mensch rechnet immer das, was ihm fehlt, dem Schicksal doppelt so hoch an, als das, was er wirklich besitzt.“ Dazu kommt etwas, was wir damals unterschätzt hatten, nämlich, dass Menschen mit dem Verschwinden der DDR auf einmal das Gefühl bekamen, etwas zu verlieren, was sie vorher gar nicht besitzen wollten. Der Schriftsteller Wolfgang Hilbig sagte im Januar 1997: „Vielleicht wird uns eines Tages die Erkenntnis kommen, dass erst jener Beitritt zur Bundesrepublik uns zu den DDR-Bürgern hat werden lassen, die wir nie gewesen sind, jedenfalls nicht, solange wir dazu gezwungen waren.“

Viele sind auch heute noch verunsichert, da ihre Vergangenheit keine Gegenwart hat und in der Zukunft keine Rolle mehr spielt. Über ihr vergangenes, gelebtes Leben urteilten plötzlich andere und nicht immer fair. Hier möchte ich Winston Churchill bemühen: „Wenn die Gegenwart versucht, über die Vergangenheit Gericht zu halten, droht ihr die Gefahr, die Zukunft zu verlieren.“ Die meisten von uns fühlten sich damals als Gefangene und hatten Sehnsucht nach den weiten Räumen der Freiheit. Wir haben sie, aber zu viele wünschen sich die Rundumversorgung zurück, die, wenn vollkommen, dem Staat Gelegenheit gibt, seine Bürger zu entmündigen. Dieser Staat war der strafende Vater, aber auch die fürsorgliche Mutter zugleich. Den Vater wollte man los werden, das zeigte der Herbst '89, die Mutter hätte man gern behalten, doch auch die staatliche Fürsorge brach weg und Eigenverantwortung war nötig. Der millionenfache Ruf nach der D-Mark im Jahre 1990 war nicht immer deckungsgleich mit der Bereitschaft, diese Verantwortung zu übernehmen.

„So haben wir uns die Einheit nicht vorgestellt“, höre ich in diesem Jahr verstärkt. Aber, wie bitte dann? Das Erbe von 45 Jahren wiegt immer noch schwer und braucht Zeit. Die Anfang September veröffentlichte Studie zeigt, dass sich nur jeder Fünfte Ostdeutsche als richtiger Bundesbürger fühlt. Zwar will die große Mehrheit die DDR nicht wieder haben, fühlt sich aber auch im vereinten Deutschland noch nicht wohl.





Liegt es im Rückblick betrachtet, auch an der Überforderung der Menschen durch das Tempo in diesem Schicksalsjahr ?

Innerhalb weniger Monate verschwand die DDR und brach ein Imperium von der Elbe bis Wladiwostok zusammen. Der Untergang des Römischen Reiches ging über Jahrhunderte, das gesamte Leben im östlichen Teil unseres Landes veränderte sich über Nacht. Denen, die sich heute als Verlierer fühlen, genügt diese Erklärung aber nicht. Es kann für sie nicht befriedigend sein, als Kostgänger zu gelten. Hier leidet die Persönlichkeit und es führt zu Resignation und Verweigerung.



Der Ruf nach freien Wahlen war die erste und wichtigste Forderung des Herbstes '89 und am 18. März 1990 haben über 90 % der DDR-Bürger erstmals seit 58 Jahren in freier und geheimer Wahl ihre Stimme abgegeben. Wer sich die heutige Wahlbeteiligung in den ostdeutschen Ländern ansieht, stellt schon am Ergebnis die unwahrscheinlich großen Enttäuschungen fest.

Arbeitslosigkeit tut in Ost und West gleichermaßen weh, aber der teilweise dramatische Umbruch hat in den fünf Ländern auch das gesamte soziale Umfeld in kürzester Zeit verändert oder wegbrechen lassen. Dieses soziale Umfeld hieß: geboren im Betriebskrankenhaus, Betriebskinderkrippe, -kindergarten, -lehrstelle, -berufsschule, -poliklinik, -kaufhalle, -sanatorium, -ferienheim und Beerdigung durch die Veteranenkommission des Betriebs; das war für viele erstrebte und erlebte Sicherheit. Das Leben war geplant. Für die Ostdeutschen änderte sich fast alles, sie wurden mit „Abwicklungen, Einführungen, Anpassungen, Überleitungen, Überprüfungen, Angleichungen, Überführungen und Übergängen“ konfrontiert, für die Bürger in den westlichen Bundesländern änderten sich die Postleitzahlen. Und dieses Volk mit unwahrscheinlich hohen Erwartungen wurde kurz nach Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 aus seinen Träumen gerissen. Bereits acht Wochen nach der Vereinigung, Ende November 1990, betrug die Zahl der Arbeitslosen 600.000 und die Zahl der Kurzarbeiter 1,8 Millionen.

Im Juli 1990 gab es rund 1 Mio. Beschäftigte in der Land-, Forst- und Fischwirtschaft, im Juli '96 waren es noch 140.000. In zwei Jahren verschwanden insgesamt rund 2,0 Mio. Arbeitsplätze, ohne Lichterketten und Schweigemärsche. Die Zahl der Forscher betrug bereits 1994 nur noch ein Fünftel der Zahl von 1990, nur acht Prozent der Unternehmen im Osten verfügen heute noch über Forschungs-





und Entwicklungsabteilungen. Der Industriebesatz ist im Verhältnis zu 1990 von 100 auf 20 % bis zum Jahr 2000 abgesunken. Von 10 Beschäftigten im Jahre 1990 arbeitete 2000 nur noch einer in seinem Beruf. Das sind Veränderungen.

Für die Ostdeutschen änderte sich fast alles, sie wurden mit „Abwicklungen, Einführungen, Anpassungen, Überleitungen, Überprüfungen, Angleichungen, Überführungen und Übergängen“ konfrontiert, für die Bürger in den westlichen Bundesländern änderten sich die Postleitzahlen.

Natürlich haben wir seit 1990 rund 20 Jahre von 40 Jahren Rückstand aufgeholt, aber noch immer wird der größte Teil der Hilfgelder für den konsumtiven und nicht für den investiven Bereich ausgegeben. Die Abwanderung hat dramatische Züge angenommen. Von 1990 bis 2004 haben 1,0 Mio. Menschen, vorwiegend Jüngere, die ostdeutschen Länder verlassen, dazu kommen, heute noch, rund 450.000 Auspendler. Junge Leute, die mit guten Ergebnissen ausgebildet haben, gehen weg, sie werden in den wenigsten Fällen zurückkehren, sie ziehen Freunde und Bekannte nach. Der östliche Teil Deutschlands hat im vergangenen Jahr 80.000 junge arbeitsfähige Menschen verloren. Davon waren 60 % junge Frauen, 50 % Abiturienten und 25 % Hoch- und Fachschüler. Ich weiß sehr wohl, dass Mobilität normal ist, aber nicht, wenn sie nur in eine Richtung geht. Im Herbst 1989 haben 10.000 junge Menschen die DDR verlassen, in die Freiheit. Jetzt verlassen 100.000 ihre Heimat, um Arbeit zu finden. Vor sechs Wochen wurde mir in einem Gespräch mit jungen Leuten gesagt: „Jetzt haben wir die Freiheit, aber keine Zukunft.“

Ich spreche von einem Teil unseres Landes mit einem Drittel der Fläche, 18 Prozent der Bevölkerung, 40 Prozent der Steuerkraft, 65 Prozent der Produktivität und einer Arbeitslosigkeit, die doppelt und manchmal 3-4fach so hoch ist, wie im westlichen Teil unseres Landes. Dieses zeigt ganz deutlich, dass wir Hilfe noch auf längere Zeit brauchen und mit der Ungeduld der Menschen rechnen müssen. Wenn es dem Osten wirtschaftlich nicht bald besser geht, geht es auch dem Westen nie mehr richtig gut. Die vor uns liegende Wegstrecke wird länger sein, als die bereits zurückgelegte. Es sind nur vier Prozent des BSP, die jährlich von West nach Ost gehen, aber sie fehlen in den alten Ländern, beim Straßenbau, bei Bildung, bei Kultur.

Bei den angesprochenen Problemen erinnere ich aber daran, dass es nicht nur die Fehler der Einheit, sondern immer noch der Teilung und sozialistischer Plan- und Misswirtschaft sind, mit denen wir kämpfen. Teilweise nimmt die Kostendebatte für mich beängstigende Formen an. Das gegenseitige Vorrechnen dieser gewaltigen Summen, die bisher geflossen sind, beschädigt nach meiner Ansicht, die Würde dieser friedlichen Revolution. Bei der Kostendiskussion verweise ich gern





auf Ernst Jünger, der 1993 folgendes sagte: „Wieso Kosten der Einheit? Wenn ein Bruder vor der Tür steht, bitte ich ihn herein, führe ihn zu Tisch und bewirte ihn und frage nicht, was es kostet.“

Es muss also auch in Zukunft unsere wichtigste gemeinsame Aufgabe sein, die wirtschaftliche Einheit zu beschleunigen, da sonst die soziale nicht erreicht wird und die emotionale in weite Ferne rückt. Wir sollten aber auch dankbar sein für das bisher Erreichte und nicht bei jeder Gelegenheit das Trennende betonen. Kritiker sollten immer bedenken, es war ein freiwilliger Beitritt und keine feindliche Übernahme.

Nicht nur wirtschaftliche Probleme verlangen gemeinsames Handeln, auch unser Leben in beiden deutschen Staaten bedarf gemeinsamen Interesses. Aufeinander zugehen und zuhören ist wichtig, ich bezeichne es als „Verstehen üben.“ Fritz Stern sagte bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1999: „Eine unspektakuläre, aber elementare Form der Erniedrigung ist, dass man sich gar nicht darum bemüht, den anderen zu verstehen.“

Lassen Sie uns miteinander reden, ohne gleich zu werten. In der DDR war das Parteibuch der SED nicht immer der Schwerbeschädigtenausweis des Geistes, andererseits ließ sich nicht jeder im Bett verbrachte Tag dem Widerstand zurechnen. Es war ein ganz normales Volk. Auch Bundesbürger arbeiteten für die Staatsicherheit und Opportunismus war in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen vorhanden. Geschichte ist nicht teilbar. Und Aktiva und Passiva gehören in der Geschichte immer zusammen.

Aufarbeiten heißt aber auch, es muss auf gleicher Augenhöhe geschehen und sollte tunlichst bewusste Verletzungen vermeiden. Hier möchte ich Bert Brecht zitieren: „Gedenkt, wenn ihr von unseren Schwächen sprecht, auch der Zeit, der ihr entronnen seid.“ Eine für mich schlimme Äußerung stand vor einigen Jahren in einer großen deutschen Tageszeitung. Ich zitiere wörtlich: „Die DDR ist ja, außer dass sie ein sehr unangenehmer Unterdrückungsstaat war, für den Großteil ihrer Bewohner auch noch etwas anderes gewesen: Ein Land, in dem sich bei reduziertem Anspruch, was das Geistige, als auch das Materielle betraf, ein bescheidenes Dasein führen ließ.“ Mit dem Materiellen hat der Autor durchaus recht. Die Unterstellung, wir hätten unsere geistigen Ansprüche reduziert, ist für mich ein böser Satz. Das bedeutet doch wohl, nach Meinung des Autors, dass Christa Wolf und Stefan Heym, Christoph Hein und Heiner Müller für Menschen mit geistig reduziertem Anspruch geschrieben haben.





Die Ostdeutschen gingen am 3. Oktober 1990 nicht als Säuglinge und Analphabeten in die Deutsche Einheit, sondern aufrecht und mündig. Es gab auch vor dem Herbst '89 ein Leben und Lebensleistung und Würde. Die Zonengrenze wurde 1945 nicht nach der Intelligenz der Deutschen, sondern nach dem Willen der Siegermächte gezogen.

Es sind nicht nur die bisher angesprochenen Probleme, die Anlass zur Sorge geben, auch der Zulauf zu rechtsextremen Parteien durch junge Wähler zwischen 20 und 30 Jahren macht besorgt, der Zustand in den Köpfen muss uns verstärkt interessieren. Woher kommt das? In der DDR wurde nationales Erbe mit linker Tendenz gelehrt, Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, die es gab, und seit Mitte der sechziger Jahre mit steigender Tendenz, wurden offiziell verschwiegen. Völkerfreundschaft wurde immer gepredigt, ohne Menschen die Möglichkeit zu geben, andere Völker überhaupt kennen zu lernen, statt offener Gesellschaft jahrzehntelange Abschottung.

Und nun kommen die Ereignisse des Jahres 1989 und stürzen besonders viele junge Menschen in ein Wechselbad der Gefühle. Pollack bezeichnet diese Generation als „Zwischenkinder.“ Nichts galt mehr, enge Grenzen, die aber auch Orientierungsrahmen waren, brachen plötzlich weg, Selbstbewusstsein wuchs nicht und dieses Fehlen verhindert bei ganz vielen Menschen heute noch Weltoffenheit. Als der Staat, der den Eltern von Montag bis Sonnabend sehr viel an Beschäftigung mit den Kindern abnahm, plötzlich wegbrach, konnte die Familie teilweise kein Ersatz sein. Statt des strengen Vormundes, der alles verplante, wehte auch hier der für viele frische Wind der Freiheit. Deutlich aber sage ich, nicht jede Sportgemeinschaft war eine Dopinghölle und jeder Schulhort eine Kadenschmiede. Und die Gewalt im Osten entsteht nicht durch kollektives auf dem Topfsitzen in der Kinderkrippe, Gewalt entsteht in den Köpfen, auch der Familien. Junge Menschen geben auf der Straße die Meinung der Elterngeneration wieder, und Kinder von enttäuschten Eltern wachsen mit Skepsis gegenüber der Bundesrepublik auf. An diesen Schwierigkeiten werden wir länger arbeiten müssen als gedacht, mindestens noch eine Generation.

Unsere Wehrpflichtigen sind diejenigen, die am meisten vom ehemals anderen Teil kennenlernen, und das ist gut so. Sie üben Verstehen beim gemeinsamen Dienst. Junge Soldaten, nicht nur aus Deutschland, aus vielen europäischen Ländern haben inzwischen Kontakte geknüpft.





Das Kennenlernen ist für alle Menschen die beste Investition in eine friedliche gemeinsame Zukunft, denn die 89/90 erfolgte Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas bleibt unvollkommen, wenn sie nicht durch die Menschen selbst getragen wird. 1989/90 war nicht, wie Francis Fukuyama geschrieben hat, das Ende der Geschichte, sondern der Beginn eines neuen, wichtigen Abschnittes – eines Abschnitts, den ich nur mit den Menschen gemeinsam gehen kann.

Sie haben Kritisches gehört, aber nur wer das Negative benennt, kann das Positive richtig würdigen. Wir haben in den vergangenen, nicht immer leichten und doch schönen Jahren viel erreicht.

Der Wohnstandard hat sich eindeutig verbessert, die Infrastruktur bewegt sich auf das Niveau der alten Länder zu, unser Telefonnetz ist das modernste Europas. Die Gewässer sind wieder sauber, man kann klare Luft atmen. Die Rekultivierung riesiger Industrie- und Militärbrachen schreitet voran. Neue Technologien siedeln sich mit wenig Eigenkapital, aber viel Mut an, noch gibt es einige Standortvorteile.

Den Rentnern geht es zum übergroßen Teil so gut wie nie zuvor und das ist richtig, denn sie haben mit ihrer Arbeit über 40 Jahre dieses marode System am Leben gehalten. Wir alle in diesem Land haben soviel dazu bekommen: Eisenach und Koblenz, Rügen und den Schwarzwald. Seit 1990 können Millionen die Welt entdecken, in Literatur schwelgen, falls gewünscht, wir können frei reden, Menschen müssen keine Angst mehr haben, Kinder in der Schule nicht mehr lügen, wir leben in Freiheit und Rechtssicherheit. Und das ist das Wichtigste und bestätigt mich in meiner Auffassung, ja, es war 1990 richtig und dringend erforderlich, dass wir schnell auf die Herstellung der staatlichen Einheit zugehen. Ein Zögern über Jahre wäre schmerzlicher gewesen und hätte nicht zu diesem Ergebnis geführt. Wer uns heute Vorwürfe macht, hat immer noch falsche Vorstellungen über die Situation des Ostblocks 1990 oder glaubt wirklich, mit kleinen Schritten ist ein steiniger Weg leichter zu gehen.

Bei der Kostendiskussion verweise ich gern auf Ernst Jünger, der 1993 folgendes sagte: „Wieso Kosten der Einheit? Wenn ein Bruder vor der Tür steht, bitte ich ihn herein, führe ihn zu Tisch und bewirte ihn und frage nicht, was es kostet.“

Ich bin sehr dankbar, dass am 12. September 1990 der 2 + 4 Vertrag in Moskau unterzeichnet wurde. Nach dem rasanten Zerfall der Sowjetunion, ich habe massive Unruhen bereits für 1990 befürchtet, kann ich mich auch heute im Nachhinein auch nur in Gedanken mit 2 + 18 nicht anfreunden.





Im Zusammenhang mit diesen erfolgreichen Verhandlungen ist die Integration von Teilen der ehemaligen NVA in die Bundeswehr zu sehen, die man als größtenteils gelungen bezeichnen kann. Wir sind noch nicht am Ziel, aber auf einem guten Weg.

Die Bundeswehr hat ab dem 3. Oktober 1990 Hervorragendes geleistet, bis zum 2. Oktober ist es im östlichen Teil ein Verdienst der NVA, die der ersten frei gewählten Regierung der DDR loyal gedient hat. Das große Ziel, Waffen und Munition geordnet zu übergeben, wurde erreicht. Als derjenige, der einen Teil der politischen Verantwortung mitgetragen hat, bin ich dafür heute noch dankbar. Das Verhalten der NVA ermöglichte den fast reibungslosen Austritt aus dem Warschauer Pakt unter Zustimmung aller Partner.

Das vereinte Deutschland konnte nach der Ratifizierung des erfolgreich abgeschlossenen 2 + 4 Vertrages seinen Platz als souveräner Staat in der Völkergemeinschaft einnehmen, mit allen Rechten und Pflichten.

Viele sind auch heute noch verunsichert, da ihre Vergangenheit keine Gegenwart hat und in der Zukunft keine Rolle mehr spielt.

Ich sprach von Freiheit und Rechtssicherheit. Das ist eigentlich das Wichtigste. Für Immanuel Kant war Freiheit immer nur das Wunder der Geschichte. Für 16 Mio. Menschen war das Gefängnis 1989 durch den eigenen Mut plötzlich offen. Aber damals haben wir die Frage, wieviel Freiheit verträgt der Mensch, nicht gestellt, auch nicht daran erinnert, dass es keine grenzenlose Freiheit gibt, Freiheit und Verantwortung gehören immer zusammen. Wir dürfen und sollen uns, auch nach 16 Jahren, freuen und dankbar sein, wir müssen aber auch die Freiheit pflegen und lernen verantwortungsvoll mit ihr umzugehen. Allzu hohe Erwartungen machen eine Reihe unserer Mitbürger für die Vorzüge immer noch blind. Vielleicht müssen einige die Freiheit immer noch lieben lernen, denn sie ist nichts Selbstverständliches, ansonsten geht es uns so, wie Heinrich Heine 1828 schrieb: „Der Engländer liebt die Freiheit wie sein Weib, der Franzose wie seine Braut und der Deutsche wie seine alte Großmutter.“ Leben in Freiheit heißt, an Unfreiheit erinnern, Leben in Freiheit heißt auch Wachsamkeit, spätestens seit dem 11. September 2001 ist dieses deutlich geworden.

Viele unserer Landsleute müssen immer noch, so glaube ich, ein Gefühl für das vereinte Deutschland als Nation entwickeln. Denn, wir sind eine Nation. Ernest Renan schrieb in seinem berühmten Vortrag: „Was ist eine Nation?“ von 1882 „Die Nation ist eine Art kollektive Seele, aus 2 Elementen geformt. Das





eine ist der gemeinsame Besitz des reichen Erbes an Erinnerungen, das andere der gegenwärtige Wunsch, gemeinsam zusammen zu leben.“ Beides ist, so glaube ich, als Wunsch bei uns Deutschen vorhanden. Trotz der eingangs genannten erschreckenden Zahlen bin ich fest von diesem Wunsch überzeugt, zumindest wurde mir noch kein Angebot gemacht, an einem „Trennungsvertrag“ mitzuarbeiten.

Die Mehrheit ist, auch nach 16 Jahren Maueröffnung, dankbar für die Einheit, wir sollten uns dieses öfter sagen, nicht nur am 03. Oktober einen jeden Jahres. Lassen Sie mich mit Günter de Bruyn sprechen: „Wir sollten über die Probleme der Deutschen das Glück der Deutschen nicht vergessen.“

Trotz aller Probleme, „Wir sind ein Volk.“

Viele Menschen beneiden uns um die Möglichkeit, die wir friedlich erreicht haben, ohne Krieg oder blutige Revolution. Zwei Generationen war unser Land geteilt, wir haben die Chance, in der dritten Generation seit Kriegsende etwas zu vollenden, was mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ seinen Anfang nahm. Vier Worte, die unser Land, die Europa veränderten.

Lassen Sie mich zum Schluss einen Freund zitieren, der im wichtigen Zeitraum 1990 wie kein anderer in der DDR die Last der Verantwortung getragen hat: „Die deutsche Einheit ist mit dem Beitritt nicht abgeschlossen, sie ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen. Sie ist nicht nur eine materielle Frage, sondern eine Frage des praktizierten Gemeinsinns. Die Einheit will nicht nur bezahlt werden, sondern auch mit den Herzen gewollt sein.“ (Ministerpräsident Lothar de Maizière am 02. Oktober 1990 bei seiner letzten Rede)

Mit der vom Volk erzwungenen Öffnung der Mauer am 09. November 1989 begann der Weg zur Deutschen Einheit, die wir keiner Partei verdanken, sondern den Menschen. Wir verdanken den schönen Herbst '89 und die Ermutigung, die uns auf diesem Weg begleitete, auch unseren Freunden in Polen, in der Tschechoslowakei, unseren mutigen ungarischen Freunden, weitsichtigen Politikern in der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, die uns später, 1990, bei den politischen Verhandlungen, ohne wenn und aber unterstützten. In erster Linie aber verdanken wir sie den Demonstranten in Rostock und Plauen, in Leipzig und Schwerin, in Magdeburg und Frankfurt/Oder. Sie sind die Akteure des Herbstes! Frauen und Männer, die heute kaum noch vorkommen.

Zwei Generationen war unser Land geteilt, wir haben die Chance, in der dritten Generation seit Kriegsende etwas zu vollenden, was mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ seinen Anfang nahm.





Jedes Jahr wird im Vorfeld des 03. Oktober das Fehlen der Einigkeit beklagt. Wieviel Einigkeit braucht die Einheit? Der erste Satz der Verfassung von Weimar lautete: „Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Ein wunderschöner Satz. Geeint in seinen Stämmen, oder Ländern, das heißt, es kann, wird und muss auch weiterhin Unterschiede geben, das ist kein Ost-West-Problem, sondern Vielfalt bei 16 Bundesländern und Bereicherung für uns alle. Wir haben am 31. August 1990 den „Vertrag über die Herstellung

Wir werden alle weiterhin gemeinsam an der Vollendung dieser Einheit, aber in Vielfalt arbeiten. Es wird dauern, es wird noch schwerer werden, es wird sehr viel kosten, aber, es ist eine wunderschöne Aufgabe.

der Einheit Deutschlands“ unterzeichnet. Wir haben keinen Vertrag ausgehandelt, in dem steht, dass wir fertig sind. Wir werden alle weiterhin gemeinsam an der Vollendung dieser Einheit, aber in Vielfalt arbeiten. Es wird dauern, es wird noch schwerer werden, es wird sehr viel kosten, aber, es ist eine wunderschöne Aufgabe.

Hier gilt der Satz der Katharina von Siena: „Nicht das Beginnen wird belohnt, sondern einzig das Durchhalten.“

Der 9. November 1989, ohne den es den 3. Oktober 1990 nicht gegeben hätte, war ein Geschenk für alle Deutschen und der Anfang. Lassen Sie uns, auch in Zukunft, sorgsam mit diesem Geschenk umgehen. Es darf nicht sein, dass Menschen, die den Fall der Mauer jubelten und sich über die Vereinigung beider Teile unseres Landes ein knappes Jahr später unwahrscheinlich freuen, heute das Gefühl haben, wir sind zwar im vereinten Deutschland angekommen, aber immer noch nicht richtig zu Hause.

#### **Zum Autor:**

Staatssekretär a.D. Werner E. Ablaß, Jahrgang 1946, Mitbegründer der Partei Demokratischer Aufbruch (DA), ab 1990 Vorstandsmitglied der DA und Leiter der Arbeitsgruppe Abrüstung und Verteidigung, war bis zum 2. Oktober 1990 Verteidigungsstaatssekretär und Stellvertreter des Ministers in der Regierung de Maizière. Ab 3. Oktober 1990 bis Ende 1996 war A. Leiter der Außenstelle des BMVg; seitdem ist er Beauftragter für Sonderaufgaben im Bereich der Bundeswehr in den neuen Bundesländern.

#### **Anmerkung:**

Nachdruck, auch auszugsweise, nicht gestattet.  
Bei Verwendung von Zitaten ist die Quelle anzugeben.





## Das Internationale Clausewitz-Zentrum an der Schnittstelle zwischen Streitkräften und Politik

Lennart Souchon

### 1. Sicherheitspolitische Ausgangslage

Fukuyamas Prognose, dass mit dem Scheitern des Kommunismus und der weltweiten Durchsetzung der liberalen Demokratie die Welt den Endpunkt ihrer ideologischen Evolution erreicht habe, ist leider überholt.<sup>1</sup> Normen und Prinzipien einer rationalen Weltgesellschaft haben sich nicht durchgesetzt.<sup>2</sup> Die existentielle Bedrohung einer totalen Zerstörung der Zivilisation durch Mutual Assured Destruction mit nuklearen Waffen scheint aus dem sicherheitspolitischen Blickfeld geraten. Dafür sind neue Risiken in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, die nicht mehr nur national, sondern durch ihre möglichen Ursachen und Gefährdungen zumindest regional, auf jeden Fall transnational, wenn nicht gar auf globaler Ebene, analysiert und nach Kräften überwunden werden müssen.

Die sicherheitspolitische Ausgangslage hat sich grundlegend geändert. Es hat Anfang des 19. Jahrhunderts einen vergleichbar fundamentalen Wandel in der Kriegführung und eine resultierende Reform der nationalen Sicherheitsvorsorge gegeben. Mit der Enthegung des Krieges durch die Französische Revolution und in den dann folgenden napoleonischen Kriegen standen sich völlig ungleiche Armeen gegenüber. Betrachten wir das Jahr 1806, Preußens Schicksalsjahr: Auf der einen Seite standen preußische Streitkräfte, deren Manöverstrategie noch aus der Zeit der Kabinettskriege herrührte. Stehenden Heeren fehlte jegliches politische Kalkül und die daraus resultierende Bereitschaft schwerste Strapazen freiwillig auf sich zu nehmen. Auf der Gegenseite stellte sich die napoleonische Wehrpflichtarmee auf, eine „levée en masse“, die - mit schwer quantifizierbaren geistigen, politischen, psychologischen und sozialen Fähigkeiten – drückend überlegen war. Nach einer vernichtenden Niederlage im Oktober 1806 in der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt bricht Preußen militärisch und moralisch zusammen. Napoleon zog kampflos in Berlin ein.

Die folgenden preußischen Reformen vom stehenden Heer zu einer hochmotivierten Wehrpflichtarmee können als echte Revolution in militärischen Angelegenheiten – Stichwort: Revolution in Military Affairs - klassifiziert werden.





Auch heute gibt es - vergleichbar mit der Folge der napoleonischen Kriege - einen Gezeitenwechsel in der Strategie und bei den resultierenden Fähigkeitsprofilen von Streitkräften. Dies kann man im Vergleich der aktuellen Risiken mit denen des Ost-West-Konfliktes begründen. Nach der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ der Europäischen Union (ESS vom 12.12.2003) ist es unverkennbar, dass sich Europa mit sehr ernstesten – meist transnationalen – Bedrohungen auseinandersetzen muss:

- Mit extrem gewaltbereitem Terrorismus,
- der Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen,
- Organisierter Kriminalität,
- Schwächung staatlicher Systeme [Failing States] und der
- Privatisierung von Gewalt.

Die Risikobeschreibung in der ESS ist aktuell und zutreffend.<sup>3</sup> Die sich logisch anschließende Formulierung der Ziele europäischer Sicherheitspolitik ist demgegenüber unscharf. Schließlich fehlt die Schlussfolgerung in Richtung einer gemeinsamen europäischen Strategie. Sicherheitsvorsorge bleibt in Europa deshalb in der primären Verantwortung der Nationalstaaten. In Frankreich und Großbritannien existiert ein breiter Konsens über Risiken, Ziele und Prioritäten nationaler Sicherheitspolitik. Dennoch werden auch in diesen Staaten äußere und innere Sicherheit getrennt gestaltet.

In ganz Europa orientieren sich Streitkräftestrukturen weiterhin an zwischenstaatlichen Kriegsszenarien und gliedern sich in Heeresverbände, Luftstreitkräfte und Seekriegsflotten. Trotzdem hat der Prozess einer strategischen Neuausrichtung mit der Definition gemeinsamer Risiken und der Suche nach gemeinsamen Zielen und Strategien begonnen.<sup>4</sup>

Auf geostrategischer Ebene haben zumindest die Vereinigten Staaten mit der Institutionalisierung der Homeland Security – ob kritikwürdig oder nicht soll hier nicht zur Diskussion stehen – weitreichende Konsequenzen gezogen. Neben der unilateral handelnden Weltmacht USA agieren Russland, China, Indien und Japan - wenn nicht heute, so doch in jedem Fall in naher Zukunft - als Global Player.

Der Kampf gegen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Privatisierung von Gewalt und organisierte Kriminalität erfordert jedoch interministerielle Strukturen einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge – im Sinne des erweiterten Si-





cherheitsbegriffes – das heißt das zielorientierte Ineinandergreifen von außen-, innen-, entwicklungs-, finanz-, verteidigungspolitischen sowie völkerrechtlichen Maßnahmen. Hiervon ist Europa meilenweit entfernt. In Deutschland gibt es nicht einmal eine aktuelle Definition nationaler Interessen als Vorgabe für zielorientierte Prioritäten und Methoden des Handelns zur Sicherheitsvorsorge: Es fehlt eine Nationale Sicherheitsstrategie.

Bundespräsident Köhler forderte bei der Kommandeurtagung am 10. Oktober 2005: „eine breite gesellschaftliche Debatte – nicht nur über die Bundeswehr, sondern über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes.“

Er fügte hinzu: „ Diese Debatte braucht klare Analysen“.<sup>5</sup>

Trotz des Konsenses über die Bedrohungseinschätzung ist der Schritt zur Formulierung nationaler Interessen, von Zielen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und die Entwicklung einer Strategie eine außerordentlich langwierige und komplizierte Angelegenheit.

Dies hat drei wesentliche Ursachen:

- (1) Die Formulierung von Zielen der Sicherheitspolitik muss objektiv erfolgen und nicht mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen.
- (2) Die Reorganisation nationaler Sicherheitsvorsorge und die Notwendigkeit einer aktuellen Sicherheitsstrategie werden durch interministerielle Verfahrensgänge und institutionelle Friktionen verzögert, bzw. verhindert.
- (3) Theoretische Grundlagen für die Ableitung einer nationalen Sicherheitsstrategie – Stichwort Clausewitz – werden in Deutschland nicht systematisch erforscht. Eine institutionelle Kooperation von philosophischer und militärischer Expertise ist nicht vorhanden.

Zur Erklärung des Rationals und der Aktivitäten des Internationalen Clausewitz-Zentrums werden zunächst einige ausgewählte Aspekte der Clausewitzschen Kriegstheorien diskutiert sowie ein Überblick über die Aktivitäten des Zentrums gegeben.

## **2. Ausgewählte Aspekte der Clausewitzschen Kriegstheorien**

Carl von Clausewitz schrieb unter dem Eindruck der französischen Revolutionskriege und der Befreiungskriege gegen Napoleon sein Hauptwerk „Vom Kriege“.





Er offeriert eine Methode des Denkens zur Analyse komplexer strategischer Zusammenhänge, welche Verstandes- und Gemütskräfte gleichermaßen berücksichtigt.

Kann die Theorie des preußischen Generals von Clausewitz bei einer heutigen sicherheitspolitischen Lagebeurteilung behilflich sein, bei der Anwendung philosophischer Denkmethode, Suche nach begrifflicher Klarheit und Herstellung der Einheit von Vorstellung und Wirklichkeit?

Clausewitz kommt in einer Zeit, in der Krisenprävention, zivile Konfliktlösungen und Friedenskonsolidierung die nationale sicherheitspolitische Agenda bestimmen, der überragende Verdienst zu, dass er den Primat der Politik in den Mittelpunkt seiner Überlegungen zum Krieg gestellt hat. Viele seiner Aussagen sind 'zeitlos' und können fast unmittelbar auf die heutige Sicherheitslage übertragen werden. Beispielsweise formuliert Clausewitz in seinem Hauptwerk „Vom Kriege“: „Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, dass dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört.“<sup>6</sup> Und weiter: „So wird also der politische Zweck als das ursprüngliche Motiv des Krieges das Maß sein, sowohl für das Ziel, welches durch den kriegerischen Akt erreicht werden muss, als für die Anstrengungen, die erforderlich sind.“<sup>7</sup>

Ausgangspunkte der Clausewitzschen Theorien sind Kriege Friedrichs des Großen und Napoleons. Seine Kritik an den Zeitgenossen bezieht sich auf das allgemein übliche induktive Verfahren, das Einzelbeispiele des Kriegsgeschehens zu Lehrsätzen verallgemeinert. Wörtlich schreibt Clausewitz über Militärtheoretiker: „Der Fehler der meisten unter ihnen ist der Mangel alles philosophischen Geistes, daher so oft eine schlechte, unzusammenhängende Einrichtung des Ganzen, schlechte Begründung der einzelnen Grundsätze und Regeln, kleinliche Ansichten, oft im hohen Grad pedantisch.“<sup>8</sup> Clausewitz postuliert demgegenüber die Philosophie als Denkmethode und Erkenntnismittel zu nutzen. Diese Vorgehensweise lehnt sich an Kiesewetter (1766-1819) an, einem Weggefährten Kants.<sup>9</sup>

Clausewitz zeigt, dass eine Theorie, in der Vorstellung und Wirklichkeit übereinstimmen sollen, auf die philosophische Denkmethode als Erkenntnismittel - abgesehen von kritisch ausgewerteten historischen Erfahrungen und Kenntnis gegenwärtiger Zeitstrukturen - nicht verzichten kann. Nur mit der Philosophie als Denkmethode kann sich die Formierung oder Verifizierung von Aussagen der Militärtheorie - im Sinne der Einheit von Vorstellung und Wirklichkeit -





als Gegengewicht durchsetzen gegen vordergründigen Pragmatismus und reines Technokratentum, die sich in der Abstraktion eines technischen Perfektionismus verlieren.<sup>10</sup>

Theorie wird nach Clausewitz aus Einsichten gebildet, die aus der kritischen Betrachtung der Erfahrungen gewonnen werden. Sie ist Ausgangspunkt für ein individuelles Urteil.<sup>11</sup> Clausewitz sieht die Funktion der Theorie in einer qualitativen Hilfestellung bei der Betrachtung und Interpretation komplexer praktischer Gegebenheiten. Er begründet diese restriktive Nutzung der Theorie mit den vielfältigen Friktionen, menschlichen Schwächen und einer unbegrenzten Zahl von Faktoren, die in der Politik eine Rolle spielen.

„Die Theorie von Clausewitz ist somit nicht ein selbständiges vorfindliches Lehrgebäude, sondern eine Methode zur Einübung kritischer Bewertung politischer Vorgänge“<sup>12</sup> die sich dann in der Qualität von getroffenen Entscheidungen spiegelt. Clausewitz selbst urteilt: „Nicht was wir gedacht haben, halten wir für einen Verdienst um die Theorie, sondern die Art, wie wir es gedacht haben.“<sup>13</sup>

Clausewitz offeriert somit eine ertragreiche, in ihren Elementen von der Gebundenheit seiner Zeit gelöste Methode des Denkens zur Selektion, Konstruktion und Interpretation konkreter Komplexität.<sup>14</sup> Diese begründet die fortdauernde Aktualität seiner Arbeiten als theoretische Basis für eine aktuelle Sicherheitsanalyse und für die Ableitung einer Strategie Europas. Mit Clausewitz zieht die philosophische Denkmethode in die Diskussion und Entwicklung von Kriegstheorien ein.

Heute existiert eine fundierte Clausewitz-Forschung – als genuiner Teil einer breit angelegten aktuellen Strategieforschung – beispielsweise in den USA, in Russland, China, Japan, Großbritannien und Frankreich. In Deutschland jedoch herrscht an breit angelegter Strategieforschung fundamentaler Nachholbedarf.

Professor Werner Hahlweg schrieb bereits 1972 im Vorwort zur 18. Auflage „Vom Kriege“: „Die Kriegspraxis unserer Epoche beweist, wie schwer es verantwortlichen politischen und militärischen Führungskreisen fällt, Zweck, Ziel und Mittel in der Wirklichkeit sinnvoll zu koordinieren“.<sup>15</sup>

Soweit der theoretische Exkurs über die Einheit von Vorstellung und Wirklichkeit in der Clausewitzschen Theorie, die - angesichts der Komplexität einer strategischen Lageanalyse – als geistige Orientierungshilfe und Maßstab dienen sollten.





### 3. Das Internationale Clausewitz-Zentrum

Heute existiert eine fundierte Clausewitz-Forschung – als genuiner Teil einer breit angelegten aktuellen Strategieforschung – beispielsweise in den USA, in Russland, China, Japan, Großbritannien und Frankreich. In Deutschland jedoch herrscht an breit angelegter Strategieforschung fundamentaler Nachholbedarf.

Die Führungsakademie hat im Jahre 1999 auf die geostrategische Lageänderung reagiert und das Internationale Clausewitz-Zentrum an der Führungsakademie der Bundeswehr gegründet. Die Weisung des Stellvertretenden Generalinspektors (1. Juni 1999) legte fest, dass die sicherheitspolitische Auseinandersetzung in kritischer Loyalität, aber ohne formale Bindung an offizielle Positionen, mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einrichtungen und Personen zu führen sei. „Dazu ist dem Zentrum weitgehende Unabhängigkeit einzuräumen, ohne die generelle Weisungsbefugnis der Akademieführung aufzuheben.. Ein weiterer Schwerpunkt soll die Beschäftigung mit der internationalen Clausewitz-Forschung und der Weiterentwicklung der Gedanken von Clausewitz unter Beachtung der veränderten und sich weiter verändernden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen“<sup>16</sup> sein. Das Internationale Clausewitz-Zentrum soll daher

- ein Ort für geistige Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Streitkräften sein und
- die Lehren des Kriegsfilosophen Carl von Clausewitz wahren.

Mit Vereinbarung vom 20. November 2002 wurde der Autor als ehrenamtlicher Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums eingesetzt. Vorstand und Beirat der Clausewitz-Gesellschaft haben von Anfang an das ICZ aktiv gefördert.

#### Überblick über bisherige ICZ-Veranstaltungen

Zeitraum 2003/2004

- 27. Oktober 2003: Clausewitzgespräch mit Prof. Dr. Joachim Krause, Universität Kiel zum Thema: „Aktuelle Regionalkonflikte und die Zukunft der Transatlantischen Beziehungen“
- 6. Dezember 2003: Clausewitz-Symposium mit MdB Hans-Ulrich Klose, Gen a.D. Klaus Naumann, Prof. Robert Gerald Livingston zum Thema: „Aktuelle Entwicklungen in den transatlantischen Beziehungen“. Gemeinsame Veranstaltung mit Friedrich Ebert-Stiftung und Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg





- 15. Dezember 2003: Clausewitzgespräch mit Frau Prof. Dr. Suzanne Schüttemeyer Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zum Thema: "Entparlamentarisierung – Modewort oder Alarmsignal" mit anschließender Diskussion über den Entwurf des Parlamentensendegesetzes
- 26. Februar 2004 Clausewitzgespräch mit General a.D. Dr. Klaus Reinhardt zum Thema: „Peacekeeping – Eine Aufgabe nicht nur für Soldaten!“ in Kooperation mit der Amerika-Gesellschaft, dem Harvard Club Hamburg und dem Übersee-Club
- 18. März 2004 Clausewitzgespräch mit Prof. Dr. August Pradetto, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg und Prof. Dr. Harald Kleinschmidt, Universität Tokio zum Thema: „Frühneuzeitliche europäische und japanische Friedenstheorien im Vergleich“ in Kooperation mit Haus Rissen
- 6. April 2004 ein Clausewitz - Kolloquium zur Gründung des ICISS an der Universität Potsdam
- 6. April 2004 Clausewitz-Workshop mit Prof. Dr. Jürgen Frese und PD Dr. Ulrike Kleemeier, beide Universität Münster sowie Prof. Dr. Beatrice Heuser, Leiterin Forschung MGFA zum Thema „Kleine Kriege – Neue Kriege?“

#### Zeitraum 2004/2005

- Am 23. November 2004 Clausewitz-Gepräch mit Brigadegeneral Werner Schowe, dem ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesnachrichtendienstes, zum Thema „Internationaler Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen“.
- Am 6. Dezember 2004 Clausewitz-Gepräch mit Prof. Rahul Peter Das, Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg zum Thema „Indien, Israel und Türkei – eine neue Dreierallianz im Entstehen?“
- Am 14. März 2005 Clausewitz-Gepräch mit dem Philosophen Prof. em. Dr. Alfred Schmidt von der Goethe-Universität in Frankfurt zum Thema: „Deutscher Idealismus/Romantik, Hegel und Clausewitz“. in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Hamburg
- Am 11. April 2005 Clausewitz-Gepräch mit dem Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses General Harald Kujat zum Thema „Zukunft des Atlantischen Bündnisses“. Diese Veranstaltung wurde zusammen mit der Amerika-Gesellschaft und dem Harvard-Club an der Führungsakademie ausgerichtet
- Am 9. Mai 2005 Clausewitz-Symposium mit Ansprache des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust und Vortrag Verteidigungsminister Dr. Peter Struck zum Thema: „Die neuen Aufgaben der Bundeswehr“. Bei der Veranstaltung kooperierte das ICZ mit dem Übersee-Club Hamburg.





Das Programm 2004/2005 reflektiert den Auftrag des ICZ zur gesellschaftlichen Debatte aktueller sicherheitspolitischer Themen und zur Wahrung der Clausewitzschen Kriegsphilosophie. Bemerkenswert war die erfolgreiche Kooperation mit wichtigen gesellschaftlichen Institutionen des öffentlichen Lebens in Hamburg, die sich in diesem Jahr fortsetzen wird:

#### Programmwurf für Zeitraum 2005/2006

- Am 1. Dezember 2005 mit Prof.Dr. Andreas Herberg-Rothe, Humboldt-Universität in Berlin, z. Zt. London School of Economics zum Thema: „Clausewitz‘ Theorie des Krieges zwischen Jena, Moskau und Waterloo“
- Am 14. Dezember 2005 Clausewitz-Gespräch mit Generalmajor Dipl. sc. Pol. Wolf-Dieter Löser, Kommandeur FüAkBw zum Thema: „Das Euro-Korps in Afghanistan – Erfahrungen aus dem Einsatz am Hindukusch“
- „Zukunft deutscher Sicherheitspolitik“ (Arbeitstitel) Einladung an den designierten Verteidigungsminister
- 18. Januar 2006 / 1.2.2006 Clausewitz-Symposium (Arbeitstitel) „Europa im 21. Jahrhundert“ mit Giscard d’Estaing, ehem. Präsident Frankreichs und Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt (angefragt) in Kooperation mit Übersee-Club Hamburg
- April 2006, Clausewitz-Symposium in Berlin mit dem Generalsekretär Afrikanische Union (angefragt), zum Thema: „Afrika“ (Arbeitstitel) in Kooperation mit Friedrich Ebert Stiftung
- (Ohne Termin) Thema: „Friedrich der Große“, Prof. em. Dr. Alfred Schmidt, Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt (zugesagt) in Kooperation mit Herrn Dr.Gorscheneck, Katholische Akademie Hamburg
- (Ohne Termin) Thema: „Zukunft der Vereinten Nationen“ gemeinsam mit dem Übersee-Club Hamburg wird eine Einladung an den Generalsekretär Kofi Anan vorbereitet.

Das ICZ ist heute Forum für sicherheitspolitische Auseinandersetzungen an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Streitkräften und thematisiert die Clausewitzsche Philosophie und Kriegstheorie. Es wird von Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen, von Lehrgangsteilnehmern - besonders auch der Generalstabslehrgänge und der Helmut-Schmidt-Universität - sowie von aktiven und ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte angenommen.

Erfolgreiche Kooperationen bestehen mit dem Übersee-Club, der Amerika-Gesellschaft, dem Harvard-Club, der Katholische Akademie, dem Haus Rissen in





Hamburg, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und den Universitäten Potsdam, FU/HU Berlin, Halle-Wittenberg, Münster, Frankfurt und Trier.

#### **4. Gründung eines Internationalen Clausewitz-Institutes für Strategische Studien (ICISS) an der Universität Potsdam**

Die veränderte geostrategische Ausgangslage verlangt nach den Worten des Bundespräsidenten klare Analysen und eine breite gesellschaftliche Debatte. Interministerielle und interdisziplinäre sicherheitspolitische Analysen und Bewertungen sind Voraussetzungen für die Ableitung zielgerichteter und zukunftsorientierter nationaler und internationaler Lösungsstrategien. Dies kann nur in einer Kooperation mit der Wissenschaft und auf der Basis Clausewitzscher Theorien erfolgen. Akademische Einrichtungen, sog. Think Tanks, sind besonders geeignet, wissenschaftlich fundierte und zugleich praxisorientierte Strategieempfehlungen zu geben. Sicherheitspolitische Analysen gibt es in Deutschland zwar in genügender Zahl, die meist ex-post Erklärungsmuster für politische Entwicklungen beisteuern und für aktuelle bzw. zukunftsorientierte Strategieberatung nur eingeschränkt nutzbar sind. Interdisziplinäre sicherheitspolitische Analysen und strategisches „Vordenken“ sind in Deutschland tatsächlich nur rudimentär vorhanden.

Ein – mit großer Unterstützung der Clausewitz-Gesellschaft - an der Universität Potsdam projektiertes Institut: Das Internationales Clausewitz Institut für Strategische Studien (ICISS) kann hier eine Lücke schließen: Im ICISS sind Risiken - besonders für eine langfristig orientierte erweiterte Sicherheitspolitik - mit wissenschaftlicher sowie praxis- und einsatzerfahrener militärischer Kompetenz interdisziplinär zu analysieren und zu bewerten. Daraus sollen zukunftsgerichtete Folgerungen hinsichtlich strategischer Vorgehensweisen formuliert werden, um Sicherheitsrisiken zu überwinden oder zu minimieren. Auf diese Weise müssen politischen Entscheidungsträgern Strategievorlagen für wissenschaftlich fundierte, praxisbezogene und handlungsorientierte Entscheidungen angeboten werden.

Ein Gründungskolloquium wurde am 6.4.2004 an der FüAkBw erfolgreich durchgeführt. Ein Vortrag im Professorium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an der Universität Potsdam ist am 15.6.2005 erfolgt. Festlegung einer Projektgruppe zur Konstituierung eines Fördervereins, Finanzplans sowie Zielpräzisierung wird in den nächsten Jahren vorbereitet.





Das ICISS ist ein Zukunftsprojekt, das in der Zusammenführung wissenschaftlicher und einsatzerfahrener Personen mit der Zielrichtung Clausewitzsche Theorien zur fundierten Bewertung sicherheitspolitischer Vorgänge heranzuziehen, gegründet wird.

## **5. Schlussbemerkung**

In der öffentlichen Diskussion werden zu Recht - bezogen auf die militärische Sicherheitsvorsorge - entsprechende Ressourcen eingeklagt. Aber das Defizit, das Bundespräsident Horst Köhler angeprangert hat, ist primär philosophischer Natur. Es hat sich in den Streitkräften ein taktisches und - meist rückwärts gewandtes - operatives Denken fest verankert.

Strategie und Philosophie, wie sie Clausewitz postuliert und zeitlos begründet hat, sind Mangelware in der nationalen Sicherheitsvorsorge Deutschlands. Diese Disziplinen müssen in Zukunft wesentlich verstärkt werden. In diesem Sinne sollen die Aktivitäten des Internationalen Clausewitz-Zentrums und das geplante Institut an der Universität Potsdam zur Intensivierung des gesellschaftlichen Diskurses über sicherheitspolitische Themen verstanden werden.

Abschließend möchte ich mich für die Unterstützung durch die Clausewitz-Gesellschaft und durch die Führungsakademie der Bundeswehr ganz herzlich bedanken.

### **Zum Autor:**

Professor Dr. Lennart Souchon, Kapitän zur See a.D., Marineoffizier der Crew IV/62, setzt sich seit vielen Jahren mit Fragen der nationalen Sicherheitsvorsorge auseinander: Er war u.a. von 1992-1995 Studienleiter an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und von 1999-2001 Leiter des Fachbereichs Sicherheitspolitik und Strategie an der Führungsakademie und Leiter des Internationalen Clausewitz-Zentrums (ICZ). Seit 1993 Lehrauftrag an der Universität Potsdam mit Schwerpunkten Europäische Strategie und Clausewitz und von 2002-2004 Lehrauftrag an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg. Ab 2002 ehrenamtlicher Leiter des ICZ. 2003 Ernennung zum Professor seitens der Universität Potsdam.



## Anmerkungen:

- 1 Francis Fukuyama, 1992, Das Ende der Geschichte, München S.11ff
- 2 Helga Haftendorn, 1996, Die Sehnsucht nach einer Kristallkugel, in: Internationale Politik, August 1996, S.3ff
- 3 Vgl. dazu auch die National Security Strategy of the United States of America, 13.Mai 2003, The National Defense Strategy of the United States of America, März 2005 und die Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung, 21.Mai 2003, die entsprechende Risiken benennen.
- 4 Vgl. hierzu den „Entwurf eines Vertrags für eine Verfassung für Europa“, vom 20.Juni 2003
- 5 Bundespräsidialamt (Pressemitteilung), Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 10.Oktober 2005 in Bonn, S.7
- 6 Carl von Clausewitz, 1972, Vom Kriege, Achtzehnte Auflage mit erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Professor Dr.Werner Hahlweg, Bonn, S. 990-991
- 7 Ebd. S.200
- 8 Werner Hahlweg, 1980, Philosophie und Theorie bei Clausewitz, in: Clausewitz-Gesellschaft (Hrsg.), Freiheit ohne Krieg ?, Bonn, S.326
- 9 Vgl. S.327
- 10 Vgl. S.332
- 11 Eberhard Wagemann, 1980, Hilfe von Clausewitz. Versuch einer Bestandsaufnahme militärpolitischer und strategischer Probleme der Gegenwart im Lichte des theoretischen Ansatzes von Clausewitz, in: Clausewitz-Gesellschaft (Anm. 7), Bonn, S.25
- 12 Ebd. S.33
- 13 Vgl. Werner Hahlweg, 1972, Das Clausewitzbild Einst und Jetzt, in: Clausewitz (Anm. 6), S.26
- 14 Vgl. Haftendorn (Anm.2), S.6
- 15 Clausewitz (Anm.6), S.50
- 16 Bundesministerium der Verteidigung, Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr und Inspekteur der zentralen Militärischen Dienststellen der Bundeswehr, Vizeadmiral Hans Frank, vom 1.Juni 1999, S.1f



## Auf der Suche nach dem göltigen Erbe.

Einige Bemerkungen zu Boyen, Clausewitz, Gneisenau, Grolman, Scharnhorst in ihrer und unserer Zeit.

Georg Meyer

„Ach – wenn ich schon von Scharnhorst höre – diesem Demokraten!“ Dieser Stoßseufzer soll sich dem Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr v. Fritsch, entrunnen haben, als ihm der Entwurf der Rede des Reichskriegsministers Generaloberst v. Blomberg zum 125. Jahrestag der Eröffnung der Allgemeinen Kriegsschule in Berlin vorgelegt wurde<sup>1</sup>. Selbstverständlich vermied es Blomberg bei dieser Gelegenheit im Oktober 1935, etwaigen demokratischen Neigungen Scharnhorsts nachzugehen, sondern vereinnahmte ihn als „Revolutionär, der die Einheit von Volk, Staat und Wehrmacht geschaffen habe“, gewissermaßen als Ahnherrn der nationalsozialistischen „Wiedergeburt“<sup>2</sup>.

Am 26. Dezember 1943 ging das Schlachtschiff „Scharnhorst“ im Gefecht mit überlegenen britischen Seestreitkräften verloren, wie die kleinen Kreuzer „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ Anfang Dezember 1914 in der Seeschlacht bei den Falklandinseln. Blomberg hatte im Oktober 1936 beim Stapellauf der zweiten „Scharnhorst“ das Schiff „als sichtbares Zeugnis unserer Friedensliebe und unseres Verständigungswillens“ bezeichnet. Es solle den Namen des hannoverschen Bauernsohnes tragen, der „zu einem Wegbereiter völkischer Erneuerung wurde“.

Ganz ohne diesen Bombast kam die Bundesmarine aus, die bis Ende der 60er Jahre zwei ehemals englische Fregatten nun abermals mit den Namen „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ als Schulschiffe nutzte. Dies entsprach dem nüchternen Traditionsverständnis des ersten Inspektors, Vizeadmiral Ruge.

Wenige Tage nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht hielt ein deutscher Historiker in einem Brief den „lehrreichsten Einblick in die trostlosen Verhältnisse der atomisierten Armee“ fest, den ihm ein angeheirateter Verwandter, Chef des Generalstabes eines Armeekorps, in Göttingen unmittelbar vor Augen geführt hatte. Das Armeekorps habe noch 600 Gewehre gehabt, im Armeebereich 26 Rohre auf 80 Kilometer Breite: „Dies das Ende von Clausewitz, Gneisenau, Moltke, Schlieffen – selbst Ludendorff dürfte sich sehen lassen neben dieser Kriegsführung“<sup>3</sup>, in der ja auch eine ausgerechnet nach Clausewitz benannte hastig zusammengewürfelte Division zugrunde ging.<sup>4</sup>





Die Diagnose des Göttinger Professors, dies sei nun das unwiderrufliche Ende der preußisch-deutschen Militärgeschichte, erwies sich bald als unzutreffend. Wieder und wieder, bis in unsere Tage wurden und werden die preußischen Reformer beschworen – um Moltke und Schlieffen ist es allerdings stiller geworden, was zumindest Moltke nicht verdient.



Das Dreisäulenmodell der Traditionspflege der Bundeswehr<sup>5</sup> hat die preußische Heeresreform und ihre Protagonisten in einem längeren Entwicklungsprozeß mittlerweile gleichsam kanonisiert. So dienten sie und ihr unvollkommenes Werk im Laufe der Jahre als eine Art militär- und sicherheitspolitische Nothelfer. Der nichtmilitärischen Außenwelt erscheinen sie demgegenüber aber auch als Schreckgespenster des so unheilvollen preußischen Militarismus, der gelegentlich in Feuilletons und einigen Geschichtsbetrachtungen umso entschlossener bekämpft wird, je weiter wir von seinen mehr oder weniger realen Erscheinungsformen entfernt sind.

Es fehlt nicht an weiteren Beispielen der oft auch kurzatmigen Berufung auf die Manen. Um die Jahreswende 1949/50 kursierte in Hamburg die vielgelesene Schrift eines unbekanntenen Verfassers, „Gedanken für ein soldatisches Manifest“, in dem die Frage gestellt wurde, käme es zu einem Verteidigungsbeitrag der eben gegründeten Bundesrepublik Deutschland, wo ist der Seeckt der Gegenwart, wo sind Männer wie Gneisenau und Scharnhorst?<sup>6</sup>

Kurz vor der Konferenz in Himmerod – da kam man bei eigenem Gedankenreichtum übrigens noch ohne den Rückgriff auf die Reformzeit aus – erkundigte sich Anfang September 1950 der Konteradmiral a.D. Godt nach einem ihm von einem Crewkameraden als „den kommenden Scharnhorst“ bezeichneten ehemaligen Oberstleutnant, fügte aber zweifelnd hinzu, diese Qualifizierung ließe ihn, Godt, vermuten, daß der Betreffende „vage Ideen“ hat<sup>7</sup>. Der Admiral gab damit zu erkennen, ähnlich wie Fritsch Jahre zuvor, daß „Scharnhorsts Vermächtnis“ – so der Titel eines Buches des Staats- und Verwaltungsjuristen und weiland SS-Brigadeführers Reinhard Höhn, das in den 50er Jahren die allgemeine Scharnhorst-Rezeption entscheidend beeinflusste<sup>8</sup> – durchaus unterschiedliche Interpretationen zuließ.





Neben den eigenen bitteren Erfahrungen und den Nachwirkungen der beruflichen Erschütterung in der Zeit der Unterwerfung des Militärs unter Hitlers Despotie – mit der Konsequenz, so etwas künftig nicht wieder geschehen zu lassen –, waren offenbar, ohne daß es dazu einer Dienstanweisung bedurft hätte, in der Dienststelle Blank die preußischen Reformen als „sinnstiftendes und Traditionen begründendes Ausgangsereignis“ nicht umstritten<sup>9</sup>, im Gegensatz zu erbitterten Debatten um den 20. Juli 1944. Einigen war der Rückgriff auf die kurze Zeit, in der die umfassende Reform Preußens so energisch versucht wurde, gewiß Herzenssache. Anderen erschien dies eher nützlich zur Argumentation für die Notwendigkeit und die Struktur eines deutschen Verteidigungsbeitrages überhaupt.

Das Dreisäulenmodell der Traditionspflege der Bundeswehr hat die preußische Heeresreform und ihre Protagonisten in einem längeren Entwicklungsprozeß mittlerweile gleichsam kanonisiert.

Die Nutzung für den täglichen Gebrauch barg natürlich die Gefahr in sich, daß das Gedankengebäude und das Reformwerk in kleine Münze umgewechselt wurde, wie es nicht selten auch geschah, oder gar an die Verfechter des Neubeginns in der Ermekeil-Kaserne der Maßstab vergangener Größe angelegt worden ist. Sehr früh, 1952, hatte etwa der mit dem Ritterkreuz

ausgezeichnete Oberst d.R. a.D., nun Bundesminister Eberhard Wildermuth die Planungen für den Verteidigungsbeitrag als „eine der schwersten und der schönsten“ jemals deutschen Offizieren gestellte Aufgabe bezeichnet, nur vergleichbar der „großen Wehrverfassungsrevolution von Scharnhorst“<sup>10</sup>. Der spätere Innenminister Gerhard Schröder sah 1952/53 im wehrpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion das Problem nüchterner, weil er im Blick auf das Personal der Dienststelle Blank dort „keine schöpferische Persönlichkeit vom Kaliber eines Scharnhorst ausmachen konnte“.<sup>11</sup> Theodor Blank selbst hingegen nahm für sich persönlich die Entwicklung des auf die Reformzeit zurückzuführenden Leitbildes vom Staatsbürger in Uniform „bereits im Oktober 1950“ in Anspruch und scheute gelegentlich auch nicht den Vergleich mit der Aufgabe Scharnhorsts<sup>12</sup>. Allerdings gab er auch ein Beispiel für die oft selektive Anknüpfung an das Reformwerk. Im Jahre 1956, in seinem überzeugenden Plädoyer für die allgemeine Wehrpflicht, berief er sich zwar auf Scharnhorst und Gneisenau und deren Einstellung, „nirgends trete die Identifikation des Bürgers mit dem Gemeinwesen, die wechselseitige Verknüpfung von freiheitlichen Rechten und bürgerlichen Pflichten deutlicher zutage als bei dieser Wehrform“<sup>13</sup>. Aber Blank ließ dabei außer acht, nicht unwichtig in der zeitweise heftigen Auseinandersetzung über die Struktur der Bundeswehr, daß die von ihm angerufenen Reformer ja gerade eine Mischform aus stehendem Heer und Landwehr-, das heißt Milizformationen angestrebt und verwirklicht hatten, ein Konzept, das in der Dienststelle Blank mit guten Gründen auch in neuer Gestalt frühzeitig verworfen worden war.





Graf Baudissin, in der Dienststelle Blank mit der Problematik des inneren Gefüges und der Konstruktion der Idealfigur des Staatsbürgers in Uniform befaßt, war wohl derjenige, der besonders unbefangen die Reformzeit für die Durchsetzung seiner Vorstellungen instrumentalisierte<sup>14</sup>. Dabei war ihm bewußt, es sei bedenklich, „bestimmte Zeiten und große Gestalten in [...] grober und vergewaltigender Vereinfachung vor unseren Wagen zu spannen“<sup>15</sup>. Das hinderte ihn aber nicht daran, in einer Rede am 30. Oktober 1957 an der Schule für Innere Führung in Koblenz zum 200. Geburtstag des Freiherrn vom Stein das Scheitern der preußischen Reformer, den „Triumph der Restauration“<sup>16</sup> so zu akzentuieren, daß die Hörer die Nachtigallenklänge nicht überhören konnten. Baudissin, in „selbstverkündeter Verwandtschaft“ (Abenheim) mit den Reformern<sup>17</sup>, sah wie so oft noch sein eigenes Werk in Gefahr und meinte eigentlich den Zustand der Bundeswehr im Jahre Zwei ihres Aufbaus, der nun wirklich noch viele Wünsche offen ließ, nicht nur auf dem Sektor der Verwirklichung der Inneren Führung.

Bei allem Respekt für die herausragenden Leistungen Blanks und Baudissins – der Mantel Scharnhorsts war beiden zu weit, selbst wenn er nach dem Verfahren des heiligen Martin von Tours geteilt worden wäre.

Noch einiges ist bei der Instrumentalisierung der preußischen Reformzeit für die Fundamentierung des westdeutschen Verteidigungsbeitrages zum atlantischen Bündnis zu bedenken. Einmal durfte die Inanspruchnahme nicht zu weit gehen, mit Rücksicht auf das französische Langzeitgedächtnis, das sich nicht nur einmal bei den Verhandlungen in Paris über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft bemerkbar machte. Der in erster Linie gegen Napoleon gerichtete Antrieb der Reformer sollte nicht etwa in einen grundsätzlich antifranzösischen Affekt umgedeutet werden können, der die öffentliche Meinung der Jahre nach Jena und Auerstedt namentlich in Preußen stark beherrscht hatte. So wurde in den 50er Jahren der geschichtliche Rahmen der Reformzeit bewußt diffus gehalten und der Akzent vornehmlich auf die reformbedürftigen inneren Verhältnisse Preußens gesetzt. Wohl auch, um das Gedeihen der noch zarten Pflanze der deutsch-französischen Verständigung nicht zu gefährden, griff man zum Beispiel im „Handbuch Innere Führung“ zu möglichst keimfreien Formulierungen, wenn der Themenkreis der Reformen in Preußen berührt wurde<sup>18</sup>. Kein Wort davon, was sie doch gerade bewirken sollten, vorrangig die Fähigkeit zur „Befreiung von einem scheußlichen Joch“ – wenn denn diese Formulierung aus einem Aufruf Scharnhorsts und Gneisenaus nicht zu vermeiden war, wurde sie so interpretiert, der Staatsbürger solle zum Staatsverteidiger werden<sup>19</sup>.





Es ist in diesem Zusammenhang wohl auch kein Zufall, daß ein sonst nicht allein in der vaterländischen Literatur gern genutztes Beispiel für selbständiges, unabhängiges Handeln in einer Ausnahmesituation, die Konvention von Tauroggen, 30. Dezember 1812, im Handbuch Innere Führung überhaupt nicht erwähnt wird.<sup>20</sup> Daß in Folge dieser Übereinkunft das preußische Kontingent aus der Grande Armée ausschied, war nicht nur ein heikles nachwirkendes Kapitel in den französisch-preußischen Beziehungen. Sondern dieses besondere Vorkommnis war ja auch im Zweiten Weltkrieg propagandistisch genutzt worden, als die sowjetische Seite mit dem Hinweis auf Tauroggen an nationale, patriotische Empfindungen appellierte, damit aber nichts anderes als Gimpelfang betrieb.

Angesichts der politischen Konstellation im Kalten Krieg, der Eindeutigkeit der Westbindung, schwieg man jedoch in den 50er Jahren rücksichtsvoll über Tauroggen, wo schon auf seiten der neuen Bündnispartner das Stichwort Rapallo – der Ansatz einer deutsch-sowjetischen Verständigung im April 1922 – Nervosität und Stirnrunzeln auslöste.

Mit dem Bezug auf die Reformzeit sind auch einige öffentlich zutage getretene Kontroversen in der Dienststelle Blank, die sich zumeist an Baudissins Arbeitsgebiet entzündeten, in der Öffentlichkeit nach dem Schema gut – böse, richtig – falsch, hie „Reform“, da „Traditionalismus“, wenn nicht Reaktion, bewertet worden. Auf diese Weise gelangte die Reformzeit zu unberechtigter Aktualität. Denn so war es nicht, daß in der Ermekeil-Kaserne die Geister Gneisenaus, Scharnhorsts, Grolmans ihre Schlachten noch einmal schlugen, gegen Marwitz, Müffling und Knesebeck. Wenn dies in mancher für den westdeutschen Verteidigungsbeitrag werbenden Rede und auch sonst publizistisch beschworen worden ist, so konnte doch von dieser Epoche keine überzeugende Parallele zu den Anstrengungen in der Dienststelle Blank unter unvergleichbaren außenpolitischen Bedingungen und innenpolitischen Voraussetzungen gezogen werden.

Den Höhepunkt der Nutzung einer vergangenen Epoche für das Tagesgeschehen stellt zweifellos der 12. November 1955 dar, der 200. Geburtstag Scharnhorsts, der später zum offiziellen Gründungstag der Bundeswehr bestimmt worden ist<sup>21</sup>. An diesem Tag erhielten die ersten 101 Freiwilligen, einige davon Mitarbeiter der Anfang Juni zum Bundesministerium für Verteidigung verwandelten einstigen Dienststelle Blank, die wenigsten schon in Uniform, im Rahmen einer sehr kargen Zeremonie, was den Unmut des Bundeskanzlers hervorrief, ihre Ernennungsurkunden aus der Hand des Ministers. Entgegen späteren Deutungen<sup>22</sup> war die Festlegung dieses Datums ein glücklicher Zufall. Seit der Aufnahme der Bundes-





republik Deutschland in die NATO am 9. Mai 1955 war – jedenfalls für die mehr oder minder interessierte Öffentlichkeit nicht erkennbar – nichts geschehen, was als Aufstellung deutscher Streitkräfte hätte gedeutet werden können. Dies hatte im Bündnis gerade auch im Zusammenhang mit Adenauers aufsehenerregender Moskau-Reise vom 8. bis 14. September schon zu Irritationen geführt.<sup>23</sup>

Aber erst das Ende Juli 1955 in Kraft getretene Freiwilligengesetz schuf überhaupt die Möglichkeit, Soldaten „auf Probe“ einzustellen – abgesehen von dem für das Spitzenpersonal vorgeschaltete Verfahren des Personalgutachterausschusses<sup>24</sup> und abgesehen von allen nur denkbaren organisatorischen und materiellen Hemmnissen, die sich dem gesamten Vorhaben in den Weg stellten. So war es denn ein beinahe verzweifelter Befreiungsschlag, daß Blank nach einigem unerfreulichen Hin und Her den 12. November zu dem Tag bestimmte, an dem „die Verwirklichung unseres Verteidigungsbeitrages“ sichtbar werden sollte.<sup>25</sup>

Graf Baudissin, in der Dienststelle Blank mit der Problematik des inneren Gefüges und der Konstruktion der Idealfigur des Staatsbürgers in Uniform befaßt, war wohl derjenige, der besonders unbefangene die Reformzeit für die Durchsetzung seiner Vorstellungen instrumentalisierte.

Daß dieser Tag zugleich Scharnhorsts Geburtstag war, ist natürlich kein Geheimnis gewesen. Schon im Sommer hatte der Bundespräsident darauf aufmerksam gemacht und eine grundsätzliche Äußerung beabsichtigt<sup>26</sup>, was dem Gedenktag gewiß eher gerecht geworden wäre als die improvisierte Veranstaltung in der Garagenhalle der Erneikeil-Kaserne. Auch längst nicht alle Angehörigen des noch jungen Ministeriums waren am 12. November 1955 vom Geiste Scharnhorsts erfaßt. So bestand Heusinger darauf, daß erst der „Beginn in Andernach“, vorgesehen für den Januar 1956, als „Geburtsstunde der neuen Wehrmacht“ anzusehen sei<sup>27</sup> - der Name Bundeswehr stand ja noch nicht fest.

Nicht zum erstenmal in der frühen Geschichte der Bundeswehr obsiegte der Primat der Politik, diesmal auf vernünftige Weise, auch wenn vielleicht der Tag von Andernach länger im Gedächtnis haften geblieben ist, auch wegen einer beeindruckenden Ansprache des Bundeskanzlers und des militärischen Zeremoniells. Aber auf längere Sicht hat die Verlegenheitslösung, zu der Blank hatte greifen müssen, tatsächlich eine, vielleicht die erste Tradition der Bundeswehr gestiftet.<sup>28</sup>

Fortan ist allerdings das Bestreben in der Bundeswehr nicht zu verkennen, nach dem etwas mißlungenen Start das Andenken an die Reformzeit pietätvoll zu pflegen. So wurden zum Beispiel Kasernen nach dem Freiherrn vom Stein, nach Clausewitz, Gneisenau und Scharnhorst benannt<sup>29</sup>, und in der Reihe „Information für die Truppe“ kam die Thematik der Reformzeit häufig zur Sprache.<sup>30</sup>





Allerdings spielte bei dieser Aneignung und Vergewisserung eine wesentliche Rolle, daß sich auch die „Nationale Volksarmee“ der „DDR“ der preußischen Reformer, insbesondere Scharnhorsts, auch Clausewitz‘, bemächtigte und sie für ihre Traditionspflege in Anspruch nahm<sup>31</sup>. Dem galt es entschlossen zu begegnen, auch um zu verhindern, daß etwa die Umdeutung von Clausewitz‘ Gedankenwelt im Sinne der marxistischen Dogmatik herrschende Lehre wurde. Und so ist vielleicht die Benennung der Clausewitz-Kaserne im Frühjahr 1977 in diesem Zusammenhang zu sehen – Forschungslücke.

Recht gewaltsam wurde in der NVA versucht, die preußisch-russischen Beziehungen im frühen 19. Jahrhundert mit dem Verhältnis der „DDR“ zur Vormacht im Warschauer Pakt unter dem Stichwort „Waffenbrüderschaft“ in Einklang zu bringen.

So einfach machte man es sich in der Bundeswehr nicht. Im Sinne Goethes gebildete Soldaten der Bundeswehr wie Werner Gembruch, Hans Meier-Welcker, Christian Millotat, Hans Speidel, Erich Vad, Eberhard Wagemann, Günter Will bemühten sich im Laufe der Jahre darum, die Gedankenwelt der Reformer für unsere Zeit und unsere Fragen verständlich zu machen.<sup>32</sup>

Ein ähnliches Ziel verfolgte die bemerkenswerte Reihe „Schicksalsfragen der Gegenwart“, deren sechs Bände von 1957 bis 1961 erschienen, herausgegeben vom Bundesministerium für Verteidigung. Der Schwerpunkt der Reihe ist natürlich nicht bei der Zeit der preußischen Reformen gesetzt. Aber einige Beiträge, verfaßt von bekannten und anerkannten Gelehrten dieser Jahre wie Walter Bußmann, Otto Heinrich v. der Gablentz, Werner Hahlweg, Hans Herzfeld, Gerhard Ritter und Erich Weniger<sup>33</sup> visieren die Problematik auch in größeren Zusammenhängen an und durchdringen sie wissenschaftlich fundiert. Jedoch ist Skepsis angebracht, welche anhaltende Wirkung diese und die anderen gelehrten Darlegungen zu den Schicksalsfragen jener Jahre entfaltet haben. Denn die Anzeige der Bände, die in letzter Zeit nicht selten im Antiquariat angeboten werden, ist oft mit dem ernüchternden Vermerk „gut erhalten – ohne Gebrauchsspuren“ versehen.

Obwohl in ihrer Gründungsphase und der Anfangszeit ihres Bestehens von der Spitze der Bundeswehr zunächst mit Skepsis und Zurückhaltung betrachtet<sup>34</sup>, hat auch unsere Gesellschaft schon durch ihre Namengebung ein sichtbares Zeichen für die ebenso anspruchsvolle wie positive Nutzung der Reformzeit gesetzt, mit der ja Clausewitz als eines nahen Gehilfen von Scharnhorst eng verbunden ist. Sie verwarf es, an die einstige „Schlieffen-Gesellschaft“ anzuknüpfen und besann





sich bei der Gründungsversammlung am 18. November 1961 in Heidelberg auf „einen Namen [...], der das Streben nach ‚generalem‘ Denken als einem ständigen Anliegen der Vereinigung nach außen sichtbar machen sollte“<sup>35</sup>.

Der amtlich-offiziellen Wertschätzung der Reformzeit in Preußen und ihrer bekannteren Repräsentanten jedenfalls im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung steht allerdings eine recht verbreitete mangelnde Akzeptanz, wenn nicht Ignoranz im allgemeinen gegenüber. Das signifikante Beispiel hierfür ist eine Krähwinkelei in der ersten Hälfte der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Berlin. Es ging um den Standort der von Christian Daniel Rauch geschaffenen Denkmale für die Generale Friedrich Wilhelm Freiherr v. Bülow, Graf v. Dönhertz (1814), und Gerhard Johann David v. Scharnhorst an der Neuen Wache, wo sie nach Schinkels Konzept ursprünglich ihren Platz hatten. Dort dürfen sie jetzt aber nicht wieder sein, und beim Streit darüber verstieg sich der damalige Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Christoph Stölzl, an sich ein belesener und gebildeter Intellektueller, zu der erstaunlichen Diagnose, Scharnhorst sei „heute unverständlich“. Allenfalls seine bayerischen Wurzeln können als Erklärung für Stölzls Fehlurteil herangezogen werden. Dagegen überraschte der Fundamentalkritiker der alten Bundesrepublik Deutschland Walter Jens kaum, als er Stölzl mit der Benotung Scharnhorsts als „Strategie“ (im Verständnis des Altphilologen Jens selbstverständlich ein Schimpfwort) sekundierte und das alte Ensemble der Neuen Wache als „martialischen Synkretismus“ denunzierte.<sup>36</sup>

Zum Troste würdigt immerhin das Geschichtsbuch der niedersächsischen Hauptschulen dieser Jahre „das preußische Reformwerk der Stein, Hardenberg, Humboldt, Gneisenau und Scharnhorst“<sup>37</sup> – aber diese Lektüre war vielleicht unter dem Niveau der beiden Geschichtsinterpreten.

Der neuerdings wieder einmal geäußerte, allerdings nicht gerade sensationelle Befund, daß die Konstruktion von europäischen Nationalgeschichten mit Mythen eng verwoben ist<sup>38</sup>, bestätigt sich ohne weiteres beim Blick auf die kaum noch zu bewältigende wissenschaftliche Literatur über die wenigen Jahre der preußischen Reformzeit. Kaum eine andere Epoche der neueren deutschen Geschichte, abgesehen vielleicht von den Jahren von 1945 bis 1933, erscheint gründlicher erforscht. Nahezu alle Beteiligten auf seiten des Militärs haben, namentlich zum sogenannten „Säkularjahr“ 1913 ihre Biographen gefunden, Gesamtdarstellungen, gründliche Einzeluntersuchungen, auch umfangreiche Akteneditionen und Veröffentlichungen anderer Quellen liegen vor.





Bei aller wissenschaftlichen Solidität dieser gelehrten Leistungen ist jedoch nicht zu verkennen, daß manche Historiker „in der Faszination durch die Reformer oftmals geradezu geblendet waren“<sup>39</sup>. So sprach etwa Gerhard Ritter sowohl vom „Überschwang ihres Patriotismus“ und meinte damit Stein, Gneisenau und Ernst Moritz Arndt, nannte aber im gleichen Atemzug die Zeit ihres Wirkens eine „Höhenepoche deutscher Geschichte“<sup>40</sup>. Und Friedrich Meinecke tat es ihm gleich: Manchem werde „das Herz vor Freude schlagen“, schrieb er, „wenn er diese vielbegehrenden und hochstrebenden Männer auch das Unmögliche versuchen und über den wirklichen Staat hinausfliegen sieht“.<sup>41</sup>

Solche Urteile, deren Reihe sich leicht verlängern ließe, lassen sich unschwer aus der Zeit ihrer Entstehung verstehen, einmal – Meinecke – die letzten Jahre vor 1914, Ausdruck des vorherrschenden Sekuritätsgefühls, des Stolzes auch auf das im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Erreichte. Zum anderen – Ritter – nach den selbst mit durchlittenen dunklen Phasen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Erinnerung an die „Unglücksschläge von 1806 und 1807“ (Meinecke), nach denen ein produktiver Geist der Erneuerung und eines Neubeginns von Grund auf wehte, den sich in ähnlicher Weise nicht nur Gerhard Ritter nach 1945 ersehnte.

Am 27. November 1807 unterrichtete Scharnhorst Clausewitz darüber, daß ihm der König – Friedrich Wilhelm III. – die „Reorganisation mit einer sehr heterogenen Kommission“ übertragen habe, bei der aber „nur Gneisenau und Grolman höherer Ansichten fähig“ seien. Der mit dieser Berufung zum Generalmajor avancierte Scharnhorst hatte keine Illusionen über die dem Vorhaben sogleich erwachsenden inneren Widerstände. „Der v.K.“ – gemeint der 70jährige Feldmarschall Graf Friedrich Adolf Kalckreuth, damals Oberkommandierender der vernichtend geschlagenen Armee, beauftragt mit dem Waffenstillstand zu Tilsit Ende Juni und dem Abschluß der Konvention über die Ausführung des Friedens vom 12. Juli 1807 – sei „halb rasend“ gewesen und viele andere „untröstbar“, „daß ein so dem Inneren der Armee Unkundiger da gebraucht werden sollte, wo es auf langjährige Erfahrung ankam“.<sup>42</sup>

Mit der Einsetzung dieser Militär-Reorganisationskommission beginnt das in erstaunlich kurzer Zeit geleistete Werk der Umgestaltung und teilweisen Neugestaltung der preußischen Armee, eng verwoben mit den Ansätzen langfristig wirkender Reformen des gesamten Staats- und Gemeinwesens. Das heißt nun nicht, daß Reformgedanken allein aus der katastrophalen Niederlage von Jena und Auerstedt erwachsen wären. Überlegungen, „das starre Gefüge der frideri-





zianischen Heeresverfassung“ zu lockern, gingen schon vor 1806 um. Aber einige Ansätze auch zur Verwirklichung neuer Ideen, etwa zum Tirailleerkampf, blieben „lose Anhängsel neben dem Alten“<sup>43</sup>. Auch grundsätzliche Erwägungen und Warnungen vor einem drohenden Unheil, etwa in einer von dem wissenschaftlichen und politisierenden Glücksritter – und zeitweiligen preußischen Geheimen Kriegsrat – Johannes v. Müller verfaßten und an den König gerichteten pathetischen, in der Sache freilich zutreffenden Denkschrift hatten nur zur Folge, daß einige Prinzen des königlichen Hauses, die Generale Rüchel und Schmettau und andere Unterzeichner, allerdings nicht Scharnhorst, umgehend die deutliche Unnade des Monarchen zu spüren bekamen.<sup>44</sup>

Nachdem allerdings diese und andere Cassandra-Rufe sich bewahrheitet hatten, zeigte sich der König geneigter und ließ nicht nur umfassende Ursachenforschung betreiben<sup>45</sup>, sondern gab den Reformbestrebungen in Staat und Armee einigermaßen freie Hand, auch wenn er die königliche Prerogative unangetastet sehen wollte. Diese Grenze wurde in einer Mischung von gelegentlichem Zähneknirschen, Ergebenheit und Resignation von Scharnhorst ebenso respektiert, wie letztlich auch von Stein und Hardenberg, während andere, Jüngere, deutlichere Konsequenzen glaubten ziehen zu müssen, und dies ohne Rücksichten auf ihre Karrieren auch taten.

Die Zusammensetzung der Militär-Reorganisationskommission rechtfertigte tatsächlich Scharnhorsts Prognose. Unbedingt an seiner Seite standen Boyen, Gneisenau und Grolman. „In hochherziger Selbstüberwindung“, heißt es in ungewöhnlich blumiger Sprache in einer beeindruckenden zusammenfassenden Darstellung der Reformvorhaben, „redigirt von der historischen Abtheilung des Generalstabes“<sup>46</sup>, habe sich „jeder der Vier mit seiner vollen geistigen Kraft für ein Gemeinsames und Ganzes hingegeben und kein Neid, keine Eifersucht, keine kleinliche Leidenschaft hat sie jemals entzweit. [...] Es steht dieser Bund der Viere in der Tat so erhaben da, daß die Geschichte seit den Reformatoren des 16ten Jahrhunderts nichts dem Aehnliches aufzuweisen hat“.

Andererseits: „Mehr als den Anschein“ habe es aber und dürfe nicht verschwiegen werden, „daß jene Gesinnungsgenossen und die übrigen Glieder der Kommission nicht in gleicher Weise einig waren, daß einzelne derselben in ihren Ansichten über das Worin – Wie und Wieweit des Vorgehens sogar weit auseinander gingen“.<sup>47</sup>

Es ist schon eine erstaunliche Tatsache, daß in einer solchen Staatskatastrophe wie 1806 beinahe über Nacht nicht nur das Personal bereitstand, um den neuen Kurs zu bestimmen, sondern daß es gelang, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, diesen Kurs auch einigermaßen einzuhalten.





Das lenkt den Blick auf die anderen Mitglieder des Gremiums. Kaum die Rede ist von dem Generalmajor Eberhard Friedrich Fabian Freiherr v. Massenbach<sup>48</sup>. Den grundsätzlichen Gegnern der Reform indes sind zuzurechnen der Oberstleutnant Graf Lottum und die ihm gleichrangigen Flügeladjutanten des Königs v. Bronikowski und v. Borstell. Erst mit dem Ausscheiden der beiden letztgenannten Anfang 1808 und der Aufnahme des Oberstleutnants und Flügeladjutanten Graf Götzen und des Majors v. Boyen in die Kommission erlangte die Reformpartei das Übergewicht<sup>49</sup>. Ihr gehörte natürlich auch Clausewitz an, der „als Adjutant des Generals v. Scharnhorst und dessen besonderes Vertrauen genießend, den Arbeiten [...] gewiß nicht fremd geblieben ist, wenn er auch nicht zu deren Mitgliedern gehörte“<sup>50</sup>. Wesentliche Anstöße gaben auch der Freiherr vom Stein und – für die gründliche Reform des Militär-Justizwesens – der General-Auditeur von Koenen.<sup>51</sup>

Daß trotz der zunächst recht heterogenen Zusammensetzung der Kommission erstaunlich viele und positive, weiterwirkende Ergebnisse erzielt worden sind, ist unstreitig Scharnhorsts Verdienst und seinem Verhandlungsgeschick zuzurechnen, allerdings auch dem Umstand, daß bei den Zusammenkünften der Kommission auf ausdrückliche Weisung des Königs das Anciennitätsprinzip nicht galt, bekanntlich „der Thermometer der militärischen Vernunft“<sup>52</sup>. Jedes Mitglied hatte das Recht, „seine Gedanken und Vorschläge ohne Rücksicht auf Anciennität [...] in pleno vorzulegen“.<sup>53</sup>

Scharnhorsts Argumentationskunst fand sogar Beifall eines der grimmigsten Kritiker der Reform, Friedrich August Ludwig v. der Marwitz. Daß Scharnhorst „um den König und ans Ruder der militärischen Angelegenheiten kam“, sei immerhin „ein wahres Glück für das Land“ gewesen, auch wenn Marwitz in Scharnhorst den „Mörder der preußischen Kavallerie“ sah. Im gleichen Atemzug bescheinigte er ihm aber auch „ein eigenes Talent, mit dem Könige umzugehen und sich durch seine Brüskerien nicht abschrecken zu lassen. Wenn dieser eine Sache zurückwies, so schwieg er und brachte sie den anderen Tag wieder vor, und den dritten Tag wieder, und wenn der König sagte: ‚Schon hundertmal gesagt, will’s nicht haben‘, oder ‚Bleiben mir vom Halse! Gar nicht mehr von reden hören!‘ so schwieg er wieder und rückte nach vierzehn Tagen oder drei Wochen aufs neue damit hervor, bis der König, teils aus Ungeduld, teils in dem Gedanken, es möchte doch wohl gut sein, weil der so sehr darauf versessen sei, zuhörte und nachgab“<sup>54</sup>. „Verschlagene Zähigkeit“ nennt Otto Hintze anerkennend diese Vorgehensweise Scharnhorsts, mit der er „schließlich alles Wesentliche“ durchgesetzt habe.<sup>55</sup>





Es ist schon eine erstaunliche Tatsache, daß in einer solchen Staatskatastrophe wie 1806 beinahe über Nacht nicht nur das Personal bereitstand, um den neuen Kurs zu bestimmen, sondern daß es gelang, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, diesen Kurs auch einigermaßen einzuhalten. Das konnte wohl nur eigentlich tatkräftigen „Landfremden“ wie Gneisenau, Grolman, Hardenberg, Scharnhorst und Stein oder Jüngeren im Beginn ihrer Karriere wie Boyen und Clausewitz gelingen, ohne allzu tiefe emotionale Bindung an das untergegangene friderizianische Preußen. Sie schufen das neue Fundament, nicht Vertreter aus den „alten angesessenen brandenburgischen, pommerschen und ostpreußischen Adelsfamilien“, aus denen Friedrich der Große die meisten seiner Diener entnommen hatte.<sup>56</sup>

Scharnhorst war in diesem Kreise ohne Zweifel der Soldat, in dem sich die theoretische Durchdringung des im Umbruch befindlichen Militärwesens seiner Zeit, praktische Feldzugerfahrten<sup>57</sup>, eine beachtliche Organisationsgabe, pädagogische Fähigkeiten, unermüdete Arbeitskraft<sup>58</sup> und großes Verständnis für politische Verhältnisse und Entwicklungen glücklich verbanden.

Es ist müßig, den vielen Scharnhorst von Zeitgenossen und Nachlebenden schon gewundenen Lorbeerkränzen einen weiteren hinzuzufügen<sup>59</sup>. Das vergrößerte überdies die Gefahr, daß seine Gesinnungsfreunde damit in den Schatten gerieten – abgesehen von Gneisenau, der ja um seinen Nachruhm auch nicht besorgt sein muß. Aber wer außer einigen Sachkennern wüßte sogleich Hermann von Boyens Lebensleistung einzuordnen? Im Jahre 1771 geboren, Diensteintritt mit 14 Jahren, 1788 Secondelieutenant, 1799 Hauptmann, 1807 Major, waren es bei Boyen nach „der Berührung mit der Königsberger Aufklärung [...] philanthropisch-humane Tendenzen“, die ihn bei seinem frühen Eintreten für die allgemeine Wehrpflicht schon 1795<sup>60</sup> bewegten. Er sah in ihr weit mehr als organisatorische und strukturelle Zweckmäßigkeit, vielmehr „ein Mittel zur Veredelung des Soldatenstandes“ (Meinecke)<sup>61</sup>. Mit einiger Berechtigung, auch mit seiner Auffassung von der Armee als der Erziehungsstätte der Nation<sup>62</sup>, mag man in ihm einen Vordenker des idealen Bildes vom Staatsbürger in Uniform sehen, „keiner verschmolz so wie er die Grundsätze der Militärreform mit dem bürgerlichen Leben“<sup>63</sup> – seiner Zeit.

Als Scharnhorsts eifrigster Gehilfe lebte Boyen „in der frohen Zuversicht“, schreibt Meinecke, „daß das Menschengeschlecht stetig fortschreite und daß das Dunkle dem Lichte schon weichen werde“<sup>64</sup>. Jedoch alles andere als ein Phantast, konnte er das folgenreiche Zustandekommen des Bündnisses mit Frankreich 1812 nicht





billigen und nahm als Oberst den Abschied, um in Österreich und Rußland „gegen Napoleon zu wirken“. Nach Rückkehr in den preußischen Dienst, die ihm leichter als Clausewitz gemacht wurde, und dem Feldzug von 1813 – Chef des Generalstabes des III. Armeekorps, Kommandierender General Graf Bülow v. Dennewitz – preußischer Kriegsminister, geht auf ihn das Dienstpflichtgesetz vom 3. September 1814 zurück, „welches die allgemeine Wehrpflicht in Preußen einführt“. Zusammen mit der Landwehrordnung von 1815 hat Boyen „die Pläne Scharnhorsts fortgeführt und vollendet“<sup>65</sup>, nachdem in seinen Augen die Landwehr als Erzeugnis der Heeresreform in ihrem faktischen Bestand schon im Kampf gegen Napoleon „ihren soldatischen wie ihren moralischen Befähigungsnachweis erbracht hatte“.<sup>66</sup>

In seinem weiteren Weg spiegelt sich die Geschichte Preußens nach 1815 genau wider. Im Jahre 1819 nahm er abermals den Abschied, vergeblich bemüht, „der hereinbrechenden Reaktion, die auch das volkstümliche Wesen der Landwehr gefährdete, Einhalt zu thun“. Boyen lebte jahrelang „in sehr bescheidenen Verhältnissen“<sup>67</sup>, bis Friedrich Wilhelm IV. 1841 den nun 70jährigen als Kriegsminister und General der Infanterie zurückrief, ohne daß er jedoch – vom russischen Gesandten in Berlin „wegen seiner Volksbewaffnungsidee als alter Narr“ bezeichnet<sup>68</sup> – großen Einfluß auf die allgemeinen politischen Angelegenheiten erlangt hätte. Es war eine halbherzige, eher dekorative „Anknüpfung an den Geist der Befreiungskriege“<sup>69</sup>, für die sich Boyen in seinem festen Glauben an die „innerpolitische Verschmelzung von Volk und Staat, die demokratische Wehrstruktur“<sup>70</sup>, leider hergab.

Karl von Grolman, geboren 1777, wurde 1791 auch mit 14 Jahren Soldat und geriet wohl um das Jahr 1804 als Adjutant des Feldmarschalls v. Möllendorf in den Bannkreis Scharnhorsts und dessen „Militärischer Gesellschaft“<sup>71</sup>. Nach der Schlacht bei Jena Adjutant des Fürsten Hohenlohe, entging er der Gefangennahme und schlug sich nach Ostpreußen durch. Seines Bleibens in der Reorganisationskommission und in der Immediatkommission zur Untersuchung der Kapitulationen war jedoch nicht lange, obwohl Scharnhorst ihn ja schätzte und „höherer Ansichten“ für fähig hielt. Vielmehr war sein Unbehagen an der preußischen Politik so groß, daß er 1809 zunächst österreichische, im Jahre darauf spanische Dienste nahm, als Major und Kommandeur eines Fremdenbataillons in Cadix. Aus französischer Gefangenschaft gelang ihm die Flucht in die Schweiz, und im Januar 1813 kehrte er so rechtzeitig nach Berlin zurück, um an den Schlachten und Gefechten dieses Jahres teilnehmen zu können. Eine in der Schlacht bei Kulm (29./30. August) erlittene Verwundung hinderte ihn nicht am





Einsatz als Generalstabsoffizier bei Leipzig (16. bis 19. Oktober), bis er dann nach dem ersten Pariser Frieden Generalmajor und „Direktor“ im Kriegsministerium wurde, so etwas wie der erste Chef des preußischen Generalstabes. Dessen weitere Entwicklung versuchte er maßgebend zu bestimmen, weil er befürchtete, daß ein „geschlossenes“ Generalstabskorps sich in einem „Nimbus von Vielwisserei“ einem „traurigen Handwerksgeist“ ergeben könnte.<sup>72</sup>

Seit Ende 1814 bis April 1815 bei den Verhandlungen des Kongresses in Wien zugegen, erhielt er die Bestimmung als Generalquartiermeister beim „Oberfeldherrn“ der preußischen Armee, Feldmarschall Gebhard Leberecht Fürst Blücher, Gneisenau war dessen Chef des Generalstabes. Diese explosive personelle Konstellation bewirkte in der Endphase der napoleonischen Kriege den ersten schwerwiegenden Zusammenstoß unterschiedlicher Auffassungen und Zielsetzungen zwischen politisch ambitioniertem Kriegs“handwerk“ und Staats“kunst“, nachdem schon während der Umgestaltungsphase der Armee – gewiß zu früh, um selbst im Verein mit Verbündeten und allgemeinen Volkserhebungen einen militärischen Erfolg erwarten zu lassen – verschiedentlich die Reformpartei den König zum Losschlagen gegen Napoleon gedrängt hatte<sup>73</sup>. Das trug sich noch nicht in öffentlicher Auseinandersetzung, sondern in der Stille der Amtsstuben zu. Jetzt, im Jahre 1815 in Paris, hatten die siegreichen Militärs eine ganz andere Position, und namentlich in Grolman erschien „die politische Leidenschaftlichkeit zum Extrem gesteigert“, was die Demütigung Frankreichs nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft betraf; ja, Gerhard Ritter schreibt ihm „die Hauptschuld an der Verschärfung des Konfliktes in Paris 1815 zu“<sup>74</sup>. Bekanntlich beruhigten sich aber die Gemüter, und solange im 19. Jahrhundert das System Metternich Bestand hatte, entfaltete dieser Gegensatz noch keine zerstörerische Wirkung, wie dann im 20. Jahrhundert, nach dem Wetterleuchten 1866 und 1870/71.

Gemeinsam mit Boyen, dem „Doktrinarismus“ (Kessel) nachgesagt wird, nahm Grolman „in seiner starren Unbeugsamkeit“ (Kessel) 1819 seinen Abschied, als sich die Widerstände gegen das Landwehrkonzept häuften<sup>75</sup> und lebte einige Jahre finanziell und wirtschaftlich in „drückenden Verhältnissen“<sup>76</sup> auf einem kleinen, wenig ertragreichen Landgut in einer Art innerer Emigration. Einer der königlichen Prinzen, August, der schon Scharnhorsts Militärischer Gesellschaft nahegestanden<sup>77</sup> und einige deutliche Sympathien für die Reformer, wenn auch nicht für alle Aspekte der Reform gezeigt hatte, bewog ihn jedoch zu einem Gesuch zur Wiedereinstellung, dem der König im Oktober 1825 stattgab. Zunächst Generalleutnant und Kommandeur der 9. Division in Glogau, starb Grolman im September 1843 als General der Infanterie und Kommandierender General in Posen.<sup>78</sup>





Wenn Boyen nach dem Urteil von Ernst Moritz Arndt als der „Stille, Bescheidene, Feste“ gilt<sup>79</sup>, so ist Gneisenau „mit seinem nie erlahmenden Ungestüm“ zweifellos der „kühnste und genialste Tatmensch“ dieser Jahre<sup>80</sup>, auch wenn Friedrich Wilhelm III. ihn im Zorn einmal, wohl im November 1813, einen „bösen, vorwitzigen Kerl“ nannte, „der beständiger Überwachung bedürfe“<sup>81</sup>. So, wie er sich gab und auftrat, mußte dieser Soldat, als eine „Art von Glücksritter mit abenteuerlicher Vergangenheit“ in die preußische Armee verschlagen, den Vertretern der alten, herkömmlichen Ordnung „als geradezu revolutionär erscheinen“<sup>82</sup>. Auf den Kronprinzen hingegen, den späteren König Friedrich Wilhelm IV., übte er „eine starke Wirkung“ aus, wie Walter Bußmann hervorhebt. Ganz im Einklang mit Scharnhorst hielt Gneisenau dafür, daß bei der Reform der Armee organisatorische Maßnahmen keineswegs hinreichten und etwa im Frieden die Beförderung zum Offizier Bildung zur Voraussetzung haben müsse, „Tapferkeit und Verdienst“ waren Maßstäbe im Felde.

Der Kronprinz und sein Erzieher Delbrück gehörten zu den ersten Lesern von Gneisenaus Aufsatz „Über die Freiheit des Rückens“, in dem er die grausamen Strafen der alten Kriegartikel als unzeitgemäß und entehrend für eine Armee von Staatsbürgern verwarf, die allenfalls der Aufrechterhaltung der Disziplin in einer angeworbenen Soldateska von zweifelhafter Zuverlässigkeit dienlich gewesen waren.

Mit seiner Meinung, „daß der Mensch einer Idee müsse leben und sterben können“, traf Gneisenau den Kern des ganzen Reformwesens. Und Bußmann konstatiert zu Gneisenaus Einfluß auf den Kronprinzen, wenn einer der Reformer geeignet war, den künftigen Herrscher „von Nutzen und Sinn der neuen Militär- und Civilverfassung zu überzeugen“, dann sei es Gneisenau gewesen<sup>83</sup>. Im Kreise der Reformer erscheint er als derjenige mit den weitestgehenden Vorstellungen hin zu einer Militarisierung der Gesellschaft. Er erhoffte sich von umfassenden militärischen Übungen eine „Vermengung der höheren Stände mit den unteren“, die „Ablegung von Vorurteilen“ und meinte, „der Bürger im Staate, der sein Vaterland und das Glück einer gerechten Regierung unter milden Gesetzen und den Fortschritt zum Besseren in jedem Zweig des inneren Lebens und die Hoffnung der Zukunft zu schätzen weiß“, bringe „mit Freuden sein Opfer dar, um diese höchsten aller Güter wo nicht sich, doch denen zu sichern, denen nach ihm der vaterländische Boden grünt“<sup>84</sup>. Beseelt von ungezügelterm Haß auf Napoleon, ließ er durchaus den Wunsch erkennen, ein „Gegenbonaparte“ zu werden<sup>85</sup>. Napoleons Leistung, alle Volkskräfte entfesselt zu haben, ausgehend von der Dynamik der Französischen Revolution, bewunderte er nicht nur insgeheim und traute sich





wohl Ähnliches zu. Alle seine Handlungen, Gedanken und Vorschläge, etwa zur Errichtung eines Landsturms<sup>86</sup>, die in letzter Konsequenz eine gänzliche Entfesselung der Kriegführung zur Folge gehabt hätten, ordnete er konsequent auf das Ziel, mit allen Mitteln die Fremdherrschaft abzuschütteln. Und sein persönlicher Anteil am militärischen Erfolg ist ja auch nicht gering zu veranschlagen.

Um so auffälliger ist dann eine geradezu olympische Gelassenheit und innere Souveränität, die sich bei ihm in den Jahren nach 1815 zusehends einstellt. Die jahrelange psychische und physische Anspannung zuvor mag da mitgespielt haben. Sie ließ jetzt ein lange entbehrtes Privatleben im Glanz bleibenden Ruhmes als erstrebenswert erscheinen, verbunden mit der Erkenntnis, daß angesichts der desolaten Lage im durch die Kriegsjahre gezeichneten Lande, Folgen der Zerstörungen und der Last der Staatsschulden, dem Fortschreiten der inneren Reformen nicht nur im Militär enge Grenzen gezogen waren. Hinzu kam gewiß auch Resignation über die politische Repression – Stichwort „Demagogenverfolgung“ – in den Jahren der Heiligen Allianz, als das Pendel zurückschlug, auch im Zeichen eines verbreiteten Wunsches nach fortdauerndem Frieden.

Es grenzt an Vermessenheit, nach Peter Parets Clausewitz-Biographie noch etwas über Clausewitz' Leben und seine fortwirkende Leistung zu sagen. Ähnlich der Lebensabschnitte seines Freundes und hohen Gönners Gneisenau folgt bei Clausewitz auf die Jahre einer abwechslungsreichen *vita activa*, als er seit Februar 1809 „Scharnhorsts persönlicher Gehilfe“<sup>87</sup> wurde, zugleich Lehrer des Kronprinzen<sup>88</sup>, bis er 1812 in russische Dienste trat und von da an in unterschiedlichen, allerdings nachrangigen Verwendungen an den Feldzügen gegen Napoleon teilnahm, eine lange Phase dienstlicher Unterforderung. Sie ermöglichte ihm allerdings die unablässige Arbeit an seinem schwierigen Buch.

Von kämpferischer Leidenschaftlichkeit, die – so Gerhard Ritter – „den Blick für politische Wirklichkeit trübt“, war Clausewitz jedenfalls in seinen späteren Jahren frei<sup>89</sup>. Jedoch fügte es der Zufall, daß er mit seiner Befähigung zur zutreffenden Beurteilung der Lage wesentlich am Zustandekommen eines auch politisch richtigen Entschlusses beteiligt war – der Konvention von Taugoggen, Dezember 1812<sup>90</sup>. Clausewitz bewies in dieser Situation, daß er tatkräftig und entschlossen mehr war als der „große Kriegstheoretiker“ (Meinecke). Die Umstände ermöglichten es ihm aber nicht, daß er seine unzweifelhaften Begabungen, gepaart mit politischem Verständnis, weiter entfalten konnte. Vielleicht war es aber auch gerade seine nicht unbekannt gebliebene Mitwirkung an der Festigung des Entschlusses Yorcks, daß ihm fortan Friedrich Wilhelm III. mit Mißtrauen, ja Argwohn begegnete.





In seiner Verwendung als „Direktor“ der Allgemeinen Kriegsschule von Ende 1818 bis zu seiner Versetzung nach Breslau im Sommer 1830 als Inspekteur der 2. Artillerie-Inspektion<sup>91</sup> hatte er keine Möglichkeit, auf Inhalt und Struktur der Ausbildung, besser Schulung der künftigen Generalstabsoffiziere einzuwirken, obwohl er zunächst in Erkenntnis einiger erheblicher Mängel dieser Ausbildung Ambitionen in dieser Richtung gezeigt hatte<sup>92</sup>. Daß, wie Rudolf Stadelmann meinte, der preußische Generalstab, „erwachsen [...] aus der Arbeit des ‚gelehrten Offiziers‘ des 18. Jahrhunderts“, groß geworden sei „durch Scharnhorsts Vorbild wie durch Clausewitz‘ Theorie“<sup>93</sup>, ist selbst eine freundliche Theorie, wenn nicht Legende, jedenfalls, was Clausewitzens Anteil betrifft. Die Schulung von Generationen deutscher Generalstabsoffiziere bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vollzog sich eher nach dem länger ja auch erfolgreichen Roon’schen Rezept, „nicht Universalität sondern Einseitigkeit mache schneidig für den Zweck“<sup>94</sup>. Bei dieser Vervollkommnung des Handwerklichen hin zum Erreichen von Spitzenleistungen, jedenfalls bis 1870/71, hatte Clausewitzens Lehre vom Kriege allenfalls einen fakultativen Platz. Dieses Defizit<sup>95</sup> ist auch gelegentlich empfunden worden. So erinnerte sich der Generalleutnant a.D. Franz v. Lenski kopfschüttelnd an seine Jahre auf der Kriegsakademie anfangs der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts und den verschulden Unterricht, etwa über die sogenannte „historischen Taktik“. Er meinte, „eine kurze Vorlesung über Clausewitz“ würde nicht geschadet haben, „denn wie wenige haben ihn wohl überhaupt gelesen!“

Noch kritischer fallen die Urteile zweier anderer Generalstabsoffiziere des Ersten Weltkrieges aus, auf ihre Weise Außenseiter, Gustav Hillard(-Steinbömer) und Theodor Steltzer. Der Lehrplan dieser „höheren Berufsschule“, so Hillard, habe um 1910 weder Vorlesungen über „sittliche und geistige, geschichtliche und politische Probleme des Krieges“ vorgesehen, „noch über das Verhältnis von Staatskunst und Kriegführung. Eine Theorie des Krieges wurde nicht vorgetragen. Clausewitzens klassische Definition des Krieges [...] stand nicht zur Erörterung. Allerdings widersprach sie auch einer traditionellen Auffassung weiter Generalstabskreise, nach der der Politiker zu schweigen hat, solange die Waffen sprechen“.

Steltzer, etwas jünger als Hillard (-Steinbömer), hatte 1912 bei seinem Kommando zur Kriegsakademie gehofft, „daß wir nun etwas von den großen außenpolitischen Zusammenhängen hören würden, in deren Rahmen man die operativen Möglichkeiten erst erkennen kann“. Er erwartete auch, „daß man uns in die wirtschaftlichen, technischen und psychologischen Probleme einführen würde, die nicht nur in strategischer Hinsicht von Bedeutung sind [...]. Nichts von alledem. Alles schien endgültig geordnet zu sein. Man brauchte nur das Handwerk zu





lernen, um dann an einer technischen Apparatur mitdrehen zu können. Geistige Probleme schien es nicht zu geben“.<sup>96</sup>

Trotz dieser ernüchternden Urteile, die eine deutliche offizielle geistige Ferne zu Clausewitz erkennen lassen<sup>97</sup>, hat die dann gleichsam außerdienstliche Beschäftigung mit Clausewitz doch wohl einige Früchte getragen, ganz gewiß noch bei Moltke, wenn auch in dessen sehr eigenem Verständnis. Auch sind einige Zitate aus seinem Werk unverrückbar in den militärischen Sprachgebrauch eingegangen, und wie oft wird wohl im Zweiten Weltkrieg der Stoßseufzer des Generals der Gebirgstruppe Konrad zu hören gewesen sein, „Clausewitz würde sich im Grabe umdrehen“<sup>98</sup>? Aber daß Clausewitz in seiner Nachwirkung vor 1945 im Mittelpunkt amtlichen militärischen Denkens in Deutschland gestanden hätte, ist mit Hahlweg füglich zu bezweifeln.

Was hat nun die eigentliche Militärreform zustande gebracht, was hat sich unmittelbar bewährt, was erwies sich als problematisch? Zunächst einmal: die Militärreform war nur ein Teil, allerdings ein besonders wichtiger und vorrangiger Aspekt der notwendigen, wenn auch in der Verwirklichung hindernisreichen und langsam voranschreitenden Umgestaltung des gesamten preußischen Staatswesens. Sie steht im Zusammenhang mit der Absicht einer weitgehenden Agrarreform zum „erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums“ (Oktober 1807)<sup>99</sup>, den Schritten hin zu einer Neuordnung von Handwerk und Gewerbe, zur Einführung einer kommunalen Selbstverwaltung (Städteordnung vom 19. November 1808), der Neuordnung der Provinzialbehörden und des Rechtswesens, einer Reform auf dem Bildungssektor, die ihren Ausdruck in der Gründung (Oktober 1810) der Berliner Universität fand, sowie dem Ansatz zu einer allgemeinen Steuer- und Wirtschaftsreform, notabene in Jahren höchster finanzieller Bedrängnis.

Es ging bei der Militärreform um nichts weniger als die Reorganisation des Heeres, bei der sich die Auswirkungen eigentlich von heute auf morgen zeigen sollten, und gleichzeitig die Errichtung einer Reservearmee, eine kurzfristig ausgebildete „National-Miliz“ auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht. Diesen „militärischen Neuaufbau“ für eine ja in absehbarer Zeit zu erwartende militärische Auseinandersetzung mit Napoleon engten jedoch die Bestimmungen des Tilsiter Friedens erheblich ein<sup>100</sup>, so daß die Reformen bei der Verwirklichung ihrer Vorhaben sowohl ihre wahren Absichten verschleiern mußten, als auch ihrer Improvisationskunst viel abverlangt worden ist.





Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, zunächst nur auf Kriegsdauer gedacht, dann ständige Einrichtung seit dem Wehrpflichtgesetz vom September 1814, kamen jedoch wenigstens zwei ineinandergreifende Probleme auf, die das 19. und das beginnende 20. Jahrhundert durchzogen: mit unseren Vokabeln die Frage der Wehrgerechtigkeit und die Unterfinanzierung der Armee. Zwar hieß es im Paragraphen 1 des Gesetzes, „jeder Eingeborene, sobald er das 20. Jahr vollendet hat, ist zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet“<sup>101</sup>. Aber die Wirklichkeit nach den Befreiungskriegen sah dann anders aus. Wegen der sparsamen Finanzpolitik Preußens unter dem Diktat der Schuldentilgung und deswegen gleichbleibender Friedenspräsenz des Heeres, mit anderen Worten einer unzureichenden Zahl von Ausbildungseinrichtungen, konnten bei zunehmender Volkszahl nur etwa zwei Drittel des jährlichen Rekrutenkontingents eingezogen werden: „Ein großer Bruchteil kam durch Auslosung frei [...], eine Fehlentwicklung, welche große Zahlen von Mannschaften tatsächlich eximierte und eine empfindliche soziale Ungerechtigkeit mit sich brachte“<sup>102</sup>. Diese Ungereimtheiten brachten das Institut der allgemeinen Wehrpflicht frühzeitig in Mißkredit und Clausewitz selbst in seiner Koblenzer Zeit verbarg sein Unbehagen am „ganzen Unwesen unserer Aushebung“ nicht<sup>103</sup>. Das besserte sich erst nach 1860 etwas, als die „Verdoppelung der Infanterie-Regimenter und eine erhebliche Vermehrung der Kavallerie“ die Möglichkeit schuf, die jährliche Rekrutierungsziffer um 30% zu erhöhen<sup>104</sup>. Jedoch blieb das Problem der Wehrgerechtigkeit auch noch nach dem Wehrgesetz von 1888 virulent, das angeblich Gedanken und Ziele Boyens und seines Nachfahren im Amt des Kriegsministers Graf Roon vereinigte. Aber der Haushaltsausschuß des Reichstags sprach sich dann im Juni 1890 „grundsätzlich gegen die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften“ aus. Und im Jahre 1905 wurde dieser Verzicht auf die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht – und damit die Preisgabe des „Grundgedankens der preußisch-deutschen Wehrverfassung“ – noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Das hatte die Auswirkung, „daß bei der Mobilmachung 1914 über fünf Millionen im wehrfähigen Alter stehender Männer vorhanden waren, die keinerlei militärische Ausbildung genossen hatten“<sup>105</sup>. Soviel zum Thema „Griff nach der Weltmacht“.

Zur fortschreitenden Fehlentwicklung der allgemeinen Wehrpflicht gesellte sich noch ein weiteres gravierendes Problem, die von den Reformern gewollte und durchgesetzte Doppelnatur der preußischen Armee, jedenfalls in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Das zahlenmäßig geringe stehende Heer bedurfte unter den Bedingungen des Krieges gegen Napoleon unbedingt der Unterstützung durch die Aufstellung einer zunächst nur für Verteidigungszwecke gedachten Reserve-Armee, auch Provinzialtruppen genannt, ebenfalls auf der Grundlage der allgemeinen





Wehrpflicht<sup>106</sup>. Hinzu kamen dann in der Realisierung dieses Vorhabens noch die freiwilligen Jäger-Detachements<sup>107</sup>. Der „Gedanke einer allgemeinen Landesbewaffnung“ ist zuerst in Ostpreußen Anfang des Jahres 1813 „mit Feuereifer“ aufgegriffen worden, „im Anschluß an eine flüchtige Skizze des genialen Clausewitz“, konnte aber nicht einfach auf alle anderen preußischen Provinzen übertragen werden.<sup>108</sup>

Praktische Vorbereitungen waren kaum möglich, so daß beim Zustandekommen der Landwehr viel improvisiert werden und „der innere Schwung [...] die Mängel im äußeren Bild und im taktischen Können“ ersetzen mußte.<sup>109</sup>

Im allgemeinen hat sich die Landwehr in den Kriegsjahren von 1813 bis 1815 bewährt, „gut waren ihre Leistungen in der Verteidigung, brauchbar war sie bei kleineren Unternehmungen, ungeeignet zum Angriff, ein Rückzug wurde ihr zum Verderben“ lautet das zusammenfassende Urteil nach hundert Jahren im „Handbuch für Heer und Flotte“<sup>110</sup>. Die unbedingten Befürworter der Landwehr und damit der eigentlich nur auf Kriegsdauer geltenden allgemeinen Wehrpflicht, an der Spitze Boyen, sahen in ihr sowohl ein Mittel zur Erhöhung der militärischen Macht Preußens, als auch eine Einrichtung, die fortdauernd den Staatsbürger zum Soldaten machen sollte<sup>111</sup>. Es gelang Boyen gegen erhebliche Widerstände noch in den folgenden Jahren bis zu seinem Rücktritt, das Prinzip Landwehr durch mancherlei organisatorische und strukturelle Vorkehrungen in die Nachkriegszeit zu retten, vor allem ihren milizartigen Charakter, „möglichst getrennt [...] von der Linie“<sup>112</sup>. Aber, was Boyen unbedingt vermieden sehen wollte, eben „einer engeren organischen Verbindung zwischen Landwehr und Linie [...] gehörte die Zukunft“<sup>113</sup>, denn die Fehlentwicklungen dieses militärpolitischen „Schmerzskindes“<sup>114</sup> waren binnen kurzem unübersehbar, vor allem die rasch absinkende militärische Qualität aufgrund unzulänglicher Ausbildung und in politischen Krisenzeiten wie 1848/49 zu beobachtender Unzuverlässigkeit.<sup>115</sup>

Das Ende der Landwehr im Sinne Boyens war unaufhaltsam und kam beim Vorrang militärischer Effizienz unter mittlerweile gänzlich veränderten politischen Verhältnissen im Jahre 1860 mit der mit dem Namen des Kriegsministers Generalleutnant Albrecht von Roon verbundenen Heeresreorganisation<sup>116</sup>. Die Landwehr gab es weiter dem Namen nach. Aber sie war nach Beseitigung ihres Sonderstatus von da an integraler Bestandteil des stehenden Heeres.

Der Geist der Reformzeit war aber noch nicht vollends verweht. Bei allem, was sich seit 1815 politisch gewandelt hatte, schienen doch in den Jahren von 1864 bis 1871, als die Einigung Deutschlands unter preußischer Ägide nicht durch „Reden und





Schon zu ihrer Zeit hatten die Reformer mit der Erkenntnis leben müssen, wie Friedrich Meinecke es verständnisvoll ausgedrückt hat, „daß das Gefäß zu klein war für den Reichtum der Gedanken und Absichten, mit denen man es füllen wollte“

Majoritätsbeschlüsse“, sondern „durch Eisen und Blut“ (Bismarck) zustandekam, mit den Worten Fontanes auf seltsame Weise „der friderizianische Grenadier und der Lützowsche Jäger [...] zu einem höheren Ganzen vereinigt. Staatsidee, freiheitliche Idee, alles kam gleichmäßig zum Ausdruck“, bis dann darnach aber wohl „als letzter Sieger doch mehr die Grenadiermütze als der Lützowsche Jäger aus der Sache“ hervorging<sup>117</sup> – mit den bekannten Folgen.

Wenn vielleicht einiges aus der liberalen und demokratischen Gedankenwelt der Reformer eher zur milden Revolution von 1848 paßte, in deren Umfeld die Vorstellungen Scharnhorsts, Gneisenaus, Boyens, in der Paulskirche noch einmal virulent wurden<sup>118</sup>, so gerieten sie, auch Clausewitz, im Jahre 1889, 75 Jahre nach 1814, doch einigermaßen überraschend auf das Piedestal der offiziellen Traditionspflege. Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preußen, verfügte, daß Regimenter nach ihnen benannt wurden – ein weiteres allerdings auch nach ihrem scharfen Kritiker Marwitz<sup>119</sup>. Bald darauf, im Blicke auf das Säkularjahr 1913, priesen die nationalliberalen Historiker die demokratischen Ideale der Reformer und betonten ihren zeitweise durchaus revolutionären Elan – Eigenschaften, die gewiß Wilhelm II. gerade nicht zu deren Ehrung bewogen hatten. Ihm ging es wohl in erster Linie um die zeittypische nationale Verklärung.

Schon zu ihrer Zeit hatten die Reformer mit der Erkenntnis leben müssen, wie Friedrich Meinecke es verständnisvoll ausgedrückt hat, „daß das Gefäß zu klein war für den Reichtum der Gedanken und Absichten, mit denen man es füllen wollte“<sup>120</sup>. Die Suche nach dem gültigen Erbe ist noch nicht beendet. Sie sollte fortgesetzt werden unter Beherrschung des Wortes im ersten Brief des Apostels Paulus an die Thessalonicher, Kapitel 5,21: „Prüfet aber alles und das Gute behaltet.“

#### **Zum Autor:**

Dr. phil. Georg Meyer, Wissenschaftlicher Direktor a.D., war lange Jahre im Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und als Wehrgechichtslehrer in der Bundeswehr tätig. M. ist Oberstleutnant der Reserve und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Forschungsschwerpunkt Vor- und Frühgeschichte der Bundeswehr; zahlreiche Veröffentlichungen.





## Anmerkungen:

- 1 Vgl. Kommentar des Generals der Inf. a.D. Hermann Foertsch, gez. am 4. Sept. 1951 zur Rede Blombergs, in: Institut für Zeitgeschichte, Liebmann-Aufzeichnungen, ED 1/4-5, pag. 566.
- 2 Vgl. Christian Millotat: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem, Zürich 2000, S. 127 f.
- 3 Vgl. Walter Bußmann, Günther Grünthal (Hrsg.): Siegfried A. Kaehler, Briefe 1900-1963, Boppard 1993, S. 296 f.
- 4 Vgl. Klaus Voss, Paul Kehlenbeck: Letzte Divisionen 1945, Nürnberg 2004.
- 5 Vgl. Eberhard Birk: Geschichte, Historische Bildung und Tradition, in: Information für die Truppe, 2/2004, S. 45.
- 6 Vgl. Georg Meyer: Zur Situation der deutschen militärischen Führungsschicht im Vorfeld des westdeutschen Verteidigungsbeitrages 1945–1950/51, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Band I, München, Wien 1982, S. 732 f. (zit. AwS I).
- 7 Vgl. Brief [Konteradmiral a.D.] Eberhard Godt an [Oberleutnant zur See a.D.] Heinz-Eugen Eberbach vom 5. Sept. 1950, Arbeitsmaterialien des Vf.
- 8 Vgl. hierzu Bruno Thoß: Allgemeine Wehrpflicht und Staatsbürger in Uniform, in: Eckardt Opitz (Hrsg.): Gerhard von Scharnhorst. Bremen 1998, S. 151 f.
- 9 Vgl. Hans-Jürgen Rautenberg: Zur Standortbestimmung für künftige deutsche Streitkräfte, in: AwS I (wie Anm. 6), S. 835 f.; auch gesprächsweise Hinweise von Dr. Konrad Kraske (Freiburg) am 2. Aug. 2005.
- 10 Hans-Joachim Harder, Norbert Wiggershaus: Tradition und Reform in den Aufbaujahren der Bundeswehr, Herford, Bonn 1958, S. 16.
- 11 Ebd., S. 29.
- 12 Ebd., S. 19; vgl. auch Donald Abenheim: Bundeswehr und Tradition. München 1989, S. 51.
- 13 Vgl. Hans Ehlert: Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954 bis 1956, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Band III, München 1993, S. 523.
- 14 Vgl. Abenheim (wie Anm. 12), S. 106 ff.
- 15 Zitat aus der Ansprache Baudissins nach Thoß (wie Anm. 8), S. 162.
- 16 Vgl. Abenheim (wie Anm. 12), S. 106 ff.
- 17 Ebd., S. 61; vgl. auch ebd. S. 102 f. und bes. S. 63, Baudissin habe durch „seine Beredsamkeit und die Energie, mit der er seine Gedanken in der Öffentlichkeit vortrug, vielen einflußreichen Skeptikern“ zu erkennen gegeben, „daß deutsche Stabsoffiziere in der Lage waren, die humanistische Tradition eines Scharnhorst, Gneisenau, Boyen und Clausewitz wieder ins Leben zu rufen.“
- 18 Vgl. Handbuch Innere Führung. Hilfen zur Klärung der Begriffe. hrsg. vom Bundesministerium für Verteidigung, Sept. 1957, S. 18, 37; aufschlußreich ebd. S. 60, Anm. 13, in der auf eine Veröffentlichung von Georg Eckert: Von Valmy bis Leipzig mit der Begründung hingewiesen wird, das Buch lege „das damalige Ringen um einen neuen Standort des Soldaten in einer veränderten Welt“ dar.
- 19 Vgl. Handbuch Innere Führung, S. 45.
- 20 Vgl. aber Heinz Trettner: Yorck und die Eigenverantwortung der militärischen Führung heute, in: Die Verantwortung der militärischen Führung (Cappenberger Gespräch, Band 2), Köln, Berlin 1969, S. 35-56.





- 21 Vgl. Georg Meyer: Adolf Heusinger. Hamburg, Berlin, Bonn 2001, S. 901, Fußnote 458.
- 22 Vgl. Abenheim (wie Anm. 12), S. 1 (Hinweis auf eine Ansprache des Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Bundeswehr 1985).
- 23 Vgl. Meyer: Heusinger (wie Anm. 21), S. 539 ff.
- 24 Vgl. ebd., S. 525 ff.; hiernach ist z.B. die Personalie Heusinger erst am 14. Okt. 1955 positiv entschieden worden. Seine Einberufung erfolgte zum 1. Nov.
- 25 Vgl. ebd., S. 540.
- 26 Vgl. Thoß (wie Anm. 8), S. 156.
- 27 Vgl. Meyer, Heusinger (wie Anm. 21), S. 540.
- 28 Vgl. Thoß (wie Anm. 8), S. 149; ähnlich Abenheim (wie Anm. 12), S. 113.
- 29 Vgl. Harder/Wiggershaus (wie Anm. 10), S. 122.
- 30 Vgl. Thoß (wie Anm. 8), S. 158, dort zahlreiche Belege.
- 31 Vgl. ebd., S. 154; Harder/Wiggershaus (wie Anm. 10), S. 146. – Besonders Jürgen Angelow: Geschichtsschreibung und Traditionspflege, in dem von Opitz hrsg. Sammelband (wie Anm. 8), hier S. 173 die Erwähnung des „Scharnhorst-Ordens“, der höchsten militärischen Auszeichnung der „DDR“. – Einfach war der Weg zur Akzeptanz z.B. Clausewitz' in den „bewaffneten Organen der Arbeiter- und Bauernmacht“ offenbar zunächst nicht. So wurde ein junger Offizier beschuldigt, „militaristische Literatur“ zu lesen, als man bei ihm Clausewitz' Vom Kriege fand, „ein Buch, das mir Generalmajor Korfes im Gespräch bei einer Truppenübung zugesagt hatte und auch wirklich zustellen ließ“, vgl. Hans-Werner Deim: Die NVA in der Ersten Strategischen Staffel, in: Manfred Backerra (Hrsg.): Ein Rückblick für die Zukunft. Köln 1992, S. 313.
- 32 Vgl. etwa Gembruch: Zu Clausewitz' Gedanken über das Verhältnis von Krieg und Politik, Wehrwiss. Rundschau 1959; Meier-Welcker: Gerhard von Scharnhorst, in: Wolfgang v. Groote (Hrsg.): Große Soldaten der europäischen Geschichte. Frankfurt a.M., Bonn 1961; Millotat: Clausewitz am Golf, in: Truppenpraxis 3(1991); Speidel: August Wilhelm Graf Neidhardt von Gneisenau, in: ders.: Zeitbetrachtungen. Mainz 1969; ders.: Generalstab und Bildung, ebd.; Will: August Wilhelm Anton Neidhardt Graf von Gneisenau, Wehrwiss. Rundschau 1962; Vad: Carl von Clausewitz, Herford, Bonn 1984; ders.: „Neues Denken“ in der Sicherheitspolitik – Abschied von Clausewitz? Militärgesch. Beiheft zur EWK 1990; ebd. Wagemann: „Neues Denken“. Rückkehr zu Clausewitz.
- 33 Vgl. Bußmann: Königliche Armee – Volksheer (Bd III); von der Gablentz: Das preußisch-deutsche Offizierskorps (ebd.); Hahlweg: Clausewitz und die Gegenwart (Bd II); Herzfeld: Staats-, Gesellschafts- und Heeresverfassung (Bd III); Ritter: Die Wehrmacht und der politische Widerstand gegen Hitler (Bd I); Weniger: Die Gefährdung der Freiheit durch ihre Verteidiger (Bd IV).
- 34 Vgl. Günther von Below (u.a.): Clausewitz-Gesellschaft, Chronik 1961-2001, S. 9 ff., 14 f., 16 ff.
- 35 Vgl. Clausewitz-Gesellschaft, Chronik (wie Anm. 34), S. 12 f.; interessant in diesem Zusammenhang ein Hinweis von Professor Dr. Walter Bußmann an den Vf. vom 25. Nov. 1990, daß der damalige Hauptmann und Generalstabsoffizier Friedrich Hoßbach, später General der Inf., in den 20er Jahren die Namengebung der Vereinigung ehemaliger Generalstabsoffiziere nach Schlieffen als „unglücklich“ ansah und Moltke als Namenpatron den Vorzug gegeben hätte.
- 36 Vgl. Klaus Hornung: Gerhard von Scharnhorst, in: Criticón 1995, S. 181; eingehend Tilmann Buddensieg: Trauerspiel am Trauermal, Frankf. Allg. Zeitung Nr. 276, 27. Nov. 1993.
- 37 Vgl. ebd. (Buddensieg).
- 38 Vgl. Stefan Berger: Rückkehr der Geopolitik, Frankf. Allg. Zeitung Nr. 173, 28. Juli 2005.





- 39 Walter Bußmann: Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV., Berlin 1990, S. 47.
- 40 Gerhard Ritter: Stein. Stuttgart (3. Aufl.) 1958, S. 10, 9.
- 41 Friedrich Meinecke: Das Zeitalter der deutschen Erhebung (1795–1815), Göttingen (7. Aufl., zuerst 1906) 1963, S. 65 f., 36 und passim.
- 42 Vgl. Brief Scharnhorst an Clausewitz, Memel den 27. Nov. 1807, Abdruck u.a. bei Rudolf Vaupel (Hrsg.): Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg. Zweiter Teil: Das preußische Heer vom Tilsiter Frieden bis zur Befreiung 1807–1814. Band I, Leipzig 1938, Nr. 73, S. 174; Gerhard Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 359: „Es war schon viel, daß Scharnhorst trotz aller möglichen Denunziationen, die jetzt [Ende des Jahres 1808, d.Vf.] gegen ihn laut wurden, sich im Vertrauen des Königs zu halten vermochte“.
- 43 Vgl. Meinecke (wie Anm. 41), S. 48 f.
- 44 Vgl. Friedrich Schinkel (Hrsg.): Preußischer Adel. Breslau 1932, S. 132 f.; Eberhard Siebert: Heinrich von Kleist und Prinz Louis Ferdinand von Preußen, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Band 26, Berlin 1977, S. 152, 156 ff.; Peter Paret: Clausewitz und der Staat. Bonn 1993, S. 149 ff.
- 45 Vgl. 1806. Das preußische Offizierkorps und die Untersuchung der Kriegereignisse, hrsg. vom Großen Generalstabe, Kriegsgeschichtl. Abteilung II, Berlin 1906. – Wie tief der Schock von 1806/07 saß, beweist die Beschlagnahme der Papiere nach seinem Tode (15. Febr. 1818) des Fürsten Friedrich Ludwig von Hohenlohe-Ingelfingen, Oberkommandierenden nach Jena/Auerstedt, dem die Kapitulation von Prenzlau am 28. Okt. 1806 zum Vorwurf gemacht wurde. Als die vom Oberappellationsgericht Ratibor „auf höheren Befehl“ beschlagnahmten Papiere „nach mehreren Jahren“ wieder zurückgegeben wurden, „waren keine eigenhändigen Schriftstücke meines Großvaters darunter“, vgl. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen: Aus meinem Leben, Band I, Berlin 1897, S. 174.
- 46 Vgl. (v. Scherbening und v. Willisen): Die Reorganisation der preußischen Armee nach dem Tilsiter Frieden. Berlin 1866, S. 25. – Zur Zusammensetzung der Kommission vgl. ebd., S. 18 f.; über die konzentrierte Arbeit der Kommission im großen bis hin zu Detailfragen unterrichtet diese Edition eingehend, ebenso Vaupel: Die Reorganisation (wie Anm. 52).
- 47 Vgl. Die Reorganisation der Preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 26.
- 48 Nicht zu verwechseln mit dem berüchtigten Obersten Christian v. Massenbach, dem als Generalquartiermeister des Fürsten Hohenlohe 1806 mit Recht die verhängnisvollsten Fehler vor, während und nach der Schlacht bei Jena zugeschrieben werden.
- 49 Vgl. Otto Hintze: Die Hohenzollern und ihr Werk. Berlin 1915, S. 447, auch Rudolf Stadelmann: Moltke und der Staat. Krefeld 1950, S. 409; grundsätzlich Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 176-183.
- 50 Vgl. Die Reorganisation der Preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 18 f.; Zur Mitwirkung Clausewitz' in der Reorganisationskommission vgl. Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 180 ff.
- 51 Vgl. Die Reorganisation der Preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 18 f.
- 52 Vgl. Franz von Schmidt: Avantgarde. Berlin 1941, S. 89; ebd. heißt es weiter: „Der dümmste Teufel, wenn er länger dient, ist klüger als der Klügste, der kürzer dient.“
- 53 Vgl. Vaupel: Die Reorganisation (wie Anm. 42), S. 204, Nr. 88, Kabinettsorder an den Generalmajor von Scharnhorst, Memel, 16. Dez. 1807.
- 54 Vgl. Friedrich Schinkel (Hrsg.): Preußischer Adel (wie Anm. 44), S. 198 f., 200.
- 55 Vgl. die Charakterisierung Scharnhorsts bei Otto Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 446 f.





- 56 Vgl. Meinecke (wie Anm. 41), S. 76.
- 57 Vgl. ebd.; Michael Sikora: Scharnhorst und die militärische Revolution, in: Johannes Kunisch und Herfried Münkler (Hrsg.): Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution, Berlin 1999.
- 58 „Auch war er ganz unermüdet arbeitsam und dachte an nichts anderes als an sein Geschäft“, vgl. Friedrich Schinkel (Hrsg.): Preußischer Adel (wie Anm. 44), S. 198 f.; zur Arbeitslast, die sich die Kommission auferlegte, Sitzungen „alle Tage, häufig auch Sonntags“, nicht gezählt Einzelgespräche Scharnhorsts mit Gneisenau (und anderen) vgl. Vaupel: Die Reorganisation (wie Anm. 42), S. 455 f., Nr. 173, Gneisenau an den Major v. Pirch, Königsberg (nach 4. Juni 1808). Ebd. auch: „Was ich bearbeite, bearbeitet ein Kopf und eine Hand. Niemand steht mir zur Seite.“ – Für Massenbach, Gneisenau und Grolman erhöhte sich die Arbeitslast noch durch ihre Zugehörigkeit zur „Immediatkommission zur Untersuchung der Kapitulationen und sonstigen Ereignisse des letzten Krieges“.
- 59 Vgl. etwa die Publikationen so unterschiedlicher Autoren wie Karl Demeter: Scharnhorst; in: Werner Hahlweg (Hrsg.): Klassiker der Kriegskunst. Darmstadt 1960; Siegfried Fiedler: Scharnhorst. Geist und Tat. München 1958; Reinhard Höhn: Scharnhorsts Vermächtnis. Bonn 1952; Klaus Hornung: Gerhard von Scharnhorst. München 1997; Georg Heinrich Klippel: Das Leben des Generals v. Scharnhorst. Drei Bände. Leipzig 1869/71; Max Lehmann: Scharnhorst. Zwei Bände. Leipzig 1886/87; Hans Meier-Welcker (wie Anm. 32); Theodor Schieder: Gerhard Johann David von Scharnhorst, in: Hermann Heimpel, Theodor Heuß, Benno Reifenberg (Hrsg.): Die Großen Deutschen. Berlin 1956; Rudolf Stadelmann: Scharnhorst. Schicksal und geistige Welt. Wiesbaden 1952; Heinz Stübiger: Scharnhorst. Die Reform des preußischen Heeres. Göttingen, Zürich 1988 sowie den von Eckardt Opitz 1998 hrsg. Sammelband (wie Anm. 8) und Dorothea Schmidt: Carl von Clausewitz über Gerhard von Scharnhorst, in: Militärgeschichte, Heft 1/1980.
- 60 Vgl. Eberhard Kessel: Die allgemeine Wehrpflicht in der Gedankenwelt Scharnhorsts, Gneisenau und Boyens, in: Johannes Kunisch (Hrsg.): Eberhard Kessel. Militärgeschichte und Kriegstheorie in neuerer Zeit. Berlin 1987, S. 180 f.
- 61 Ebd., S. 181; Kessel stützt sich hier auf Meineckes Boyen-Biographie: Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen. Zwei Bände, Stuttgart 1896–1899, hier Band I, S. 65.
- 62 Kessel: Die allgemeine Wehrpflicht (wie Anm. 60), S. 181.
- 63 Ebd., S. 182; vgl. zu Boyen auch Carl Hans Hermann: Deutsche Militärgeschichte. Frankfurt a.M. 1968, S. 138 f., der Boyen bescheinigt, er habe den „denkenden Soldaten, den selbsttätigen Mann“ [als Tirailleur, d.Vf.] „als Schreckgespenst für den Offizier friderizianischer Prägung [...] zaghaft propagiert“ (vor 1806, d.Vf.).
- 64 Vgl. Meinecke (wie Anm. 41), S. 74 f.
- 65 Vgl. Siegfried A. Kaehler: Wehrverfassung und Volk in Deutschland von den Freiheitskriegen bis zum Weltkriege. Mitteilungen des Universitätsbundes Göttingen, Heft 2, 1937, S. 11 f. – Hans Herzfeld: Staats-, Gesellschafts- und Heeresverfassung (wie Anm. 33), S. 20.
- 66 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 11 f.
- 67 Vgl. Die Reorganisation der Preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 25; bei seinem Tode (1848) habe er „den Seinigen nicht viel mehr“ hinterlassen, „als die Brillanten seines Schwarzen Adlerordens“, ebd.
- 68 Vgl. Bußmann: Zwischen Preußen und Deutschland (wie Anm. 39), S. 206.
- 69 Vgl. ebd., S. 111.





- 70 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 208.
- 71 Vgl. zu Grolman Wolfgang Paul: Die Grolmans, hier S. 90. – Paul stützt sich in dieser Familiengeschichte ohne Zweifel auf die dreibändige Biographie von Emil v. Conrady (Berlin 1894–1896); Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 177 f.
- 72 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 162. – Eberhard Kessel, Grolman und die Anfänge des preußischen Generalstabes, in: Militärwiss. Rundschau, Jg. 1944, Heft 2, S. 120–129.
- 73 Vgl. Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 459, 466 ff.; Meinecke (wie Anm. 41), S. 111–119; Ritter: Stein (wie Anm. 73), S. 328–345, 351 f., 366 ff., 386; ders.: Staatskunst und Kriegshandwerk, Band I, München (3. Aufl.) 1965, S. 97–105.
- 74 Vgl. ebd., S. 346 f., Fußnote 25 zu S. 120; ebd., S. 113–124 eingehend zu diesem Konflikt. – Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 468; Meinecke (wie Anm. 41), S. 135 f.; Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 484 ff.
- 75 Vgl. Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 357 f., 392; ebd., S. 394 betont Paret, daß Grolman (und Boyen) es „still“ hingenommen hätten, „politisch in Ungnade gefallen zu sein“. Kessel: Grolman (wie Anm. 72), S. 129. – Paul: Die Grolmans (wie Anm. 71), S. 288 ff.
- 76 Vgl. ebd., S. 293–297 (indes S. 296, daß Grolmans Bezüge als Generalmajor nach seiner Reaktivierung für die Zeit der Inaktivität nachgezahlt worden sind. – Die Reorganisation der Preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 25.
- 77 Vgl. Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 93; S. 142 eine Charakterisierung des Prinzen; vgl. auch S. 357 f., 362.
- 78 Vgl. zu Grolman als Divisionskommandeur und Kommandierender General Paul: Die Grolmans (wie Anm. 71), S. 298 f., 301 ff., 304 ff., 313 ff., 317 ff.; Kessel: Grolman (wie Anm. 72), S. 129.
- 79 Vgl. Meinecke (wie Anm. 41), S. 74.
- 80 Vgl. Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 386, 335 f.; vgl. auch ders.: Staatskunst (wie Anm. 73), S. 217, 346 f.; vgl. auch Speidel, Gneisenau; Will: Gneisenau (beide wie Anm. 32); Meinecke (wie Anm. 41), S. 69 ff.; die Skizze von Wolfgang Loeff: Neidhardt Graf von Gneisenau, in: Jürgen Hahn-Butry: Preußisch-deutsche Feldmarschälle und Großadmirale. Berlin 1937 ist der heiteren Muse zuzurechnen und zeigt nur, zu welchen Absurditäten die „vaterländische“ Literatur fähig war. – Zur Beurteilung Gneisenaus ist unbedingt heranzuziehen: Aus Karl v. Nostitz's Leben und Briefwechsel. Auch ein Lebensbild aus den Befreiungskriegen. 1848 (An den Staatsrath von Merian nach Paris, den 16. Sept. 1818), S. 314–325.
- 81 Vgl. Ritter: Staatskunst (wie Anm. 73), S. 140; Meinecke (wie Anm. 41), S. 69 ff.; Kessel: Allgemeine Wehrpflicht (wie Anm. 60), S. 183 f.
- 82 Vgl. Ritter: Staatskunst (wie Anm. 73), S. 100 f.
- 83 Vgl. Bußmann (wie Anm. 39), S. 34 f.
- 84 Vgl. Kessel: Allgemeine Wehrpflicht (wie Anm. 60), S. 184.
- 85 Vgl. Bußmann (wie Anm. 39), S. 34 f.; Meinecke (wie Anm. 41), S. 70 ff.
- 86 Vgl. Theodor Körner: „Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen; es ist ein Kreuzzug, ist ein heil'ger Krieg!“ (Leier und Schwert, 1813). – Otto Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 437 f.; Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 334 f., 386, auch S. 415 (daß von einer Billigung von Gneisenaus Landsturmplänen 1808 durch den König nicht die Rede sein kann). – Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 170 f.





- 87 Vgl. Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 177.
- 88 Vgl. ebd., S. 240 ff.; Bußmann (wie Anm. 39), S. 34, 36.
- 89 Vgl. Ritter: Staatskunst, Bd I (wie Anm. 73), S. 81. – Vgl. aber seine von politischer Verbitterung, patriotischem Überschwang und höchsten sittlichen Ansprüchen getragene, nicht unbekannt gebliebene „Bekennnisdenkschrift“ vom Febr. 1812, die ihn wegen seiner scharfen Kritik gewiß dem König schon höchst verdächtig machte, vgl. Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 265–270.
- 90 Vgl. Carl von Clausewitz: Feldzug von 1812 in Rußland, in: Werner Hahlweg (Hrsg.): Carl von Clausewitz. Schriften, Aufsätze, Studien, Briefe. Zweiter Band, zweiter Teilband, Göttingen 1990, S. 893–914; Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 282 ff.; Walther Hubatsch: Die Konvention von Taugoggen und ihre Fortwirkungen, in: Die Verantwortung der militärischen Führung (Cappenberg-Gespräche, Band 2), Köln, Berlin 1969, S. 13–32; Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 413 ff.
- 91 Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 397 f.
- 92 Vgl. ebd., S. 334–342.
- 93 Stadelmann: Moltke (wie Anm. 49), S. 9.
- 94 Gustav Hillard: Herren und Narren der Welt, München 1954, S. 45.
- 95 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 323 f., 289; Hahlweg: Clausewitz und die Gegenwart (wie Anm. 33), S. 200. – Vgl. auch die einprägsame Schilderung des Generalstabslehrgangs von Febr. 1851 bis Aug. 1853 bei Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen: Aus meinem Leben (wie Anm. 45), Bd I, S. 155–212.
- 96 Theodor Steltzer: Sechzig Jahre Zeitgenosse, S. 31 f.; Steltzer (geb. 1885, gest. 1967), war auch im Zweiten Weltkrieg wieder als Generalstabsoffizier (im Transportwesen ab 1940 in Norwegen) eingesetzt. Dem Kreisauer Kreis zugehörig, wurde er im Januar 1945 zum Tode verurteilt. Die Vollstreckung konnte durch Intervention skandinavischer Freunde verhindert werden. – Hillard: Herren und Narren (wie Anm. 94), S. 196 ff.; vgl. auch ders.: Der Deutsche Generalstab, in: Merkur, Jg. 1952, Heft 2, S. 178–183; Franz v. Lenski: Aus den Leutnantsjahren eines alten Generalstabsoffiziers. Berlin 1922, S. 126 f.; grundsätzliche Hahlweg (wie Anm. 33), S. 197–201.
- 97 Vgl. aber auch die Annäherung an Clausewitz bei Erich v. Schickfus und Neudorff, Clausewitz, in: Führertum. 25 Lebensbilder von Feldherren aller Zeiten. Zusammengestellt von Oberst von Cochenhausen. Berlin 1930, S. 333–346: „Die philosophische Betrachtungsweise mag freilich manchen soldatischen Leser abschrecken, und mancher mag es vorziehen, Clausewitz' Theorie in der erläuterten Form, wie sie der General von Freytag-Loringhoven in seinen beiden Büchern ‚Die Macht der Persönlichkeit im Kriege‘ und ‚Die Kriegslehren nach Clausewitz‘ gewissermaßen populär gemacht, hat, zu lesen.“
- 98 Vgl. Ernst Jünger: Strahlungen (hierin: Kaukasische Aufzeichnungen, Vermerk zum 2. Jan. 1943). Tübingen 1949, S. 253.
- 99 Vgl. zum folgenden die zusammenfassende Darstellung des Reformwerks bei Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 450–461, 462–466; grundsätzlich auch Ritter: Stein (wie Anm. 40), und noch immer nützlich Meinecke (wie Anm. 41).
- 100 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 5 f.; Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 452 ff.





- 101 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 204 ff.; entgegen dieser spröden Formulierung lautete der § 1 von Scharnhorsts Entwurf zur Bildung einer Reserve-Armee vom 31. Aug. 1807: „Alle Bewohner des Staats sind geborne Verteidiger desselben“, vgl. Die Reorganisation der preußischen Armee (wie Anm. 46), S. 82; Vaupel: Die Reorganisation (wie Anm. 42), S. 324 ff., Nr. 130.
- 102 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 21; Bußmann: Königliche Armee – Volkshcer (wie Anm. 33), S. 35 f.
- 103 Vgl. Brief Clausewitz an Gneisenau, Koblenz, 28. April 1817, in Werner Hahlweg (wie Anm. 90), Zweiter Band, erster Teilband, S. 264 f. – Vgl. auch das ebenfalls zeitgenössische Urteil von Marwitz bei Schinkel: Preußischer Adel (wie Anm. 44), S. 199 f.
- 104 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 22.
- 105 Vgl. ebd., S. 25 f.
- 106 Vgl. Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 455.
- 107 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 164 ff.
- 108 Vgl. Ritter: Stein (wie Anm. 40), S. 420, 425 f., Paret: Clausewitz (wie Anm. 44), S. 285 f.
- 109 Vgl. Hermann: Militärgeschichte (wie Anm. 63), S. 169; Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 8.
- 110 Vgl. Alten/Albert: Handbuch für Heer und Flotte, Berlin, Leipzig, Wien, Stuttgart 1913, Band 5, Artikel Landwehr, S. 821 ff.
- 111 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 14.
- 112 Vgl. Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 494 f.; Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 8 ff., 12.
- 113 Vgl. Hintze: Die Hohenzollern (wie Anm. 49), S. 494 f.
- 114 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 22, 19 ff.
- 115 Vgl. Alten/Albert: Handbuch für Heer und Flotte (wie Anm. 110), S. 823.
- 116 Vgl. Ritter: Staatskunst (wie Anm. 73), Bd I, S. 125–206; Bußmann: Königliche Armee – Volkshcer (wie Anm. 33), S. 37 ff.; Herzfeld: Staats-, Gesellschafts- und Heeresverfassung (wie Anm. 33), S. 20 f.
- 117 Vgl. Theodor Fontane: Die preußische Idee, in: Theodor Fontane. Sämtliche Romane, Erzählungen, Gedichte, Nachgelassenes. Band 7, München, Wien (2. Aufl.) 1984, S. 506 f. – Der Hinweis auf dieses Zitat am abgelegenen Ort ist Herrn Axel v. Wietersheim (Kronberg) zu verdanken (Erstveröffentlichung in Frankf. Allg. Zeitung, Nr. 289, 13. Dez. 1966).
- 118 Vgl. Kaehler: Wehrverfassung (wie Anm. 65), S. 17; Ritter: Staatskunst (wie Anm. 73), Bd I, S. 148 ff.; Bußmann: Königliche Armee (wie Anm. 33), S. 27 ff.
- 119 Infanterie-Regiment von Boyen, 5. Ostpreußisches Nr. 41, Tilsit, Memel; Feldartillerie-Regiment von Clausewitz, 1. Oberschlesisches Nr. 21, Neiße, Grottkau; Colbergsches Grenadier-Regiment Graf Gneisenau, 2. Pommersches Nr. 9, Stargard; Infanterie-Regiment von Grolman, 1. Posensches Nr. 18, Osterrode; Feldartillerie-Regiment von Scharnhorst, 1. Hannoversches Nr. 10, Hannover; Infanterie-Regiment von der Marwitz, 8. Pommersches Nr. 61, Thorn. – Vgl. Abenheim: Bundeswehr und Tradition (wie Anm. 12), S. 16.
- 120 Vgl. Meinecke (wie Anm. 41), S. 75.





## 60 Jahre Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen

Manfred Eisele

Daß die Clausewitz-Gesellschaft sich heute intensiv mit den Herausforderungen der Friedenssicherung befaßt, kann nur diejenigen überraschen, die das Werk dieses preußischen Generals nicht kennen. Mit seinen philosophischen Ausführungen ist „Vom Kriege“ weniger eine Handlungsanweisung für Militärs als eine Schrift zur Politik.

Anders als etliche seiner Zeitgenossen vertritt Clausewitz eindeutig den Primat der Politik bis in die Führung des Krieges hinein. So stellt er fest, „...es ist wohl selten irgendein großer Akt des Krieges, wo sich nicht noch einiger Einfluß [des politischen Elements] zeigte.“<sup>1</sup> Clausewitz ist deshalb auch heute noch nicht überholt, da die Staatengemeinschaft es für angemessen hält, das 60jährige Jubiläum ihrer eigenen Aktivitäten zur Wahrung des Weltfriedens und zur Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit zu feiern.<sup>2</sup> Das Bemühen der Weltorganisation um den Frieden wird am deutlichsten durch die „Blauhelme“ als Repräsentanten des internationalen Friedenswillens symbolisiert. Allerdings haben die VN erstmals 1948 Soldaten eingesetzt. „Blauhelme“ gibt es sogar erst seit 1956. Aber angesichts mancher existenzbedrohender Angriffe gegen die bisher erfolgreichste Friedensorganisation der Geschichte sollte man die Bereitschaft zum Feiern nicht durch historische Details stören.

### Kollektive Friedenssicherung

Beinahe alle Erstunterzeichner der Charta der VN 1945 befanden sich gegen Ende II. Weltkrieges noch im Kriegszustand; viele von ihnen hatten in erheblichem Umfang Truppen unter Waffen. Deshalb sieht die VN Charta den Rückgriff auf solche militärischen Kräfte zur kollektiven Friedenssicherung vor (VN Charta



Der Somalia-Einsatz – hier 1993 bei UNOSOM II – war eine der ersten VN-Bewahrungen deutscher Soldaten

Art.47). Allerdings steht die Verpflichtung aller Mitglieder der VN, „dem Sicherheitsrat auf sein Ersuchen Streitkräfte zur Verfügung [zu] stellen, [und] Beistand [zu] leisten“ (VN Charta Art.43.1) bisher nur auf dem Papier. Das gilt auch für die an gleicher Stelle angesprochenen bilateralen Sonderabkommen. Die seit 1995 mit vielen Mitgliedsstaaten abgeschlossenen Übereinkommen der Hauptabteilung für Friedenserhaltende Maßnahmen (DPKO) nach dem Prinzip von “Stand-by“-





Kontingente sind der pragmatische Versuch, trotz fehlender Sonderabkommen die Effizienz der Friedenssicherung durch die VN zu verbessern. Mitgliedsstaaten informieren die VN gemäß solchen Übereinkünften über Art und Umfang militärischer und/oder polizeilicher Unterstützung, mit der die VN für einen künftigen Einsatz rechnen können. Das beschleunigt zwar den Planungsprozess bei DPKO, beseitigt aber nicht die Ungewißheit, ob die in Aussicht gestellte Unterstützung im Falle eines konkreten Einsatzes auch tatsächlich geleistet wird. Politische Bedenken und Vorbehalte in den Mitgliedsstaaten belasten deren "Stand-by" Versprechen mit erheblicher Unsicherheit. Auf die "Stand-by High Readiness Brigade (SHIRBRIG)"<sup>3</sup> soll hier kurz hingewiesen werden, weil dieser multinationale Großverband seine rasche Verfügbarkeit für VN Friedensmissionen bereits mehrfach bewiesen hat. So stellte SHIRBRIG, dessen Hauptquartier sich mit einer Planungsgruppe in Dänemark befindet, im November 2000 das Vorkommando von UNMEE<sup>4</sup>, 2003 die Stabsunterstützung für UNMIL und unterstützte die im Auftrag der UN erfolgende Mission der ECOWAS<sup>5</sup> in Côte d' Ivoire.

Einige Entwicklungsländer haben gegen die Nutzung von SHIRBRIG durch die VN protestiert, weil diese freiwillige Gruppe nur aus Ländern des politischen Nordens besteht.

### **Zögerlicher Beginn**

Die frühesten Versuche der VN zu aktiver Friedenssicherung, so während des von seinen damals kommunistischen Nachbarn geschürten Bürgerkrieges in Griechenland, scheiterten am Veto der Sowjetunion. Die dennoch vom Sicherheitsrat zur Feststellung der Konfliktursachen entsandte zivile Untersuchungskommission<sup>6</sup> müßte man eigentlich als „1. Friedensmission der VN“ bezeichnen.

Sogar gegen die Entsendung einzelner uniformierter Soldaten etwa zur Untersuchung von Grenzverletzungen gab es im Sicherheitsrat Vorbehalte. Erst zur Überwachung des Waffenstillstandes zwischen dem neu gegründeten Staat Israel und seinen arabischen Nachbarn einigte man sich auf eine militärische Kommission. (SCR 48 [1948]) So wurden im Juni 1948 die ersten neun Offiziere der "United Nations Truce Supervision Organisation – UNTSO" nach Jerusalem entsandt. Sie waren unbewaffnet – wie seither alle Militärbeobachter der Vereinten Nationen! Dennoch wurde der französische Commandant René de Labarrière wenige Tage später der erste von mittlerweile beinahe 2.000 Toten, welche die VN seither im Einsatz für den Frieden zu beklagen hatten.





Die Entsendung der Beobachter von UNTSO erfolgte mit Zustimmung aller Konfliktparteien. Um wirkungsvoll agieren zu können, waren die Offiziere auch weitgehend auf die Bereitschaft der Parteien zur Zusammenarbeit angewiesen. Alleine die Anwesenheit der Beobachter im Krisengebiet war zwar Ausdruck des politischen Willens der Weltorganisation zur Eindämmung des Konfliktes, aber ohne irgendwelche Möglichkeiten, Zwangsmittel anzuwenden, konnten sie nur moralische Überzeugungsarbeit leisten. Diese moralische Dimension bestimmt bis heute die Wirksamkeit des Interventionsinstrumentes „Militärbeobachter“, das in der Mehrzahl aller Friedensmissionen zum Einsatz kommt, entweder ganz auf sich gestellt, oder zusammen mit „Blauhelmen“, also militärischen Formationen oder Zivilpolizei mit VN Mandat. Die militärische Sicherheit der Militärbeobachter wird bisweilen auch von Regionalorganisationen oder ad hoc-Koalitionen garantiert.

UNTSO, das auch heute noch besteht, gilt in den Statistiken der VN als erste „Friedenserhaltende Maßnahme der VN“ (UN Peacekeeping Operation). Obwohl die Mission weder die Nah-Ost-Kriege von 1956, 1967 und 1973 verhindert hat, noch die Intifadah-Konflikte, hält der Sicherheitsrat diesen Akt der „Friedenssicherung“ doch für so wichtig, daß er das UNTSO-Mandat regelmäßig verlängert.

Auch die seit Anfang 1949 bestehende Friedensmission für das zwischen Indien und Pakistan umstrittene Kaschmir UNMOGIP konnte mit ihren wenigen Dutzend Offizieren weder die Kriege dort verhindern, noch die schon seit 1947 spannungsgeladene Situation spürbar beeinflussen. Dennoch schreibt der Sicherheitsrat auch diesen Einsatz weiterhin fort. Anders als die meisten späteren Missionen werden UNTSO und UNMOGIP aus dem regulären VN Haushalt bezahlt.

Die 1964 begonnene VN Friedensmission auf Zypern wird dagegen aus freiwilligen Beiträgen finanziert. Während man über die Wirksamkeit der beiden ältesten Friedensmissionen Zweifel haben kann, darf UNFICYP für sich in Anspruch nehmen, die Lage zwischen den griechischen und türkischen Einwohnern der Insel gut unter Kontrolle gehalten zu haben. Damit schuf UNFICYP die Voraussetzungen für den sogenannten Annan-Plan, eine friedliche Vereinigung der Territorien der beiden Volksgruppen mit deren weitgehender Autonomie zu verbinden. Daß das dazu 2004 abgehaltene Referendum am Votum der griechischen Mehrheit scheiterte, war ein Fehler der Europäischen Union (EU), die dem griechischen Teilstaat die Mitgliedschaft in der EU ohne entsprechende Konditionen zugesagt hatte.





Nicht alle 60 bisher mandatierten Friedensmissionen können hier bewertet werden, doch sollen einige für die Entwicklung der Friedenssicherung durch die VN wichtige Entscheidungen herausgehoben werden.

### “Uniting for Peace“

1950 wollte die Sowjetunion den Sicherheitsrat durch ihre Politik des leeren Stuhles von der Beratung der Aggression Nord-Koreas gegen das als einzige rechtmäßig und demokratisch legitimierte Vertretung des ganzen geteilten Landes anerkannte Süd-Korea abhalten.<sup>7</sup> Auf Veranlassung der USA wurde deshalb die Entscheidung über Maßnahmen der VN statt vom eigentlich zuständigen Sicherheitsrat (VN Charta, Art.24) von der Generalversammlung getroffen. Die “Uniting for Peace“ – Resolution<sup>8</sup> stellt seither den Präzedenzfall für Situationen dar, in denen der Sicherheitsrat durch das Veto eines oder mehrerer seiner ständigen Mitglieder blockiert ist. Dabei wurde der Generalversammlung die Befugnis übertragen, (VN Charta, Art. 11.1) bei tatsächlichem oder drohendem Bruch des Friedens, Empfehlungen für Kollektivaktionen zu geben, einschließlich Zwangsmaßnahmen gemäß Kapitel VII, also auch des Einsatzes bewaffneter Kräfte.

Die “Uniting for Peace“ – Resolution stellt seither den Präzedenzfall für Situationen dar, in denen der Sicherheitsrat durch das Veto eines oder mehrerer seiner ständigen Mitglieder blockiert ist.

Als Frankreich und Großbritannien im Falle des Suez-Konfliktes 1956 den Sicherheitsrat mit ihrem Veto blockierten, wurde der Ausweg einer “Uniting for Peace“ – Resolution abermals genutzt.<sup>9</sup>

Der Suez – Konflikt sah zugleich die Geburt der weitaus wirksamsten Maßnahme der Vereinten Nationen auf ihrem Kerngebiet, der Friedenssicherung. Von dem Kanadier Lester Pearson aktiv unterstützt, schuf Generalsekretär Dag Hammarskjöld die „Blauhelme“. Diese wegen der blauen Farbe ihrer Kopfbedeckung so genannten militärischen Einsatzkräfte unter der Flagge der VN haben sich seit ihrem ersten Einsatz als “UN Emergency Force – UNEF“ zwischen den Parteien des Suez-Konfliktes vielfach bewährt. Nur wenige Tage nach dem Beschluß der Generalversammlung<sup>10</sup> konnten sie nicht nur den gerade ausgehandelten Waffenstillstand sichern, sondern auch den folgenden Abzug der Truppen der Aggressoren überwachen. Die Weltorganisation hatte damit bewiesen, daß sie bei entsprechendem politischen Willen ihrer Mitgliedsstaaten Stabilität im Bereich einer bewaffneten Krise rasch und erfolgreich sichern konnte.





## „Blauhelme“

Seither versteht man unter dem Begriff „Blauhelme“ zumeist militärische Formationen, die mit einem Mandat des Sicherheitsrates eingesetzt werden, um ein sicheres Umfeld für den Einsatz weiterer multinationaler Elemente zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens zu schaffen. Die stets multinational zusammengesetzten Kontingente der Friedensstruppen der VN werden grundsätzlich mit Zustimmung aller betroffenen Konfliktparteien in einem Krisengebiet stationiert; sie sollen

- Friedensabkommen umsetzen,
- Waffenstillstandsbestimmungen überwachen,
- Streitparteien trennen und Truppenentflechtungen kontrollieren,
- Minenräumprogramme organisieren,
- Ruhe und Ordnung wiederherstellen, und/oder
- präventiv die Eskalation von politischen Spannungen zu bewaffneten Auseinandersetzungen verhindern. Deshalb haben sie oft den Auftrag zur
- Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kombattanten. Oft werden diese Tätigkeiten als „DDR“ („De-Militarisation, De-Mobilisation, Re-Integration“) zusammengefaßt. Weiterhin sollen sie helfen bei der
- Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte; sie sollen
- die Verteilung humanitärer Hilfe schützen und Maßnahmen zur nationalen Versöhnung unterstützen.
- Bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen haben sie sich bewährt, ebenso bei
- Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen und sogar beim
- Aufbau von Institutionen und lebenswichtiger Infrastruktur..

In der VN Charta sucht man einen Katalog derartiger Maßnahmen vergeblich. Sie würden wahrscheinlich zwischen den Bestimmungen der Kapitel VI und VII rangieren. Dag Hammarskjöld sprach deshalb von „Kapitel Sechseinhalb.“ Obwohl die „Blauhelme“ auch nach beinahe fünfzig Jahren ihrer de facto-Existenz nicht in der Charta verankert sind, ist der vom Sicherheitsrat mandatierte Einsatz von Soldaten – und zunehmend auch von ziviler Polizei – neben der Schaffung internationaler Gerichtshöfe die bedeutsamste Weiterentwicklung der kollektiven Sicherheit im System der VN seit deren Gründung. Der Friedensnobelpreis 1988 für die „Blauhelme“ dokumentierte sicher nicht nur den weltweiten Respekt für ihre Friedenssätze, sondern auch die Hoffnung auf friedliche Lösung internationaler und intranationaler Konflikte mit Hilfe der VN.





## “Peacekeeping Support Account“

Die “Uniting for Peace“ – Resolutionen boten zwar eine Möglichkeit, die Blockade des Hauptverantwortlichen für Frieden und internationale Sicherheit durch ein Veto eines der “Permanent Five“ zu überwinden, aber diese fünf Staaten verfolgen das gemeinsame Interesse, ihre privilegierte Stellung nicht durch die allgemeine Übertragung der Zuständigkeit für Frieden und Sicherheit auf die Generalversammlung zu schwächen. So muß sich die Vollversammlung damit begnügen, ihren (eher marginalen) Einfluß auf VN Aktivitäten zur Friedenssicherung (VN Charta, Art. 11.1-3) durch die Bewilligung des jeweiligen Budgets für Friedensmissionen auszuüben (VN Charta, Art.17). Das geschieht zumeist über das Sonderkonto für Friedensoperationen (Peacekeeping Support Account). Die jährlichen Kosten für die Friedensoperationen der VN sind vergleichsweise gering. So betragen die Gesamtkosten aller VN-Friedensmissionen zwischen 1948 und dem 30. Juni 2005 nur etwa 36 Milliarden US\$. Für die 16 derzeit aktiven Friedensoperationen belief sich das Budget vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 auf 4.47 Milliarden US\$; das laufende Budget bis zum 30. Juni 2006 beträgt 3.55 Milliarden US\$. (Zum Vergleich: Die Ausgaben der USA für ihren Irak-Einsatz betragen derzeit ca. 4.5 Milliarden US\$ im Monat.)

Für die Gestellung von Truppen und Polizei erhalten Mitgliedstaaten wesentliche Teile ihrer Kosten nach einem weltweit gleichen Schlüssel erstattet. So zahlen die VN unabhängig vom Dienstgrad eines „Blauhelmes“ monatlich ca. 1.000 US\$ pro Kopf. Für die materielle Ausstattung der Kontingente gibt es ebenfalls nach Art und Umfang festgelegte Sätze zur Kostenrückerstattung.

## Souveränität oder Menschenrechte

Während der Sicherheitsrat in den 45 Jahren bis zum Ende des Kalten Krieges nur 18 Einsätze von „Blauhelmen“ mandatiert hatte, erteilte er seither in nur ca. 14 Jahren 42 Mandate für Friedensmissionen. Die Mehrzahl dieser Operationen findet nicht mehr im Rahmen „klassischer“, also zwischenstaatlicher Streitigkeiten statt, sondern innerhalb des Territoriums eines souveränen Mitgliedstaates. Das sieht die Charta eigentlich nicht vor. So besteht eine Spannung zwischen dem Souveränitätsanspruch des betroffenen Mitgliedstaates,<sup>11</sup> und dem Anspruch der Staatengemeinschaft, etwa den Grundsätzen der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“<sup>12</sup> im Interesse der Bürger eines Konfliktgebietes auch gegen die jeweiligen Machthaber Geltung zu verschaffen.





Die individualstaatlichen Souveränitätsansprüche der großen Mehrheit der Generalversammlung wurden seit 1945 häufig wiederholt und bekräftigt. Das zeigt, welche fundamentale Bedeutung die Regierungen der meisten Mitgliedsstaaten ihrem „Status souveräner Gleichheit“ und dem Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“<sup>13</sup> zumessen. China hat erst jüngst einen besonders dramatischen Versuch unternommen, seine Souveränität als Waffe gegen Reformanstrengungen des Generalsekretärs einzusetzen<sup>14</sup>. Generalsekretär Kofi Annan hatte deshalb für die Generalversammlung 2005 die Weiterentwicklung des internationalen Rechts von der „humanitären Intervention“ (SCR 688 [1991]) bis zur Verpflichtung, die Rechte der Menschen in Unterdrückungssystemen zu schützen, angesprochen.

Während der Sicherheitsrat während des „1. Golfkrieges“ auf die Giftgasangriffe Iraks unter Saddam Hussein gegen den Iran trotz Tausender Toter nicht reagiert hatte, autorisierte er nach Saddams Einsatz von Nervenkampfstoffen gegen seine eigenen kurdischen Landsleute erstmals eine Intervention aus humanitären Gründen. Auch bei späteren Interventionen in Somalia und im ehemaligen Jugoslawien orientierte der Rat sich an diesem Maßstab. (SCR 733 [1992] u. SCR 827 [1993]). Kofi Annans Mut, die wie ein erratischer Block neben der Charta stehende Präambel mit ihrem idealistisch geprägten Text – Werk eines Einzelnen, des Südafrikaners Jan Smuts – quasi zu seinem Programm zu erklären, verdient Respekt: „Once synonymous with the defence of territory from external attack, the requirements of security today have come to embrace the protection of communities and individuals from internal violence.“<sup>15</sup> Durch die Bereitschaft des Sicherheitsrates, auch gegen den Willen von Mitgliedsstaaten zum Schutz von Minderheiten auf deren Territorium zu intervenieren, wuchs die Zahl der im Einsatz befindlichen „Blauhelme“. War die Kongo-Mission ONUC 1960–1964 mit fast 20.000 „Blauhelmen“ die größte während des Kalten Krieges, so erreichte 1992–1995 UNPROFOR im ehemaligen Jugoslawien mit mehr als 50.000 Soldaten einen quantitativen Höhepunkt. Heute stehen wieder ca. 67.000 „Blauhelme“ unter der Flagge der VN im Dienst für den Frieden.

### „Somalia“

Die hohen Erwartungen besonders der Menschen in Krisengebieten an die Fähigkeit der VN zur Friedenssicherung konnten die „Blauhelme“ nur selten erfüllen. Ursächlich für beklagenswerte Defizite waren zumeist Fehler des Sicherheitsrates. Dieser begnügte sich häufig mit nur oberflächlicher Lagefeststellung und mangelhafter Auftragserteilung. Da ihm eigene Kapazitäten zur Aufklärung und





Nachrichtengewinnung fehlen, stützt der Rat sich vor allem auf Informationen aus dem Kreis der Mitglieder ab, vorrangig der "Permanent Five". Ungenügende und damit falsche Beurteilung der Lage mußten „Blauhelme“ manches Mal mit ihrem Leben bezahlen. Besonders skandalös waren diejenigen Einsätze, bei denen der Sicherheitsrat sich nicht einmal über seine eigene politische Zielsetzung klar war. Die VN führen zwar keine Kriege, dennoch wäre es hilfreich, wenn der Sicherheitsrat wenigstens gelegentlich – mutatis mutandis – den Rat von Clausewitz beachten würde. Der konnte sich ein fehlerhaftes Verhalten politischer Akteure durchaus vorstellen, riet er doch „Man fängt keinen Krieg an, oder man sollte vernünftigerweise keinen anfangen, ohne sich zu sagen, was man mit und was man in demselben erreichen will.; das erstere ist der Zweck, das andere das Ziel.“<sup>16</sup>

„Somalia“ mit 8 gefallenen „Blauhelmen“ bei UNOSOM I, 1991-1993 und 148 toten „Blauhelmen“ bei UNOSOM II, 1993-1995, mag als Illustration der behaupteten Sachverhalte dienen. Während das Mandat für UNOSOM I nur militärische Unterstützung bei der Verteilung humanitärer Hilfe verlangte und durchaus als Erfolg betrachtet werden darf, war das Mandat für UNOSOM II unerfüllbar. Aus der nomadisch geprägten und von verfeindeten Clans dominierten Gesellschaft läßt sich mit den Möglichkeiten unzureichend vorbereiteter und mangelhaft ausgestatteter ausländischer Militärs kein demokratischer Rechtsstaat erzwingen. Dieser VN Einsatz scheiterte so total, daß der Sicherheitsrat ihn schließlich selber abbrach. Zuvor hatten besonders die Kontingente der Mächtigen geradezu fluchtartig das Land verlassen. Obwohl das Versagen des Sicherheitsrates im Fall „Somalia“ offenbar ist, beschuldigen vor allem seine mächtigsten Mitglieder „die VN“, versagt zu haben.

Der Friedensnobelpreis 1988 für die „Blauhelme“ dokumentierte sicher nicht nur den weltweiten Respekt für ihre Friedenseinsätze, sondern auch die Hoffnung auf friedliche Lösung internationaler und intranationaler Konflikte mit Hilfe der VN.

### “Traditional Peacekeeping“

Das Engagement des Sicherheitsrates für den Frieden und die internationale Sicherheit wird außer durch die angesprochene Oberflächlichkeit seiner Lagefeststellung, die Risiken nicht berücksichtigte, auch von einer zaghaften Grundhaltung bestimmt. Statt seinen politischen Willen zum Frieden mit Entschlossenheit umzusetzen, wurden Mandate für Friedensoperationen häufig nach den Bestimmungen des Kapitels VI erteilt. Das setzt nicht nur die Zustimmung aller Konfliktparteien voraus, sondern verlangt von den VN im Krisengebiet grundsätzlich Unparteilichkeit (impartiality) und Neutralität. Deshalb waren „Blauhelme“ zumeist nur leicht bewaffnet und ungeschützt gegen etwaige Feindseligkeiten einer oder mehrerer Konfliktparteien. Gewaltanwendung war ihnen nur als äußerstes





Mittel zur Selbstverteidigung erlaubt. Im Nachhinein bezeichnet man derartige Einsätze als „klassische oder traditionelle Friedenssicherung“, bisweilen auch als „Peacekeeping der ersten Generation“, oder „der zweiten Generation“.

Sein sicher begrüßenswerter Grundsatz, den Einsatz von Soldaten nur als „ultima ratio“ zu erwägen, hat den Sicherheitsrat auch dazu veranlaßt, zu Beginn einer Friedensmission meistens nur wenige „Blauhelme“ in das Krisengebiet zu entsenden und diese mit einem Kapitel VI-Mandat auszustatten. Offensichtlich setzte der Rat dabei auf das Prinzip Hoffnung und nahm an, man könne ja später immer noch nachbessern. Clausewitz hatte vor solchem Verhalten gewarnt, „da im Kriege aus unzureichenden Anstrengungen nicht bloß ein Nichterfolg, sondern positiver Schaden entstehen kann...“<sup>17</sup>

Die „Blauhelme“ sollen bei solchen Einsätzen mit ausreichendem Selbstschutz, also zumeist gepanzerten Fahrzeugen ausgestattet und so bewaffnet sein, daß sie den politischen Willen der Weltorganisation auch gegen Widerstand durchsetzen können.

So begann die VN Präsenz in Sierra Leone im August 1999 nach Kapitel VI-Konditionen mit nur wenigen Dutzend Militärbeobachtern, mußte aber schon ab Oktober in mehreren zögerlichen Schritten bis zum Juni 2000 auf 17.500 „Blauhelme“ unter einem Kapitel VII-Mandat gesteigert werden. Erst damit gelang es, die dortigen Rebellen zunächst an den Verhandlungstisch zu zwingen und sie dann vom Vorteil einer Mitwirkung an aktiver Konfliktachsorge zu überzeugen. Während man eine Friedenstruppe im Einsatz auch nachträglich relativ einfach quantitativ verstärken kann, ist der Qualitätssprung von einem Kapitel VI-Mandat zu einem Einsatz unter den Bedingungen des Kapitels VII nur unter großen Schwierigkeiten möglich.

Die derzeitige Mission in der Demokratischen Republik des Kongo, MONUC begann völlig unzureichend mit 5.537 „Blauhelmen“. Deren Verdoppelung auf 11.000 bedurfte zwar nur eines Federstriches in New York, blieb aber angesichts der Größe dieses Landes und ohne die entsprechenden Möglichkeiten operativer und taktischer Mobilität und Flexibilität fast wirkungslos.

### “Brahimi-Bericht“

Die bitteren Erfahrungen der VN in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegovina gaben den Anstoß zu den 57 Reformvorschlägen, die der „Brahimi-Report“ den Mitgliedsstaaten im August 2000 unterbreitet hat.<sup>18</sup> Unter den darin dringend empfohlenen Maßnahmen ragen heraus:

- Friedenssicherung durch die VN muß eine angemessene Option sein.



- Es muß einen „Frieden“ geben, den es zu sichern gilt.
- Der Sicherheitsrat muß ein eindeutiges Ziel der Operation vorgeben und dazu ein klares Mandat erteilen.
- Das Mandat muß erfüllbar sein; die personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen müssen für die gesamte Dauer des Mandats voll ausreichen.

Der „Brahimi-Report“ stellt eindeutig auf die aktuellen Herausforderungen der Friedenssicherung durch die VN ab und konzentriert sich dazu vorrangig auf den Bereich der „Multidimensionalen Friedenssicherung.“

Mittlerweile wissen die VN, daß die wichtigste Voraussetzung erfolgreicher Friedenssicherung ein robustes Mandat ist. Derartige Mandate werden regelmäßig nach den Konditionen des Kapitels VII erteilt; die Missionen bezeichnet man dann bisweilen als solche der dritten Generation. Die „Blauhelme“ sollen bei solchen Einsätzen mit ausreichendem Selbstschutz, also zumeist gepanzerten Fahrzeugen ausgestattet und so bewaffnet sein., daß sie den politischen Willen der Weltorganisation auch gegen Widerstand durchsetzen können. Die Einsatzregeln („Rules of Engagement“ – ROE) der Mission müssen den politischen Willen des Sicherheitsrates unmißverständlich umsetzen.

UNTAES in Kroatien, die erste Mission nach den Regeln des „Robust Peacekeeping“, war ein voller Erfolg. Sie verfügte über 5.000 Mann in mehreren verstärkten Panzergrenadierbataillonen. Damit standen auf Veranlassung der VN erstmals Kampfpanzer unter VN-Flagge im Einsatz für den Frieden. Am Beispiel dieser ausreichend bewaffneten Truppe, die potentielle Friedensstörer durch überzeugend demonstrierte politische Entschlossenheit und militärische Kapazität von bewaffneten Aktionen abschrecken konnte, orientieren sich die VN seither für weitere Friedensmissionen.

### **„Koalition der Willigen“**

Seit der Aggression Nordkoreas gegen den Süden mußten die VN wiederholt feststellen, so bei Saddam Husseins Überfall auf Kuwait, oder bei Slobodan Milosevics „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo, daß die Staatengemeinschaft nicht in der Lage ist, größere oder komplexe militärische Operationen zu führen. So bleibt dem Sicherheitsrat nur der Rückgriff auf eine jeweils ad hoc formierte Koalition von Mitgliedstaaten, die willens sind, sich gemeinsam in den Dienst der VN zu stellen. Manchmal läßt auch eine Regionalorganisation erkennen, daß sie einer entsprechenden Bitte der VN um Unterstützung im Rahmen ihrer operativen



Möglichkeiten folgen würde. So kommt es zu unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit:

- 1992 hatten in Somalia zunächst die USA die Führung, die VN war auf Zusammenarbeit angewiesen. Nach dem Prinzip einheitlicher Führung erfolgte diese von Washington aus. Der Sicherheitsrat konnte seine eigene Autorität kaum zum Tragen bringen. Das trug sicher zum Scheitern von UNOSOM II bei.
- 1994 engagierte sich anfänglich die „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS) unter Führung der USA in Haiti. Als der Sicherheitsrat dann UNMIH autorisierte, lösten die VN die OAS ab.
- 1999 führte zunächst Australien eine ad hoc-Koalition beim Einsatz zur Friedenssicherung in Ost-Timor, ehe die VN mit dem Mandat für UNTAET die Verantwortung übernahm.
- 2003 übernahm offiziell die Europäische Union, tatsächlich aber Frankreich, die Führung der sehr kurzzeitigen Operation „Artemis“ in Bunia im Osten des Kongo. Parallel dazu blieben die VN mit ihrer Mission MONUC verantwortlich für die Friedenunterstützung im ganzen Land.

Mit seinem absoluten „Autorisierungsmonopol“<sup>19</sup> legitimiert der Sicherheitsrat auch die Intervention einer Koalition der Willigen. Mit einer solchen Legitimation werden die beteiligten Staaten und ihre Einsatzformationen ermächtigt, alle gemäß Kapitel VII notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und alle entsprechenden Mittel einzusetzen, um ein möglichst eindeutig definiertes Ziel zu erreichen. (VN Charta Art. 53.1)

## UN Polizei

Wer von „Blauhelmen“ spricht, denkt gemeinhin an Soldaten im Einsatz für die VN. Daß die Mehrzahl aller „Blauhelme“ tatsächlich Militärs sind, liegt nicht nur an deren rascher Verfügbarkeit, sondern auch daran, daß sie auf Einsätze außerhalb des eigenen Landes wenigstens mental grundsätzlich vorbereitet sind.

Mit seinem absoluten „Autorisierungsmonopol“ legitimiert der Sicherheitsrat auch die Intervention einer Koalition der Willigen.

Dennoch sind die Aufgaben, die sie für die VN zu erfüllen haben, zumeist eher polizeilicher, also ziviler Natur. Deshalb hat die Zahl der unter der Flagge der VN eingesetzten Polizisten seit dem ersten großen Einsatz in Bosnien-Herzegowina ab 1995 erheblich zugenommen. Neben den 60.000 schwer bewaffneten Soldaten der NATO-geführten „Implementation Force“ - IFOR (ein Jahr später als „Stabilisation Force“ – SFOR fortgeführt) in diesem





Krisengebiet hatte sich die ausschließlich polizeiliche Präsenz der VN mit bis zu 2.027 Polizeibeamten eher bescheiden ausgenommen.<sup>20</sup> Dennoch war der Einsatz dieser "International Police Task Force" – IPTF richtungweisend für das was man bisweilen als "Policekeeping"<sup>21</sup> bezeichnet hat. Tatsächlich versteht man darunter einen wichtigen Teil der „komplexen Friedenssicherung“<sup>22</sup>. Etliche Mitgliedsstaaten der VN orientieren die Aufgaben ihrer Polizei zur Wahrung von Recht und Ordnung nicht vorrangig an den Interessen ihrer Bürger. Deshalb ist es schwierig, Polizeibeamte außerhalb ihrer eigenen Gesellschaftsordnung einzusetzen, um dort die Regeln polizeilichen Handelns zu überwachen. Eine weltweit übereinstimmende Definition der Grundsätze polizeilicher Tätigkeiten gibt es bisher nicht. Aber viele im Einsatz für die VN tätige Polizei-Offiziere bemühen sich, ihr an der Einhaltung der Menschenrechte ausgerichtetes Verhalten zur gemeinsamen Auffassung über die Aufgaben der Polizei im Rechtsstaat zu machen und diese Prinzipien der Polizei im jeweiligen Krisengebiet zu vermitteln. Multidimensionale Friedensoperationen sind heute nicht mehr ohne wesentliche Mitwirkung von polizeilichen Elementen denkbar. Wegen des erheblichen Bedeutungsgewinns der Polizei gibt es als Ergebnis einer Brahimi-Empfehlung im VN Sekretariat bei DPKO nunmehr neben der "Military Division" die gleichrangige "UN Police Division". Beide unterstehen unmittelbar dem Untergeneralsekretär für "Peacekeeping Operations".

Multidimensionale Friedensoperationen sind heute nicht mehr ohne wesentliche Mitwirkung von polizeilichen Elementen denkbar.

## Prävention

Nahezu alle bisherigen Friedensmissionen der VN waren eine Reaktion auf krisenhafte Entladungen politischer Spannungen in dem jeweiligen Territorium. Dabei ist unstrittig, daß präventive Maßnahmen viel besser und kostengünstiger die Eskalation von Krisen zu bewaffneten Auseinandersetzungen oder gar Kriegen verhindern könnten. Auf einen entsprechenden Auftrag des Sicherheitsrates, Möglichkeiten der Krisenprävention zu untersuchen, legte Generalsekretär Boutros-Ghali einen Bericht vor, in dem er ausführlich Maßnahmen der „Präventiven Diplomatie“ erläuterte.<sup>23</sup> Die von ihm empfohlene präventive Stationierung von Friedenstruppen in einem möglichen Krisengebiet, um die Eskalation politischer Spannungen zu bewaffneten Streitigkeiten zu verhindern, hat so nur ein einziges Mal stattgefunden: UNPREDEP war 1992 ursprünglich als Teil der für alle vom Bürgerkrieg betroffenen Gebiete des ehemaligen Jugoslawien entsandte Schutztruppe der VN (UNPROFOR) geschaffen worden, weil der Sicherheitsrat befürchtete, wegen der großen albanischen Minderheit in Mazedonien und wegen serbischer Aktivitäten im benachbarten, überwiegend albanisch besiedelten Ko-





sowo könne es zur Destabilisierung des heterogenen Mazedonien kommen. Die 1.500 UNPREDEP-„Blauhelme“ leisteten bis zum Frühjahr 1999 einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Mazedonien. Dennoch wurde diese so erfolgreiche einzige präventive Friedensmission der VN überraschend abgebrochen, weil China ein Veto gegen die weitere Verlängerung des UNPREDEP-Mandates einlegte. Grund dafür war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Mazedoniens mit Taiwan.

Prävention sollte sinnvollerweise am Anfang eines Krisenzyklus einsetzen, ehe dieser so eskaliert, daß der Einsatz dann entsprechend starker bewaffneter Kräfte nur noch reaktiv möglich ist. Dennoch bleibt zweifelhaft, ob es künftig gelingen kann, Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten zu veranlassen, zur Abwehr einer nur möglichen künftigen Gefährdung der internationalen Sicherheit Truppen, Polizei oder auch nur Haushaltsmittel bereitzustellen. Dazu wäre sicher zunächst durch entsprechende Berichterstattung aus dem gefährdeten Gebiet „Betroffenheit“ zu organisieren. Kofi Annan spricht in diesem Kontext von „präventivem Journalismus“ Seine Forderungen an die Mitgliedstaaten gipfeln in der Empfehlung, von der präventiven Entsendung von „Blauhelmen“ mehr aktiven Gebrauch zu machen.

### Schutz von Zivilisten

Prävention sollte sinnvollerweise am Anfang eines Krisenzyklus einsetzen, ehe dieser so eskaliert, daß der Einsatz dann entsprechend starker bewaffneter Kräfte nur noch reaktiv möglich ist.

Um ihrer Verantwortung für den Frieden besser gerecht zu werden, müßten sich die VN nach der Auffassung ihres Generalsekretärs häufiger entschließen, Menschen in Not und Gefahr aktiv zu schützen. So hat er beispielsweise die blutigen Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, in der Elfenbeinküste und in Liberia als „Crises of Protection“ bezeichnet.<sup>24</sup> Deshalb war es konsequent, daß der Sicherheitsrat seine Friedensmission im Kongo, trotz ihrer personell und materiell ungenügenden Ausstattung beauftragte, „Zivilisten und Mitarbeiter humanitärer Hilfsorganisationen vor der unmittelbaren Bedrohung durch physische Gewalt zu schützen. (SCR 1493 [2003]). In der Praxis stoßen „Blauhelme“ jedoch rasch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, wenn sich Zivilisten in großer Zahl vor Angriffen aggressiver Milizen oder Invasionstruppen in den Schutz beengter VN Lager flüchten wollen. So resultieren vergebliche Rettungsversuche oft in Frustration oder Aggression gegen die als untätig oder gar unwillig eingeschätzten ausländischen Friedenssoldaten der VN.





## Keine Präzedenzfälle

Die deutliche Zurückhaltung des Sicherheitsrates bei der Entscheidung, ob man in akuten Krisen intervenieren sollte, wird an der Zahl von nur 60 derartigen Interventionen in den vergangenen 60 Jahren deutlich, in denen es weltweit mehr als 200 bewaffnete Auseinandersetzungen gegeben hat. Eine wichtige Ursache für dieses Zaudern liegt in der Befürchtung der ständigen Mitglieder des Rates, man könne unerwünschte Präzedenzfälle schaffen. So standen wegen der Androhungen entsprechender Vetos weder die Probleme der Russischen Föderation mit den Tschetschenen, noch die Menschenrechtsverletzungen Chinas gegenüber Tibetern und Uiguren auf der Tagesordnung des Rates. Die Androhung eines russischen Vetos verhinderte 1998/1999 ein Mandat des Sicherheitsrates zur Beendigung der massiven Menschenrechtsverletzungen des Milosevic-Regimes gegen seine eigenen Bürger albanischer Nationalität im Kosovo.<sup>25</sup>

Wegen dieser Blockade des Sicherheitsrates und der akuten Gefährdung einer Vielzahl von Menschen entschlossen sich die Mitgliedstaaten der NATO nicht den zeitraubenden Umweg über eine abermalige „Uniting for Peace“ – Resolution der Generalversammlung zu gehen, sondern entgegen dem Interventionsverbot des Artikel 2.7 das Regime des Slobodan Milosevic mit militärischer Macht zur Einstellung seiner verbrecherischen ethnischen Säuberungen zu zwingen. Diese entgegen den Bestimmungen des Völkerrechts erfolgte Intervention der NATO wurde sozusagen de facto – sicher nicht de jure – vom Sicherheitsrat gebilligt, als er die NATO in seiner Grundsatzerklärung 1244 ausdrücklich beauftragte, die „internationale Sicherheitspräsenz“ [habe unter] „substantieller Beteiligung der Nordatlantikpakt-Organisation“[...] „ein sicheres Umfeld für alle Menschen im Kosovo zu schaffen.“(SCR 1244 [1999]) So garantiert die NATO seither mit ihrer auch von Nicht-Mitgliedern unterstützten „Kosovo-Force“ – KFOR die Sicherheit der multi-dimensionalen VN-Mission UNMIK. Während der nunmehr über sechsjährigen VN Protektoratsverwaltung über das Kosovo ist deutlich geworden, daß die Albaner mit mehr als 90 Prozent der Bevölkerung eine Rückkehr zum status quo ante nicht akzeptieren werden. Da hilft es auch nicht, daß die VN eine Entscheidung über die Zukunft ihres Protektorates weiter hinausschiebt und zunächst rechtsstaatliche Verhältnisse auf multi-ethnischer Basis schaffen möchte, ehe man sich der eigentlich längst überfälligen politischen Zielsetzung der internationalen Präsenz zuwenden will.

Die Drohung Chinas, das jede Sezession auf unserem Planeten als Präzedenzfall für die Unabhängigkeit Taiwans fürchtet, sein Veto gegen ein unabhängiges Ko-





sowo einzulegen<sup>26</sup>, gefährdet alle bisherigen Bemühungen um Stabilität und damit einen dauerhaften Frieden auf dem Balkan.

### **Krieg gegen den Terror**

Schon am 12. September 2001 reagierte der Sicherheitsrat auf die am Vortag erfolgten Terrorakte. Einstimmig verurteilte er die terroristischen Verbrechen und erklärte sie zu einer Bedrohung des Friedens. (SCR 1368 [2001]). Mit der Ermächtigung, als kollektives Sicherheitssystem alle Handlungsmöglichkeiten und hier besonders die Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII anzuwenden, zeigen sich die VN der Lage grundsätzlich gewachsen. Allerdings wurde auch deutlich, daß die VN kein Gewaltmonopol besitzen. Die Bekräftigung des naturgegebenen ("inherent") Rechtes auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung entspricht deshalb dem Rechts- und Machtverständnis der ständigen Mitglieder des Rates, wenn sich darüber auch in Mitteleuropa eine kontroverse Diskussion entspannt. Der Sicherheitsrat hat eine vernünftige Grundlage für den weltweiten Kampf gegen den Terrorismus geschaffen, (SCR1373 [2001]) indem er alle Regierungen auffordert,

- durch nationale Gesetzgebung die Finanzierungsströme des Terrorismus einzudämmen;
- Konten einzufrieren, die dem Terrorismus nützen könnten;
- Bewegungen mutmaßlicher Terroristen einzuschränken und ihnen kein Asyl zu gewähren;
- Mißbrauch des Flüchtlingsstatus zu verhindern und zu garantieren, daß
- Politische Motive nicht als Rechtfertigung für die Beteiligung an oder Unterstützung von terroristischen Akten akzeptiert werden.

Das hierzu eingerichtete „Komitee des Sicherheitsrates“ verpflichtet – quasi wie ein Weltgesetzgeber! – alle Mitgliedsstaaten, ihm regelmäßig zu melden, welche nationalen Schritte zur Umsetzung dieser Zielsetzungen ergriffen worden sind. Die weltweite Zusammenarbeit hat sich ordentlich angelesen und zeigt erfreuliche Fortschritte. Während die USA, gestützt auf Resolution 1368 eine ad hoc – Koalition aus jeweils bi-lateral verpflichteten Verbündeten zur "Operation Enduring Freedom" nach Afghanistan entsandten und damit dem Taliban-Regime ein Ende bereiteten, mandatierte der Sicherheitsrat in Ermangelung eigener Truppen zur Friedenssicherung die "International Security Assistance Force", ISAF für Afghanistan (SCR 1368 [2001]). Sowohl mit dieser Friedensmission, als auch mit einigen Konferenzen, die den VN Einsatz in diesem Krisengebiet begleiten und





die Weichen für den Wiederaufbau stellen, beweisen die VN, daß sie sich nicht nur in der Vorbereitung und Durchführung demokratischer Wahlen engagieren, sondern für die Legitimation und Akzeptanz multinationaler Interventionen unverzichtbar sind.

### **Internationale Gerichte und Konfliktnachsorge**

Dazu tragen sicher auch die Bemühungen der VN um die Wahrung und Wiederherstellung des Rechts als wesentlicher Teil internationaler Konfliktnachsorge bei. Ohne auf Details einzugehen sei hier auf die Ad hoc – Tribunale zur Ahndung von Kriegsverbrechen für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda hingewiesen. (SCR 827 [1993] u. SCR 955 [1994]) Ähnliche Aufgaben haben auch Gerichtshöfe in Sierra Leone und Ost-Timor übernommen. Der „Internationale Strafgerichtshof“<sup>27</sup> wird das humanitäre Völkerrecht nicht nur für den Schutz von Opfern durchsetzen, sondern auch helfen, die Verursacher von bewaffneten Konflikten zu identifizieren und für ihr Handeln verantwortlich zu machen. Damit ist das „Statut von Rom“ ein wichtiger Beitrag für eine von Respekt für die Herrschaft des Rechts gegenüber Macht, Willkür und Gewaltbereitschaft bestimmte Weltordnung des Friedens.

### **Steigendes Bedürfnis an VN Friedensoperationen**

Zur Zukunft der Friedenssicherung stellte Kofi Annan kürzlich fest,

- “Peacekeeping sends a powerful signal of the international community’s intention to ensure peace is preserved.“ Ergänzend meinte er jedoch,
- “But to have real effect, this signal must be reflected in Member States’ presence on the ground.“
- „The signal sent by a peacekeeping operation must also be backed up by political commitment from Member States.“<sup>28</sup>

Zweifelloso gibt es ein steigendes Bedürfnis für Friedensoperationen der VN.

Das illustrieren die in jüngster Vergangenheit begonnenen Friedenseinsätze in Côte d’Ivoire, Haiti, Burundi und im Sudan.

Gerade die Mission im Sudan macht aber auch fortdauernde Dilemmata der VN deutlich. Chinas Ölinteressen dort stehen wirksamen Maßnahmen der Weltorganisation zum Schutz einer von genozid-ähnlicher Verfolgung bedrohten Bevölkerung im Wege. Zugleich belassen es selbst potente Staaten des politischen Nordens bei der eher symbolischen Entsendung weniger Dutzend unbewaffneter Militärbeobachter, obwohl der Sicherheitsrat wenigstens 10.000 „Blauhelme“ au-





torisiert hat. Es scheint, als habe sich seit Clausewitz wenig geändert, meinte er doch, „ Niemals wird man sehen, daß ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft aufnimmt, wie seine eigene. Eine mäßige Hilfsarmee wird vorgesandt; ist sie nicht glücklich, so sieht man die Sache ziemlich als abgemacht an und sucht so wohlfeil als möglich herauszukommen.“<sup>29</sup>

Man kann nur hoffen, daß der auf dem Weltgipfel 2005 beschlossene Vorschlag Kofi Annans, an die Stelle der eher fragwürdigen „Menschenrechtskommission“ einen „Rat für Menschenrechte“, zu setzen den Menschenrechten mit der Rangerhöhung auch einen Qualitätssprung bringen wird. Damit sollte dieser bedeutsamen Aspekt des Rechts auch sichtbar zum Kernbereich des Engagements der VN für die „Völker der Welt“ werden. Die künftige „Kommission für Friedenskonsolidierung“ müßte die vielfältigen Aktivitäten des DPKO vor allem in der Konfliktnachsorge und des „Department of Political Affairs“ beim langfristigen Aufbau von Staaten mit Hilfe einer klaren Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützen. Wenn die Generalversammlung beim Weltgipfel 2005 auf die weitreichenden Reformvorschläge Kofi Annans eingegangen wäre, hätte sie die Chance gehabt, durch ein besonders überzeugendes Votum ihr Potential als wichtigstes Instrument internationaler Zusammenarbeit zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu demonstrieren. Es scheint so, als habe sie diese Chance vertan.

Generalsekretär Kofi Annan wird in seinem Bemühen, unsere Welt friedlicher und gerechter zu machen also weiterhin auf aktive Unterstützung durch die Regierungen der 191 VN Mitglieder angewiesen sein. Dazu sollte sich auch Deutschland aufgerufen fühlen.

Anmerkung der Redaktion: Der vorstehende Beitrag ist eine modifizierte Version des unter dem Titel „Wandel durch Anpassung“ in Nr. 5 (2005) der Zeitschrift „Vereinte Nationen“ der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen erschienenen Artikels. Weitere Informationen zum Thema „Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen“, dabei auch die Übersichten über die abgeschlossenen und noch laufenden Friedensoperationen der VN, enthält die Website [www.un.org](http://www.un.org)

**Zum Autor:**

Generalmajor a.D. Manfred Eisele, Jahrgang 1938, ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen, Mitglied der Weizsäcker-Kommission, ist Sprecher des Beirats der Clausewitz-Gesellschaft.





## Anmerkungen:

- 1 Clausewitz: Brief an den Major i.G. v. Roeder, 1827; zit. Nach: Hahlweg, Werner: „Das Clausewitzbild einst und jetzt.“ Einleitung zu „Vom Kriege“; S. 21
- 2 Charta der VN, Amtliche Fassung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesgesetzblatt 1973 II S. 431; Artikel 1.1 (Zit.: VN Charta)
- 3 Gründungsmitglieder waren Dänemark, Kanada, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden. Später traten bei: Argentinien, Italien, Rumänien. Durch Abkommen verbunden sind: Finnland, Portugal, Slowenien, Spanien.
- 4 UN Mission in Ethiopia and Eritrea.
- 5 Economic Cooperation of West African States
- 6 Security Council Resolution (Zit.: SCR ) 15(1946) v.19.12. 1946
- 7 General Assembly Resolution (Zit.: GARes.) 195 (III) v. 12. 12. 1948
- 8 GARes. 377 (V) v.3.11.1950; Abstimmungsergebnis: 52 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen.
- 9 GA Res. 997 (ES-I) v. 2.11.1956; Abstimmungsergebnis: 64 Ja, 5 Nein; 6 Enthaltungen.
- 10 GA Res. 1001 (ES-I) v. 7.11.1956
- 11 VN Charta, Art. 2; hier besonders Art. 2.7, der ein nahezu totales Interventionsverbot enthält.
- 12 GA Res. 217 (III) v. 10.12. 1948
- 13 VN Charta Art. 2, besonders Art. 2.1 und 2.7
- 14 Position Paper of the People's Republic of China, Beijing 7.6.2005 ([www.china.org.cn/english/government/131308.htm](http://www.china.org.cn/english/government/131308.htm))
- 15 Annan, Kofi A.: „We, the Peoples...“ - The Role of the United Nations in the 21st. Century; New York, 2000; S. 43
- 16 Clausewitz: A.a.O. 8.Buch, 2. Kap. S. 850
- 17 Clausewitz: A.a.O. 8.Buch, 3. Kap. S.858
- 18 Report of the Panel on United Nations Peace Operations (A/55/305-S/2000/809)
- 19 VN Charta; Art. 53.1
- 20 Grundlage der Aufstellung der IPTF war Annex 11 zum „Dayton Peace Agreement“ vom 21.11.1995.
- 21 Eisele, Manfred: „Policekeeping“, Anmerkungen zu internationalen Polizeieinsätzen; in: Möllers/van Ooyen (Hg.) Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003; Frankfurt, 2003; S. 497-511.
- 22 Göthel, Dieter: Die Vereinten Nationen: Eine Innenansicht; Berlin 2002; S. 53
- 23 Boutros-Ghali, Boutros: An Agenda for Peace; Second Edition; New York, 1995; S. 46 f.
- 24 UN Doc. A/58/323 v. 2.9.2003; Para. 8
- 25 S. hierzu u.a. Clewing, K.; Reuter, J.(Hg.):Der Kosovo-Konflikt; München, 2000; Reiter, E. (Hg.): Der Krieg um das Kosovo 1998/99; Mainz, 2000.
- 26 „China: Mit uns kein unabhängiges Kosovo“; FAZ v. 22. 8. 2005; S. 1
- 27 UN Doc. A/Conf. 183/9 v. 17. 7. 1998 („Statut von Rom“) Bei der Abstimmung enthielten sich 21; mit „Nein“ stimmten: China, Irak, Israel, Jemen, Katar, Libyen, USA.
- 28 Secretary General's Remarks on UN Peacekeeping Operations to Security Council; New York, 17.5. 2004; SG/SM/9311, SC/8096, PKO/107 29 UN General Assembly, A/60/430, 19 October 2005: Implementation of decisions from the 2005 World Summit, No.7
- 29 Clausewitz, a.a.O. 8.Buch 6. Kap. S. 885





## Eine Betrachtung zum 50. Geburtstag der Bundeswehr: „Bewegliche Antwort“<sup>1</sup>

Karl Feldmeyer

Am Samstag, 12. November 2005 beging die Bundeswehr in Bordenau, nordwestlich von Hannover, den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Vor 250 Jahren wurde dort der Mann geboren, den sie sich zum Ahnherrn erkoren hat: der zum Preußen gewordene General und Heeresreformer Gerhard Johann David von Scharnhorst. Theodor Blank, der erste Verteidigungsminister, bestimmte vor einem halben Jahrhundert Scharnhorsts 200. Geburtstag zur Gründung der Bundeswehr. Am 12. November 1955 fand sie in der Kraftfahrzeughalle der Bonner Ermeikaserne statt. Sie war damals Sitz des erst wenige Monate zuvor gegründeten Bundesverteidigungsministeriums. 101 nach dem Freiwilligengesetz Einberufene, die von nun an wieder als Soldaten dienen sollten, hatte Verteidigungsminister Blank kurzfristig dorthin beordert, alles ehemalige Soldaten der Wehrmacht, an ihrer Spitze die Generale Speidel und Heusinger, dazu achtzehn ehemalige Oberstleutnante, dreißig Majore, vierzig Hauptleute, fünf Oberleutnante, ein Stabsfeldwebel und fünf Oberfeldwebel. Nur zwölf von ihnen waren in Uniform erschienen. Für alle anderen stand noch keine zur Verfügung. Sie nahmen in „schlichtem Zivil“, wie die FAZ am 14. November 1955 berichtete, in Fünferreihe in der Halle Aufstellung, um von Blank ihre Ernennungsurkunden zu erhalten. Der Minister erschien, eskortiert von Heusinger und Speidel sowie dem zivilen Leiter der Personalabteilung Punkt zehn Uhr in der Halle, in der – ein ganz ungewöhnlich großer Auftrieb für diese Zeit – außer den Soldaten auch gut fünfzig Journalisten und Fotografen auf ihn warteten. „Die nackten Steinwände der Halle waren mit gelbem Stoff verhangen. Links und rechts vom Rednerpult, vor dem sich die Uniformträger aufstellten, standen große Angebinde von gelben und weißen Chrysanthemen. Die Wand zierte ein mannshohes Eisernes Kreuz, das links und rechts von den Bundesfarben abgegrenzt wurde“, berichtete die FAZ und auch davon, daß Blank das Ereignis eine Stunde der Besinnung und Neuanfangs genannt und die Verdienste seiner beiden Berater Heusinger und Speidel eigens erwähnt habe. Viel mehr war wohl auch nicht zu berichten. Ein militärisches Zeremoniell gab es nicht, ja nicht einmal die Nationalhymne wurde gespielt. Das war selbst Bundeskanzler Adenauer, der ansonsten gern mit seiner antimilitaristischen Prägung kokettierte, zu schlicht. Der alte Herr war mit dem Ablauf der Gründungsveranstaltung denn auch unzufrieden. Erbost schrieb er an Verteidigungsminister Blank: „Ich für meine Person darf Ihnen offen sagen, dass ich es gerne gesehen hätte, wenn alle schon Uniformen gehabt hätten, und wenn zum Schluss der Feier das Deutschland-Lied gespielt worden wäre“. Ähnlich wie Adenauer emp-





fanden die Soldaten. Heusinger nannte, wie es im Diensttagebuch der militärischen Abteilung des Ministeriums hieß, die Veranstaltung eine „unterkühlte Zeremonie, die nicht als Geburtsstunde der neuen Wehrmacht anzusehen“ sei. Sie schlage erst am 2. Januar 1956, wenn die Lehrkompanien der drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine zusammentreten würden. Aus diesem Anlaß sprach Adenauer in Andernach erstmals zu den Soldaten der jungen Armee. Die Veranstaltung in der Ermekeilkaserne aber bewerteten Heusinger und die übrigen Angehörigen der militärischen Abteilung des Verteidigungsministeriums als „reine Schaunummer für die Presse“.

Mit dieser Beurteilung lagen die Militärs ziemlich richtig, denn Grund dafür, daß der 200. Geburtstag von Scharnhorst als Gründungstag dienen sollte, war nicht allein die Wertschätzung für den preußischen Militärreformer, sondern auch Adenauers akute Besorgnis darüber, daß der sich immer weiter verzögernde Aufbau der Bundeswehr der Bundesrepublik schade und das Interesse Amerikas an der Bundesrepublik mindern, ja sogar Argwohn über seine Absichten entstehen lassen könnte. Schließlich hatte Adenauer wichtige Nahziele seiner Politik, wie die Beendigung des Besatzungsstatuts und die Erlangung der Teilsouveränität bereits erreicht. Seit Mai war die Bundesrepublik Nato-Mitglied und im September war Adenauer nach Moskau gereist, hatte dort die Freilassung der restlichen Kriegsgefangenen erreicht und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart.

Von den seit 1952 den Alliierten zugesagten zwölf Divisionen aber gab es bislang keinen einzigen Soldaten, geschweige denn Anfänge von Luftwaffe und Marine. Kein Wunder, daß bei den Verbündeten Fragen aufkamen, die Adenauer nervös machten. Zur Bestätigung für Adenauers Sorge, hieraus könnten Zweifel an seiner Westpolitik entstehen, berichtete Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Oberst und der erste Offizier, den die Bundeswehr als Nationalen Militärischen Vertreter ins Nato-Oberkommando Europa (SHAPE) nach Fontainebleau entsandt hatte, im Bündnis entstehe der Eindruck, die Deutschen hätten es nicht eilig, nun auch ihre militärischen Verpflichtungen zu erfüllen. „Das Interesse an uns nimmt ab, weil das Vertrauen in uns schwindet“, warnte Kielmansegg.

In dieser Situation ging es Adenauer und Blank darum, Aufsehen zu erregen und den Eindruck zu erwecken, daß es mit der Bundeswehr voran gehe. Dazu musste rasch ein Ereignis inszeniert werden, das die Presse anzog und so öffentliche Aufmerksamkeit erregte, so wie es am 12. November 1955 in der Ermekeilkaserne tatsächlich geschah. Die Qualifizierung des Ereignisses als „Schaunummer für die Presse“ traf somit ins Schwarze.





Andernach, 20. Januar 1956: Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer spricht zu Soldaten

So kam endlich Fahrt in das von Anfang an von Schwierigkeiten und Hindernissen begleitete Unternehmen Bundeswehr, das mit dem Ringen um den Pleven-Plan begann. Unter diesem Begriff firmierte der französische Vorschlag einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), in die ein deutscher Verteidigungsbeitrag integriert, die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigter Partner in die Nato aber verhin-

dert werden sollte. Er scheiterte 1954 an der Weigerung Frankreichs, den mühsam ausgehandelten Vertrag zu ratifizieren. Hinzu kamen innenpolitische Hindernisse wie die Verzögerung benötigter Gesetze, Probleme bei der Bereitstellung von Liegenschaften und Haushaltsmitteln sowie mentale Vorbehalte bis in die CDU und ihre Bundestagsfraktion.

Nun aber kamen die Dinge in Bewegung und Scharnhorsts runder Geburtstag bot sich dazu an, sie sichtbar zu machen. Die Entscheidung, ihn zu nutzen, fiel erst am 8. November – ganze vier Tage vor dem Ereignis. Kein Wunder also, daß die Regie dieses Tages Wünsche offen ließ. Trotz aller Mängel aber erfüllte die improvisierte Veranstaltung ihren Zweck. Ihre Mängel wurden vergessen, die Bezugnahme auf Scharnhorst aber blieb in Erinnerung.

So unstrittig sich der 12. November in den inzwischen verstrichenen fünf Jahrzehnten durchgesetzt hat, so offenkundig ist andererseits, daß der politische Startschuß für die Aufstellung bereits ein halbes Jahrzehnt früher gefallen war – und zwar nicht in Bonn, sondern in Washington. Als die eigentliche Geburtsstunde der Bundeswehr kann der Ausbruch des Koreakrieges im Juli 1950 gelten, weil er in Washington die Einschätzung bestätigte, Moskau sei gewillt, die 1945 gezogenen Grenzen zwischen West und Ost zu überschreiten – möglicherweise auch in Europa. Nachdem der Kalte Krieg in Deutschland mit der Berlin-Blockade 1948 bereits voll ausgebrochen war, kam man in Washington mit Hilfe des Korea-Krieges zu zügigen Entscheidungen, denen sich letztlich auch Frankreich und England nicht versagen konnten. Am 14. Juli 1950 begann der Überfall des kommunistischen Nordkorea, am 19. September beschließen die Außenminister der drei Westmächte, mit deutscher Beteiligung eine europäische Streitmacht aufzustellen und die Sicherheit der Bundesrepublik zu garantieren. Bereits Anfang Oktober einigten sich deutsche militärische Experten im Kloster Himmerod in der Eifel über die Voraussetzungen und die Möglichkeit der Aufstellung eines deutschen Verteidigungsbeitrags in Stärke von 12 Divisionen, anteilig von Luftwaffe und Marine. Bald danach wird der CDU-





Bundestagsabgeordnete Blank zum „Beauftragten des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen“ bestimmt. Das „Amt Blank“ wird zur Keimzelle des Verteidigungsministeriums. Mit diesen Entscheidungen wird das politische Fundament für die Bundeswehr gelegt. Eines ist dabei besonders wichtig: der Impuls zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte geht nicht von der Bundesregierung aus. Dazu fehlt dem jungen Staat die Souveränität. Vor allem aber entspricht diese Entscheidung nicht dem Meinungsklima in der westdeutschen Bevölkerung. Der Impuls kommt eindeutig von amerikanischer Seite. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, dass der Westen ein glaubwürdiges Verteidigungspotential gegen die hinter dem Eisernen Vorhang versammelte militärische Übermacht nur dann zustande bringen kann, wenn die Deutschen dazu einen starken Beitrag leisten.

Diese Entstehungsgeschichte stellt - vergleicht man sie mit derjenigen der verbündeten Streitkräfte - eine folgenschwere Anomalie dar, deren Auswirkungen die Bundeswehr seit ihrer Gründung immer wieder erfahren musste. Von einem allgemeinen Wunsch der westdeutschen Bevölkerung nach Wiederbewaffnung konnte zu Beginn der 50er Jahre keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Verweigerung eines Großteils der Bevölkerung hatte viele verständliche Gründe. Das Trauma des Dritten Reiches lastete ebenso wie der Verlust der gefallenen Väter und Söhne, der verlorenen Heimat und der zerbombten Städte auf denen, die überlebt hatten. All dies förderte eine ablehnende Haltung. Unterstützung fand sie in der evangelischen Kirche. Zudem spielte die Überlegung eine gewichtige Rolle, dass die Aufstellung einer westdeutschen Armee die Chance weiter mindern müsste, die Teilung Deutschlands überwinden zu können. Selbst ein Mann wie Franz Josef Strauß, der kurz darauf zu einem der entschiedensten Befürworter der Wiederbewaffnung werden sollte, höhnte noch kurz vor dem Ausbruch des Korea-Krieges im April 1950: „Wir sind nicht bereit, mit unserem Blute die Grenze zu verteidigen, die die Dummheit der anderen geschaffen hat“. „Die anderen“ – das waren die Westmächte, die in Jalta mit Stalin ihre Interessenzonen in Europa festgelegt hatten.. All diese Gründe standen einer geschlossenen Unterstützung des Aufbaus der Bundeswehr ebenso entgegen wie die noch frische Erinnerung von Millionen ehemaliger Soldaten an die Wehrmacht und ihren oft menschenverachtenden Umgang mit ihren Soldaten. All dies machte es unmöglich, dass die neue Armee auf einem breiten Konsens in der Bevölkerung aufbauen konnte.

Daß Adenauer dennoch auf die Initiative der Westmächte einging, hatte seinen Grund nicht nur darin, dass ihm Amerika unter dieser Voraussetzung den Schutz der Bundesrepublik vor der Roten Gefahr versprach. Ebenso wichtig waren ihm





zwei andere Aspekte: Die damit entstehende Einbindung der jungen Bundesrepublik in die Vertragssysteme des Westens und die damit zu erreichende Akzeptanz als gleichberechtigter Partner und Verbündeter des Westens.

Von Anfang an war der Bundesregierung bewusst, daß ihr Ansehen und ihr Einfluß als Bündnispartner von der Größe des deutschen Verteidigungsbeitrages abhängig waren. Dabei war die Einhaltung vereinbarter Termine nicht weniger wichtig, als die abgesprochener Umfänge. Daraus ergab sich für die Bundesrepublik und die Bundeswehr alsbald ein enormer Termindruck. Als nach dem Scheitern der EVG die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Nato vereinbart wurde, verpflichtete sich die Bundesregierung, den dem Bündnis zugesagten Umfang von 500.000 Mann bis 1959 bereit zu stellen. Das war, wie die Fachleute wussten, ein Versprechen, das selbst dann kaum einzuhalten gewesen wäre, wenn die dafür benötigten Mittel, also Finanzen, Personal, Ausrüstung und Liegenschaften, zeitgerecht zur Verfügung gestanden hätten. Davon aber konnte keine Rede sein. Sogar Bundesregierung und Bundestag kamen mit der Verabschiedung der gesetzlichen Voraussetzungen wie Freiwilligengesetz und Einführung der Wehrpflicht in Verzug. Blank hatte den Bundeskanzler wiederholt auf diese Probleme hingewiesen, ohne daß Adenauer Abhilfe geschaffen hätte oder die Nato informiert worden wäre. Als klar wurde, dass diese Hinhaltenaktik auf der Rüstungsüberprüfungskonferenz der Nato („Annual Review“) am 29. Oktober 1956 nicht mehr zu vertuschen wäre, machte er Blank zum Sündenbock und entließ ihn zwei Wochen zuvor. Sein Nachfolger Strauß aber hatte sich von Adenauer zweierlei ausbedungen: Einmal das Recht, der Nato die Reduzierung des bis Ende 1959 zugesagten Umfangs von 500.000 auf 360.000 Mann mitzuteilen. Zweitens müsse die Bundeswehr mit Waffensystemen ausgerüstet werden, die auch Atomsprengköpfe tragen konnten. Adenauer war einverstanden. Beide Entscheidungen standen in innerem Zusammenhang. Zum einen war die Zurücknahme der Umfangsplanung angesichts des knappen Zeitraums von nur drei Jahren und der Tatsache unvermeidlich, da bislang nur 68.000 Mann in der Bundeswehr dienten. Da erschien selbst die zurückgenommene Zielsetzung von 360.000 Mann gewagt. Zum anderen entsprach der verkleinerte Gesamtumfang dem Aufbau kleinerer Verbände, die unter den Bedingungen nuklearer Kriegführung sinnvoll erschienen. Daß unter der Verantwortung von Strauß innerhalb von sechs Jahren zehn der zugesagten zwölf Divisionen der Nato assigniert wurden, war eine herausragende Leistung. Allein im Jahre 1958 konnten sechs Divisionen assigniert werden, eine weitere folgte 1960, zwei weitere 1962. Das stärkte den Einfluß der Bundesregierung in einer Zeit, in der sich in der Nato Veränderungen von existentieller Bedeutung für die Bundesrepublik abspielten: Zunächst, in den 50er Jahren, die Einführung taktischer Atomwaffen in die Nato-Verteidigungsplanung,





dann Mitte der 60er die Abkehr von der Strategie der „massive retaliation“, der massiven (nuklearen) Vergeltung hin zur Strategie der „flexible response“, eine Strategie, die nukleare Waffen nicht mehr flächendeckend, sondern allenfalls selektiv zur Unterstützung der konventionellen Verteidigung einsetzen wollte.

Tatsächlich aber ist in diesen Jahren für die Bundesregierung nicht der Krieg, sondern der Kalte Krieg der Ernstfall. In ihm war der Beitrag der Bundeswehr zur Abschreckung der Sowjetunion nur eine ihrer Wirkungen. Nicht weniger wichtig war die Bundeswehr für die Bundesregierung als ein Instrument, das ihr in den atlantischen Gremien Einflussnahme und Mitbestimmung bei sicherheitspolitischen Entscheidungen ermöglichte. Für Bonn war die Bundeswehr in allen politischen Fragen wertvoll, denn ihre Stärke war für die Verteidigung Europas unverzichtbar und dies gab Bonn Gewicht und Einfluß. Das galt für die Hochzeiten des Kalten Krieges ebenso wie für die Jahre der Entspannungspolitik. Die Stärke der Bundeswehr sicherte die Bundesrepublik vor einer Verringerung der amerikanischen Truppenpräsenz und schuf somit die Grundlage für die Entspannungspolitik, um die sich die Bundesregierungen seit Anfang der 70er Jahre bemühten. Militärische Sicherheit und politische Entspannung seien die beiden Seiten der gleichen Münze, konnte die Bundesregierung zur Legitimierung ihrer Verteidigungs- wie ihrer Entspannungspolitik gleichermaßen argumentieren.

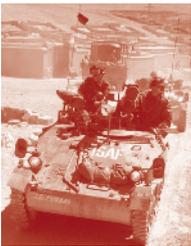
Die Bemühungen der Bundesregierung mit Hilfe der Bundeswehr politischen Einfluß zu nehmen, hatten schon Mitte der 50er Jahre begonnen, als Amerika und dann die Nato dabei waren, von einem konventionellen auf ein Verteidigungskonzept umzustellen, das den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen als Gefechtsfeldwaffen vorsah. Damit veränderte sich für die Bundesregierung die Geschäftsgrundlage. Sie hatte ihren Verzicht auf ABC-Waffen noch unter der Voraussetzung einer konventionellen Verteidigungsplanung der Verbündeten ausgesprochen. Nun sah sie sich in die Lage versetzt, hierdurch zu einem ungleichen Partner in der Allianz zu werden und einen „status minus“ einzunehmen. Dazu war Adenauer nicht bereit. Wie wichtig ihm die Durchsetzung seines Anspruches auf die Gleichberechtigung der Bundesrepublik war, läßt sich seiner im Sommer 1956 in einer Kabinettsitzung gemachten Äußerung entnehmen, die Bundesrepublik müsse gleichziehen. Wenn alle Nato-Staaten ihre Streitkräfte nuklearisierten, werde sie ansonsten „ein Atomprotektorat“. Unter diesen Bedingungen müsse der in den Pariser Verträgen von 1954 eingegangene Verzicht auf atomare, biologische und chemische Waffen „Rebus sic stantibus“ – also faktisch als überholt – angesehen werden. Diese Haltung der Bundesregierung führte zwar nicht dazu, dass Amerika die Bundeswehr mit Atomwaffen ausstattete, wohl aber mit Trägersystemen, die nukleare Gefechtsköpfe,





die unter amerikanischer Kontrolle in der Bundesrepublik gelagert waren, einsetzen konnten. So wurde die Bundeswehr mit dem „Starfighter“, den Raketensystemen „Honest John“ und „Lance“ sowie den schweren Panzerhaubitzen des Typs „M 110“ ausgestattet. Dieser Sachverhalt zeigt, dass alle Bundesregierungen in der Bundeswehr nicht nur ein militärisches Instrumentarium sahen, sondern sie vor allem als politisches Instrument im Rahmen der Nato schätzten und nutzten. Die Bundeswehr war seit Mitte der 50er Jahre insbesondere dann wichtig, wenn es Bonn darum ging, seine Interessen in der Allianz, - und das heißt immer auch gegenüber Amerika – durchzusetzen.

Mit dem Erstarken der sowjetischen Atomstreitmacht, der dadurch entstehenden Verwundbarkeit Amerikas und dem Scheitern der Bemühungen, Frankreich in der militärischen Integration der Nato zu halten endeten 1966 die Bemühungen Washingtons, seine europäischen Verbündeten durch den Aufbau einer multilateralen Atomstreitmacht der Nato (MLF) an seiner Atomstreitmacht teilhaben zu lassen. Ihren Wert als politisches Instrument zeigte die Bundeswehr auch in dieser Situation: Washington bot seinen Verbündeten nun statt einer materiellen Teilhabe an seinen Atomwaffen, die politische Teilhabe an. Dies geschieht mit der Konstituierung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der Nato im Februar 1966. Mit ihr entsteht ein Gremium, in dem die Verbündeten Einfluß auf die nukleare Zielplanung der Nato-Streitkräfte (die nationale amerikanische Nuklearplanung bleibt davon unberührt) gewinnen. So können sie sich nun an der Ausarbeitung der Freigabeverfahren für den Einsatz von Atomwaffen beteiligen. Das heißt, sie erhalten ein Mitspracherecht darüber, ob, wann und wo solche Waffen im Notfall eingesetzt würden. Ein Recht auf Mitbestimmung erhalten insbesondere die Bündnispartner, von deren Territorium aus Atomwaffen eingesetzt werden sollen sowie jene, auf deren Territorium sie zum Einsatz kommen sollen sowie diejenigen, die über die Trägerwaffen für die nuklearen Sprengköpfe verfügen. Durch all diese Kriterien erhält die Bundesregierung maßgebliche Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die PRT's entstehen, die „Provisional guidelines for the selective initial tactical use of nuclear weapons“. Sie geben der Bundesregierung ein Maximum an Mitsprache über die Einsatzplanung und damit über die Ausgestaltung der Abschreckungsstrategie, von deren Wirksamkeit die eigene Sicherheit während des Kalten Krieges abhängt. Diese Mitgestaltung in existentiellen Fragen wäre ohne eine starke Bundeswehr undenkbar gewesen. Als den „provisional guidelines“ Ende 1987 die „general guidelines“ folgen, haben beide ihren Zweck erfüllt: In Reykjavik haben kurz vor der NPG-Tagung im schottischen Gleneagles Präsident Reagan und Präsident Gorbatschow die doppelte Nulllösung,



Heute prägen Auslandseinsätze – hier in Afghanistan – das Bild der Bundeswehr





die Abschaffung aller weitreichenden Mittelstreckenwaffen beschlossen. Der Kalte Krieg ging zuende, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. Dieser Sieg politischer Vernunft ist auch ein Sieg der Bundeswehr und der konsequenten Sicherheitspolitik der Bundesregierungen, ungeachtet aller nicht ausbleibenden Divergenzen mit der amerikanischen Führungsmacht.

Von alledem, was die Bundeswehr über Jahrzehnte bündnisintern bewirkt, was sie zum Einfluß und Rang der Bundesrepublik in der westlichen Staatenwelt beiträgt (die Bundesrepublik gehört mit Amerika, England und Frankreich zur ‚Quart‘, dem innersten, inoffiziellen Führungszirkel der Allianz, den es auf dem Papier gar nicht gibt) nimmt die Öffentlichkeit nur wenig wahr. Sie hegt Ängste über die nuklearen Gefahren, die im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte in den achtziger Jahren zum Ende der Regierung Schmidt beitragen. Sie wirken sich auch auf die Bundeswehr aus, die die Distanz und Ablehnung eines nennenswerten Teiles der bundesdeutschen Gesellschaft ungeachtet ihrer Leistungen nie überwinden kann.

Dabei bleibt es bis zum Ende des Kalten Krieges. Die Bundeswehr ist als die stärkste konventionell gerüstete Armee innerhalb der Nato in Europa in ihrer Außenwirkung unverzichtbar für die Stabilität des Kontinents. Zu ihrem Selbstverständnis gehört die selbstverständliche Anerkennung des Primats der Politik und die Beschränkung ihres Auftrages auf die Verteidigung der Freiheit und territorialen Integrität der Bundesrepublik ebenso wie die Verbindlichkeit und Beachtung des Leitbildes der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform.

So präsentiert sich die Bundeswehr, als 1989 die Mauer fällt und die Herausforderung der freien Welt durch den Kommunismus Moskauer Prägung Geschichte geworden ist. Die Wiedervereinigung und das Ende der DDR stellen die Bundeswehr zunächst vor neue Aufgaben – und dann in wichtigen Bereichen in ihrem Selbstverständnis in Frage. Die für sie konstitutive, im Grundgesetz präzise definierte Aufgabenstellung der Verteidigung der Bundesrepublik an ihren Grenzen gegen einen Angriff hat sich bis auf weiteres erledigt. An seine Stelle tritt zunächst die Aufgabe, die Nationale Volksarmee der untergegangenen DDR aufzulösen und als nun gesamtdeutsche Streitkraft einen Teil ihrer Soldaten in die eigenen Reihen zu integrieren. Dann folgen die Auslandseinsätze, zunächst solche rein humanitären Charakters, dann auch andere, „friedensschaffende“, wie es in der verschleiernde euphemistischen Sprachregelung der Vereinten Nationen heißt. Von ihrem Grundgesetzauftrag der Landesverteidigung hat die Politik die Bundeswehr abgekoppelt. Neue Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) vom Mai 2003 haben die Verteidigung als Kernauftrag der Bundeswehr gestrichen. Der Auftrag des Grundge-





setzes aber blieb unverändert, ohne dass Politik und Öffentlichkeit die sich daraus ergebende Problematik bisher auch nur erörtert hätten. Mit der Veränderung des Auftrags geht eine kontinuierliche Verkleinerung der Bundeswehr einher. Mit der derzeit verbindlichen „Strukturreform“ – es ist die vierte seit der Wiedervereinigung – schrumpft die einstige 500.000-Mann-Armee auf 250.000 Soldaten. Ausrüstung und Ausbildung werden dem neuen Auftrag einer weltweiten Interventionsfähigkeit angepasst. Mit dem Auftrag ändern sich auch Selbstverständnis und Mentalität derer, die in der Bundeswehr dienen. Vom Staatsbürger als dem geborenen Verteidiger seines Landes, so wie ihn Scharnhorst als Leitbild postuliert hat und wie er der Idee der Wehrpflicht bis heute zugrunde liegt, haben sich die Bundesrepublik und ihre Armee seit 1990 entfernt. Der Staatsbürger in Uniform ist als Wehrpflichtiger aus dem Zentrum der Armee verdrängt und zu einem Annex geworden. Den Geist der Armee prägen zunehmend diejenigen, die sich freiwillig für eine neue Bundeswehr entschieden haben, deren Aktionsfeld weltweit ist. Das verändert notwendigerweise die Mentalität. Die Geschäftsgrundlage lautet: Geld gegen Risiko. Das beginnt bei den Mannschaften und wird zwangsläufig auch Geisteshaltung und Motivation des Offizierkorps verändern. Auch das Verhältnis der Öffentlichkeit zur neuen Bundeswehr ist davon betroffen. Wer beobachtet, wie gering ihre Teilnahme selbst dann bleibt, wenn Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben kommen, spürt, dass dieser Wandel bereits weit fortgeschritten ist. Auch wenn es formal noch den Status des Wehrpflichtigen gibt: im öffentlichen Bewusstsein ist die Bundeswehr längst eine Freiwilligenarmee, deren Geschick und Entwicklung nicht mehr wirklich berühren. 50 Jahre nach ihrer Gründung und Jahrzehnten großen Engagements, nach einem Sieg für den sie keinen Schuß abfeuern musste, ist sie an ihrem 50. Geburtstag eine neue Bundeswehr. Ihr wurde ein Weg gewiesen, der sie von ihren Wurzeln und von dem Selbstverständnis entfernt, zu dem sie sich an diesem Samstag in Bordenau bekennt.

### **Zum Autor:**

Karl Feldmeyer, langjähriger Redakteur der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ für Sicherheitspolitik und Bundeswehr, lebt in Berlin. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

### **Anmerkungen:**

- 1 Der Beitrag unseres langjährigen Mitglieds Karl Feldmeyer ist in geringfügig anderslautender Version in der Ausgabe der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) erschienen (FAZ vom Freitag, 4. November 2005, Nr. 257/ Seite 7, Ereignisse und Gestalten.) Wir danken Verlag und Autor für die Abdruckerlaubnis.

